# Landtag Rheinland-Pfalz 14. Wahlperiode

# Plenarprotokoll 14/98

# 98. Sitzung

# Donnerstag, den 07. Juli 2005

# Mainz, Deutschhaus

Fragestunde - Drucksache 14/4303	98
Die Mündlichen Anfragen Nummern 6 bis 11 werden wegen Ablaufs der Fragestunde gemäß § 98 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Landtags in Kleine Anfragen umgewandelt.	
AKTUELLE STUNDE	
"Aufsteigerland Rheinland-Pfalz – die aktuelle Studie der Bertelsmann-Stiftung 'Die Bundesländer im Standortwettbewerb'" auf Antrag der Fraktion der FDP – Drucksache 14/4251 –	11
"Steuerpolitische Versprechen und ihre Auswirkungen auf die öffentlichen Haushalte in Rheinland-Pfalz" auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN – Drucksache 14/4304 –	29
Die Aktuelle Stunde wird geteilt.	
Zu den Themen findet jeweils eine Aussprache gemäß § 101 der Geschäftsordnung des Landtags statt.	
Entlastung der Landesregierung und des Rechnungshofs für das Haushaltsjahr 2003	
dazu: Entlastung der Landesregierung Rheinland-Pfalz für das Haushaltsjahr 2003 Antrag der Landesregierung – Drucksache 14/3653 –	

Jahresbericht 2004

Antrag des Rechnungshofs
– Drucksache 14/3735 –

Unterrichtung durch den Rechnungshof

- Drucksache 14/3830 -

Stellungnahme der Landesregierung zum Jahresbericht 2004 des Rechnungshofs (Drucksache 14/3830)

Entlastung des Rechnungshofs Rheinland-Pfalz für das Haushaltsjahr 2003

Unterrichtung durch die Landesregierung

	- Drucksache 14/4122 -						
	Beschlussempfehlung und Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses  – Drucksache 14/4243 –						
	Kommunalbericht 2004 – Teil I Haushaltslage der Gemeinden und Gemeindeverbände – Unterrichtung durch den Rechnungshof – Drucksache 14/4070 –	6545					
	Über den in der Beschlussempfehlung – Drucksache 14/4243 – enthaltenen Abschnitt I wird wie folgt abgestimmt:						
	— Nummern 1, 2 und 4 einstimmig angenommen,						
	- Nummer 3 mit Mehrheit angenommen						
	Damit ist der Landesregierung und dem Rechnungshof für das Haushaltsjahr 2003 Entlastung erteilt.						
	Der Kommunalbericht 2004 (Teil I Haushaltslage der Gemeinden und Gemeindeverbände) – Drucksache 14/4070 – wird zur Kenntnis genommen.	6555					
	tes Landesgesetz zur Änderung des Gerichtsorganisationsgesetzes  Gesetzentwurf der Landesregierung  – Drucksache 14/4207 –  Erste Beratung	6555					
	Der Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 14/4207 – wird an den Rechtsausschuss überwiesen.	. 6555					
Bericht über die Umsetzung des Landesgesetzes zur Herstellung gleichwertiger Lebensbedingungen für Menschen mit Behinderungen gemäß § 13 des Landesgesetzes zur Gleichstellung behinderter Menschen (LGG-BehM) Besprechung des Berichts der Landesregierung (Drucksache 14/3739) auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 14/3860 –							
	Der Tagesordnungspunkt ist mit seiner Besprechung erledigt.	. 6564					
Neue Energie und Arbeit für Rheinland-Pfalz – Masterplan 2005 bis 2010 für erneuerbare Energien – Energieeinsparung – Energieeffizienz Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 14/4045 –							
	Energie sichern – Klima schützen – Arbeitsplätze schaffen Antrag (Alternativantrag) der Fraktionen der SPD und FDP – Drucksache 14/4191 –	6564					
	Die Drucksachen 14/4045/4191 werden gemeinsam aufgerufen und beraten.						
	Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 14/4045 – wird an den Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr – federführend – und an den Ausschuss für Umwelt und Forsten überwiesen						

Der Alternativanrag der Fraktionen der SPD und FDP – Drucksache 14/4191 – wird an den Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr – federführend – und an den Ausschuss für Umwelt und Forsten überwiesen.	6575
Die Drucksachen 14/3994/4121/4171/4152/4159/4192/4242/3826/4086/4172 werden abgesetzt	6575

Landtag Rheinland-Pfalz - 14. Wahlperiode - 98. Sitzung, 07. Juli 2005

6495

# Am Regierungstisch:

Ministerpräsident Kurt Beck; die Staatsminister Frau Doris Ahnen, Hans-Artur Bauckhage, Karl Peter Bruch, Frau Margit Conrad, Frau Malu Dreyer, Herbert Mertin, Gernot Mittler, Professor Dr. Jürgen Zöllner; Staatssekretär Stadelmaier.

# **Entschuldigt fehlten:**

Die Abgeordneten Anne Kipp, Ulla Schmidt.

# Rednerverzeichnis:

Abg. Baldauf, CDU:				6548
Abg. Böhr, CDU:				
Abg. Bracht, CDU:				6545
Abg. Creutzmann, FDP:	6528,	6533,	6544,	6570
Abg. Dr. Altherr, CDU:				
Abg. Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:				6564
Abg. Dr. Gölter, CDU:			6512,	6528
Abg. Dr. Rosenbauer, CDU:				6505
Abg. Dr. Schmitz, FDP:		6510,	6557,	6561
Abg. Dr. Weiland, CDU:				6501
Abg. Frau Grosse, SPD:				
Abg. Frau Grützmacher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:			6506,	6507
Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU:		. 6502,	6508,	6509
Abg. Frau Leppla, SPD:				6557
Abg. Frau Mohr, SPD:				
Abg. Frau Morsblech, FDP:				
Abg. Frau Schmitt, SPD:				
Abg. Frau Thelen, CDU:				
Abg. Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:651				
Abg. Hohn, FDP:				
Abg. Jullien, CDU:				
Abg. Kuhn, FDP:			,	
Abg. Lammert, CDU:				
Abg. Lewentz, SPD:			,	
Abg. Licht, CDU:				
Abg. Marz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:				
Abg. Mertes, SPD:				
Abg. Ramsauer, SPD:				
Abg. Schmitt, CDU:				
Abg. Schnabel, CDU:				
Bauckhage, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:				
Beck, Ministerpräsident:				
Bruch, Minister des Innern und für Sport:				
Frau Dreyer, Ministerin für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit:				
Mittler, Minister der Finanzen:				
Präsident Grimm:				
6508, 6509, 6510, 6511, 6512, 651	3, 6514,	6515,	6521,	0522

6523, 6524, 6525

Stadelmaier, Staatssekretär:	6498, 6499, 6500, 6501, 6502, 6510
Vizepräsident Itzek:	
Vizepräsidentin Frau Grützmacher:6539, 6540	), 6541, 6543, 6544, 6545, 6548, 6549, 6551, 6553
	6554, 6555, 6557
Vizepräsidentin Frau Hammer:	6528, 6529, 6531, 6532, 6533, 6535, 6575

# 98. Plenarsitzung des Landtags Rheinland-Pfalz am 7. Juli 2005

Die Sitzung wird um 9:30 Uhr vom Präsidenten des Landtags eröffnet.

#### Präsident Grimm:

Guten Morgen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 98. Plenarsitzung des Landtags Rheinland-Pfalz.

Zu schriftführenden Abgeordneten berufe ich Alexander Fuhr und Christian Baldauf.

Entschuldigt sind für heute die Abgeordneten Anne Kipp und Ulla Schmidt. Der Herr Ministerpräsident kann heute nur bis 16:00 Uhr an der Sitzung teilnehmen.

Entsprechend der gestern beschlossenen Tagesordnung rufe ich **Punkt 10** der Tagesordnung auf:

#### Fragestunde

- Drucksache 14/4303 -

Ich rufe die Mündliche Anfrage des Abgeordneten Roger Lewentz (SPD), Rheinland-Pfalz-Tag 2005 in Bad Ems – Nummer 1 der Drucksache 14/4303 – betreffend, auf.

Bitte schön, Herr Abgeordneter Lewentz.

#### Abg. Lewentz, SPD:

Herr Präsident! Zum Rheinland-Pfalz-Tag 2005 in Bad Ems habe ich vier Fragen an die Landesregierung gerichtet:

- Wie viele Menschen aus dem ganzen Land waren nach Kenntnis der Landesregierung als Mitwirkende und Unterstützer des Landesfestes beteiligt?
- Wie bewertet die Landesregierung die integrative Wirkung des Landesfestes für die Darstellung des Landes und die Identifikation der Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer mit ihrem Land?
- 3. Wie bewertet die Landesregierung den Werbeeffekt für die Region, in der der Rheinland-Pfalz-Tag ausgerichtet wird?
- 4. Wird die Landesregierung auch für den vom 19. bis 21. Mai 2006 in Speyer stattfindenden Rheinland-Pfalz-Tag an dem bewährten Konzept des Landesfestes grundsätzlich festhalten und damit Überlegungen eine Absage erteilen, die im Vorfeld des Rheinland-Pfalz-Tages in Bad Ems vom CDU-Fraktionsvorsitzenden Christoph Böhr geäußert worden waren, wonach das "Konzept mit dem Festzug am Sonntagnachmittag" in seinen Augen nicht mehr geeignet sei, die Menschen aus dem ganzen Land zusammenzuführen und auch die "jeweilige Region nur mäßig von solchen Großereignissen profitiere"?

(Mertes, SPD: Wo ist er denn?)

#### Präsident Grimm:

Es antwortet der Chef der Staatskanzlei.

## Stadelmaier, Staatssekretär:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich beantworte die Anfrage des Abgeordneten Lewentz wie folgt: Die Landesregierung teilt die Einschätzung des Abgeordneten Lewentz über den Rheinland-Pfalz-Tag 2005, wie er sie in der Einleitung zu seiner Mündlichen Anfrage formuliert hat.

Dies vorausgeschickt, beantworte ich die Fragen im Einzelnen wie folgt:

Zu Frage 1: Die Zahl der Mitwirkenden, die vor Ort während des Rheinland-Pfalz-Tages vom 10. bis 12. Juni 2005 in Bad Ems agierten, liegt bei über 10.000. Davon verzeichnete allein der Festumzug rund 3.500 Teilnehmerinnen und Teilnehmer.

Aus Bad Ems haben insgesamt 1.290 Personen mitgewirkt. Die Zahl der Personen, die sozusagen hinter den Kulissen mitwirkten, lässt sich nur schwer eruieren.

Unzählige Kräfte halfen meist ehrenamtlich bei den teilnehmenden Vereinen mit, bauten Festwagen, sorgten für Nachschub an den Ständen und betreuten die teilnehmenden Gruppen. Gerade diesen stillen Helferinnen und Helfern möchte ich an dieser Stelle einen besonderen Dank aussprechen.

(Beifall der SPD und der FDP – Pörksen, SPD: Herr Kollege Schmitt, Sie dürfen auch einmal klatschen! – Schmitt, CDU: Wir waren sogar dabei!)

Zu Frage 2: In Bad Ems feierte das Land seinen 22. Rheinland-Pfalz-Tag und steht damit in der Tradition der Landesfeste bundesweit an dritter Stelle. Die Attraktivität des Landesfestes und seine integrative Wirkung auf Mitwirkende und Besucher hat in all den Jahren zugenommen.

Die Bereitschaft zur Teilnahme aus allen Lebensbereichen ist in hohem Maß gegeben. Jährlich kommen neue Initiativen hinzu. Das Landesfest bietet aus unserer Sicht Mitwirkenden eine willkommene Gelegenheit, den Besucherinnen und Besuchern interessante Einblicke in die Vielfalt des Vereinslebens zu vermitteln.

Zahlreiche Initiativen des öffentlichen und privaten Bereichs präsentieren sich und laden zum Mitmachen ein. Der Rheinland-Pfalz-Tag ist das Fest der Begegnung von Menschen aus allen Teilen des Landes und darüber hinaus, was immer wieder deutlich während dieser Festtage zum Ausdruck kommt.

Dort begegnen sich Menschen aus allen Alters- und Gesellschaftsschichten und feiern gemeinsam während dieses ganzen Festwochenendes. Die Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer sind stolz auf ihr Landesfest.

Nach einer Umfrage aus dem Jahr 2000 kennen 80 % der Bürger das Fest. Jeder zweite Rheinland-Pfälzer hat schon einmal das Landesfest besucht.

Zu Frage 3: Der immense Werbeeffekt für die Region ist einer der Hauptgründe, weshalb sich Kommunen für die Ausrichtung eines Rheinland-Pfalz-Tages bewerben. Ich darf mit Ihrer Erlaubnis, Herr Präsident, den Stadtbürgermeister von Bad Ems, Herrn Canz, zitieren.

Er hat gesagt: "Das Fest hat den Menschen Spaß gemacht, hat Lust auf Bad Ems gemacht. Ich bin mir sicher, dass der Rheinland-Pfalz-Tag nicht nur an jenem Wochenende für wirtschaftliche Erfolge gesorgt hat, sondern es auch im Nachhinein tun wird."

Dies entspricht der Reaktion aller kommunal Verantwortlichen für den Rheinland-Pfalz-Tag in den vergangenen Jahren. Eine Blitzstudie der Stadt Bad Ems hat ergeben, dass 99 % der Rheinland-Pfalz-Tag-Gäste Bad Ems auch außerhalb des Festes für besuchenswert erachten.

95 % glauben daran, dass Bad Ems durch den Rheinland-Pfalz-Tag bekannter geworden ist. Was für Bad Ems gilt, galt auch für die vorangegangenen Ausrichterstädte, die unisono von dem hohen Werbeeffekt für die Stadt und die Region berichteten.

Zu Frage 4: Die Landesregierung wird auch für den Rheinland-Pfalz-Tag 2006 in Speyer an dem bewährten Konzept des Landesfestes festhalten. Der Rheinland-Pfalz-Tag in Bad Ems und auch die vorangegangenen Landesfeste haben eindrucksvoll gezeigt, dass sich insbesondere der Festzug mit all seinen Facetten großer Beliebtheit gleichermaßen bei den Mitwirkenden als auch bei den Besucherinnen und Besuchern erfreut.

Mit einer Beschränkung oder gar Abschaffung des Festzugs würde ein wichtiges Stück Rheinland-Pfalz-Identität am Landesfest verloren gehen.

Gerade im Festzug zeigt sich die große Vielfalt des ehrenamtlichen Engagements der Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer. Nicht zuletzt deshalb hat der Speyerer Oberbürgermeister den Ministerpräsidenten gebeten, unbedingt auch beim Landesfest 2006 in Speyer am Festzug in seiner bisherigen Form festzuhalten.

(Beifall bei SPD und FDP – Mertes, SPD: Voll abgestimmt!)

#### Präsident Grimm:

Gibt es Zusatzfragen? – Herr Abgeordneter Lewentz.

(Bischel, CDU: Das ist doch Quatsch! Was hat der geantwortet? – Mertes, SPD: Wo ist denn Ihr Chef?)

Das Wort hat Herr Abgeordneter Lewentz, meine Her-

#### Abg. Lewentz, SPD:

Herr Staatssekretär, in der "Rheinzeitung" konnte man interessanterweise fünf Tage vor dem Festumzug lesen, dass Herr Dr. Böhr den Festumzug am Sonntag als nicht mehr ganz zeitgemäß beurteilt.

Können Sie mir etwas zu dem Stellenwert des Festumzugs in den Augen der Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer sagen, beispielsweise über Einschaltquoten beim SWR?

#### Stadelmaier, Staatssekretär:

Ich war auch erstaunt über diese Äußerungen im Vorfeld. Mich würden seine Gründe interessieren, weil wir diese Auffassung nicht teilen, sondern zu dem Festumzug einen wirklich guten Zuspruch haben, auch von den Gruppen.

Es geht uns bei dem Festumzug ein bisschen wie bei den Fastnachtsumzügen beispielsweise in Mainz. Ich glaube, die Veranstalter haben eher die Problematik, dass sich zu viele Gruppen anmelden, als dass man das Problem hat, diesen Festumzug auch wirklich gut bestücken zu können.

Der SWR hat zwei große Übertragungen von dem Landesfest gehabt. Die eine Übertragung war "Der fröhliche Weinberg". In der Regel erreicht "Der fröhliche Weinberg" eine Einschaltquote von ca. 10 %. An diesem Tag, also am 10. Juni, um 20:15 Uhr hat diese Sendung eine Zuschaltung von 12,2 % gehabt.

Bei der Übertragung des Festumzugs am Sonntagabend hat der SWR in seinem Landesprogramm die höchste Einschaltquote in diesem Jahr erreicht.

# Präsident Grimm:

Eine Zusatzfrage des Herrn Abgeordneten Schmitt.

# Abg. Schmitt, CDU:

Herr Staatssekretär, ich war im Gegensatz zu vielen anderen bereits 1985 verantwortlich für den Bereich Landwirtschaft und Maschinenringe und habe diesen Bereich selbst gestaltet. Ich erlaube mir daher die Frage: Halten Sie es für eine Majestätsbeleidigung, wenn man sagt, es gibt Verbesserungsvorschläge, die notwendig sind?

(Mertes, SPD: Welche denn? Es wäre ja toll gewesen, wenn wir sie gehört hätten!)

 Es gibt Verbesserungsvorschläge. Ich nenne sie Ihnen nachher gern. Dazu reicht die Zeit jetzt nicht aus.

Ist es nicht nur im Sinne des Rheinland-Pfalz-Tags sinnvoll, dass man diese Vorschläge unterbreitet? Was ist in den letzten Jahren an Veränderungen und Verbesserungen durchgeführt worden, auch im Vergleich zu an-

deren Landesfesttagen in dieser Republik? – Daraus kann man auch etwas lernen. Das ist doch nichts Negatives

# Stadelmaier, Staatssekretär:

Das ist von vornherein nichts Negatives. Die Äußerungen Ihres Fraktionsvorsitzenden waren aber etwas anderes. Er hat in dem Interview in der "Rhein-Zeitung" Folgendes gesagt:

"Man muss sich überlegen, ob man das ganze Ereignis nicht mit anderen, ohnehin stattfindenden Ereignissen zusammenlegt."

(Mertes, SPD: Weihnachten!)

Ohnehin stattfindende Ereignisse sind vielleicht Weihnachten oder allenfalls, wenn man es großzügig interpretiert, die Karnevals- und Fastnachtsumzüge. Dort passt diese Veranstaltung aber wirklich nicht hin. Ich habe mich schon sehr gewundert. Ich habe mich gefragt, was das bedeuten soll.

Er hat zum Zweiten gesagt, er wisse nicht, ob der Festumzug, der auf Quantität, Größe und Länge setzt, noch etwas sei, was das Land zusammenführe. Dazu haben wir eine völlig andere Einschätzung. Diese Einschätzung ist getragen von den Beteiligten an diesem Festumzug.

Unabhängig davon hat sich dieses Landesfest im Lauf der Jahre natürlich verändert. Das ist vollkommen klar. So sind beispielsweise andere Ausstellungskonzepte hinzugekommen. Wir haben im Bereich der Bühnen inzwischen eine starke Beteiligung des privaten Rundfunks, für die ich außerordentlich dankbar bin. Das fängt an bei der großartigen RPR-Bühne und reicht bis hin zum Engagement von Lokalradios wie beispielsweise des Koblenzer Lokalradios.

Es gibt auf dem Rheinland-Pfalz-Tag seit Jahren eine Frauenbühne, auf der sich Aktivitäten aus dem Bereich von Frauenvereinen darstellen. Seit einigen Jahren haben wir eine Meile von ehrenamtlichen Vereinen und Umweltverbänden aufgebaut. Des Weiteren existiert aus dem Bereich, den Sie genannt haben, ein Bauern- und Ökomarkt. Es gibt also eine durchaus vorsichtige Veränderung, die auch notwendig ist, um das Fest attraktiv zu halten.

Was nicht erforderlich ist, sind radikale Änderungen. Mit Dingen, die gut eingeführt sind, muss man vorsichtig umgehen und sie behutsam weiterentwickeln. Das tun wir.

(Beifall der SPD)

#### Präsident Grimm:

Eine Zusatzfrage des Herrn Abgeordneten Lewentz.

#### Abg. Lewentz, SPD:

Ich will den Vorschlag des Kollegen Schmitt aufgreifen. Er sagte, dass er einmal einen Ausschnitt eines Rheinland-Pfalz-Tages organisiert hat.

(Lelle, CDU: Im Gegensatz zu Ihnen!)

Ich selbst habe federführend einige Rheinland-Pfalz-Tage insgesamt organisiert.

Herr Staatssekretär, ich frage Sie, ob es hilfreich ist, was Herr Kollege Böhr gesagt hat. Ich zitiere: "Ich bin nicht derjenige, der den Zauberstab aus der Tasche zieht, aber darüber nachdenken lohnt sich auf jeden Fall." – Ist das eine Hilfe für Sie?

## Stadelmaier, Staatssekretär:

Ich glaube, Herr Dr. Böhr wird noch viel Zeit zum Nachdenken haben. Ich würde gern mit ihm über die Ergebnisse dieses Nachdenkens diskutieren. Allein diese Informationen helfen mir überhaupt nicht weiter, dieses Landesfest noch attraktiver zu gestalten.

## Präsident Grimm:

Eine Zusatzfrage des Herrn Abgeordneten Mertes.

#### Abg. Mertes, SPD:

Herr Staatssekretär, einmal abgesehen von der Tatsache, dass Herr Kollege Böhr meistens zu dieser frühen Stunde nicht im Parlament ist, welche konkreten Vorschläge, die Herr Kollege Schmitt angesprochen hat, die keine Majestätsbeleidigung seien, haben wir, über die wir diskutieren können?

#### Stadelmaier, Staatssekretär:

Keine.

(Mertes, SPD: Es ist leider so! Der Mann hat einen Anspruch! – Zuruf der Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU – Jullien, CDU: Wer hat denn die Anfrage gestellt?)

# Präsident Grimm:

Eine Zusatzfrage des Herrn Abgeordneten Jullien.

# Abg. Jullien, CDU:

Herr Staatssekretär, ist Ihnen bekannt, dass es Kommunen gibt, die Beschlüsse gefasst haben, den Rheinland-Pfalz-Tag nur noch alle zwei Jahre zu besuchen? Wäre das auch eine Überlegung für die Landesregierung im Hinblick auf anstehende Veränderungen des Rheinland-Pfalz-Tags?

#### Stadelmaier, Staatssekretär:

Es hat immer Vereine, Kommunen und andere gegeben, die sich nicht an jedem Rheinland-Pfalz-Tag beteiligt haben. Das ist gar nichts Unnormales. Natürlich ist dies auch immer eine Frage der finanziellen Möglichkeiten, die man konkret vor Ort hat. Daran vermag ich nichts Ungewöhnliches zu erkennen.

Herr Jullien, dieses Fest haben – wohlgemerkt nach Schätzungen der Polizei, nicht nach Schätzungen der Veranstalter – 180.000 Leute besucht. Ich glaube, dass aus dieser Zahl die Attraktivität eines jährlich stattfindenden Landesfests mehr als eindeutig spricht. Wohlgemerkt, es waren in einer Stadt wie Bad Ems 180.000 Besucher.

(Pörksen, SPD: Er ist doch auch dort herumgelaufen!)

#### Präsident Grimm:

Eine Zusatzfrage des Herrn Abgeordneten Lammert.

# Abg. Lammert, CDU:

Herr Staatssekretär, wie gedenken Sie in der Zukunft, die Transportprobleme der Bahn, die Sie sicherlich verfolgt haben, zu beseitigen? Bezüglich der Bahntransporte gab es an dem Abend des Festzugs ein größeres Chaos am Bahnhof. Wie gedenken Sie, dies in der Zukunft in den Griff zu bekommen? Überlegt das Land, beispielsweise mehr Bahnkapazitäten vorzuhalten? Sind das Überlegungen für die Zukunft?

(Staatsminister Bauckhage: Doppelstöcker fahren!)

#### Stadelmaier, Staatssekretär:

Ohne jeden Zweifel muss man aus Dingen, die nicht optimal laufen, Konsequenzen ziehen. Wir werden mit dem Schienenverkehrsverband Süd in Speyer, der dafür zuständig ist, sprechen.

Sie wissen, dass es auf der Lahntalstrecke gewisse technische Schwierigkeiten gibt, Zugpaare einzusetzen. Im konkreten Fall haben sich diejenigen, die dort verhandelt haben, nämlich die Stadt und die einzelnen Verkehrsträger, nach meiner Ansicht völlig korrekt verhalten. Es wurde eine genügend große Anzahl an Zügen nach 24:00 Uhr für diese Strecke bestellt. Die DB AG hat diese Züge auch zur Verfügung gestellt. Allein, es hat an Lokführern gemangelt, die die Zulassung gehabt hätten, diese Züge zu fahren.

(Mertes, SPD: Hört, hört!)

Vonseiten des Verkehrsträgers ist daraufhin auf kleineres Zugmaterial einer privaten Bahn umgestiegen worden. Zum Ersten sind diejenigen zu loben, die ihre Bahn relativ kurzfristig zur Verfügung gestellt haben, und zum

Zweiten zeigt dies, dass dies Schwierigkeiten sind, die auftreten können, die Sie als Veranstalter aber nur noch bedingt in der Hand haben.

#### Präsident Grimm:

Eine Zusatzfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Weiland.

## Abg. Dr. Weiland, CDU:

Herr Staatssekretär, stimmen Sie mit mir darin überein, dass es zu den vornehmsten Aufgaben eines verantwortungsvollen Landespolitikers gehört, Überlegungen anzustellen,

(Schwarz, SPD: Wer so anfängt, endet tödlich!)

wie dieses außerordentlich erfolgreiche und von der CDU ins Leben gerufene Landesfest auch in Zukunft weiterhin erfolgreich sein kann?

(Beifall bei CDU und SPD – Zurufe von der SPD – Jullien, CDU: Ist doch wohl so!)

Gibt es konkrete Überlegungen, wie man den Höhepunkt dieses Festes, nämlich den Umzug des Rheinland-Pfalz-Tages, in seiner Organisation dergestalt etwas optimieren kann, dass es nicht immer wieder zu diesen Abbrüchen im Zugablauf kommt, wodurch der Zug auseinander gerissen wird und wodurch der ansonsten positive Gesamteindruck großen Schaden leidet?

(Zurufe von der SPD)

#### Stadelmaier, Staatssekretär:

Herr Dr. Weiland, ich beginne jetzt zu begreifen, was Herrn Dr. Böhr offensichtlich bewegt hat.

(Heiterkeit bei SPD und FDP)

Wenn es daran hängt, den Zugablauf noch flüssiger zu gestalten, dann ist das eine Daueraufgabe. Ich bin regelmäßiger Besucher des Mainzer Rosenmontagsumzugs. Ich sehe, dass die Kolleginnen und Kollegen dort auch gelegentlich mit dieser Schwierigkeit zu kämpfen haben, dass die ganzen Gruppen nicht unmittelbar dicht aufeinander folgen. Das ist eine Daueraufgabe, die uns begleitet.

(Mertes, SPD: Da muss es doch eine gemeinsame Arbeitsgruppe geben!)

Zu Ihrer ersten Frage möchte ich sagen, das ist selbstverständlich gute Tradition, die wir fortführen. Wir versuchen, sie zeitgemäß zu halten und noch ein Stück zu verbessern. Das steht ganz außer Frage.

(Hartloff, SPD: Es wird alles flüssiger!)

#### Präsident Grimm:

Meine Damen und Herren, mit Blick auf die Uhr lasse ich noch die Fragen zu, die bis jetzt angemeldet sind, und zwar von Herrn Abgeordneten Hohn, Frau Abgeordneter Kohnle-Gros und von Herrn Abgeordneten Schmitt. Herr Hohn, ich erteile Ihnen das Wort.

# Abg. Hohn, FDP:

Herr Staatssekretär, ist es richtig, dass pro Kreis nur zwei Umzugspunkte teilnehmen können? Dies geschieht vor dem Hintergrund, dass man die Anzahl derer, die am Umzug teilnehmen möchten, begrenzen will. Ich weiß aus eigener Erfahrung, dass in den Kreisen über die Gemeinden und Verbandsgemeinden die Nachfrage, am Rheinland-Pfalz-Tag am Umzug teilnehmen zu können, wesentlich größer ist als die Möglichkeit, dann über den Kreis teilnehmen zu können.

## Stadelmaier, Staatssekretär:

Herr Abgeordneter, in der Regel ist das so. Es variiert ein wenig nach der Größe der Gemeinden. Es ist völlig klar, dass wir beispielsweise in einem Städtchen wie Saarburg

(Schmitt, CDU: Ein schönes Städtchen!)

 eine sehr schöne Stadt, ohne Zweifel – nicht die Kapazitäten für einen Umzug haben, wie wir das beispielsweise in Mainz, Speyer oder Koblenz haben. Danach richtet sich das. Grundsätzlich trifft das zu, was Sie gesagt haben.

## Präsident Grimm:

Eine Zusatzfrage der Frau Abgeordneten Kohnle-Gros.

## Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU:

Herr Staatssekretär, bezeichnenderweise fehlt die Frage nach den Besucherzahlen in den letzten Jahren. Ich frage daher, ob Sie mir bestätigen können, dass es eine Vorgabe aus der Staatskanzlei gibt, dass die Polizei die von ihr geschätzten Zahlen nicht mehr veröffentlichen darf, weil sie der Staatskanzlei nicht hoch genug sind?

(Zurufe von der SPD: Oh je!)

- Lieber Herr Mertes, das ist die Wahrheit!

(Ministerpräsident Beck: Ihr leidet ja an Verfolgungswahn!)

# Stadelmaier, Staatssekretär:

Ich weiß nicht, ob es in der Tradition liegt, die Herr Dr. Weiland vorhin angesprochen hat,

(Heiterkeit und Beifall bei SPD und FDP)

aber eine solche Vorgabe ist mir jedenfalls nicht bekannt.

(Bischel, CDU: Kann das sein, dass Ihnen etwas nicht bekannt ist?)

# Präsident Grimm:

Eine Zusatzfrage des Herrn Abgeordneten Schmitt.

## Abg. Schmitt, CDU:

Herr Staatssekretär, da ich ein Befürworter eines zeitgemäßen Rheinland-Pfalz-Tages bin und auch dafür war, dass sich die Region Trier geschlossen darstellt und nicht jede einzelne Kommune, was sinnvoll ist, frage ich Sie auch wegen der Kreativität dieses Hauses. Wir bringen dann die Vorschläge ein, die wir jetzt nicht einbringen können. Ich frage Sie jetzt konkret: Sind Sie bereit, in einer Arbeitsgruppe, in der ich früher schon einmal tätig war, bevor ich Abgeordneter war, Parlamentarier mit einzubeziehen und zu sagen, dass sie die konkreten Vorschläge machen sollen: Butter bei die Fisch? – Ich halte nichts davon, nur darüber zu diskutieren, sondern ich bin dafür, dass man das dann konkret bespricht und auf den Prüfstand stellt.

(Ministerpräsident Beck: Wann gab es denn eine solche Arbeitsgruppe?)

 Die gab es 1985 zu CDU-Zeiten. Ich war damals mit dabei.

(Ministerpräsident Beck: Das müssen Sie mir einmal belegen!)

 Lesen Sie einmal die Akten durch, dann finden Sie das. Lesen Sie auch im Übrigen die Kritik der SPD von damals einmal durch, als wir es geschaffen haben.

# Stadelmaier, Staatssekretär:

Ich habe vorhin schon deutlich gemacht, dass ich für gute Vorschläge jederzeit dankbar bin. Ich bin gern bereit, mit Ihnen darüber zu diskutieren. Sie wissen, dass der Chef der Staatskanzlei zu Gesprächen mit der Opposition jederzeit zur Verfügung steht.

# Präsident Grimm:

Vielen Dank, Herr Staatssekretär. Die Mündliche Anfrage ist beantwortet.

(Beifall bei SPD und FDP)

Ich rufe die Mündliche Anfrage der Abgeordneten Hedi Thelen und Dr. Josef Rosenbauer (CDU), Umsetzung der Hartz-Reformen – Nummer 2 der Drucksache 14/4303 – betreffend, auf. Das Wort hat Frau Abgeordnete Thelen.

#### Abg. Frau Thelen, CDU:

Sozialministerin Dreyer hat sich kürzlich für mehr Autonomie und Selbstständigkeit für die Arbeitsgemeinschaften aus Arbeitsagenturen und Kommunen und weniger Einfluss der Bundesagentur ausgesprochen, um die Betreuung von ALG-II-Empfängern nach Hartz IV zu verbessern. Darüber hinaus kommt es nicht nur in dieser Hinsicht zu massiven Problemen und Fehlentwicklungen bei der Umsetzung der so genannten Hartz-Reformen, deren Ergebnisse nicht im Einklang mit den damit verbundenen Zielen und den gemachten Ankündigungen stehen. Sozialministerin Dreyer hat darauf verwiesen, sich über die Situation in Rheinland-Pfalz informiert zu haben.

Wir fragen die Landesregierung:

- An welchen prinzipiellen und praktischen Problemen scheitert derzeit die Umsetzung der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe (Hartz IV)?
- Wäre es nicht besser gewesen, und warum ist die Landesregierung nicht dafür eingetreten, bei der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe (Hartz IV) auf kommunale Kreativität und Kompetenz zur tatsächlichen und wirksamen Realisierung des Förderns und Forderns zu setzen, wie dies auch vorgeschlagen wurde?
- Wie beurteilt die Landesregierung die Ergebnisse der Hartz-Reformen mit Blick auf die damit verbundene Ankündigung, die Zahl der Arbeitslosen von August 2002 bis Ende 2005 von bundesweit vier auf zwei Millionen zu halbieren, vor dem Hintergrund der tatsächlichen Entwicklung in Rheinland-Pfalz?
- 4. Welche Elemente der Reformen für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt insgesamt sind auch angesichts der Erkenntnisse und Erfahrungen in Rheinland-Pfalz insbesondere als Fehlschläge anzusehen?

#### Präsident Grimm:

Es antwortet Frau Staatsministerin Dreyer.

# Frau Dreyer, Ministerin für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Mündliche Anfrage der Frau Abgeordneten Thelen und des Abgeordneten Dr. Rosenbauer beantworte ich namens der Landesregierung wie folgt:

Zu Frage 1: Von einem Scheitern der Umsetzung der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe kann keine Rede sein.

(Beifall bei SPD und FDP)

Die Bildung von Arbeitsgemeinschaften stellt eine völlig neue Art der Zusammenarbeit dar. Die Arbeitsgemeinschaften arbeiten erst seit sechs Monaten. Es liegt in der Natur der Sache, dass Anlaufschwierigkeiten zu bewältigen sind. Die Landesregierung und die Regionaldirektion haben sich von Beginn an darum bemüht, an der Lösung dieser Anlaufschwierigkeiten mitzuwirken. So wurden vor allem in den letzten Wochen wichtige Entscheidungen auf den Weg gebracht. Ich nenne einige davon:

Der Personalschlüssel wurde den Fallzahlen angepasst und damit deutlich erhöht. Die EDV wurde weiterentwickelt, sodass die Landkreise mit der Bundesagentur und den Verbandsgemeinden in Zukunft abrechnen können. Am 27. Juni 2005 hat Bundesarbeitsminister Clement gemeinsam mit dem Vorstandsvorsitzenden der Bundesagentur für Arbeit, Herrn Weise, bekannt gegeben, dass die Arbeitsgemeinschaften weiterentwickelt werden. Die Geschäftsführungen erhalten klare Entscheidungsbefugnisse über die Arbeitsmarktpolitik vor Ort, über Personal, über Haushalt und Verwaltung.

Kommunen, die dies wünschen, können die Stimmenmehrheit in der Trägerversammlung übernehmen. Der Arbeitsgemeinschaft obliegt künftig die komplette Verwendung des Budgets sowohl für die Eingliederung als auch für die Verwaltung vor Ort.

Mit diesen Weiterentwicklungen wurde eine Reihe von Forderungen erfüllt, die die rheinland-pfälzische Landesregierung immer wieder nach Nürnberg und nach Berlin getragen hat.

Ein weiteres Anliegen, nämlich die Entfristung der Bescheide, ist in Arbeit. Es ist nur noch ein EDV-Problem.

(Beifall bei SPD und FDP)

Zu Frage 2: Die Landesregierung wollte weder auf die kommunale Kreativität und Kompetenz noch auf die umfassende Kompetenz und Kreativität der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bundesagentur verzichten. Deshalb hat sie die Bildung der Arbeitsgemeinschaften empfohlen.

Die bisherigen Erfahrungen haben gezeigt, dass die Zusammenarbeit der beiden Akteure sinnvoll ist und beide Partner ihre Stärken einbringen wollen. Die rheinland-pfälzischen Arbeitsgemeinschaften können auf erste Erfolge verweisen. Bis heute ist unklar, ob und inwieweit die optierenden Kommunen gut arbeiten, da ihrerseits bislang keinerlei verlässliche Daten vorliegen. Fest steht auf jeden Fall, dass Rheinland-Pfalz mit dem eingeschlagenen Weg in der Arbeitslosenstatistik im Ländervergleich wieder auf dem dritten Platz vor Hessen steht.

#### (Beifall bei SPD und FDP)

Zu Frage 3: Seit Anfang des Jahres konnte die Arbeitslosigkeit in Rheinland-Pfalz erheblich reduziert werden. Waren zum Beispiel im Februar 2005 noch 197.000 Arbeitslose einschließlich der ehemaligen Sozialhilfeempfänger und -empfängerinnen registriert, liegt die aktuelle Zahl der Arbeitslosen im Monat Juni 2005 bei rund 173.000. Dies entspricht einer Arbeitslosenquote von 8,5 %. Ich erwähnte es, Rheinland-Pfalz liegt damit im Vergleich der Bundesländer bei der Arbeitslosenquote an dritter Stelle.

Die Zahl der Arbeitslosen ist dabei stark geprägt durch die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe und die Aufnahme der Sozialhilfeempfänger und -empfängerinnen in die Arbeitsmarktstatistik. Rheinland-Pfalz konnte sich damals leider nicht damit durchsetzen, zumindest in der Übergangszeit zwei getrennte Statistiken zu führen. Einen genauen Überblick, wie hoch der so genannte Hartz-IV-Effekt in der Statistik ist, liegt derzeit bundesweit noch nicht vor. Wir schätzen ihn vorsichtig auf etwa 30.000 arbeitslose Sozialhilfeempfänger und -empfängerinnen in Rheinland-Pfalz, die in die Arbeitslosenstatistik eingemündet sind. Zieht man diese Zahl von der aktuellen Arbeitslosenzahl ab, würden wir bei ca. 140.000 liegen und damit knapp unter dem Niveau von 2002. Damals standen wir ungefähr bei 7.0 % in der Quote.

Die für Rheinland-Pfalz im Vergleich zu anderen Bundesländern durchaus positive Situation spiegelt sich auch bei dem Standortranking der Bertelsmann-Stiftung wider, wonach das Land eine positive Entwicklung und mit die kräftigste Wirtschaftsdynamik aufweist. Wir sind trotz der schwierigen Arbeitsmarktsituation auf einem guten Weg.

Zu Frage 4: Die Gesetze für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt beinhalten eine Vielzahl von arbeitsmarktpolitischen Instrumenten. Nach der zum Teil erst kurzen Zeitdauer, die diese Instrumente den Arbeitsmarktakteuren zur Verfügung stehen, kann die Wirkung noch nicht abschließend beurteilt werden. So scheinen einige Instrumente sehr erfolgreich zu sein, andere hingegen konnten bisher nur eingeschränkt oder keine Wirkung entfalten.

Die Änderung der Minijobs im Rahmen des zweiten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt kann als eines der erfolgreichsten Instrumente der Hartz-Reform angesehen werden. Im März 2005 gab es in Rheinland-Pfalz über 334.000 Minijobs. Das sind über 18.700 mehr als im Vorjahresmonat. Das bedeutet eine Steigerung von 5,9 %.

Ebenso scheint der Existenzgründungszuschuss, die so genannte Ich-AG, angenommen zu werden. Allein mit dem Existenzgründungszuschuss haben sich bundesweit im Jahr 2004 rund 172.000 Personen selbstständig gemacht. Die meisten sind immer noch selbstständig.

Untersuchungen zeigen, dass die Ich-AGs keine höheren Abbruchquoten als andere Existenzgründungen aufweisen. Damit werden zurzeit fast 236.000 Ich-AGs gefördert. In Rheinland-Pfalz beträgt die aktuelle Zahl, Stand März 2005, 10.043 Ich-AGs.

Nach den positiven europaweiten Erfahrungen privater Zeitarbeit wurden vergleichbare Ergebnisse auch für Personalserviceagenturen prognostiziert. Diese Erwartungen konnten bisher – auch bedingt durch die konjunkturelle Situation – nicht erfüllt werden. Im Jahr 2004 wurden in Rheinland-Pfalz im Jahresdurchschnitt lediglich 1.054 Beschäftigte gezählt. Der aktuelle Stand im Juni 2005 liegt bei nur 439.

Die Instrumente zur Verbesserung der Eingliederung Älterer in den Arbeitsmarkt wurden bisher nicht oder nur sehr eingeschränkt in Anspruch genommen. Die unterschiedlichen Fördermöglichkeiten einschließlich des gelockerten Kündigungsschutzes haben leider nicht dazu geführt, dass die Wirtschaft entgegen ihrer Ankündigung mehr älteren Menschen Beschäftigungschancen einräumt.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass mit den Gesetzen für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt eine Vielfalt von neuen Arbeitsmarktinstrumenten geschaffen und dem Arbeitsmarkt zur Verfügung gestellt wurden. Da der Zeitrahmen seit der Einführung erst sehr kurz ist, kann noch keine endgültige Bewertung der Wirkungsweise der Instrumente vorgenommen werden.

So weit die Antwort der Landesregierung.

(Beifall bei SPD und FDP)

## Präsident Grimm:

Gibt es Zusatzfragen? – Eine Zusatzfrage von Frau Abgeordneter Thelen.

## Abg. Frau Thelen, CDU:

Frau Ministerin, Sie haben Fakten für Rheinland-Pfalz dargestellt. Wir haben Sie auch um eine Bewertung der Prognosen hinsichtlich gebeten, 16. August 2002 bei der Übergabe der Hartz-Reformen von Herrn Hartz an Herrn Schröder gemacht worden sind. Diese Prognosen waren beispielsweise, natürlich bundesweit gerechnet, bei den Personalserviceagenturen sollten jährlich 350.000 neue sozialversicherungspflichtige Jobs geschaffen werden. Es sind bislang insgesamt rund 30.000 geschaffen worden, also noch nicht einmal ein Zehntel. Deshalb habe ich die Bitte, diese Prognose für Rheinland-Pfalz runterzurechnen. Das war unsere Frage.

(Hartloff, SPD: Wann ist dann Hartz IV umgesetzt worden und mit wem?)

# Frau Dreyer, Ministerin für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit:

Frau Abgeordnete Thelen, ich habe es eingangs gesagt. Wir sind im Moment im sechsten Monat von Hartz IV. Es steht mir überhaupt nicht an, im Moment eine Prognose darüber zu erstellen, inwieweit Hartz IV erfolgreich sein wird oder nicht. Ich sehe überhaupt keine Veranlassung, diese damals gestellte Prognose von mir zu kommentieren. Für mich ist einzig und allein wesentlich, dass wir in Rheinland-Pfalz mit vielen Bemühungen feststellen, dass wir Fortschritte auf dem Arbeitsmarkt machen und wir auch im Bundesvergleich gut dastehen. Ich bin sehr optimistisch, dass zahlreiche der eingeführten Instrumente ihre erfolgreiche Wirkung zeigen werden.

(Beifall bei SPD und FDP)

#### Präsident Grimm:

Eine Zusatzfrage der Frau Abgeordneten Grosse.

## Abg. Frau Grosse, SPD:

Frau Ministerin, wie haben Sie im Vorfeld der Umsetzung des Gesetzes Hartz IV auf eine Zusammenarbeit der Leistungsträger hingewirkt? Ich nenne beispielhaft den Lenkungsausschuss. Wie würden Sie die Zusammenarbeit des Landes mit den Kommunen bewerten, und zwar im Vorfeld zu Hartz IV und in der jetzigen Situation?

Dann habe ich noch eine weitere Frage.

#### Präsident Grimm:

Nein, nur eine. Frau Ministerin hat das Wort.

# Frau Dreyer, Ministerin für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit:

Frau Abgeordnete Grosse, ich glaube, ich habe immer wieder den Sachstand wiedergegeben. Die Zusammenarbeit vor Ort funktioniert eigentlich ziemlich gut. Die Zusammenarbeit zwischen den Kommunen und dem Land gehört auch dazu. Wir treffen uns regelmäßig, und zwar nicht nur im Lenkungsausschuss, sondern auch im Arbeitsmarktbeirat. Wir haben einen engen Kontakt zu den Kommunen.

Wenn ich mich im letzten Plenum stark für eine größere Autonomie der Arbeitsgemeinschaften eingesetzt habe, dann ist das ein Produkt vieler Gespräche und der Zusammenarbeit mit den Kommunen, wo dieser Punkt immer wieder beklagt worden ist. Heute können wir uns alle darüber freuen, dass nicht nur der Bundeswirtschaftsminister, sondern auch der Chef der Bundesagentur für Arbeit sich bereit erklärt haben, den Arbeitsgemeinschaften diese Autonomie zu verleihen, der sie bedürfen. Ich glaube, dass wir damit weitere Fortschritte machen werden.

(Beifall bei SPD und FDP)

# Präsident Grimm:

Eine Zusatzfrage der Frau Abgeordneten Thelen.

# Abg. Frau Thelen, CDU:

Frau Ministerin, es ist zwar richtig, dass Hartz IV erst seit sechs Monaten in Kraft ist, aber wir hatten nach den ganzen Reformen gefragt. Die Personalserviceagenturen und beispielsweise die Ich-AGs bestehen seit 2002. Wann sehen Sie sich zu einer endgültigen Bewertung der Wirkung dieser insgesamt vorgenommenen Hartz-Reformen in der Lage?

# Frau Dreyer, Ministerin für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit:

Stufenweise, je nach Einführung und Datum. Ich habe ein paar Prognosen bzw. realistische Zahlen von Rhein-

land-Pfalz genannt. Ich habe keinen Hehl daraus gemacht, dass das Thema "Personalserviceagenturen" ein Instrument ist, das nicht gut angelaufen ist. Man wird in absehbarer Zeit darüber zu entscheiden haben, ob die Personalserviceagenturen in Zukunft überhaupt noch eine Rolle spielen sollen oder nicht. Bei allen anderen Instrumenten kann man durchaus sagen, dass sie sich positiv entwickeln.

Was mich frustriert, ist die Tatsache mit den älteren Beschäftigen. Ich sage sehr klar und deutlich, da ist nicht die Politik am Zuge. Schweren Herzens hat die Bundesregierung damals den Kündigungsschutz für die ältere Arbeitnehmerschaft gelockert und zusätzliche Fördermöglichkeiten geschaffen. Wir haben dennoch überhaupt keine Bewegung seitens der Wirtschaft, was die Einstellung älterer Menschen betrifft.

#### Präsident Grimm:

Eine Zusatzfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Rosenbauer.

#### Abg. Dr. Rosenbauer, CDU:

Frau Ministerin, woraus ziehen Sie Ihre Erkenntnisse, dass die anderen Maßnahmen gut laufen? Zu einer Gesamtbeurteilung sehen Sie sich zurzeit nicht in der Lage.

# Frau Dreyer, Ministerin für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit:

Herr Abgeordneter Dr. Rosenbauer, ich denke, die von mir genannten Instrumente habe ich zahlenmäßig unterlegt. Die Zahlen beweisen eindeutig, dass es positive Entwicklungen gibt.

(Beifall bei SPD und FDP)

#### Präsident Grimm:

Eine Zusatzfrage des Herrn Abgeordneten Marz.

#### Abg. Marz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Frau Ministerin, vor dem Hintergrund Ihrer Ausführungen zu älteren Arbeitslosen und Langzeitarbeitslosen frage ich Folgendes: Was halten Sie von Diskussionsbeiträgen, die eine Verschärfung von Hartz IV fordern, wie sie gestern die hessische Sozialministerin Lautenschläger geäußert hat? Ich zitiere aus der "Rheinpfalz": "Langzeitarbeitslose sollten zunächst von ihren Familien unterstützt werden, bevor sie eine staatliche Leistung in Anspruch nehmen dürfen." – Halten Sie das für hilfreich?

# Frau Dreyer, Ministerin für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit:

Eine Verschärfung von Hartz IV liegt natürlich total neben der Sache. Wir haben mit der Umsetzung zu kämp-

fen. Da sind wir auch mittendrin. Aber im jetzigen Moment Verschärfungen zulasten der Betroffenen zu verlangen – die Betroffenen haben einige Einschränkungen hinzunehmen – ist einfach nicht angemessen. Ich denke, wir müssen noch besser werden in der Umsetzung, aber von einer Verschärfung kann man zum jetzigen Zeitpunkt nicht seriös sprechen.

(Beifall bei der SPD)

#### Präsident Grimm:

Eine Zusatzfrage des Herrn Abgeordneten Schnabel.

## Abg. Schnabel, CDU:

Frau Ministerin, die Kommunen sollten durch Hartz IV um 2,5 Milliarden Euro entlastet werden. Vor Ort ist feststellbar, dass dies bei weitem nicht so der Fall ist.

(Pörksen, SPD: Das ist doch einfach in den blauen Dunst geredet!)

Können Sie aus Ihrer Sicht auf Landesebene konkret sagen, wie die Entlastung bei den Kommunen im Laufe dieses Jahres aussehen wird?

# Frau Dreyer, Ministerin für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit:

Herr Abgeordneter Schnabel, das können wir im Moment nicht, weil die ganze Zeit dieses berühmte EDV-Problem bestanden hat, das die konkrete Abrechnung verhindert hat. Dieses Problem wurde jetzt gelöst, sodass wir hoffnungsvoll sind, dass im Laufe des Juli tatsächlich ganz konkrete Zahlen vorliegen werden und die Landkreise auch entsprechend abrechnen werden. Danach wird man auch Klarheit darüber haben, inwieweit die Entlastungswirkungen eintreten oder nicht.

# Präsident Grimm:

Eine Zusatzfrage der Frau Abgeordneten Grosse.

# Abg. Frau Grosse, SPD:

Frau Ministerin, Sie haben eben erläutert, dass als positive Auswirkungen von Hartz IV oder der gesamten Hartz-Gesetze Rheinland-Pfalz im Bundesvergleich bei der Arbeitslosenquote wieder auf Platz drei liegt. Können Sie vielleicht auch etwas zur Steigerung der Erwerbstätigenzahl im Bundesvergleich sagen?

# Frau Dreyer, Ministerin für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit:

Ja. Das Statistische Landesamt hat die Steigerung der Erwerbstätigenzahlen in den letzten Statistiken deutlich dargestellt. Diese sind dort auch nachzulesen. Es freut uns natürlich außerordentlich, dass wir in Rheinland-Pfalz auch in diesem Bereich ganz vorn liegen.

(Beifall der SPD)

#### Präsident Grimm:

Weitere Fragen sehe ich nicht. Die Mündliche Anfrage ist beantwortet. Vielen Dank.

Ich rufe die Mündliche Anfrage der Abgeordneten Friedel Grützmacher (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), NATO-Luftwaffenübung "Clean Hunter" in Rheinland-Pfalz – Nummer 3 der Drucksache 14/4303 – betreffend, auf.

Bitte schön, Frau Grützmacher.

## Abg. Frau Grützmacher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Ich frage die Landesregierung:

- 1. Welche bewohnten Gebiete in Rheinland-Pfalz sind von der Großübung "Clean Hunter" 2005 betroffen?
- 2. In welchem Umfang (Gebiet, Anzahl und Höhe) werden dabei nach Kenntnis der Landesregierung Tiefflugübungen durchgeführt?
- 3. Mit welchen Lärmbelastungen ist bei dieser Luftwaffenübung zu rechnen?
- 4. Wann wurde die Landesregierung über diese Großübung informiert?

# Präsident Grimm:

Es antwortet der Herr Innenminister.

# Bruch, Minister des Innern und für Sport:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Mündliche Anfrage beantworte ich im Namen der Landesregierung wie folgt:

Frau Grützmacher, die Information, die wir haben, bezieht sich auf die Information des Bundesministeriums der Verteidigung, des Luftwaffenamtes, Abteilung Flugbetrieb.

Zu den Fragen 1 bis 3: Die NATO-Übung "Clean Hunter" wird in der Zeit vom 27. Juni bis zum 8. Juli durchgeführt. Sie ist die einzige im Jahr 2005 stattfindende NATO-Großübung, die sowohl für Verbände als auch für NATO-Kommandobehörden ein Üben innerhalb eines umfangreichen multinationalen Teilnehmerfeldes ermöglicht. Sie ist eine der Schwerpunktübungen der Luftwaffe.

Der fliegerische Teil der Übung findet in den Lufträumen der Staaten Belgien, Dänemark, Deutschland, Frank-

reich, Großbritannien, Niederlande, Norwegen, Polen und der Tschechei statt. Der Schwerpunkt der Übung liegt in Großbritannien, in Dänemark, in den Beneluxstaaten und in Norddeutschland.

Einheiten und fliegende Verbände aller vorgenannten Staaten sowie aus Ungarn, Italien, Spanien, der Türkei, Griechenland, Kanada und den USA beteiligen sich an der Übung.

(Pörksen, SPD: Nur die Grünen nicht!)

Ziele der Übungen sind unter anderem die Nutzung der verbandsübergreifenden taktischen Übungsmöglichkeiten, die Aus- und Weiterbildung von Luftfahrzeugbesatzungen der Luftwaffe in ihrer Einsatzrolle im multinationalen Verbund und der Einsatz von Flugabwehrraketenkräften und Kräften des Einsatzführungsdienstes in komplexen Übungsszenarien der Luftwaffe.

Während der Übung werden Einsätze unter Einhaltung der national geltenden Flugbetriebsbestimmungen von Montag bis Donnerstag in der Zeit von 08:00 Uhr bis 18:00 Uhr geflogen. Die Hauptflugzeiten sind zwischen 09:00 Uhr und 12:00 Uhr sowie zwischen 14:00 Uhr und 17:00 Uhr. Am 1. Juli – das liegt also hinter uns – und am 8. Juli beschränkt sich der Flugbetrieb auf den Vormittag. Am Wochenende findet kein militärischer Flugbetrieb im Rahmen der Übung statt.

In begrenztem Umfang werden im gesamten deutschen Luftraum auch Tiefflüge mit einer Mindestflughöhe von 500 Fuß – das sind ca. 150 Meter – auf der Grundlage einer Ausnahmeregelung durchgeführt, wobei in der Zeit von 12:30 Uhr bis 13:30 Uhr keine Flüge mit Strahlflugzeugen unterhalb einer Flughöhe von 1.500 Fuß – also wie gesagt, über Grund – gestattet sind.

Bei der Planung der Übung wurde darauf geachtet, Kumulation soweit wie möglich zu vermeiden. Diesem Vorhaben – also dieser Kumulation – sind neben der hohen Anzahl beteiligter Luftfahrzeuge auch aufgrund der Luftraumstruktur Grenzen gesetzt. Für alle militärischen Flugplätze in Deutschland ist mit einem erhöhten Flugaufkommen zu rechnen. Zum Einsatz kommen neben den Jagd- und Jagdbomberflugzeugen auch größere Aufklärungsflugzeuge und Luftbetankungsflugzeuge.

Die integrierten Übungen der Land- und Seestreitkräfte werden durch eine breite Palette von Hubschraubern und Transportflugzeugen unterstützt. Eine Spezifizierung auf bestimmte betroffene bewohnte Gebiete in Rheinland-Pfalz ergibt sich aus den vorgenannten Informationen nicht. Es ist jedoch nahe liegend, dass im Umfeld der Militärflugplätze in Rheinland-Pfalz mit einem erhöhten Flugaufkommen zu rechnen sein wird oder ist.

Zu Frage 4: Die Landesregierung wird über die jährlich stattfindende Übung "Clean Hunter" üblicherweise nicht unmittelbar unterrichtet. Es handelt sich nicht um eine gegenüber der Landesregierung anmeldepflichtige Übung, da nur die bestehende Infrastruktur, das heißt, die vorhandenen Luftwaffenanlagen, benutzt werden.

Darüber hinaus wurden die zuständigen unteren Verwaltungsbehörden von der Übung in Kenntnis gesetzt. Das geschieht sinnvollerweise auch, um eine möglichst schnelle und unkomplizierte Information der Bevölkerung zu ermöglichen. So wird vom Luftwaffenamt der Bundeswehr seit Jahren die Ebene der Landkreise und kreisfreien Städte direkt per E-Mail informiert. Das geschah im vorliegenden Fall am 17. Juni, sodass die kommunalen Gebietskörperschaften in der Lage waren, die Manöverankündigungen auch in die Öffentlichkeit zu tragen.

So weit meine Antwort.

#### Präsident Grimm:

Eine Zusatzfrage der Frau Abgeordneten Grützmacher.

# Abg. Frau Grützmacher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Um noch einmal deutlich zu machen, Sie gehen also bei der dritten Frage davon aus, dass es in dieser Zeit nicht zu Lärmbelastungen für die Bevölkerung hier in Rheinland-Pfalz kommt?

## Bruch, Minister des Innern und für Sport:

Ich gehe in dieser Frage von gar nichts aus, wenn Sie wollen, sondern ich gehe von Informationen aus, die das Luftwaffenbundesamt mir bringt. Diese besagen, die Höhe ist 450 Meter. Das ist die Situation.

#### Präsident Grimm:

Eine weitere Zusatzfrage der Frau Abgeordneten Grützmacher.

# Abg. Frau Grützmacher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

War es insofern Ihrer Meinung auch nicht möglich, irgendwo auch dieses berühmte Skyguard-System einzurichten, das man immer einmal hat, um Lärmbelastungen der Bevölkerung zu erkennen, zu messen usw.?

# Bruch, Minister des Innern und für Sport:

Das unterliegt nicht der Beurteilung der Landesregierung. Das ist eine Sache der NATO. Das ist eine NATO-Übung. Die Landesregierung von Rheinland-Pfalz ist damit nicht beschäftigt.

#### Präsident Grimm:

Eine Zusatzfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Altherr.

#### Abg. Dr. Altherr, CDU:

Herr Staatminister, hält die Landesregierung diese NATO-Luftübung für notwendig?

## Bruch, Minister des Innern und für Sport:

Wer Einheiten unterhält, die zum Schutz der Menschen dienen, der muss auch üben.

## Präsident Grimm:

Eine weitere Zusatzfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Altherr.

# Abg. Dr. Altherr, CDU:

Herr Minister, welche deutschen Einheiten nehmen mit welchen Fluggeräten und in welcher Anzahl an dieser Übung teil?

(Hartloff, SPD: Und welcher Pilot sitzt in der Kanzel?)

#### Bruch, Minister des Innern und für Sport:

Ich habe mich schon bei der Frage von Frau Grützmacher gefragt, ob ich noch Auskunft geben soll, welche Piloten da fliegen.

(Frau Grützmacher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Mit Namen und Adresse!)

Ich kann Ihnen das nicht sagen. Das unterliegt nicht meinem Wissen

#### Präsident Grimm:

Eine Zusatzfrage der Frau Abgeordneten Kohnle-Gros.

#### Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU:

Herr Staatsminister, sehen Sie denn einen konkreten Anlass für die Fragen der Frau Abgeordneten Grützmacher? Gibt es eine große Beschwerdelage oder sonst irgendetwas in Rheinland-Pfalz?

(Hartloff, SPD: Da müssen Sie Frau Grützmacher fragen!)

## Bruch, Minister des Innern und für Sport:

Ich habe bisher keine Beschwerde vorliegen außer einem Hinweis, der möglicherweise gar nicht damit zusammenhängt, über eine Übung im Gonsenheimer Sand.

# Präsident Grimm:

Weitere Fragen sehe ich nicht. Die Mündliche Anfrage ist beantwortet.

(Beifall bei SPD und FDP)

Meine Damen und Herren, ich begrüße Gäste im Landtag, und zwar Briefmarkenfreunde aus Neuwied. Herzlich willkommen im Landtag!

(Beifall im Hause)

Ich rufe die Mündliche Anfrage der Abgeordneten Marlies Kohnle-Gros (CDU), Kompensation der Kosten für den Besuch von US-Präsident Bush in Mainz – Nummer 4 der Drucksache 14/4303 – betreffend, auf.

Bitte schön, Frau Kohnle-Gros.

# Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU:

Finanzminister Mittler hat mit Datum vom 27. Juni 2005 (Drucksache 14/4265) den Landtag davon unterrichtet, dass er auf Antrag des Ministeriums des Innern und für Sport seine Einwilligung zur Leistung einer überplanmäßigen Ausgabe im Haushaltsjahr 2005 bis zu einer Höhe von 1,2 Millionen Euro bei Kapitel 03 10 (Polizeibehörden), Titel 632 02 (Erstattung von Verwaltungsaufgaben für Polizeieinsätze an andere Länder) erteilt habe. Um Auswirkungen auf die Nettokreditaufnahme im Jahr 2005 zu vermeiden, soll der Betrag bei einer noch zu benennenden Haushaltsstelle im Einzelplan 03 kompensiert werden.

Ich frage die Landesregierung:

- Welche weiteren Kosten des Besuchs des US-Präsidenten trägt der Polizeihaushalt, ohne dass eine über- bzw. außerplanmäßige Ausgabe bewilligt worden ist?
- Zulasten welcher Haushaltstellen sollen die Ausgaben bewältigt werden?

# Präsident Grimm:

Es antwortet Herr Innenminister Bruch.

# Bruch, Minister des Innern und für Sport:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Mündliche Anfrage der Frau Abgeordneten Kohnle-Gros beantworte ich gern. Es wurde bereits auf die Unterrichtung des Landtags hingewiesen. Sie haben das auch in Ihrer Anfrage deutlich gemacht. Danach wurden dem Ministerium des Innern und für Sport zur Abdeckung der bereits vorliegenden und noch zu erwartenden Abrechnungen für Einsatzmehrkosten der unterstützenden Länder überplanmäßige Mittel bis zu einer Höhe von 1,2 Millionen Euro bewilligt.

Zu Ihrer ersten Frage, welche weiteren Kosten aus diesem Anlass der Polizeihaushalt trägt, ohne dass eine über- oder außerplanmäßige Ausgabe bewilligt worden ist, will ich zunächst Folgendes bemerken. Außerplanmäßige Ausgaben stehen nicht zur Diskussion. Für die im Zusammenhang mit dem Besuch des USamerikanischen Staatspräsidenten anfallenden Kosten im Polizeibereich stehen entsprechende Ausgabentitel

im Polizeihaushalt zur Verfügung. Neben den eingangs erwähnten 1,2 Millionen Euro für die Unterstützungskräfte der Länder sind noch Mehrkostenabrechnungen in Höhe von rund 300.000 Euro für die Unterstützungskräfte des Bundes zu erwarten, sofern der Bund nicht zu einem Verzicht der Einforderung dieser Kosten bereit ist. Ich habe Herrn Bundesinnenminister Schily deswegen angeschrieben und ihn gebeten, insoweit auf einen Ausgleich zu verzichten. Wenn die Bewilligung des Bundes nicht erfolgt, kämen möglicherweise überplanmäßige Mittel in Betracht.

Darüber hinaus sind dem Polizeipräsidium Mainz und der Bereitschaftspolizei für die erforderlichen logistischen Maßnahmen Sachkosten innerhalb des Polizeihaushalts entstanden, überwiegend für die Verpflegung und die Fremdunterbringung von Polizeikräften während der Dauer des mehrtätigen Einsatzes sowie für technisches Gerät. Sie belaufen sich auf gut 940.000 Euro. Alle Rechnungen hierzu liegen uns noch nicht vor.

Zur Kompensation dieser polizeiinternen Kosten – damit komme ich zur Beantwortung Ihrer zweiten Frage – wurde eine überplanmäßige finanzielle Verstärkung bislang weder beantragt noch bewilligt. Vielmehr wurden diese Sachkosten innerhalb der gegenseitigen Deckungsfähigkeit bei den planmäßig zugewiesenen Haushaltsmitteln des Polizeipräsidiums Mainz und der Bereitschaftspolizei abgefedert. Zur Aufrechterhaltung der Haushalte dieser Dienststellen erfolgte zwischenzeitlich eine Nachsteuerung durch das Ministerium des Innern und für Sport in einer Gesamthöhe von ca. 750.000 Euro.

Die Finanzierung dieser Nachsteuerung wurde aus den beim Ministerium gehaltenen Reservemitteln innerhalb des Polizeihaushalts realisiert. Die Reservemittel resultieren daraus, dass zum Ausgleich vom Bewirtschaftsungsrisiken, denen wir immer ausgesetzt sind - zum Beispiel bei Benzinkosten oder größeren Einsätzen -, ein gewisser Prozentsatz der vom Haushaltsgesetzgeber zur Verfügung gestellten Haushaltsmittel zunächst nicht in die Kassenanschläge der Behörden und Einrichtungen fließen. Sie bleiben zunächst bei uns im Haushalt. Vielmehr wird diese haushaltsmäßige Abwicklung der ersten acht bis neun Monate abgewartet. Im Wege der Kostenentwicklung wird dann entsprechend nachgesteuert. Diese Nachsteuerungsmaßnahme bietet verständlicherweise die Möglichkeit weiterer allgemeiner Nachsteuerungen, zum Beispiel bei den Kosten für die Fahrzeughaltung.

Zum jetzigen Zeitpunkt können noch keine konkreten Stellen im Haushalt des Ministeriums des Innern und für Sport benannt werden, die letztlich zur Kompensation der vorgenannten Sachkosten herangezogen werden können. Man muss die weitere Ausgabenentwicklung abwarten. Im Oktober könnte ich Ihnen genauer sagen, wo wir diese Mittel im Gesamthaushalt einsparen werden.

#### Präsident Grimm:

Eine Zusatzfrage der Frau Abgeordneten Kohnle-Gros.

#### Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU:

Wenn ich jetzt richtig addiere, dann sind insgesamt 2,5 Millionen Euro aufgewendet worden, sofern es keine Kompensation durch den Bund gibt. Können Sie meine Bedenken zerstreuen, dass das Geld, das Sie jetzt noch in Reserve haben, nicht ausreichen wird, um die Kosten zu decken, sodass zum Beispiel bei Schutzwesten, die neu beschafft werden müssen, oder an anderer technischer Ausrüstung in diesem Jahr gespart werden muss? Ein beliebter Spartopf ist die Fortbildung. Steht diese nun infrage?

(Mertes, SPD: Oder Reserveräder!)

#### Bruch, Minister des Innern und für Sport:

Wir reden nicht über Investitionstitel, sondern über konsumtive Titel. Wenn wir Einsparungen vornehmen müssen, dann im Bereich der konsumtiven Ausgaben, also bei den Bewirtschaftungskosten allgemein. Ich kann Ihre Bedenken insoweit zerstreuen, als dass die Mittel für Investitionen – also Mittel für die Beschaffung von Schutzwesten und Fahrzeugen – damit nicht gemeint sind

Ich möchte noch etwas zu den Kosten sagen, weil das immer so apodiktisch dargestellt wird. Der Fall, dass die 1,2 Millionen Euro verausgabt werden, worüber der Haushaltgesetzgeber informiert sein muss, ist bis heute nicht eingetreten. Das ist eine Hochrechnung aufgrund der Berechnungen anderer Länder. Wir gehen davon aus, dass dies so kommt. Der Bund hat uns Kosten in Höhe von 300.000 Euro angekündigt. Die Rechnung liegt aber noch nicht vor. Deswegen führen wir noch einen Briefverkehr mit dem Bund. Es kann sich also auch noch nach unten bewegen, nicht nur nach oben.

Das Präsidium, das die Federführung hatte und bei dem Mehrkosten in Höhe von 750.000 Euro entfallen sind, haben wir sozusagen klaglos gestellt. Sie wurden innerhalb unseres Haushalts entsprechend bedient.

Ich kann Ihnen heute nicht sagen, wie sich die Haushaltssituation entwickelt. Das hängt von zahlreichen Unwägbarkeiten ab, zum Beispiel vom Spritpreis. Ich kann Ihnen aber sagen, dass wir in jedem Haushaltsjahr für uns intern eine Reserve geschaffen haben, und zwar global. Die Abteilungen geben nur 75 % bis 80 % der Haushaltsmittel zur Bewirtschaftung aus bis zu einem bestimmten Zeitpunkt. Wenn wir uns heute bereits am Ende des Jahres befinden würden, dann könnte ich sagen, dass mir das überhaupt nicht wehtut und ich das aus dem Haushalt finanzieren kann. Wir sind aber nicht am Ende.

(Staatsminister Bauckhage: Noch lange nicht!)

# Präsident Grimm:

Mir liegen keine weiteren Fragen mehr vor. Damit ist die Mündliche Anfrage beantwortet.

(Beifall bei SPD und FDP)

Ich rufe die Mündliche Anfrage des Abgeordneten Dr. Peter Schmitz (FDP), Künftiges Verfahren zur Festsetzung der Rundfunkgebühren – Nummer 5 der Drucksache 14/4303 – betreffend, auf.

# Abg. Dr. Schmitz, FDP:

Ich frage die Landesregierung:

- Wie wertet die Landesregierung das Für und Wider der unterschiedlichen Vorschläge für ein verändertes Verfahren zur Festsetzung der Rundfunkgebühren?
- 2. Wie steht sie insbesondere zu dem von der CDU befürworteten "Indexierungsmodell", mit dem die Rundfunkgebühren an die Lebenshaltungskosten gekoppelt werden sollen?
- 3. Wie bewertet sie die verschiedenen Modelle auch unter dem Gesichtspunkt der Zuständigkeit der Landesparlamente für die Festsetzung der Rundfunkgebühren?

#### Präsident Grimm:

Es antwortet der Chef der Staatskanzlei.

#### Stadelmaier, Staatssekretär:

Herr Präsident, Herr Abgeordneter Dr. Schmitz! Gestatten Sie mir zwei Vorbemerkungen.

Im Nachgang zur jüngsten Erhöhung der Rundfunkgebühr, die mit dem Achten Rundfunkänderungsstaatsvertrag zum 1. April 2005 in Kraft trat, setzte eine öffentliche Diskussion ein, das gegenwärtige Gebührenfestsetzungsverfahren fortzuentwickeln. Dies liegt an den Vereinbarungen, die die Ministerpräsidenten begleitend getroffen haben, vor allem aber am Vorstoß des ZDF, in Karlsruhe nicht gegen den Vertrag zu klagen, stattdessen das Gespräch mit den Ländern über ein modifiziertes Gebührenfestsetzungsverfahren zu suchen.

Die ARD dagegen will in Karlsruhe klagen und will parallel Gespräche mit den Ländern führen. Sie hat angekündigt, einen Vorschlag, der angeblich ein Indexierungsmodell zum Gegenstand haben soll, vorzulegen. Das ZDF seinerseits hat durch seinen Intendanten erste Überlegungen übermittelt.

Die Ministerpräsidentenkonferenz hat am 23. Juni den Vorsitzenden der Rundfunkkommission gebeten, zu sondieren, ob vertiefende Gespräche mit den Anstalten sinnvoll sind.

Zweitens: Alle gegenwärtigen Überlegungen gehen von einer vollständig indexierten Rundfunkgebühr aus. Gegenwärtig arbeitet die KEF mit so genannten Teilindizes, zum Beispiel bei den Personalkosten, den Investitionen und der Bestandsfortschreibung beim Programm, und errechnet auf der Grundlage der Bedarfsanmeldungen der Rundfunkanstalten aus beidem ihren Gebührenvorschlag.

Eine vollständig indexierte Rundfunkgebühr würde dagegen bedeuten, dass die jeweilige Gebührenanpassung entsprechend dem zugrunde gelegten Index automatisch erfolgt.

Dies vorausgeschickt möchte ich zu den Einzelfragen wie folgt antworten:

Zu Frage 1: Der Vorteil einer Vollindexierung der Rundfunkgebühren könnte dem Anliegen Rechnung tragen, Einflussmöglichkeiten im Rahmen des Gebührenfestsetzungsverfahrens auszuschließen und zugleich Planungssicherheit für die Anstalten zu schaffen.

Zu beiden Punkten hatten ARD und ZDF bezüglich des letzten Verfahrens Kritik angemeldet. Ein weiterer Vorteil wäre möglicherweise auch eine Vereinfachung der heutigen Bedarfsanmeldungen seitens der Anstalten, die nicht unerhebliche Personalkräfte binden. Auf der anderen Seite ist zu berücksichtigen, dass sich die Finanzausstattung nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts grundsätzlich am konkreten Bedarf der Rundfunkanstalten auszurichten hat. Ob und welcher Index diese Voraussetzung erfüllen könnte und inwieweit gegebenenfalls in größeren Zeitabständen gleichwohl eine konkrete Bedarfsermittlung erfolgen muss, auf die ein solcher Index wiederum aufsetzen könnte, bleibt näherer Prüfungen vorbehalten.

Darüber hinaus liegen in der vollständigen Indexierung eine Reihe sehr komplexer Fachfragen verborgen, die zu lösen wären. Dazu zählt auch, dass die Anstalten faire Ausgangsbedingungen beim möglichen Start eines neuen Verfahrens brauchen.

Zu Frage 2: Das Modell der Unionsfraktionsvorsitzenden kenne ich leider nur aus der Zeitung. Mit dieser Einschränkung sage ich: Es greift die Überlegungen einer vollständig indexierten Rundfunkgebühr auf, wie sie vor Jahren schon innerhalb der Ländergemeinschaft diskutiert wurde, die damals jedoch von einzelnen unionsgeführten Ländern, aber auch von ARD und ZDF einmütig abgelehnt worden ist. Ob der Lebenshaltungsindex ein geeigneter Maßstab ist oder ob andere, bereits von mir genannte Kriterien hinzukommen müssen, bedarf der politischen und ausgiebigen fachlichen Bewertung.

Ob die Ministerpräsidenten der Union sich diese Überlegungen der Fraktionsvorsitzenden zu Eigen machen, scheint mir auch noch nicht zu Ende diskutiert zu sein.

Zu Frage 3: Die Landesregierung ist – wie schon in der Vergangenheit – allen Modellen gegenüber aufgeschlossen, die unter Beachtung der verfassungsrechtlichen Vorgaben eine angemessene, zukunftssichere Finanzausstattung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks gewährleistet. Mit diesen Maßgaben steht sie einer vollständig indexierten Rundfunkgebühr nicht von vornherein ablehnend gegenüber.

Für den Ministerpräsidenten und mich ist dabei unverzichtbar: Eine politische und parlamentarische Befassung dieses Themas muss erhalten bleiben.

Die vom Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil aus dem Jahr 1994 selbst in den Raum gestellte Überle-

gung, Gebührenfestsetzungen überhaupt nicht mehr staatsvertraglich, sondern allein über Rechtsverordnungen der Landesregierungen vorzunehmen, bietet nach Auffassung der Landesregierung keine Lösung. Dem würde eine Vollindexierung der Rundfunkgebühr jedoch nicht entgegenstehen; denn auch ein solches Modell müsste staatsvertraglich unter Angabe des konkreten Indexes geregelt werden.

Der Automatismus von Gebührenanpassungen würde lediglich dann einsetzen, wenn hinsichtlich des Bedarfs eine andere Entwicklung nicht veranlasst wäre. Ein allgemeiner Preisindex hätte auch den Vorteil, dass er die tatsächlichen Belastungen der Bevölkerung widerspiegelt und somit das Kriterium der sozialen Zumutbarkeit der Gebühr bei den Rundfunkteilnehmern ein Stück mit einbeziehen könnte.

So weit meine Antwort.

(Pörksen, SPD: Sehr ausführlich!)

#### Präsident Grimm:

Zusatzfragen sehe ich nicht. Dann ist die Mündliche Anfrage beantwortet.

(Beifall der SPD und der FDP)

Wir sind damit am Ende der Fragestunde angekommen.

Ich rufe **Punkt 11** der Tagesordnung auf:

#### **AKTUELLE STUNDE**

Sie ist zweigeteilt. Ich rufe zunächst das erste Thema auf:

"Aufsteigerland Rheinland-Pfalz – die aktuelle Studie der Bertelsmann-Stiftung 'Die Bundesländer im Standortwettbewerb'" auf Antrag der Fraktion der FDP

- Drucksache 14/4251 -

Für die Antrag stellende Fraktion spricht ihr Fraktionsvorsitzender, Herr Werner Kuhn.

# Abg. Kuhn, FDP:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Rheinland-Pfalz, ein Land steigt auf. Das ist die Kernaussage einer aktuellen Studie der Bertelsmann-Stiftung, die die Bundesländer im Standortwettbewerb miteinander vergleicht. Rheinland-Pfalz ist zum vierten Mal infolge aufgestiegen, womit es erstmals einem Land gelungen ist, die Top 5 der Bundesländer aufzubrechen.

Das zweithöchste Wirtschaftswachstum in Deutschland, die drittniedrigste Arbeitslosenquote, eine hohe Exportquote, überdurchschnittlich hohe Investitionen, eine gute Betreuung von Existenzgründern, kurze Arbeitsgerichtsverfahren und eine im Bundesvergleich überdurch-

schnittlich gut ausgebaute Verkehrsinfrastruktur kennzeichnen die Situation in Rheinland-Pfalz.

(Beifall der FDP und der SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Studie fasst objektive Daten zusammen und bewertet diese. An vielen Einzeldaten konnten wir schon vorher erkennen – das ist auch hier schon diskutiert worden –, dass Rheinland-Pfalz zu den erfolgreichen Bundesländern in Deutschland gehört. Die Studie macht jedoch deutlich, dass sich viele einzelne Erfolgsdaten zu einer echten Erfolgsstory zusammenfügen.

(Beifall der FDP und der SPD)

Meine Damen und Herren, seit Mitte der 90er-Jahre wird Rheinland-Pfalz in der Studie als Land mit Aufwärtsbewegung beschrieben. Die Studie lässt auch keinen Zweifel, wer für diesen Aufwärtstrend verantwortlich ist. Rheinland-Pfalz stehe beispielhaft dafür, dass sich mit stetigen politischen Bemühungen auch Anpassungsschocks, wie der Truppenabzug aus dem Land, überwinden lassen, heißt es in der Studie. Anderen Ländern sei es nicht in vergleichbarer Weise gelungen, die Folge struktureller Veränderungen ähnlich gut zu meistern.

Meine Damen und Herren von der CDU, ich darf das noch einmal wiederholen: Seit Mitte der 90er-Jahre gibt es diesen Aufwärtstrend in Rheinland-Pfalz.

(Beifall der FDP und der SPD)

Ich habe mich sehr über die Pressemeldung gewundert, die Sie verfasst haben oder haben verfassen lassen, und über Ihre Bewertung dieser Fakten, Herr Kollege Jullien. Herr Jullien kommt zu dem Ergebnis, diese Landesregierung ruhe sich auf den Lorbeeren vergangener Regierungen aus.

(Unruhe bei der SPD und der CDU)

Darauf muss man erst einmal kommen. Darauf muss man wirklich erst einmal kommen.

(Beifall der FDP und der SPD)

Die höflichste Reaktion in diesem Zusammenhang ist, wenn man über solche Aussagen schmunzelnd hinweggeht. Dabei wollen wir es auch belassen.

(Zuruf des Abg. Jullien, CDU)

Meine Damen und Herren, die Bertelsmann-Stiftung macht deutlich, dass die Bundesländer zu einem beachtlichen Teil selbst beeinflussen können – das bestätigt auch unsere Einstellung zum Thema "Wettbewerbsföderalismus" –, wie dynamisch sich Wirtschaft und Beschäftigung in ihren jeweiligen Ländern entwickeln. Im Wettbewerb um mobile Produktionsfaktoren, um qualifizierte Arbeitskräfte und um Investitionen können sich einige Bundesländer besser behaupten und andere schlechter. Rheinland-Pfalz gehört zu denen, die sich gut und immer besser behaupten können.

(Beifall der FDP und der SPD)

Meine Damen und Herren, in der Studie wird konsequent – das macht ihre Qualität aus – zwischen dem Erfolgsindex – dazu hatten wir vorher schon Informationen – und einem Aktivitätsindex unterschieden.

Der Erfolgsindex weist aus, wie attraktiv und erfolgreich ein Bundesland im Standortwettbewerb abschneidet. Der Aktivitätsindex untersucht, inwieweit ein Land durch politische Bemühungen zum eigenen Erfolg beiträgt. Bei diesem zuletzt genannten Aktivitätsindex hat Rheinland-Pfalz noch besser als beim Erfolgsindex abgeschnitten.

Meine Damen und Herren, das macht die Qualität der Politik in Rheinland-Pfalz aus.

(Beifall der FDP und der SPD)

Wir haben in Rheinland-Pfalz – dazu standen wir auch in dieser Koalition immer – den Länderwettbewerb angenommen und ihn positiv gesehen. Ich bin sicher, dass wir, gerade was den Aktivitätsindex anbelangt, auch in Zukunft in Deutschland führend sein werden.

(Beifall der FDP und der SPD)

#### Präsident Grimm:

Es spricht Herr Abgeordneter Dr. Gölter.

# Abg. Dr. Gölter, CDU:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist ganz eindeutig. Aus der Sicht der CDU-Fraktion ist es besser und erfreulicher, wenn Rheinland-Pfalz auf Platz fünf und Platz drei als auf Platz zehn oder Platz 15 liegt. Darüber brauchen wir uns nicht zu streiten.

Meine Damen und Herren, einer der Autoren der Studie, Herr Vehrkamp, hat auf einer öffentlichen Veranstaltung der CDU vor einigen Wochen dargelegt, dass der entscheidende Schub des Landes Rheinland-Pfalz vom letzten Platz der alten Bundesländer zu einem der mittleren Plätze insgesamt in der Zeit bis ungefähr 1985/1988 bewältigt worden ist.

(Beifall der CDU – Vereinzelt Heiterkeit bei der SPD)

– Das ist nicht zum Lachen. Wenn ich sage, die Studie greift zu Recht eine Reihe von positiven Entwicklungen auf, dann sollten Sie vielleicht auch so großzügig oder so reell sein, eine solche Aussage, dass wir 1991 nicht aus dem Dunkel langsam ins Licht gekommen sind, akzeptieren.

(Beifall der CDU)

Im Übrigen müsste die FDP ein dringendes Interesse an einer solchen Sichtweise haben. Ich will am Rand darauf hinweisen, dass Sie Ihre eigene Vergangenheit nicht zu

schlecht machen sollten. Das waren zum Teil ganz beachtliche Leute.

(Beifall der CDU)

Die Studie wird erst im September gedruckt vorliegen. Im Internet sind nur Auszüge zu lesen. Es ist zur Stunde nicht ersichtlich, welche Bedeutung die einzelnen Indikatoren für die Einzelgewichtung haben.

Ich will Ihnen ein kleines Beispiel sagen. Die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft hat zusammen mit der "WirtschaftsWoche" zwei Studien gemacht, und zwar 2000/2002 und 2001/2003. Bei der ersten Studie lag das Saarland auf Platz eins und bei der zweiten auf Platz fünf. Bei der ersten Studie lag das Land Sachsen auf Platz sechs und bei der zweiten auf Platz eins.

Meine Damen und Herren, kein Mensch kann mir klar machen, dass sich innerhalb weniger Jahre eine Position so grundsätzlich verändert hat. Dies ist ein Ausfluss der Gewichtung der einzelnen Indikatoren. Das wissen im Übrigen auch alle Leute, die sich damit ein bisschen beschäftigt haben. Unterstellen Sie bitte, dass ich mir all diese Studien in den letzten Jahren sehr intensiv angeschaut habe.

Meine Damen und Herren, in der grundsätzlichen Einführung dieser Studie heißt es – ich zitiere –: "... dass das Land den Wechsel von der militärischen Dienstleistungsgesellschaft zur zivilen Bürgergesellschaft gut hinter sich gebracht hat." – Das problematisiert die Studie vielleicht auch ein bisschen. Wer glaubt, dass Rheinland-Pfalz vor 1990 als militärische Dienstleistungsgesellschaft im Wesentlichen gekennzeichnet werden kann, wie das die Studie tut, der wird mir sicher zustimmen, dass man so nicht vorgehen kann.

Was macht die Studie? Das ist die Problematik jeder Studie. Ich will das systematisch ein klein bisschen problematisieren, ohne sie damit insgesamt schlechtzureden. Die Studie arbeitet mit einem sehr kurzen Zeitraum von drei Jahren. Diese Studie macht eine Entwicklung deutlich. In diesen drei Jahren war der entscheidende Motor der wirtschaftlichen Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland der Export. Rheinland-Pfalz hat nun einmal eine außerordentlich hohe Exportquote.

Das ist erfreulich, hat aber auch eine Kehrseite. Schwächelt der Export, haben wir in Rheinland-Pfalz mit unserer weit überdurchschnittlichen Exportquote sehr schnell einen Keuchhusten. Ich nenne das Jahr 2000. In diesem lagen wir unter dem Schnitt, weil im Jahr 2000 der Export nicht in einem solchen Ausmaß gewichtet werden konnte, weil er nicht so hoch war.

Es gibt eine Reihe von Einzelbemerkungen, die ich – offen gesagt – nicht ganz nachvollziehen kann, beispielsweise die Veränderung der Verkehrsinfrastruktur in dem Zeitraum. Es sind zwar punktuell Verbesserungen eingetreten, die Bewertung geht aber in diesem Punkt doch sehr weit. Dann wird die Patentbemerkung außerordentlich positiv gewichtet. Wenn man weiß, dass über die lange Zeit 50 % aller rheinland-pfälzischen Patente

aus einem einzigen Unternehmen kommen, sieht man, wie problematisch auch ein solcher Indikator ist.

(Zuruf des Abg. Creutzmann, FDP)

Ich bedanke mich.

(Beifall der CDU)

#### Präsident Grimm:

Meine Damen und Herren, ich begrüße neue Gäste im Landtag, und zwar eine Ausbildungsgruppe vom Zentrum für Arbeit und Bildung der Volkshochschule Bobenheim-Roxheim, Schülerinnen und Schüler der Jahrgangsstufen 10 und 12 des Gymnasiums am Rittersberg Kaiserslautern sowie Mitglieder des SPD-Gemeindeverbands Alsenz-Obermoschel. Seien sie alle herzlich begrüßt!

(Beifall im Hause)

Das Wort hat Herr Abgeordneter Mertes.

## Abg. Mertes, SPD:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Warum haben wir diese Studie, so unvollkommen sie in Einzelteilen vielleicht sein mag und wie vollkommen sie auch beschrieben worden ist? Wir haben das deshalb gemacht, weil Sie als CDU dieses Land permanent herunterreden.

Wir wollen an dem einstimmig verabschiedeten Antrag der CDU auf dem letzten Landesparteitag deutlich machen, wie es zu dieser Studie aussieht. Wir brauchen uns nicht selbst zu loben. Die Lobhymnen kamen von der Presse. "Einer der großen Gewinner", so hieß es bei SPIEGEL-Online, "ist Rheinland-Pfalz" und "Wandel im Land gelingt" bei der "Rhein-Zeitung". Die "BILD-Zeitung" hat uns sogar zum Wunderland Rheinland-Pfalz gemacht. Das ist übertrieben.

Meine Damen und Herren, wir haben Äußerungen von draußen, die sagen, dass eine Menge geschehen ist. Es gab zum Beispiel die Verleihung eines Mittelstandspreises an den Ministerpräsidenten und damit auch an diese Landesregierung und, lieber Werner Kuhn, an diese Koalition und an diese Regierungskoalition. Hier hieß es: "Herr Ministerpräsident, Sie haben es in den elf Jahren Ihrer Regierungszeit geschafft" – Dr. Burkhard Schwenker hat diesen Beraterjargon genannt –, "das Land Rheinland-Pfalz vom Armenhaus der Republik, vom Land der Rüben und Reben" – was nett, aber nicht ausreichend war – "zu drehen." Das ist ein Zitat von Dr. Schwenker, Roland Berger AG, also nicht der Verbandsgemeindeverwaltung.

(Beifall der SPD und der FDP)

Hier hatte ich noch nie so viel Probleme wie Sie, über das zu reden, was wir geschaffen haben. Ich habe von diesem Volk immer behauptet: Wir haben ein Land übernommen, das ordentlich regiert worden war. Wir

haben nie ein Problem damit, Bernhard Vogel dafür zu loben, dass er in diesem Land Universitäten gegründet hat

Meine Damen und Herren, damit haben Sie ein Riesenproblem. Ich will Ihnen einmal Ihren Antrag vom letzten Landesparteitag ein bisschen unter die Nase halten. Unser Land leidet wie ein Hund.

(Heiterkeit bei der SPD und der FDP)

Mein Hund würde sich beschweren, wenn er in solch einer Reihenfolge genannt würde. In der Bertelsmann-Studie heißt es: Mit Rheinland-Pfalz gelingt es erstmals einem Land, die bisherigen Top 5 der Bundesländer aufzubrechen. Der stetige Aufstieg des Landes ist auf konsequente, nachhaltige Aktivitäten der Landesregierung zurückzuführen.

(Beifall der SPD und der FDP)

Das Land leidet wie ein Hund. Wissen Sie, ein Hund leidet allenfalls unter der Abwesenheit seines Herrchens, sonst weniger.

In dem gleichen Papier heißt es: "Die sozial-liberale Landesregierung ist mit ihrer Wirtschaftspolitik gescheitert. Sie betreibt nur kosmetische Schönheitskorrekturen." – In der Bertelsmann-Studie heißt es: "Beim Wirtschaftswachstum verbessert sich das Land um drei Plätze auf Rang drei. In allen Jahren innerhalb des Beobachtungszeitraums wuchs die rheinland-pfälzische Wirtschaft überdurchschnittlich."

Meine Damen und Herren, hier ist die Frage erlaubt, wie Sie intern diskutieren und wen Sie an das Pult schicken.

Die ist dann erlaubt. Dann kann man nur eins sagen: Sie wollen angesichts dieser Studie in diesem Parlament nicht erzählen, was Sie wirklich in Ihrer Partei über dieses Land denken. Das wird aufgedeckt.

(Beifall bei SPD und FDP)

Wer dieses Land auf einem Parteitag nur für parteipolitische Zwecke so herunterredet, der kann doch wirklich nicht vorgesehen sein, es zu regieren, meine Damen und Herren.

(Beifall bei SPD und FDP)

Es gibt eine tröstliche Botschaft bei all diesen einzelnen Beschreibungen: Es ist möglich, mit eigener Anstrengung über Zeit in einem Land gemeinsame Anstrengungen zur Verbesserung durchzusetzen. Es ist möglich, in einer Koalition aus ganz unterschiedlichen Richtungen eine gemeinsame Richtung zu machen. Es ist möglich, in diesem Land Rheinland-Pfalz Verbesserungen zu schaffen, aber es ist nur möglich mit dieser Koalition.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei SPD und FDP)

#### Präsident Grimm:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht nun Frau Abgeordnete Thomas.

## Abg. Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Meine Damen und Herren, als ich den Titel der Aktuellen Stunde und auch den Antragsteller gesehen habe, wusste ich schon, dass Sie einer Versuchung nicht widerstehen können, nämlich nur über ausgewählte Teile der Studie und der Ergebnisse zu sprechen.

# (Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Ich glaube, wenn es darum geht, ein ausgewogenes und auch ein realistisches Bild dieses Bundeslands zu bekommen, dann sollte man diese Studie und den Ausschnitt, der bisher veröffentlicht ist, schon komplett lesen. Dann lese ich Ihnen, damit wir es komplettieren, die eine oder andere Seitenüberschrift vor. Wenn Sie die Ergebnisse im Überblick sehen, dann müssen Sie auch realisieren, dass die Autoren der Studie schon auf der ersten Seite vermerken, was problematisch für die Entwicklung des Landes ist und vor allen Dingen auch zukünftig noch sein wird: die überdurchschnittlich hohe Verschuldung, die vergleichsweise hohen Personalausgaben und die Hochschulfinanzierung. Wenn Sie in der Studie etwas weiter nach hinten blättern, dann lese ich Ihnen nur einmal die Seitenüberschriften vor. Dann wird es noch einmal konkretisiert: "Verschuldung gefährdet positive Entwicklung". Dann ist es verbunden mit der Aufforderung, Personalausgaben zu senken. Dann ist dort ein klarer Hinweis darauf, dass Sie geringe Ausgaben für die Hochschulen tätigen --

(Zuruf des Abg. Dr. Schmitz, FDP)

- Ich komme nachher noch einmal dazu.
- und sich in der Gesamtbewertung dadurch ein anderes und auch ein geteiltes Bild ergibt. Auch das muss man realisieren und auch seitens einer Regierungskoalition zugestehen, wie man da herangehen will, lieber Herr Kuhn.

# (Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Meine Damen und Herren von der FDP und der SPD, wir kommen heute noch im Rahmen der Nachmittagsdebatte auch auf die Feststellungen des Landesrechnungshofs. Wir brauchen ihn aber nicht, um festzustellen, dass wir gerade seit den Jahren 2002 unablässig riesige Neuverschuldungen im Land haben. Ich sage wirklich "riesig", weil wir jede Grenze, die wir bis vor wenigen Jahren noch gesetzt haben, überschritten haben, von 1,5 Milliarden Euro über 1,3 Milliarden Euro usw. usf., dass wir am Ende dieses Haushaltsjahres wahrscheinlich bei einem Gesamtverschuldungsstand von 25 Milliarden Euro liegen.

Ich will Ihnen das einmal in Relation setzen. Ein kompletter Jahreshaushalt sind noch nicht einmal

11 Milliarden Euro. Sie sehen, welche Lasten wir verteilen, nicht auf uns, sondern auf die Schultern der zukünftigen Generationen.

Wenn wir ein Bild von einem Bundesland zeichnen wollen, dann muss meiner Meinung nach – das ist auch ein Stück Kritik an dieser Studie – ein solches Kriterium, wie Generationengerechtigkeit, mit der Art und Weise, was wir unseren nachkommenden Generationen an Schulden übergeben, eine andere Relation spielen.

# (Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der CDU)

Sie wissen ganz genau, dass wir einen Ausverkauf des Vermögens des Landes betreiben und wir nur unter diesen Bedingungen überhaupt noch einen Haushalt fahren können. Sie wissen, was wir an Pensionsleistungen in den nächsten Jahren zu erbringen haben und uns das jede Entwicklungsmöglichkeit im Haushalt abschnüren wird. Sie haben keine Vorsorge betrieben, wie es notwendig gewesen wäre, meine Damen und Herren. Das ist die andere Seite der Entwicklung in diesem Land.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn Herr Kuhn so lauthals sagt "Rheinland-Pfalz ein Aufsteigerland", dann sage ich: Auch ein Aufsteigerland in der Schuldenentwicklung. Von einer soliden Finanzpolitik haben Sie sich schon lange verabschiedet, meine Damen und Herren.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der CDU)

Auch der andere Bereich, der sehr kritisch in der Studie vermerkt wird, dass wir im Vergleich zu den anderen Bundesländern bei dem, was wir in die Köpfe investieren, nämlich in den Bereich der Hochschulentwicklung und der Forschung, weit hinter dem stehen, was andere Bundesländer zuwege bringen und dass wir den Rückstand, meine Damen und Herren der CDU, den Sie in Ihrer Regierungszeit mitbegründet haben, noch lange nicht aufgeholt haben. Das zeigt doch die Feststellung in der Studie. Ich darf zitieren: "Es besteht die Gefahr, dass die notwendigen Investitionen in Humankapital sowie Forschungsaktivitäten ausbleiben", eine weise Aussage in Anbetracht dieser Haushaltssituation. Ich werde auch nicht müde zu sagen, was ich seit Jahren für unsere Fraktion sage, wenn wir in die Haushaltsdebatten gehen: Sie haben Jahre damit vertan, in Beton zu investieren statt in Köpfe.

(Zuruf des Abg. Creutzmann, FDP)

- Ich weiß, Herr Creutzmann, da schreien Sie jedes Mal auf, weil es Ihnen besonders wehtut, weil Sie diejenige Partei und die Fraktion sind, die diesen Kurs gesetzt haben und die jetzt versuchen, hinterherzuhoppeln und das auszubessern, was Sie über Jahre versäumt haben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### Präsident Grimm:

Ich erteile Herrn Ministerpräsidenten Beck das Wort.

## Beck, Ministerpräsident:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich räume ein, es gibt Debatten in diesem hohen Hause, da geht man mehr oder weniger gern an dieses Rednerpult. Wer sich in der Niederung den Mühen des Anstiegs, manchmal auch des leichten Stolperns unterzieht, hat auch das Recht, sich auch über ein Lob von außen einmal zu freuen. Deshalb will ich deutlich sagen: Ich freue mich über diese Ergebnisse, ohne dass ich die Herausforderungen, die natürlich vorhanden sind, verkenne oder deswegen alles nur in rosa Farben malen möchte. Aber die Bertelsmann-Studie, die jetzt bekannt geworden ist, ist ein Beleg dafür, dass die Menschen in diesem Land Rheinland-Pfalz und diejenigen, die die Regierungsverantwortung in den Koalitionsfraktionen und in der Regierung tragen, offensichtlich miteinander eine Anstrengung unternommen haben, die einen Weg nach oben für dieses Land bedeuten, ein Weg, den uns niemand vor zwei oder drei Jahrzehnten zugetraut hätte.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich will, um diese Aussage zu stützen, ohne das ich rankinggläubig bin oder werde, auf die eine oder andere Studie oder Untersuchung hinweisen, die die Tendenz dieser Bertelsmann-Studie ausdrücklich bestätigen und unterstreichen. Ich möchte Sie daran erinnern dürfen, dass im April 2004 Ernst & Young ein Mittelstandsbarometer vorgelegt hat, das Rheinland-Pfalz hinsichtlich der regionalen Förderpolitik auf dem ersten Platz sieht. Ich will darauf verweisen dürfen, dass nach einer Untersuchung, die die Zeitschrift "Capital" hat machen lassen, die sie am 27. November 2003 veröffentlicht hat, Rheinland-Pfalz mit einer Wohlstandssteigerung zwischen 1991 und 2003 hinter Bremen auf dem 2. Platz mit einer Steigerung von 56 % angekommen ist.

# (Beifall bei der SPD)

Ich will Sie auf die Studie "Deutschland 2020" des Berlin-Instituts hinweisen dürfen. Darin wird deutlich, dass wir in der Einstufung der Zukunftsfähigkeit des Landes – diese Parameter finden sich ganz ähnlich auch in der Bertelsmann-Studie – hinter Baden-Württemberg, Bayern und vor Hessen an dritter Stelle eingestuft werden. Ich will darauf hinweisen dürfen, wie in der Untersuchung der "WirtschaftsWoche", nachlesbar am 12. August 2004 – die "WirtschaftsWoche" ist sicher nicht verdächtig, einer sozialdemokratisch auch mit den Liberalen gemeinsam geführten Regierung zu freundlich zu begegnen, um es einmal ganz vorsichtig zu sagen – die Wirtschaftsentwicklung für die Jahre 2001 bis einschließlich 2003 eingestuft wird.

Dort werden die Wirtschaftsentwicklung für die Jahre 2001 bis einschließlich 2003 und die absolute Wirtschaftskraft eingestuft. Wir werden dort auf Platz 3 bzw. auf Platz 5 verortet.

Herr Dr. Gölter, ich bin, was die Parameter angeht, durchaus mit Ihnen einig, dass man immer Spielräume hat. Man darf doch aus all diesen Untersuchungen eines ableiten, und zwar dass wir deutlich vorankommen. Ich denke, das ist ein Grund zur Freude und kein Grund, dass irgendjemand das negativ bewertet.

(Beifall der SPD und der FDP – Creutzmann, FDP: So ist es!)

Meine Damen und Herren, ich will unterstreichen, was der Herr Kollege Mertes angesprochen hat. Wir wären vielleicht gar nicht auf die Idee gekommen, diese Debatte zu führen, aber es ist in der Tat frappierend, in welcher Art und Weise die Union dieses Hauses Rheinland-Pfalz betrachtet und öffentlich beschreibt.

Wenn es richtig ist, was Ludwig Erhard gesagt hat, dass ein wesentlicher Teil der Wirtschaftspolitik auch in Psychologie besteht, dann ist es geradezu die Pflicht der Regierungsmehrheit in diesem Haus und der Regierung selbst, sich mit diesen Vorwürfen auseinander zu setzen. Das ist unsere Pflicht.

(Beifall der SPD und der FDP)

Joachim Mertes als Hundebesitzer hat das Hundezitat schon in gebührender Weise angesprochen.

(Schmitt, CDU: Auch noch andere Zitate!)

Aber ich will ein anderes Zitat aus dem genannten Papier des letzten oder vorletzten Unionsparteitags – das weiß ich nicht mehr genau – in diesem Land zitieren.

Wörtliche Rede: "Wie Rotgrün im Bund so ist auch die sozial-liberale Koalition im Land auf der ganzen Linie gescheitert.

(Beifall der CDU – Heiterkeit bei der SPD)

Sie hat ein blühendes Land heruntergewirtschaftet." -

Ich zitiere die Bertelsmann-Studie: "Mit Rheinland-Pfalz gelingt es erstmals einem Land, die bisherigen Top 5 der Bundesländer aufzubrechen." – Der Herr Kollege Kuhn hat darauf hingewiesen.

Es geht in diesem Zitat weiter: "Der stetige Aufstieg des Landes ist auf konsequente nachhaltige Aktivitäten der Landesregierung zurückzuführen" –, Seite 163 nachlesbar, wenn jemand Zweifel haben sollte.

(Zuruf des Abg. Bracht, CDU)

Meine Damen und Herren, welche Wahrnehmung haben Sie von diesem Land, woher nehmen Sie die Begründung für diese Behauptung, die Sie nicht nur gesagt, sondern auch aufgeschrieben haben?

(Beifall der SPD und der FDP – Creutzmann, FDP: So ist es!)

Das Folgende stammt auch aus dem Papier "Offensive Wirtschaftspolitik" vom Juli 2004. Falls Sie es vergessen

haben, auf Seite 8 Ihres Beschlusses nachlesbar, lieber Herr Kollege Jullien.

Wörtliche Rede: "Die sozial-liberale Landesregierung ist mit ihrer Wirtschaftspolitik gescheitert. Sie betreibt nur noch kosmetische Schönheitskorrekturen. Rheinland-Pfalz fehlt es an Wirtschaftskraft." –

Ich kann Ihnen das nicht ersparen. Aber wer so dick aufträgt, der muss sich auch mit den Realitäten konfrontieren lassen.

(Beifall der SPD und der FDP)

Dort steht, die CDU beschließt, es fehle an Wirtschaftskraft. Bertelsmann-Studie besagt – wörtliche Rede –, Seite 164 nachlesbar: "Beim Wirtschaftswachstum verbessert sich das Land um drei Plätze auf Rang 3. In allen Jahren innerhalb des Beobachtungszeitraums wuchs die rheinland-pfälzische Wirtschaft deutlich überdurchschnittlich."

Erklären Sie mir bitte, wie Sie zu Ihrem Beschluss gekommen sind, meine Damen und Herren.

(Beifall der SPD und der FDP – Zuruf des Abg. Jullien, CDU)

- Da muss ich niemand anderen fragen.

(Jullien, CDU: Lesen Sie den Bericht des Rechnungshofs!)

– Lieber Herr Kollege Jullien, es geht noch weiter. Noch nicht aufregen, es geht noch weiter.

Seite 5 Ihrer Beschlüsse: "Rheinland-Pfalz fällt im Ländervergleich zurück" –, wörtliche Rede.

(Kuhn, FDP: Oh!)

Herr Kollege Wirz hat noch einen draufgesetzt: "Beim Wachstum und Arbeitsmarkt fällt Rheinland-Pfalz im Vergleich zu den meisten anderen Ländern zurück." – Das hat der Herr Kollege Wirz am 29. April dieses Jahres erklärt.

(Pörksen, SPD: Der redet viel, wenn der Tag lang ist!)

Die Bertelsmann-Studie dazu besagt: "Rheinland-Pfalz setzt seine Aufwärtsbewegung fort. Wie bereits im Ranking 2003 zu beobachten, entwickelt sich Rheinland-Pfalz stark. Rheinland-Pfalz profitiert davon, dass es mit die kräftigste Wirtschaftsdynamik aufweist" –, Seiten 12 bis 14 der Studie.

Meine Damen und Herren, wie kommen Sie zu Ihrer Bewertung?

(Beifall der SPD und FDP)

Mein Kollege Herr Bauckhage wird darauf noch eingehen. In Ihrem Beschluss steht auf Seite 10: "Die CDU

fordert den Ausbau einer leistungsfähigen Verkehrsinfrastruktur." – In der Forderung sind wir uns einig.

(Jullien, CDU: Ach nee!)

- Ach nee.

Ich will Ihnen nur sagen, wie die Untersuchung aussieht. Bertelsmann-Studie, Seite 165: "Die Verkehrsinfrastruktur ist im bundesdeutschen Vergleich überdurchschnittlich gut ausgebaut."

Ich sage nicht, das ist alles unser Verdienst, aber es hat sich schon eine Menge getan, Herr Dr. Gölter. Wir haben innerhalb dieses Zeitraums die ICE-Anbindung bekommen, die wir vorher nicht hatten. Eine ist noch im Bau, aber die durch den Westerwald, die uns mit Montabaur eine ganz wichtige Einbindung an das europäische Schnellbahnnetz gebracht hat, ist in diesem Zeitraum fertig und in Dienst gestellt worden.

(Zurufe von der CDU)

 Sie hatten gesagt, so viel hat sich in diesem Zeitraum nicht getan, dass der Sprung gerechtfertigt wäre.

Ich will nur aus meiner Sicht erklären, dass es schon einige ganz einschneidende Veränderungen in diesem Zeitraum gegeben hat, im Übrigen auch bei der Straße.

Wenn Sie die Bahnverkehrsinfrastruktur in Rheinland-Pfalz mit anderen Ländern vergleichen, werden Sie auch nicht zu einem anderen Schluss kommen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich will natürlich alles andere, als dem Punkt ausweichen, den die Vorsitzende vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angesprochen hat.

Natürlich, es ist wahr, wir haben in Deutschland insgesamt, in den Ländern und auch in Rheinland-Pfalz eine zu hohe Rate der Neuverschuldung. Das ist überhaupt keine Frage.

(Zuruf von der CDU: Wie stehen wir denn da im Ranking?)

- Vielleicht hören Sie einen Moment zu.

Es wird unsere Aufgabe sein, unsere Anstrengungen zur Ausgabendisziplin fortzusetzen.

(Zuruf des Abg. Schnabel, CDU – Jullien, CDU: Was sagt der Rechnungshof dazu?)

Ja, ja.

Ich will Ihnen belegen, dass das keine Behauptung ist, die einfach aus der Luft gegriffen ist.

(Keller, CDU: Das glaubt noch nicht einmal der Rechnungshof!)

 Sie können Zwischenrufe machen, die mit den Fakten nicht übereinstimmen. Sie können sogar Beschlüsse fassen.

(Jullien, CDU: Lesen Sie den Bericht des Rechnungshofs!)

 Ja, ja. Ich weiß, dass es weh tut. Aber so ist das manchmal im Leben. Ich muss es auch aushalten, wenn es bei mir weh tut.

(Beifall der SPD und der FDP)

Schauen Sie sich den Bericht des Statistischen Landesamts an. Ich hoffe, Sie haben ihn.

(Zuruf des Abg. Schnabel, CDU)

- Was? Er ist bestellt. Herr Schnabel?

Ich stelle für das Protokoll fest, Herr Kollege Schnabel behauptet öffentlich, dass die Daten, die das Statistische Landesamt veröffentlicht, bestellt wären, das heißt, manipuliert sind.

Ich weise dies im Namen unseres Statistischen Landesamts mit Nachdruck zurück, Herr Schnabel.

(Beifall der SPD und der FDP – Zurufe von der CDU)

Das ist eine böse Verleumdung. Sie sollten das in Ordnung bringen.

(Zuruf des Abg. Schmitt, CDU)

Wissen Sie, ich habe im Unterschied zu anderen Redezeit. Sie können so lange dazwischen reden, wie Sie wollen. Ich kann meine Ausführungen zu Ende bringen.
 Das ist auch ein Vorteil, wenn man regiert.

(Zuruf des Abg. Keller, CDU)

- Machen Sie sich mal keine Sorgen.

Ich will zu unserer Verantwortung stehen. Da wir die Einnahmenseite bei den Steuern nicht bestimmen können, allenfalls marginal mitbestimmen können, ist es unsere zentrale Aufgabe, auf der Ausgabenseite die Disziplin unter Beibehaltung der politischen Notwendigkeiten und Schwerpunkte, die man wahren kann, zu wahren.

Schauen Sie sich einmal die bereinigten Gesamtausgaben der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände, veröffentlicht auf Seite 60 des Berichts des Statistischen Landesamtes, an. Ich möchte noch einmal zu Herrn Schnabel sagen, dies ist kein gefälschter und bestellter, sondern ein objektiver Bericht.

(Schnabel, CDU: Von gefälscht habe ich nicht gesprochen!)

– Wenn Sie von Einflussnahme reden, was soll denn anders gemeint sein?

(Zurufe der Abg. Schnabel und Keller, CDU)

Nehmen Sie den Fakt zur Kenntnis: Bereinigte Gesamtausgaben, Vergleich pro Kopf der Bevölkerung, Euro je Einwohner - Rheinland-Pfalz steht, was die Ausgaben angeht, an letzter Stelle. So viel zur Frage, weshalb ich gesagt habe, wir wollen unsere Anstrengungen fortsetzen. Wir haben nämlich Anstrengungen unternommen, sonst wäre dieses Ausgabenergebnis nicht erreichbar gewesen, meine sehr geehrten Damen und Herren!

> (Beifall der SPD und der FDP – Zuruf des Abg. Schnabel, CDU – Zuruf des Abg. Dr. Weiland, CDU)

- Ich komme noch darauf. Haben Sie doch Geduld!

(Dr. Weiland, CDU: Sagen Sie einmal bitte, wie sich diese in den letzten Jahren entwickelt haben!)

 Herr Präsident, ich wäre dankbar, wenn der Kollege Dr. Weiland nachher das Wort nimmt und sagt, was er zu sagen hat, wenn er etwas zu sagen hat. Ich kann ihn so schlecht verstehen, weil sich seine Stimme so überschlägt.

> (Dr. Weiland, CDU: Hören tun Sie auch noch schlecht! – Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, ich bin immer noch beim Haushalt. Wir hatten in den letzten Jahren eine uns fordernde und schwierige Lage. Ich sage es noch einmal dazu.

(Dr. Weiland, CDU: Pro-Kopf-Verschuldung! Sagen Sie einmal etwas dazu!)

– Haben Sie doch Geduld. Warum sind Sie denn so ungeduldig?

(Dr. Weiland, CDU: Ich möchte es gern jetzt hören!)

Was Sie hören möchten, muss ich aber nicht sagen.
 Das ist der Unterschied zwischen uns beiden.

(Beifall der SPD und der FDP – Dr. Weiland, CDU: Pro-Kopf-Verschuldung!)

Ich möchte Sie darauf hinweisen dürfen, dass wir Vermögen und Ansprüche des Landes veräußert haben, liebe Kolleginnen und Kollegen. Aber im Gegensatz zu vielen anderen Ländern konnten wir in den letzten Jahren unseren Haushalt verfassungskonform gestalten. Sie wissen, dass andere Länder, die viel größere Probleme damit haben, Haushalte vorgelegt haben, die von der Ausnahmeregel der Verfassung Gebrauch machen mussten. Darunter fällt auch Hessen, das in diesem Wirtschaftsranking noch vor uns steht, was aufgrund seiner Wirtschaftskraft kein Wunder ist.

Ich möchte darauf hinweisen dürfen – ich sage dies nicht als Vorwurf, sondern als Feststellung –, über mehrere Jahre musste Hessen von der Ausnahmeregel der Verfassung Gebrauch machen, um keinen verfassungswidrigen Haushalt vorzulegen.

(Jullien, CDU: Sie haben Landesbetriebe gegründet!)

– Ich habe es doch gerade gesagt. Wenn Sie es noch einmal hören möchten, ja, wir haben dieses Instrument eingesetzt, und wir halten es für verantwortlich. Hessen hat dieses Instrument auch eingesetzt und dennoch einen nicht verfassungskonformen Haushalt vorgelegt.

(Beifall der SPD und der FDP)

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, noch einige weitere Fakten zur Kenntnis zu nehmen. Wenn Sie die Sonderlastenkonversion aus den Haushaltsentwicklungen der letzten Jahre herausrechnen – das waren seit 1992 1,5 Milliarden Euro –, kommen Sie zu einer völlig anderen Vergleichsrechnung, auch was die Pro-Kopf-Verschuldung anbelangt. Ich frage einmal allen Ernstes, meine Damen und Herren: Wo wären wir in Zweibrücken? Wo wären wir in Bitburg? Wo wären wir im Hunsrück auf dem Hahn? Wo wären wir in Kaiserslautern, wo heute der PRE-Park als eines der erfolgreichsten Unternehmen existiert, das hinsichtlich seiner Wirtschaftsentwicklung in Deutschland zu finden ist? Wo wären wir in Pirmasens auf der Husterhöhe ohne die Anstrengungen? –

Ich könnte Koblenz, Birkenfeld und viele andere Konversionsvorhaben in diesem Zusammenhang nennen. Wir stehen dazu, dass wir bei dieser Veränderung der Welt und bei der Veränderung dieser Situation, in der über 100.000 zivile und militärische Arbeitsplätze in wenigen Jahren in Rheinland-Pfalz abgebaut worden sind, gegensteuern und wir den Kommunen und den Regionen, die bisher militärisch so stark geprägt waren, helfen, zivile Strukturen aufzubauen. Das ist eine bewusste Entscheidung, und dafür bin ich nicht willens, mich zu entschuldigen.

(Beifall der SPD und der FDP)

Im Übrigen müssen Sie daneben den Pensionsfonds sehen, den kein anderes Land hat. Dies ist ein Anspruch für die Zukunft der Menschen, die bei uns beschäftigt sind. 900 Millionen Euro sind dort hineingeflossen. In das Verstetigungsdarlehen an die Kommunen sind 600 Millionen Euro hineingeflossen, um ihnen wirtschaftlich zu helfen. Wenn Sie all dies herausrechnen - und wer ein bisschen seriös Finanzpolitik betreibt, der weiß. dass man das herausrechnen muss; dies sind Ansprüche, die wir haben und die wir entweder durch Leistungen, die wir an Pensionäre nicht erbringen müssen, oder durch Rückzahlungen der Kommunen oder durch Verrechnungsgrundlagen wiederbekommen -, sind wir hinsichtlich der Pro-Kopf-Verschuldung im günstigen Sinn besser als der Bundesdurchschnitt, lieber Herr Kollege Dr. Weiland. Das ist die Realität. Das ist die Wahrheit, und da können Sie noch viele Zwischenrufe machen.

(Beifall der SPD und der FDP)

Das stimmt ganz exakt, was ich Ihnen sage. Entweder wir machen ernsthaft Politik, oder wir machen Kirmesgeplänkel. Ich habe nichts gegen Kirmesgeplänkel, aber alles zu seiner Zeit und an seiner Stelle.

(Zuruf des Abg. Dr. Weiland, CDU – Jullien, CDU: Macht der Rechnungshof Kirmesgeplänkel, Herr Ministerpräsident?)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Verschuldungszuwachs dieses Landes seit 2000 ist im Bundesvergleich deutlich unterdurchschnittlich. Ich möchte dies nur sagen, um es deutlich zu machen und nicht, um es schönzureden. Ich habe den Rechnungshofsbericht so gelesen wie Sie, und ich erkenne die Herausforderung. Wir werden uns auch weiterhin anstrengen. Ich wollte diese Fakten nur nennen, um deutlich zu machen, es ist eine Mär, davon zu reden, wir würden uns nicht anstrengen. Der vorgelegte Haushalt wächst in einer Größenordnung unterhalb der Preissteigerungsrate. Das muss man erst einmal hinbekommen. Jede einzelne Einsparung ist von Ihnen kritisiert worden, und Sie waren bei den Protestierenden draußen vor der Tür, meine Damen und Herren! Jede einzelne Einsparung!

(Mertes, SPD: So ist das! Immer! – Beifall der SPD und der FDP)

Ich möchte Ihnen nur einen Tipp geben: Wenn Sie die Studien in diesem Bereich lesen – sie werden an dieser Stelle zu Recht genauso intensiv gelesen wie an anderer Stelle –, sollten Sie dabei auch immer bedenken, dass die Zinslastquote und die Personalquote durch den Länderfinanzausgleich zugunsten der Geberländer deutlich verfälscht wird. Sie kennen den Mechanismus. Ich muss ihn jetzt nicht im Einzelnen erklären.

Meine Damen und Herren, ich komme zu dem zweiten Punkt, der zu bedenken ist: Die Personalausgaben sind natürlich durch das Herausdefinieren von bestimmten Bereichen auf einmal sehr unterschiedlich hoch. In der hessischen Personalausgabenquote, die von der Bertelsmann-Studie betrachtet wird, sind die Hochschulen herausgerechnet. Bei uns sind sie noch drin.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Dafür ist der LSV draußen! Dafür sind andere draußen!)

 Wenn Sie das morgen korrigieren, haben Sie auch eine andere Quote, und Sie werden viele andere Punkte in diesem Zusammenhang auch finden.

Verehrte Frau Abgeordnete, wenn Sie sagen, wir hätten auch bei Hochschulen ein nicht ausreichendes Ausgabenpotenzial, dann sage ich Ihnen, wenn Sie das hinzurechnen, was dieses hohe Haus für die Zukunft beschlossen hat und was natürlich in der Studie, die auf das letzte Jahr zurückblickt, nicht enthalten sein kann, also die 125 Millionen Euro, werden Sie auch dort eine andere Situation vorfinden.

(Frau Abgeordnete Thomas schüttelt den Kopf)

- Natürlich werden Sie eine andere Situation vorfinden.

Ich möchte im Übrigen darauf hinweisen – das ist mir gestern auch schon bei der Schuldebatte aufgefallen –, ich und meine Kollegen der Landesregierung sind nicht willens – ich bin dankbar, dass auch die Fraktionen von SPD und FDP dies so sehen –, einen Wettbewerb aufzumachen, der da lautet: Wer das meiste Geld ausgibt, der macht die beste Schul- oder Hochschulpolitik. Das wäre ein verheerender Wettbewerb!

(Beifall der SPD und der FDP – Lelle, CDU: Das müssen Sie gerade sagen!)

Ich rate Ihnen also, sich zu den Finanzfragen die Dinge anzuschauen.

Meine Damen und Herren, es wurde gesagt, das mit den Staatsfinanzen sei ein richtiges Problem. Dem stimme ich zu. Aber wir müssen auch schauen, wer was wo fordert.

Ich habe Ihnen schon einmal vorgerechnet, dass die Forderung der Landes-CDU als Zusatzbelastung im Haushalt in einer Größenordnung – günstigst gerechnet – bei 4,1 Milliarden Euro liegt,

(Bracht, CDU: Quatsch! – Zuruf des Abg. Keller, CDU)

ungünstiger gerechnet bei 5,2 Milliarden läge. Auch das ist nachvollziehbar, lieber Herr Keller. Ich weiß, Sie wollen das nicht wahrnehmen.

Verehrter Herr Fraktionsvorsitzender, Herr Kollege Dr. Böhr, Sie haben einen Vorschlag gemacht, den Sie gestern oder vorgestern in der "FINANCIAL TIMES" wiederholt haben, was nachzulesen war.

(Böhr, CDU: Genau!)

Sie haben dort vorgeschlagen, dass wir Abgaben- und Steuerfreiheit für alle Einkommen bis 1.300 Euro gewähren sollten. Haben Sie nur einmal einen Moment gerechnet, was das überschlägig heißt?

(Böhr, CDU: Steuerfrei!)

Steuerfreiheit und Abgabenfreiheit haben Sie gefordert. Ich habe Sie das selbst im Fernsehen fordern hören.

(Jullien, CDU: Eben war es noch die "FINANCIAL TIMES"! – Böhr, CDU: Steuerfrei!)

– Dann nehmen Sie es zurück. Ich habe Sie selbst gesehen. Ich kann Ihnen die Quelle besorgen. Sie haben Steuer- und Abgabenfreiheit gefordert. So haben Sie argumentiert. Das weiß ich ganz genau. Da sind meine Ohren so groß geworden.

Ich habe dann den Finanzminister angesprochen und gesagt, vielleicht verhaue ich mich ja in einer Zehnerpotenz in meiner Rechnung. Dann hat sich das Finanzministerium diesen Vorschlag angeschaut. Meine Damen und Herren, jetzt halten Sie sich fest, damit niemand

vom Sitz fällt. Der amerikanische Präsident ist vom Rad gefallen, das ist schlimm genug.

(Zurufe von der CDU)

– Hören Sie zu, wie seriös der Oppositionsführer dieses Hauses versucht, in die Bundespolitik hineinzuregieren. Ihr Vorschlag würde Steuerausfälle von 51 Milliarden Euro bedeuten. Herr Dr. Böhr, es wären Beitragsausfälle von 87 Milliarden Euro. Herr Dr. Böhr, ich gratuliere Ihnen zu einer solchen Politik. Sie ruinieren diese Republik schneller als es geht mit einer Bemerkung.

(Beifall der SPD – Zurufe von der CDU)

Es sind 51 Milliarden Euro plus 87 Milliarden Euro. Das ist der Vorschlag des Abgeordneten Dr. Böhr zur Steuerpolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Wenn sich so etwas durchsetzen sollte, dann soll regieren wer will. Dann kann kein Mensch mehr diese Republik aufrechterhalten. Das war Herr Dr. Böhr.

(Beifall der SPD – Zurufe von der CDU)

Ich habe es doch nicht gesagt. Ich habe es doch nur nachrechnen lassen. Ich finde, jeder von uns kann sich einmal richtig verhauen. Das kann jedem passieren. Lieber Herr Dr. Böhr gehen Sie aber doch hierher und sagen: Nein, das war nichts. Das kann diese Bundesrepublik nicht tragen. – Es sind annähernd 140 Milliarden Euro Steuerausfall. Überlegen Sie einmal, welches Ei Sie uns da ins Nest legen wollen. Es sind 140 Milliarden Ausfälle an Steuern und Abgaben, die der Staat bezahlen muss.

(Jullien, CDU: Nach Ihrer Berechnung!)

Ich lege Ihnen die Belege vor. Es wurde von Ihnen im Fernsehen mehrfach gefordert, Herr Böhr.

(Jullien, CDU: Eben war es noch die "FINANCIAL TIMES"!)

Wer so etwas fordert und dann hinkommt und diese Regierung der finanziellen Unseriosität zeihen möchte, dem sage ich: Tut mir leid, das ist keine Ebene, auf der man noch ernsthaft miteinander diskutieren kann.

(Beifall der SPD und bei der FDP)

Wenn Sie sagen, ich habe mich verhauen, dann sage ich Ihnen zu: In Ordnung, die Sache ist zu Ende. –

(Schmitt, CDU: Großzügig!)

Solange Sie es aber nicht korrigieren, werden wir diese Debatte weiterführen. Das ist gar keine Frage.

(Jullien, CDU: Wer hat Ihnen denn die Zahlen ausgerechnet? – Zuruf des Abg. Keller, CDU)

- Machen Sie sich einmal keine Sorgen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte noch einmal darauf verweisen, dass in diesen Untersuchungen auch eine Reihe von Dingen steckt, die den Menschen ganz unmittelbar berühren. Die Arbeitslosenquote in diesem Land Rheinland-Pfalz ist die drittgünstigste. Diese ist mir immer noch zu hoch – das ist gar keine Frage –, aber sie ist die drittgünstigste. Auch das hätte diesem Land Rheinland-Pfalz niemand an der Wiege gesungen.

Über die Exportquote haben wir gesprochen. Diese ist auch janusköpfig, Herr Dr. Gölter. Da stimme ich Ihnen völlig zu. Es ist aber auch belegt, dass wir glücklicherweise in diesem Land sehr exportstarke Unternehmen haben. Sehr gut finde ich auch, was ich jetzt gerade wieder auf dem pfälzischen Metalltag in dieser Woche gehört und gern wahrgenommen habe, dass wir starke Mittelständler haben, die eine sehr hohe Exportquote von 60 % und teilweise noch mehr haben. Das spricht ganz ohne Frage für die Konkurrenzfähigkeit dieser Unternehmen.

## (Beifall bei SPD und FDP)

Bei der Zahl der Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger liegen wir an viertniedrigster Stelle in dieser Bundesrepublik Deutschland. Das ist ein gutes Zeichen auch für die Integrationskraft dieser Gesellschaft.

Wir haben eine Selbstständigenquote, von der die Bertelsmann-Studie sagt, lieber Herr Kollege Bauckhage, dass sie überdurchschnittlich hoch ist. Das ist ein Pfund, mit dem wir wuchern wollen. Ich bin sehr dankbar, dass Sie dies auch in Ihrer Politik mit aller Klarheit und mit allem Nachdruck immer wieder deutlich machen.

# (Beifall bei SPD und FDP)

Liebe Frau Thomas, an solchen Stellen, die zu solchen Ergebnissen führen, haben Sie immer Ihre Kürzungsund Deckungsvorschläge zum Haushalt gemacht. Es war immer an solchen Stellen.

## (Pörksen, SPD: Typisch!)

Die Bertelsmann-Studie sagt, wir haben eine Insolvenzquote, die in diesem Land überdurchschnittlich niedrig ist. Über das Wirtschaftswachstum, das deutlich überdurchschnittlich ist, haben wir gesprochen. Wir haben eine Investitionsquote des Landes, die als überdurchschnittlich bezeichnet wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte noch ein Wort zum Thema "Konversion" sagen. Ich erinnere mich, als ich meine erste Regierungserklärung abgegeben habe, was im Herbst vor elf Jahren der Fall sein wird, und vorgeschlagen habe, dass die damals mit Macht einsetzende Konversionsthematik zu einem Schwerpunkt Konversion, begleitet von einem Konversionskabinett mit den entsprechenden Abstufungen, gemacht werden sollte, haben Sie versucht, mich lächerlich zu machen.

(Pörksen, SPD: Typisch!)

Ich erinnere mich sehr genau. Sie haben gesagt, das wäre eine Sache, da setzt man einen Staatssekretär ein,

und dann ist es gut. Ich erinnere mich sehr gut daran. Ich finde, es war richtig und bedanke mich bei den Koalitionsfraktionen, dass Sie meine Politik unterstützt haben. Sonst wären diese herausragenden Bewertungen in der Bertelsmann-Studie zum Thema "Konversion" nicht erreichbar gewesen.

Ich möchte noch ein paar Stichworte nennen. Lesen Sie einmal nach, was zum Thema "Hochschulen" gesagt wird. Zum Thema "Patente" ist schon etwas Positives ausgedrückt worden. Uns ist es aber natürlich auch wichtig, dass sich die Menschen in diesem Land wohl fühlen, dass wir auf Zukunft setzen. Zu diesem Kapitel sagt die Bertelsmann-Studie, wir haben eine gute Ausbildungsquote und Ausbildungssituation. Danke an die Unternehmen, die mitziehen, die wir auch koordiniert am ovalen Tisch zu einer Gemeinschaftsanstrengung mit führen konnten.

Kindergartenbetreuung – wörtliche Rede –: "Rheinland-Pfalz an der Spitze der westdeutschen Bundesländer."

"Positive Bewertung des geplanten Rechtsanspruchs auf einen Kindergartenplatz", Seite 168 nachlesbar. Ich nenne dies immer für den Fall, dass Sie Zweifel hätten, dass ich etwas erzähle, was nicht stimmt.

Bezüglich der Ganztagsschule spricht die Bertelsmann-Studie über Rheinland-Pfalz davon – wörtliche Rede –, "dass wir eine Vorreiterrolle hätten".

Qualitätsstandards, Lob für die Verbesserung der Lehrerausbildung, Lob für die Hochbegabtenschulen. Familienpolitik: Zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie positive Aussagen.

Zur Existenzgründerbetreuung wird Herr Bauckhage noch etwas sagen. Er hat Grund, stolz auf die Bilanz seiner Arbeit zu sein.

Zu den Finanzierungskonzepten, über die Sie und auch die GRÜNEN so häufig schelten, kommt die Studie dazu, dass das vorbildlich sei.

Meine Damen und Herren, Verkehrsinfrastruktur, Verfahrensdauern und Ähnliches mehr, das alles könnte man fortsetzen. Ich finde, in einer Zeit der Neuorientierung in Deutschland, in Europa und in der Welt, unsere wirtschaftliche und gesellschaftspolitische Positionierung in einer schwierigen Phase, in der wir endlich, wenn auch viel zu spät, die Herausforderungen der Demografie anzunehmen beginnen, ist diese Studie eine Grundlage dafür, dass wir den Menschen verdeutlichen können, wenn man sich entsprechend anstrengt, dann kann man die Probleme in Deutschland miteinander lösen. Man darf den Menschen sagen: Vielen Dank, dass Ihr diese Anstrengungen unternommen habt und dass Ihr, die Menschen in diesem Land Rheinland-Pfalz, und die Politik in diesem Land Rheinland-Pfalz diese Spitzenposition im Vergleich der deutschen Länder erreichen konnten.

Ich bin dankbar für alle diese Anstrengungen. Ich will Ihnen auch sagen, ich fühle mich ermutigt durch das, was hier aufgeschrieben ist. Wir werden in Zukunft noch

deutlicher all den Schwarzmalern und Schlechtrednern entgegentreten.

Vielen Dank.

(Anhaltend Beifall der SPD und der FDP)

#### Präsident Grimm:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Redezeit der Fraktionen hat sich erhöht, und zwar um jeweils fünf Minuten, das heißt ein voller Redebeitrag innerhalb der Aktuellen Stunde.

(Dr. Gölter, CDU: Siebeneinhalb!)

- Zweieinhalb plus fünf.

(Jullien, CDU: Siebeneinhalb!)

Ja. Zweieinhalb waren noch Rest plus fünf. Einverstanden? – Kopfrechnen schwach.

Meine Damen und Herren, ich freue mich außerordentlich einen besonderen Gast im Landtag begrüßen zu können, und zwar den Oberbürgermeister der Stadt Dijon, Monsieur Francois Rebsamen, und seine Gattin: Bon jour, Monsieur Rebsamen.

(Beifall im Hause)

Es spricht Herr Kuhn.

# Abg. Kuhn, FDP:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Bezug nehmend auf die Rede von Herrn Dr. Gölter möchte ich an dieser Stelle etwas anmerken. Sie hat sich, die Oppositionsrolle mit eingerechnet, doch wohltuend von dem schwarzen Bild abgehoben, das die CDU normalerweise von diesem Land zeichnet. Er hat relativierende Worte gefunden, was den Wert von Gutachten anbelangt. Darüber kann man reden. Herr Dr. Gölter war immerhin so fair anzuerkennen, dass die Substanz dieses Gutachtens gewichtet werden kann und dieses dem Land gut tut und dass das Land richtig gesehen wird.

Herr Dr. Gölter, ich mache eine zweite Bemerkung. Damit keine Missverständnisse aufkommen: Auch die FDP-Fraktion denkt nicht daran, die Leistungen vergangener Regierungen zu schmälern.

(Zurufe der Abg. Dr. Gölter und Schmitt, CDU)

Ich sage das aus diesem Grund und an dieser Stelle.

(Dr. Gölter, CDU: Sie müssen darauf aufmerksam gemacht werden! – Zuruf des Abg. Jullien, CDU)

- Ich sage es ja auch an dieser Stelle.

Nicht nur Koalitionsregierungen der CDU, auch andere Regierungen der CDU haben dazu beigetragen, dieses Land aufzubauen. Aus diesem Grund sage ich es, Herr Dr. Gölter.

(Jullien, CDU: Es hat aber lange gedauert!)

Aber klar ist, dass dieser rasante Aufstieg in den letzten Jahren bemerkenswert ist. Das ist nicht übertrieben. Es ist auch richtig, dass die Landesregierung dieses deutlich sagt. Das ist die beste Standortkampagne, die wir uns vorstellen können, Rheinland-Pfalz, ein Aufsteigerland, das Aufsteigerland.

(Zuruf der Abg. Frau Grützmacher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, es gibt noch einige Dinge zu korrigieren und zu ergänzen. Frau Thomas, wir haben bei Ihnen wieder das übliche Schema. Sie sprechen davon, die Personalkosten in diesem Land seien zu hoch. Sie verweisen auf bestimmte Daten.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das steht in der Studie, ich zitiere aus der Studie!)

Ich sage nichts dagegen. Sie haben zitiert. Dann erklären Sie mir bitte Folgendes. Ich zitiere jetzt die "Allgemeine Zeitung" von heute: "Landesbetrieb mit Schlankheitskur. LSV will bis 2013 weitere 400 Stellen abbauen." – Also Personalkosten senken. Dann sagen die GRÜNEN bzw. dort steht: "GRÜNE werfen Straßenbauminister Versagen vor."

(Beifall bei der FDP)

Genau das widerspricht Ihrer Aussage, das heißt, hier wird mit den Ressourcen sparsam umgegangen, Personalkosten werden reduziert. Dann ist es auch wieder nicht recht.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Es wurde angekündigt, mehr auch nicht!)

Meine Damen und Herren, ich sage ein Wort zu kritischen Anmerkungen dieser Studie. Der "Bild-Zeitung" muss man nicht alles glauben. Rheinland-Pfalz Wunderland – jetzt wollen wir es nicht übertreiben. Es gibt auch kritische Hinweise.

(Ministerpräsident Beck: Wunderschönes Land wäre in Ordnung!)

- Ja, wir nähern uns diesem Anspruch.

Ich möchte auf eine kritische Bemerkung zurückkommen. Es werden häufig die Pro-Kopf-Ausgaben für Wissenschaft und Forschung erwähnt. Da wir weiterhin Aufsteigerland sein wollen, nehmen wir dieses ernst. Ich verweise auf das von Herrn Ministerpräsidenten erwähnte 125-Millionen-Programm, Sonderprogramm für die Hochschulen. Sie haben die Auswahl festgestellt. Sie werden feststellen, dass diese Investitionen Rheinland-Pfalz im Forschungs- und Wissenschaftsbereich deutlich

voranbringen werden. Ich sage das an dieser Stelle ganz bewusst, was ich in den letzten Wochen mehrfach an anderer Stelle gesagt habe. Ich bin der festen Überzeugung, dass Rheinland-Pfalz gerade in diesem Bereich in der nächsten Legislaturperiode einen weiteren Schwerpunkt setzen muss und wird. Gerade in diesem Zukunftsbereich Forschung und Technologie wird Rheinland-Pfalz diesen Weg weitergehen, den wir beschritten haben, um diese Bemerkungen und Hinweise aus dem Gutachten fair darzustellen.

(Beifall bei FDP und SPD – Glocke des Präsidenten)

#### Präsident Grimm:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Böhr.

#### Abg. Böhr, CDU:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe viel Verständnis für manche Äußerungen, die im Lauf des heutigen Vormittags gefallen sind, für die künstliche Erregung, die von diesem Pult ausgegangen ist, für die Inszenierung des heutigen Vormittags. Die Erklärung liegt auf der Hand. Die Nerven liegen blank bei einer großen Partei.

## (Beifall der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe das bisher immer ohne jede Schadenfreude kommentiert, weil ich mich allzu gut an Situationen erinnere, in denen bei meiner Partei und bei mir die Nerven blank lagen. Man überlegt sich dann, wie man solche Plenarsitzungen gestaltet und welche Themen man nimmt, wer zu welchem Thema redet. Das gehört alles zum parlamentarischen Geschäft.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Herr Fraktionsvorsitzender, Herr Ministerpräsident, das alles ist kein Grund, unwidersprochen eine Studie, in der zugegebenermaßen viele positive Einsichten verkündet werden, in der ebenso eine harte Kritik an der Politik dieser Landesregierung formuliert wird, so darzustellen, als wenn Rheinland-Pfalz sozusagen das Paradies auf Erden in den letzten Jahren geworden wäre.

(Beifall der CDU – Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

Das ist nun einmal nicht der Fall. Herr Ministerpräsident, ich will nicht auf das ausweichen, was einem sonst noch alles einfällt, wenn man hier steht.

Zur Frage der Steuerpolitik fiele mir bei dieser Gelegenheit eine ganze Menge ein. Mir würde auch eine ganze Menge öffentlicher Kommentierungen der Politik Ihrer Partei und Ihrer Person einfallen. Gerade zu den letzten Tagen würde mir sehr viel einfallen.

Ich will nur sagen, dass mich Ihre Berechnungen mit Blick auf meinen Vorschlag nicht so beeindrucken, wenn Sie möglicherweise von denen angestellt wurden, die uns vor nicht allzu langer Zeit verkündet haben, wir hätten 2006 einen ausgeglichenen Haushalt in Rheinland-Pfalz.

(Beifall der CDU – Zuruf des Abg. Lelle, CDU)

Ohne das machen zu wollen, was ich eben kritisiert habe, sage ich zum Thema "Steuergeschenke" Folgendes: Ich habe in den letzten sieben Jahren nie begriffen, dass eine sozialdemokratische Partei mit der Zustimmung ihrer Ministerpräsidenten eine Steuerpolitik betreibt, die den Kapitalgesellschaften die Taschen dermaßen vollsteckt, dass der Staat anschließend verarmt. Das habe ich nie begriffen. So viel zum Thema "Steuergeschenke".

## (Beifall der CDU)

Wissen Sie, man kann diese Studie so oder so lesen. Mein Kollege Dr. Gölter hat darauf hingewiesen, bevor diese Studie erschien – wir wussten überhaupt nicht, dass sie erscheinen würde –, hatten wir eine öffentliche Veranstaltung hier in Mainz mit einem Referenten der Bertelsmann-Stiftung, der sich dann während dieser Veranstaltung zufällig als einer der Autoren dieser Studien der zurückliegenden Jahre dargestellt hat. Es ist nicht die erste Studie der Bertelsmann-Stiftung, die gekommen ist.

Jetzt kann man eine Studie so oder so lesen. Man kann – wie das hier jetzt mehrfach getan wurde, insbesondere vom Kollegen Mertes – sozusagen aus Zeitersparnisgründen nur jede zweite Seite aufschlagen. Dann kommt man schneller durch, und man fühlt sich sozusagen bestärkt in seiner selektiven Wahrnehmung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, man kann aber auch jede Seite lesen und zur Kenntnis nehmen. Dann wird man unschwer feststellen, dass in dieser Studie etwas steht, was nun überhaupt nicht so weltbewegend – will ich einmal sagen – ist, dass hier sozusagen der Boden in Rheinland-Pfalz zittert. In dieser Studie steht: Manches ist in den letzten Jahren in Rheinland-Pfalz gut gelaufen, manches ist aber auch verdammt schlecht gelaufen in diesem Land. – Das steht in dieser Studie.

(Beifall der CDU – Ministerpräsident Beck: Wo steht das?)

Herr Ministerpräsident, dazu kommen wir jetzt im Einzelnen.

(Hartloff, SPD: Jetzt hält er sich schon mit Einzelheiten auf!)

Bevor wir dazu im Einzelnen kommen, will ich aber noch eine Bemerkung machen auch im Blick auf manche andere Diskussion.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich sage das in aller Öffentlichkeit, und ich bin sicher, dass viele, die das aus meinem Mund hören, mir in diesem Punkt auch uneingeschränkt zustimmen werden. Nicht jeder, der in diesem Land die Landesregierung kritisiert, begeht, obwohl ich manchmal den Eindruck habe, dass wir in Rheinland-Pfalz ein Strafrecht haben, in dem in § 1 die Majestätsbeleidigung als der strafwürdigste Tatsachverhalt inzwischen Eingang gefunden hat,

(Starker Beifall der CDU)

Majestätsbeleidigung, und nicht jeder, der diese Landesregierung kritisiert, redet das Land schlecht.

(Beifall der CDU)

Im Gegenteil, damit es dem Land besser geht, muss eine Regierung doch kritisiert werden.

(Starker Beifall der CDU)

Herr Ministerpräsident, ich habe diesen Mangel an parlamentarischem Grundverständnis nie verstanden.

(Lewentz, SPD: Ewiger Kandidat!)

Wir kritisieren eine Landesregierung, so wie auf der ganzen Welt Oppositionen in Demokratien eine Regierung kritisieren, um Schwachstellen aufzudecken, damit es dem Land anschließend besser geht. Allerdings ist es selten so wie hier bei uns in Rheinland-Pfalz, dass von der Regierung behauptet wird, es gäbe gar keine Schwachstellen. So weit bin ich in meiner Politik jedenfalls nie gegangen. Ich weiß, dass auch ich immer noch Schwachstellen habe in dem, was ich sage.

(Glocke des Präsidenten)

– Lieber Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die fünf Minuten sind abgelaufen. Erlauben Sie mir bitte einen allerletzten Satz. Ich sprach eben davon, dass eine ganze Menge auch von kritischen Dingen in dieser Studie im Einzelnen aufgeführt werden. Ich will das in einem einzigen Satz zusammenfassen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Das, was in dieser Studie übrigens ausdrücklich dargestellt wird als eine Politik, die erforderlich ist, oder anders gesagt, die die Voraussetzung dafür ist, dass gute auch wirtschaftliche Entwicklungen zukünftig anhalten – da werden insbesondere zwei Indikatoren in dieser Studie genannt, der Verschuldungsstand und die Investition in Bildung und Ausbildung, insbesondere in Hochschule und Forschung, also da, wo die Arbeitsplätze von morgen liegen, diese beiden werden vor allem genannt – in just diesen beiden Zukunftsindikatoren wird dieser Landesregierung ein verdammt schlechtes Zeugnis ausgestellt.

(Beifall der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, deswegen will ich sagen, ich freue mich darüber, dass es in Rheinland-Pfalz in den letzten Jahren in manchen Punkten aufwärts gegangen ist.

(Kuhn, FDP: Immerhin!)

Übrigens kann man den Autor dieser Studie vielleicht einmal in den Wirtschaftsausschuss einladen und ihn

befragen, wie denn die Weichenstellung erfolgte und vor allen Dingen wann sie erfolgte. Der wird dann genau die gleiche Auskunft geben. Herr Kollege Kuhn, Entschuldigung, ich weiß doch, dass die Staatskanzlei und das Wirtschaftsministerium auch in den letzten Tagen telefonisch Kontakt zu ihm aufgenommen haben. Die wissen das doch.

(Ministerpräsident Beck: Das stimmt doch gar nicht!)

Lassen Sie sich einmal von den telefonischen Kontakten berichten, die es da gegeben hat. Die wissen das doch. Dann können wir mit ihm im Wirtschaftsausschuss einmal reden und uns von ihm erklären lassen, wie sich das verhält.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dann bin ich immer dafür, dass wir da, wo es um das Land geht und wo es um vernünftige Vorschläge geht, an einem Strang ziehen. Daran wird sich in Zukunft nichts ändern.

(Anhaltend starker Beifall der CDU)

#### Präsident Grimm:

Es spricht nun Herr Abgeordneter Mertes.

Abg. Mertes, SPD:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Böhr, anscheinend hat die Debatte auf Sie wie ein Weckruf gewirkt. Sie sind heute Morgen etwas später gekommen und konnten nicht die ganze Debatte mitbekommen.

(Böhr, CDU: Sehr aufmerksam!)

Sie haben nun versucht, hier einfach den Spieß umzudrehen. Das ist in Ordnung. Das ist unsere Arbeit: Die blanken Nerven. – Aber ich frage mich, wem der Schreck mehr in die Glieder gefahren ist, als plötzlich die Formation umgedreht worden ist, was die Wahlen angeht, meine Damen und Herren. Ich frage mich das wirklich.

(Beifall bei der SPD)

Das ist das Erste. Das wissen Sie so gut wie jeder andere.

Das Zweite, was aufgefallen ist: Wir haben keine Schwierigkeiten, unsere Schwächen hier einzugestehen, wo wir besser werden müssen.

(Heiterkeit bei der CDU)

 Lachen Sie sich frei. Das gibt ein positives Gefühl. Das braucht man in Ihrer Fraktion.

Meine Damen und Herren, wissen Sie, warum wir das sagen können, und auch noch ganz frei? Weil alles das, was wir bisher geleistet haben, die Einsicht war, dass wir noch besser werden mussten. Wir sind besser geworden. Genau das ist das Ergebnis.

(Beifall der SPD und der FDP)

Sie haben gesagt, es gäbe dort viele Dinge, die wären verdammt schlecht beschrieben. Sie sind schwächer beschrieben, aber nicht verdammt schlecht. Das ist der Punkt: Die Sprache, die Sie benutzen im Umgang mit der Beschreibung unseres Landes.

Herr Kollege Böhr, Sie haben keinen einzigen Satz zu Ihrem Antrag gebracht, den Sie auf dem Landesparteitag mit großem Getöse verabschiedet haben. Sie haben keinen gebracht, weil Sie wissen, dass Sie sich dort maßlos übernommen haben in der Beschreibung dieses Landes. So ist Rheinland-Pfalz nicht.

(Beifall der SPD und bei der FDP)

Meine Damen und Herren, wenn Sie hierhertreten als CDU und über Steuern reden, ich will dem Kollegen, der in der nächsten Aktuellen Stunde über Steuern zu reden hat, nichts wegnehmen, aber der stellvertretende Landesvorsitzende der CDU, der Kollege Bracht, hat heute noch auf seiner Homepage eine Unterschriftensammlung gegen die Ökosteuer. Köstlich, meine Damen und Herren! Ist das nicht schön?

(Zuruf von der SPD: Oh, oh!)

So aktuell ist er. Vorgestern lasen wir in der "BILD-Zeitung", wie man das sieht mit der Ökosteuer, nämlich dass man das noch nicht ändern kann. Gestern lasen wir, dass man das langfristig ändern möchte. Langfristig ist viel. Wer weiß schon, was eine lange Frist ist. Der Kollege hat es auf seiner Homepage. Er sammelt sozusagen noch in der Vergangenheit.

Meine Damen und Herren, man kann nur sagen, wenn das der steuerpolitische Beitrag ist, sind Sie der letzte, der hier große Reden schwingen kann.

(Starker Beifall der SPD)

Ich sage nichts mehr dazu, weil der Kollege auch noch auf dieser Wiese weiden will. Ich sage Ihnen nur eins, als ich das las "Unser Land leidet wie ein Hund", habe ich mir gedacht, unser Land wird leiden wie ein Hund, wenn es so ein liebloses CDU-Herrchen bekommen wird, meine Damen und Herren!

(Beifall der SPD)

#### Präsident Grimm:

Es spricht Frau Abgeordnete Thomas.

Abg. Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Meine Damen und Herren! Herr Mertes, ich habe anhand Ihrer Rede nicht erkennen können, dass Sie aus der Kritik einen Punkt herausgreifen und beabsichtigen, bei diesem Punkt noch besser zu werden. Ich habe Sie

eher in einer Verteidigungsposition als in einer Offensivposition erlebt.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Ministerpräsident, so sehe ich auch Teile von dem, was Sie in Ihrer Positionsbeschreibung und Ihrer ausführlichen Darstellung gesagt haben. Eines geht nicht, Herr Ministerpräsident: Man kann sich nicht an jeder Stelle und jeder Benchmark reiben wollen, wenn es Ihnen aber einmal nicht passt, neue Rechnungen aufmachen, um sie passend zu machen. Das haben Sie an ein paar Stellen gemacht.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der CDU)

Es geht nicht, dass Sie zum Beispiel nicht die Höhe der Pro-Kopf-Verschuldung benennen. Daran haben Sie sich schön vorbeigedrückt. Sie haben nicht erwähnt, dass wir vom Jahr 1993 bis zum Jahr 2003 einen Anstieg der Pro-Kopf-Verschuldung von rund 2.300 Euro auf etwa 5.400 Euro zu verzeichnen hatten. Außerdem haben Sie nicht erwähnt, dass wir bei der Pro-Kopf-Verschuldung um rund 2.000 Euro höher liegen als im Länderdurchschnitt. Das ist doch ein wackerer Betrag, den man in den vergangenen Jahren aufgebaut hat und von dem man erst einmal wieder herunterkommen muss.

Dem können Sie nicht entgegenhalten, dass Sie besondere Leistungen für die Gemeinden und im Bereich der Konversion erbringen. Ich weiß, dass in diese Bereiche viel Geld geflossen ist. Ich gebe Ihnen einen Rat. Diskutieren Sie diese Frage doch einmal mit den Kollegen der Ministerpräsidenten. Ich bin sicher, jeder Ihrer Kollegen findet besondere Aufgaben in seinem Bundesland, die er aus solchen Ausgaben herausrechnen kann. Dann haben Sie weder ein Benchmark noch einen Vergleich. Dann können Sie diese Liste, die Sie im Finanzministerium erstellen lassen, auch einpacken lassen; denn das hat dann keinen Aussagewert mehr, meine Damen und Herren. Damit machen Sie weiter in der Schönfärberei der Haushaltsentwicklung.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will auf den Bereich der Hochschulen zu sprechen kommen. Ich habe noch von gestern im Ohr, was seitens der Regierungsfraktionen und der Frau Ministerin angeführt wurde, was Sie im Bereich der Kinderbetreuung und der Ganztagsschulen machen. Dabei haben Sie immer mit dem Ausgabenvolumen argumentiert. Dabei haben Sie darauf hingewiesen, was Sie dort hineinstecken und was Sie nicht reduziert haben. Wenn wir aber im Ausgabenvergleich feststellen, dass Rheinland-Pfalz mit an letzter Stelle liegt, dass Rheinland-Pfalz im Ländervergleich Rang 13 einnimmt, wenn es um die laufenden Grundmittel je Studierenden geht --- Ich will das einmal hochrechnen. Verglichen mit den rund 90.000 Studierenden, die wir für Rheinland-Pfalz berechnen könnten, würde Baden-Württemberg, aber auch das Saarland rund 770 Millionen Euro im Jahr ausgeben für den Hochschulbereich in der Größenordnung von Rheinland-Pfalz. Das sind im Jahr rund 200 Millionen Euro mehr, als Sie im Landeshaushalt einstellen. Herr Kuhn, das muss einmal in Relation gesehen werden mit dem, was Sie an Ausgabensteigerungen einplanen. Sie reden immer von 125 Millionen Euro. Es sind aber zunächst einmal nur 25 Millionen Euro pro Jahr. Gemessen an dem, was Baden-Württemberg oder das Saarland mehr ausgibt, nimmt sich das sehr kümmerlich aus.

Ich meine nicht, dass die Hochschulen diese Gelder nicht brauchen. Sie brauchen sie dringend. Wir haben sie schon lange eingefordert. Im Ländervergleich werden Sie aber nicht hervorgehoben. Sie schaffen nicht die Grundausstattungen für die Hochschulen, die sie brauchen. Sie schaffen nicht die Voraussetzungen für eine bessere Lehre, sondern Sie sind allenfalls dabei, in diesen Bereichen nachzubessern und eine andere Grundlage zu schaffen, meine Damen und Herren.

Nun zur Erwerbstätigenquote. Auch in diesem Bereich gab es Veränderungen. Auch das ist in der Studie der Bertelsmann-Stiftung festgehalten. Ich habe einmal nachgesehen, wie sich das nach den Angaben des Statistischen Landesamts verändert hat. Es gibt in der Tat eine Verbesserung von 2003 auf 2004 in der Zahl der Erwerbstätigen von rund 10.000. Ich bin mir ziemlich sicher, dass der Herr Wirtschaftsminister nachher darauf eingehen wird. Deswegen will ich einmal vorweg sagen, was das Statistische Landesamt als Erklärung angibt. Es führt zum einen die konjunkturelle Erholung an. Zum anderen führt es Reformen am Arbeitsmarkt an, die von der Bundesregierung in Gang gesetzt wurden, und zwar insbesondere die Maßnahmen in Verbindung mit Miniiobs und der Ich-AG. Ich kann mich nicht daran erinnern. dass weite Teile dieser Regierungskoalition - insbesondere die FDP - diese Reformsätze unterstützt hätten. Sie wirken aber in Rheinland-Pfalz.

Außerdem wird angeführt, dass im Jahr 2004 von den rheinland-pfälzischen Handwerkskammern allein rund 3.500 Gründungen ohne Meisterbrief registriert wurden. Auch in diesem Fall habe ich keine Begeisterung seitens der FDP gehört, als die rotgrüne Bundesregierung in diesem Bereich die Gründungsmöglichkeiten verbessert hat.

(Glocke des Präsidenten)

Ein großer Teil der Verbesserung der Erwerbstätigenquote geht also auf die Reformbemühungen von Rotgrün in Berlin zurück, mit Sicherheit aber nicht auf das Konto des FDP-Wirtschaftsministers.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

# Präsident Grimm:

Das Wort hat der Herr Wirtschaftsminister.

(Frau Grützmacher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Wie lange werden Sie reden?)

# Bauckhage, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:

- Vielleicht eine Stunde, Frau Grützmacher.

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst einmal sage ich etwas zu dem, was vorher gesagt wurde, insbesondere von Ihnen, Herr Dr. Böhr, und von Ihnen, Frau Thomas. Klar ist, dass ein Wirtschaftsminister eines Landes natürlich stolz ist, wenn seinem Bundesland ein solches Zeugnis attestiert wird, wie es die Bertelsmann-Stiftung uns attestiert hat. Das ist doch gar keine Frage. Gott sei Dank steht Rheinland-Pfalz gut da.

Zunächst einmal möchte ich etwas zur Frage der Schwachstellen und zur Frage der Stärken sagen. Natürlich haben wir die Stärken in den Vordergrund gestellt. Herr Dr. Böhr, es macht aber wenig Sinn, wenn man versucht, Stärken schlechtzureden, wie Sie es tun.

(Beifall bei FDP und SPD)

Das sollten wir nicht tun. Wir sind durchaus in der Lage, die Schwachstellen zu bewerten. Das werden wir auch tun

Frau Thomas, nun zur Pro-Kopf-Verschuldung. Im Jahr 1980 lagen wir im Vergleich der Flächenländer auf Platz fünf. Im Jahr 1990 lagen wir auch auf Platz fünf. Auch im Jahr 2004 lagen wir auf Platz fünf. In der Vergangenheit hat sich also nichts verändert. Wir wissen natürlich, dass die Pro-Kopf-Verschuldung hoch ist. Das wird uns auch in der Studie negativ attestiert. Gleichwohl muss man anerkennen, dass wir das einzige Bundesland waren, das neben Brandenburg erhebliche Konversionsprobleme zu lösen hatte. Das schlägt mit ca. 1,5 Milliarden Euro zu Buche. Das muss man wissen. Daher hat das eine andere Dimension.

Frau Thomas, auch eines ist klar. Genau das ist das Problem. Herr Dr. Böhr, im Übrigen bin ich dabei ganz emotionslos und ruhig. Man muss eine solche Studie verständlicherweise richtig bewerten. Bei der Bewertung kann man als Wirtschaftsminister natürlich sehr gelassen sein. Dabei muss man nicht aufgeregt sein, sondern kann sehr gelassen sein; denn die Bewertung ist sehr gut.

(Vizepräsidentin Frau Hammer übernimmt den Vorsitz)

Man muss einmal überlegen, woher eigentlich der Shootingstar Rheinland-Pfalz kommt, jedenfalls bei der Studie. Zunächst einmal wird uns bestätigt, dass wir beim Wirtschaftswachstum in der Spitzengruppe liegen, genau gesagt auf Rang zwei. Die Selbstständigenquote weist überdurchschnittliche Werte aus.

(Böhr, CDU: In welchen Jahren?)

- Herr Dr. Böhr, ich kann Ihnen das genau sagen. Im Jahr 2003 und im Jahr 2004 - -

(Böhr, CDU: Ab welchem Jahr sind wir überdurchschnittlich bei der Selbstständigenquote?)

Die wirtschaftliche Struktur ist im Wesentlichen durch kleine und mittlere Unternehmen geprägt.

(Böhr, CDU: Ab welchem Jahr?)

- Die Selbstständigenquote im Jahr 2004?

(Böhr, CDU: Nein! Ab welchem Jahr sind wir in Rheinland-Pfalz überdurchschnittlich bei der Selbstständigenquote?)

- Ich kann Ihnen das jetzt nicht sagen. Ich weiß nur, dass wir in den Jahren 2003, 2004 und 2005 über dem Bundesdurchschnitt liegen. Es kann auch sein, dass das seit dem Jahr 1990 so ist. Das liefere ich Ihnen aber gern nach. Das ist kein Problem. Das ist nicht das Problem.

Das Problem ist doch, dass man einmal schauen muss, wie die Lage insgesamt aussieht. Bei der Existenzgründungsquote liegen wir auch weit über dem Bundesdurchschnitt und haben in den Jahren 2003 und 2004 einen Zuwachs von 15 % bzw. 20 % zu verzeichnen gehabt.

(Jullien, CDU: Jeder, der einen Gewerbeschein hat!)

Wir reden von Existenzgründungen. Da muss man immer Vergleichbares mit Vergleichbarem vergleichen. Man kann nicht Äpfel mit Birnen vergleichen. Hier werden nicht Äpfel mit Birnen verglichen, sondern der Vergleich wird richtig gesetzt.

Herr Dr. Böhr, ich räume gerne ein, dass dabei die Ich-AGs eine Rolle gespielt haben. Auch wenn man die Ich-AGs herausrechnet, haben wir trotzdem einen Zuwachs und liegen dann, wenn die Ich-AGs herausgerechnet werden, noch immer über dem Bundesdurchschnitt. Daher bin ich der Meinung, dass das ein gutes Zeugnis iet

Frau Thomas, gestatten Sie mir, noch ein paar Worte zu Ihnen zu sagen, weil exakt da, wo Sie kürzen wollen, die Geschäftsgrundlage für die gute wirtschaftliche Entwicklung liegt.

Zum einen wird uns bestätigt, dass wir eine gute Förderpolitik betreiben. Ich will jetzt nicht auf die vielen Debatten eingehen, die dabei eine Rolle gespielt haben, in
denen Sie uns immer wieder vorgeworfen haben, wir
würden eine falsche Förderpolitik betreiben oder wir
hätten die Förderpolitik zu gut dotiert. Es wird uns die
beste Förderpolitik von allen Bundesländern bescheinigt.

Darüber hinaus muss man sehen, dass das auch etwas mit der Verkehrsinfrastruktur zu tun hat, Frau Thomas. Es ist schon bezeichnend, wenn Sie mich heute in der "AZ" Straßenbauminister nennen. Das bin ich gern. Ich bin natürlich der Verkehrsminister.

Ich will nur erwähnen, wie es im Straßenbau in diesem Land aussieht. Meine Damen und Herren, wir haben in 2005 229 Millionen Euro – Herr Bracht, hören Sie gut zu – an Bundesmitteln zur Verfügung. Das ist ein Datum.

So viel Geld haben wir schon lange nicht mehr an Bundesmitteln zur Verfügung gehabt.

Insgesamt ist der Bundesverkehrswegeplan mit 2,2 Milliarden Euro dotiert. Aus dem Sonderprogramm von 900 Millionen Euro wird Rheinland-Pfalz noch einmal rund 80 Millionen Euro erhalten. Das ist weit mehr als die Länderquote.

Meine Damen und Herren, wir haben 115 Millionen Euro für den Landesstraßenbau zur Verfügung. Ich sage das auch deshalb jetzt, weil ich heute etwas überrascht war, dass nicht davon gesprochen wurde, dass wir 390 Maßnahmen quasi unter dem Pflug haben, sondern dass davon gesprochen wurde, dass es einen Investitionsstau gibt. Natürlich gibt es einen Investitionsstau. Natürlich gibt es aber auch eine Haushaltssituation, die so ist, wie sie ist, und in der man vernünftig mit den Mitteln umgehen muss.

Ich meine, dass wir in Rheinland-Pfalz für den Landesstraßenbau – übrigens auch für den kommunalen Straßenbau – erhebliche Mittel zur Verfügung stellen. Roland Berger sagt übrigens, dass wir das einzige Bundesland sind, das die Mittel aufgestockt und nicht zurückgefahren hat.

(Beifall der FDP und der SPD)

Meine Damen und Herren, das ist die Geschäftsgrundlage für eine gute wirtschaftliche Entwicklung. Ich kann verstehen, dass Frau Thomas damit ein Problem hat,

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ich habe damit kein Problem!)

aber es bleibt dabei, dass eine gute Verkehrsinfrastruktur die Voraussetzung für eine gute Entwicklung ist.

(Zuruf der Abg. Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Jetzt kommen wir zu den Konversionsprojekten. Beim ÖPNV/SPNV stehen wir ohnehin bundesweit an der Spitze. Machen Sie sich keine Sorgen, da stehen wir bundesweit an der Spitze.

(Beifall der FDP und der SPD)

Dies deshalb, weil wir das einzige Bundesland sind, das alle Regionalisierungsmittel exakt nur in den ÖPNV und SPNV fließen lässt.

Meine Damen und Herren, jetzt kommen wir aber zu den Konversionsprojekten. Man muss einmal sehen, wie sich das Vorzeigeprojekt am Hahn entwickelt hat. Dort sind mittlerweile 2.200 zivile Arbeitsplätze vorhanden. Das sind dreimal so viele Arbeitsplätze, als jemals beim Militär vorhanden waren.

(Vereinzelt Beifall bei der FDP)

Ich habe bewusst eine Studie erstellen lassen. Die Studie sagt aus, dass an der Peripherie noch einmal 8.000 Arbeitsplätze zu registrieren sind. Das sind also insgesamt weit über 10.000 Arbeitsplätze. Herr Bracht,

das ist doch für den Hunsrück ein Datum von besonderer Größenordnung.

Das hat natürlich nur eine einzige Ursache. Ursache ist, dass die Landesregierung richtigerweise dem Flughafen Hahn eine hohe Priorität einräumt und ihn als Flughafen und nicht als Landeplatz auf dem Plan hat. Das ist doch der Hintergrund.

Man kann lange darüber streiten, ob das alles seine gute Ordnung hat.

Meine Damen und Herren, gestatten Sie mir, auch noch etwas zu den Verkehrswegen zu sagen, weil auch in der Bertelsmann-Studie eindeutig steht, dass die Verkehrsinfrastruktur einer der Faktoren für eine gute wirtschaftliche Entwicklung ist. Deshalb bin ich sehr stolz auf die Bezeichnung "Straßenbauminister". Ich bin aber genauso gut Verkehrsminister und weiß, dass Straßenbaunicht alles ist.

(Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das verstecken Sie immer gut!)

Ohne Frage haben wir ein vernünftiges ÖPNV- und SPNV-Konzept.

Herr Dr. Gölter, mittlerweile haben wir quasi amtlich, dass Rheinland-Pfalz zu den wirtschaftlichen Topadressen gehört. Gestatten Sie mir aber noch einen Hinweis: In der Bertelsmann-Studie wird uns bescheinigt – aber nicht nur dort, sondern auch durch die "WirtschaftsWoche", durch Ernst & Young, durch Roland Berger und durch andere –, dass wir in den nächsten Jahren ein überdurchschnittliches Potenzial in die Zukunft hinein haben. Hierfür werden vor allem – jetzt zitiere ich mit Stolz – "die Konstanz der Wirtschaftspolitik und die überdurchschnittlichen Bemühungen der Landesregierung, die Rahmenbedingungen unternehmensfreundlich zu gestalten" angeführt. Das ist der entscheidende Faktor auch für die Zukunft.

Meine Damen und Herren, es sind viele harte Parameter genannt worden, aber ich möchte noch einmal auf das renommierte Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung eingehen. Das Institut hat in seiner Studie "Deutschland 2020 – Die demografische Zukunft der Nation" Rheinland-Pfalz die drittbesten Aussichten im Bund-Länder-Vergleich bescheinigt. Das ist umso beachtenswerter, als die Grundaussage der Studie lautet: Die Ökonomie in Deutschland bestimmt weitgehend die Demografie. – Also kann die Wirtschaftspolitik doch nicht falsch sein, sondern sie ist genau richtig angelegt. Das ist der Hintergrund.

(Vereinzelt Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, wirtschaftlich erfolgreiche Regionen sind attraktiv für gut ausgebildete Menschen, die wiederum ein Erfolgsfaktor für ein Land insgesamt sind. Nicht nur durch diese Studien wird ein guter Platz belegt. Man muss auch einmal sehen, wie die Landeshauptstadt im Vergleich dasteht.

Dazu sage ich Ihnen: Eines der Highlights der wirtschaftlichen Entwicklung ist die Landeshauptstadt Mainz. Sie

ist mit schöner Regelmäßigkeit auf den vorderen Plätzen des jährlichen Städtetests zu finden.

(Pörksen, SPD: Dank Klaus Hammer!)

Sie liegt in diesem Jahr genauso wie im vergangenen Jahr auf Platz 4 von insgesamt 50 vergleichbaren Städten. Ich sage ganz bewusst, nicht nur die Landeshauptstadt weist eine gute wirtschaftliche Bilanz auf, sondern genauso hervorhebenswert ist beispielsweise die Tatsache, dass in der Region Trier die Arbeitslosenquote mit 6,9 % niedriger liegt als in Baden-Württemberg mit 7,6 %, Herr Dr. Böhr. Das ist das Bundesland mit dem niedrigsten Satz.

(Böhr, CDU: Sagen Sie warum!)

 Herr Dr. Böhr, wir wissen doch beide warum. Das muss doch einmal erwähnt werden. Das sind die harten Fakten, die auf den Tisch gelegt werden müssen.

(Böhr, CDU: Dann sagen Sie doch warum!)

– Sie machen nicht nur psychologisch einen Fehler, weil Sie an die Sache falsch herangehen, sondern Sie machen auch einen taktischen Fehler. Reden Sie doch nicht immer die Stärken schlecht. Nehmen Sie doch einmal die Faktoren, die vergleichbar sind, und vergleichen Sie die miteinander.

(Böhr, CDU: Dann sagen Sie es doch!)

Nicht minder positiv ist das Ergebnis der diesjährigen GEM-Studie. Das ist eine der größten internationalen Vergleichsstudien zu den Rahmenbedingungen der Existenzgründer. Ich habe vorhin die Zahlen genannt. Hier belegt die Westpfalz – ich sage das ganz bewusst einmal regional – unter 97 Planungsregionen Deutschlands den hervorragenden siebten Platz. Die Region Rheinhessen/Nahe belegt den zwölften Platz.

Insgesamt sieht man also sehr deutlich, dass wir im Schnitt gut dastehen. Auch Regionen, die als Problemregionen dargestellt werden, prosperieren durchaus.

Gestatten Sie mir zum Schluss noch etwas zum Bruttoinlandsprodukt zu sagen, weil mir daran liegt. Meine Damen und Herren, man muss in aller Nüchternheit sagen, wenn man das Bruttoinlandsprodukt auf die Erwerbstätigen bezieht, liegt Rheinland-Pfalz im Vergleich der Flächenländer auf Rang 6, also an einer hervorragenden Stelle. Bei der Erwerbstätigenquote in Rheinland-Pfalz weist die amtliche Statistik den drittgünstigsten Rang unseres Landes von allen Bundesländern auf. Insgesamt sind rund 68 % der Bevölkerung zwischen 15 und 64 Jahren erwerbstätig.

Abschließend darf ich festhalten: Rheinland-Pfalz ist ein Land mit vielen Stärken insbesondere im wirtschaftspolitischen Bereich, aber auch in anderen Bereichen.

Rheinland-Pfalz wird auch weiterhin das tun, was man tun muss, nämlich die Schwächen genau analysieren und versuchen, diese in Stärken umzuwandeln. Wenn

wir das nicht tun würden, wären wir keine gute Landesregierung. Wir sind eine gute Landesregierung.

(Beifall der FDP und der SPD)

Ich darf abschließend auch festhalten, dass wir die Geschäftsgrundlage für den wirtschaftlichen Erfolg geschaffen und die Rahmenbedingungen, die wir setzen konnten, richtig gesetzt haben. Das belegen alle Parameter. Von daher gesehen können wir nicht nur mit der Studie, sondern auch mit unserer Politik zufrieden sein. Wir werden diese Politik in dieser Form weiter so betreiben.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall der FDP und der SPD)

## Vizepräsidentin Frau Hammer:

Meine Damen und Herren, ich möchte Schülerinnen und Schüler der Jahrgangsstufe 12, Leistungskurs Sozialkunde, des Gymnasiums Konz begrüßen. Herzlich willkommen im Landtag!

(Beifall im Hause)

Das Wort hat Herr Abgeordneter Creutzmann.

#### Abg. Creutzmann, FDP:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Bertelsmann-Studie zeigt, dass ohne eine Regierungsbeteiligung der Liberalen in diesem Land die Erfolge nicht möglich gewesen wären. Nur wegen den Ausführungen von Frau Thomas bin ich noch einmal ans Pult gegangen.

Die Mittelstandspolitik, die Infrastrukturpolitik, die Straßenbaupolitik, die Selbstständigenquote und die Wirtschaftsförderung werden von den Grünen bekämpft. Alle Bundesländer, in denen die Grünen beteiligt sind, haben nicht die niedrigste Arbeitslosenquote wie in Rheinland-Pfalz, sondern die höchste.

Meine Damen und Herren, den Grünen ist die Mopsfledermaus wichtiger als die Menschen.

(Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Frau Kiltz, Ihnen ist die Mopsfledermaus wichtiger als die Menschen. Dies zeigt sich exemplarisch am Hahn, wo Sie mit an der Spitze stehen, wenn es darum geht, nicht den Ausbau des Hahn zu befördern und mehr Arbeitsplätze zu schaffen.

Natürlich ist es richtig, dass in dieser Studie auch Schwächen aufgezeigt wurden. Wir werden daran arbeiten, um diese Schwächen zu beseitigen. Wir beweihräuchern uns nicht selbst. Dennoch muss klargestellt werden: Ohne die Beteiligung der FDP an dieser Landesre-

gierung hätte es diese Bertelsmann-Studie und diese Erfolge nicht gegeben.

Vielen Dank.

(Beifall der FDP – Unruhe im Hause)

## Vizepräsidentin Frau Hammer:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte um etwas mehr Ruhe für den nächsten Redner.

Es spricht Herr Abgeordneter Dr. Gölter.

#### Abg. Dr. Gölter, CDU:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Luft ist offensichtlich heraus. Ich will das Ganze wieder ein bisschen herunterholen, nachdem der Kollege Creutzmann diese einzigartige Grundsatzerklärung abgegeben hat, für die wir ihm außerordentlich dankbar sind

Erstens gebe ich allen Fraktionen für die nächste Legislaturperiode den Rat, noch einmal einen Anlauf bezüglich einer Neufassung der Geschäftsordnung hinsichtlich der Aktuellen Stunde zu nehmen.

(Beifall bei der CDU)

Hier haben CDU-geführte Zeiten auch Fehler gemacht. Das sage ich ganz offen. Man sollte aber darüber reden, was eine Aktuelle Stunde ist und was sie verträgt. Vor allen Dingen geht es nicht, dass im Doppelpack so lang die parlamentarische Debatte umgeändert wird. Ich denke, Sie stimmen mir zu.

Zweitens kündige ich der SPD an, dass ich im nächsten Jahr, wenn ich mehr Zeit habe, eine Studie über das Verhalten der SPD in den Zeiten der Opposition vorlege.

Meine Damen und Herren, Sie werden sich wundern. Darin werde ich mich insbesondere auch mit der Rolle des parlamentarischen Geschäftsführers der SPD-Fraktion, Kurt Beck, beschäftigen.

Es gibt Verdrängungsprozesse im Rahmen der langen Gewöhnung an das Amt. Diese sind ungewöhnlich und müssen wissenschaftlich aufgearbeitet werden.

(Beifall der CDU – Zuruf des Abg. Mertes, SPD)

 Das werde ich tun. Ihnen wird das Lachen noch vergehen.

Drittens bin ich damit einverstanden, dass sich die Landesregierung lobt und die FDP  $-6.1\,\%$  in Nordrhein-Westfalen ist nahe am Abgrund - sagt: Wir sind einzigartig, und nur wir retten das Land.

Ich will nur noch einmal die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft und die WirtschaftsWoche "Saarland Shootingstar Nummer 1" nennen.

(Zuruf aus dem Hause)

– Ich habe das Wort von Herrn Bauckhage aufgegriffen. So hat damals auch die Presse reagiert. Natürlich war Herr Müller stolz. Das Saarland ist ein Land, in dem jeder vierte Euro kreditfinanziert ist, und das am Rand der Möglichkeiten ist. Meine pfälzische Zurückhaltung gegenüber dem Saarland verbietet mir, dass ich weitere Bewertungen abgebe. Das ist im Grunde genommen schon eine problematische Entwicklung.

Viertens überlege ich mir doch, ob ich der Fraktion nicht den Rat gebe, dass wir einmal alle Hochschulrankings, die in diesem Jahr veröffentlicht worden sind, zur Debatte machen. Diese habe ich mir alle sehr genau angesehen, zum Beispiel in der "ZEIT" und in anderen Veröffentlichungen und geschaut, wie oft rheinland-pfälzische Fachbereiche genannt werden. Es war sehr selten.

Ich habe das in die Fraktion nicht hineingebracht, weil ich mir der Problematik und der Ungerechtigkeit, die darin liegen kann, sowie auch der Gefahr bewusst bin, dass sich Leute, die sich krumm arbeiten, beschimpft vorkommen. Wir machen das einmal. Wir reden vielleicht einmal über das Hochschulranking in der Öffentlichkeit im Jahr 2005 und wo das Land Rheinland-Pfalz steht. Ich sage Ihnen das, um Ihnen ein bisschen zu verdeutlichen, dass gelegentlich ein bisschen weniger viel mehr und nahe der Wahrheit ist.

Ich will noch einmal auf die Studie zu sprechen kommen. Die niedrige Arbeitslosigkeit ist ein Pluspunkt. Ich weiß es ganz genau. Schon in Zeiten der CDU-geführten Landesregierung in den 80er-Jahren haben wir uns mit Hessen, Bayern und Baden-Württemberg – Baden-Württemberg lag immer vor uns, Bayern damals noch nicht – um Platz drei oder Platz vier gestritten. Das war ganz selbstverständlich. Das war damals schon so, auch als Beweis dafür, dass dieser, wie der Kollege Mertes gesagt hat, Ministerpräsident die totale Umkehr hinbekommen hat. Auch das ist ein bisschen zu einfach.

(Glocke der Präsidentin)

Was in der Studie völlig fehlt, ist der Hinweis darauf, dass jeden Morgen 130.000 Leute mehr aus dem Land hinausgehen als hereinkommen. Der hohe Auspendler-überschuss spielt unter den Indikatoren keine Rolle. Auch das ist ein Anlass, ein klein bisschen kritischer zu werden.

Ich empfehle Ihnen – ich kann es nicht mehr vortragen –, die Einschätzung der rheinland-pfälzischen Bevölkerung nach den einzelnen Regionen zu lesen – das ist hochinteressant –, und zwar im Projektbericht "Perspektive Deutschland 2004/2005", die größte wirtschaftspolitische Online-Umfrage, eine Initiative von McKinsey, Stern, ZDF und AOL. Schauen Sie sich bitte einmal an, wie sich die Bevölkerung in Rheinland-Pfalz in den einzelnen Regionen selbst sieht und in Deutschland positioniert. Dann werden Sie feststellen, dass die Westpfalz in der Einschätzung der Bevölkerung in der

allerletzten Gruppe mit einigen Regionen in den neuen Ländern konkurriert und die zweite Umfrage, wie die Perspektive gesehen wird, noch kritischer ist.

(Glocke der Präsidentin)

Wie sagt Fischer? Der Souverän und die Souveränin. Das hat er neulich in neudeutscher Sprache im Deutschen Bundestag gesagt. Schauen Sie sich einmal an, wie der Souverän in Rheinland-Pfalz einiges sieht. Auch dann kann man Ihnen vielleicht ein bisschen mehr Bescheidenheit empfehlen.

Danke schön.

## Vizepräsidentin Frau Hammer:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir treten bis 13:15 Uhr in die Mittagspause ein. Ich bitte allerdings alle weiblichen Kolleginnen, sich zwecks Foto in der Lobby zu versammeln.

Unterbrechung der Sitzung: 12:19 Uhr.

Wiederbeginn der Sitzung: 13:15 Uhr

## Vizepräsidentin Frau Hammer:

Wir setzen die Sitzung fort. Wir kommen zum zweiten Thema der

#### **AKTUELLEN STUNDE**

"Steuerpolitische Versprechen und ihre Auswirkungen auf die öffentlichen Haushalte in Rheinland-Pfalz" auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 14/4304 –

Das Wort hat Frau Kollegin Thomas.

## Abg. Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Meine Damen und Herren! Es ist nicht ganz einfach, jetzt in diesem Raum und vor dem Hintergrund der Ereignisse in London einfach zur Tagesordnung überzugehen.

(Böhr, CDU: Lassen Sie es eben!)

Mir sitzt das jetzt in den Knochen.

Nichtsdestotrotz ist die Situation und die aktuelle Diskussion um das, was an steuerpolitischen Versprechungen im Raum ist, im Vorfeld einer wahrscheinlich stattfindenden Bundestagswahl am 18. September schon eine Debatte in diesem Parlament wert.

Wir haben die Situation des Landeshaushalts im ersten Teil der Aktuellen Stunde, jedenfalls kurz und knapp, beschrieben – ich will das nur noch einmal aufgreifen –, derzeit oder wahrscheinlich am Ende dieses Jahres einen Schuldenstand von 25 Milliarden Euro.

Seit 2002 gibt es jeweils Neuverschuldungen in Höhe von mindestens 1,3 Milliarden Euro pro Jahr. Die Situation der kommunalen Haushalte hat sich trotz verbesserter Gewerbesteuereinnahmen aufgrund der Ausgabenentwicklung auch nicht zum wirklich Positiven hingewendet. 2004 – so wissen wir das aus dem Kommunalbericht des Landesrechnungshofs – haben wir im 15. Jahr einen negativen Finanzierungssaldo und 500 Millionen Euro mehr Ausgaben als Einnahmen.

Ich glaube, wir können übereinstimmend – das kann keiner im Haus bestreiten – von einer dramatischen Situation der öffentlichen Haushalte reden. Wir wissen um die Steuerschätzung für die Jahre 2005 und 2006.

Ich finde, eine solche Situation ist weniger denn je geeignet, mit großen steuerpolitischen Versprechen – ich würde schon fast sagen, Versprecher – in die Öffentlichkeit zu gehen und um Zustimmung zu werben.

Meine Damen und Herren von der FDP, das machen Sie aber. Ich werde mich heute hauptsächlich mit Ihnen beschäftigen, weil die steuerpolitischen Aussagen der CDU im Moment noch eher einem Hühnerhaufen gleichen als einer geordneten Formation.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD – Heiterkeit bei der SPD – Kuhn, FDP: Dafür sind wir dankbar!)

Wenn ich noch die Worte Ihrer Kanzlerkandidatin im Ohr habe: "Wir sind jederzeit bereit, die Bundesregierung zu übernehmen", dann muss ich sagen, Sie brauchen einen ziemlich langen Anlauf, um überhaupt so weit zu kommen, dass Sie für sich gemeinsam Vorstellungen entwickeln können.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Jullien, CDU: Warten Sie einmal den Montag ab!)

Diesbezüglich ist die FDP etwas weiter, weil sie sich im Prinzip nichts Neues ausgedacht und nicht auf die aktuelle Situation eingestellt hat, weil sie mit dem Slogan wirbt: Einfach, niedrig und gerecht.

(Zuruf des Abg. Creutzmann, FDP)

Das ist die Überschrift über dem Berliner Beschluss.

Herr Creutzmann, ich kann das mit einem anderen Dreiklang versehen, nämlich Ihr Steuerkonzept ist schlicht, aber nicht im Sinn von einfach. Es ist unfinanzierbar und ungerecht, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Creutzmann, FDP: Oh!)

Mit Ihrer Überlegung dreier Steuersätze zielen Sie im Wesentlichen darauf, den Spitzensteuersatz zu senken. Dafür schlagen Sie aber vor, Steuervergünstigungen abzubauen. Die gehen allerdings zulasten der Arbeiternehmer und -nehmerinnen. Sie wollen die Steuerver-

günstigung von Sonn-, Feiertags- und Nachtarbeitszuschlägen streichen.

(Bischel, CDU: Woher wissen Sie das?)

Wen trifft es? Die Arbeitgeber? Die Arbeitgeber nicht, sondern die Arbeitnehmer in diesem Zusammenhang.

Wen trifft es, wenn Sie zu Maßnahmen wie Wegfall des Sparerfreibetrags und ähnlichen Dingen greifen, die Sie den Kleinsparern auflasten? Auch da nehmen Sie weg.

Der Odem der sozialen Kälte isoliert Sie schon in diesem Zusammenhang, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Creutzmann, FDP)

Was Sie an Gegenfinanzierung vorschlagen – ich gehe es gar nicht im Einzelnen durch, weil wir darüber sehr lang diskutieren könnten – –

(Creutzmann, FDP: Das wäre einmal gut!)

Ich teile die Auffassung, dass das, was Sie vorschlagen – sofort wirksame Tarifsenkungen, so wie Sie sie vorschlagen –, Steuerausfälle in Höhe von 30 Milliarden Euro hervorrufen würde.

(Creutzmann, FDP: Unwahrheit!)

Es ist unzureichend gegenfinanziert. Die Gegenfinanzierungen sind so solide wie die 18 unter den Sohlen Ihres Parteivorsitzenden bei Ihrer letzten Kampagne, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Man kann es sich schön machen, dafür plädieren, eine Eindämmung der Staatsverschuldung in das Grundgesetz aufnehmen zu wollen, aber dann in all seinen Vorschlägen null und nichts an Konsolidierung überhaupt mit einzuplanen, meine Damen und Herren.

Herr Solms hat gesagt, als er Ihren Berliner Beschluss vorgelegt hat: In Deutschland ist das Bemühen um Steuervermeidung größer als der Sexualtrieb. Ich glaube, so hat er es eingebracht.

Meine Damen und Herren, ich weiß nicht, wie viel Ahnung Sie in der FDP davon haben.

(Glocke der Präsidentin)

Aber das steuerpolitische Versprechen der FDP ist so, wie Sie es ausformulieren, wohl eher das Viagra für Spitzenverdiener und für die Unternehmen, aber es verbindet damit Askese für den kleinen Mann. Meine Damen und Herren, das werden wir nicht mitmachen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Dröscher, SPD: Was ist Viagra?)

#### Vizepräsidentin Frau Hammer:

Es spricht Herr Kollege Ramsauer. Herr Ramsauer, Sie haben das Wort.

## Abg. Ramsauer, SPD:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich bin ganz dankbar für diese Aktuelle Stunde, obwohl die GRÜNEN das Thema sehr nebulös formuliert haben.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Was!)

Man hat sich gar nicht so richtig vorstellen können, was eigentlich damit gewollt ist und wohin die Zielrichtung geht.

(Frau Grützmacher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Nee! Nee!)

Wir haben es vernommen. Es versetzt mich natürlich in die Lage, mich heute einmal mit der neuen deutschen Steuererhöhungspartei zu befassen, nämlich mit der CDU, Herr Jullien.

(Beifall der SPD – Jullien, CDU: Oho!)

Meine Damen und Herren, das erste, was Ihnen zu Ihrem Wahlprogramm, das noch nicht fertig ist, eingefallen ist, sind Steuererhöhungen, über die wir heute miteinander reden müssen.

Dabei wollen wir allerdings eines nicht vergessen: An einem Punkt wollen Sie die Steuern nicht erhöhen, sondern sie sogar wegfallen lassen, nämlich die Gewerbesteuer.

Sie wollen durch das Streichen der Gewerbesteuer die Industriestandorte ausbluten lassen, was für uns gerade in Rheinland-Pfalz und für mich als Ludwigshafener sehr schmerzhaft wäre. Deswegen müssen wir das laut sagen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Aber eines nach dem anderen.

Wie Sie wissen, hat der Parteivorstand der SPD am vergangenen Montag einstimmig unser Wahlmanifest beschlossen "Vertrauen in Deutschland", das sehr stark rheinland-pfälzische Handschrift trägt, die Handschrift des stellvertretenden SPD-Vorsitzenden Kurt Beck.

(Zuruf des. Abg. Bracht, CDU)

Das wird sehr deutlich, wenn es um die Fragen von Kinderbetreuung, Ganztagsschulen und Familienförderung geht, meine Damen und Herren.

Wenn man dieses Manifest vor dem Hintergrund der Leistungen der vergangenen Jahre im Steuerbereich betrachtet, dann sieht man, dass das eine Fortsetzung einer vernünftigen Politik ist; denn seit 1998 ist die Steuer- und Abgabenlast in Deutschland auf einem historischen Tiefpunkt angelangt.

(Zuruf des Abg. Böhr, CDU)

Wir haben die Steuern so weit gesenkt wie noch nie, lieber Herr Kollege Böhr. Da ist keinerlei Raum mehr vorhanden, weitere Steuersenkungen ins Auge zu fassen.

(Zuruf von der SPD: Sehr wahr!)

Meine Damen und Herren, richtig hingegen ist es, dass wir insbesondere kleinere und mittlere Einkommen durch die Senkung des Eingangssteuersatzes auf 15 % bei gleichzeitiger Erhöhung des steuerfreien Existenzminimums stark entlastet haben.

Wahr ist, dass Arbeitnehmerfamilien mit zwei Kindern, wenn sie nicht mehr als 37.650 Euro verdienen, keine Steuern mehr bezahlen. Die Einkommensteuer befindet sich auf einem historischen Tiefpunkt.

Meine Damen und Herren, unsere Richtschnur für die weitere Steuerpolitik ist natürlich gerade vor diesem Hintergrund der Aspekt der Gerechtigkeit und der Aufkommensneutralität. Deswegen wollen wir am Grundsatz der Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit festhalten und wollen keinen ungerechten Stufentarif.

Wir wollen die Gewerbesteuer beibehalten. Wir wollen mit einem 3%-igen Zuschlag Besserverdienende stärker an den Kosten der staatlichen Aufgaben beteiligen. Wir wollen die private Erbschaftssteuer sozialgerecht und verfassungsfest umgestalten.

Wir wollen Subventionen weiter abbauen. Wir wollen eine Harmonisierung der Bemessungsgrundlagen und der Mindeststeuerumsätze.

(Böhr, CDU: Wir wollen! Wir wollen!)

Meine Damen und Herren, aber kommen wir zu einer der wichtigsten Steuern, nämlich der Mehrwertsteuer. Hier haben wir eine klare Position; die CDU ja inzwischen auch. Darauf kommen wir noch zurück.

(Zuruf des Abg. Dr. Altherr, CDU)

 Das wollen wir doch im Protokoll festhalten. Herr Dr. Altherr sagt, es sei die gerechteste Steuer. Darüber werden wir noch einmal reden.

Meine Damen und Herren, unser Ziel ist es, die Binnennachfrage in Deutschland wieder zu stärken. Dazu ist eine Erhöhung der Mehrwertsteuer in der gegenwärtigen Situation absolutes Gift.

(Beifall der SPD)

Meine Damen und Herren, wohl aber könnte es ein Segen für die öffentlichen Haushalte sein, wenn man sich, so wie unser Finanzminister Gernot Mittler, so wie kein anderer Finanzminister in Deutschland, bemüht,

den massiven Mehrwertsteuerbetrug in manchen Branchen entsprechend zu bekämpfen.

(Beifall der SPD und der FDP)

Die CDU hingegen will unter anderem – sie hat ihr Programm noch nicht beschlossen, aber es kommt ja Zug um Zug auf den Markt – die Mehrwertsteuer erhöhen. Sie wissen bloß noch nicht, ob um zwei oder um vier Punkte oder um wie viele Punkte.

Sie will die Mehrwertsteuer erhöhen, von der der Herr Kollege Dr. Böhr vor Monaten noch Bedeutendes gesagt hat.

Wir werden in der zweiten Runde darauf noch einmal zurückkommen, damit Sie sich gleich darauf vorbereiten können.

Sie wollen an der Ökosteuer festhalten.

(Mertes, SPD: Ja! Richtig! – Glocke der Präsidentin)

Leider hat mir mein Fraktionsvorsitzender den schönen Gag vom Herrn Kollegen Bracht weggenommen, aber es ist so schön, dass man es jetzt auch noch einmal ansprechen darf: Dass Sie immer noch Unterschriften sammeln, obwohl Sie längst festgestellt haben, dass Sie das brauchen.

(Mertes, SPD: Die Reden haben wir alle noch im Kopf! – Zurufe von der CDU)

Meine Damen und Herren, zum Schluss dieser Runde: Sie wollen die Arbeitnehmerinnen und -nehmer belasten, indem Sie die steuerfreien Sonn-, Feiertags- und Nachtzuschläge wieder besteuern wollen.

(Glocke der Präsidentin)

Damit belasten Sie die Arbeitnehmerinnen und -nehmer, denen Sie auch noch die Pendlerpauschale streichen wollen, noch mehr, jawohl.

(Beifall der SPD)

#### Vizepräsidentin Frau Hammer:

Das Wort hat Herr Kollege Jullien.

## Abg. Jullien, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Ramsauer, ich finde es schon ein starkes Stück, sich als Vertreter einer Partei hinzustellen, die Backen aufzublasen und die Wahrheit zu verschweigen, dass Ihre Partei doch Deutschland in den finanziellen Ruin getrieben hat.

(Beifall der CDU – Ramsauer, SPD: Was sonst! – Mertes, SPD: Oho!) Sie sind doch verantwortlich für den Bankrott Deutschlands

(Ramsauer, SPD: 16 Jahre Kohl! Sagen Sie einmal, was Waigel für eine Bilanz hat!)

Herr Ramsauer, wenn Ihnen sonst nichts mehr einfällt, will ich Ihnen die Ausgangssituation und die -lage in Deutschland schildern. Wie ist denn die Situation?

890 Milliarden Euro Gesamtschulden, rund 9 Millionen Arbeit suchende Menschen, über 40.000 Firmenpleiten jährlich, Herr Ramsauer. Das ist die Bilanz dieser rotgrünen Bundesregierung. Sie sollten das zur Kenntnis nehmen.

(Beifall der CDU – Bischel, CDU: So ist es! – Raumsauer, SPD: Schauen Sie sich die Waigel-Bilanz an!)

Wer ist denn verantwortlich für dieses Dilemma, Herr Ramsauer? Wer hat dieses Desaster verursacht? Drehen Sie nicht die Tatsachen um.

Nachdem Sie das Land an den finanziellen Ruin und in den Ruin geführt haben, versuchen Sie ein Ausweichmanöver. Mehr können Ihre Äusserungen nicht sein.

(Mertes, SPD: Nur laut und dumm!)

Wenn wir heute von steuerlichen Versprechen reden,

(Mertes, SPD: Ja! Von Ihren!)

dann möchte ich gern sagen, was sich im Wahlmanifest der SPD alles wiederfindet.

Lieber Herr Ramsauer, Sie sollten schon überlegen, welcher Partei Sie nunmehr die Bezeichnung Steuererhöhungspartei jeweils zuordnen.

(Ramsauer, SPD: Das haben Sie schon gesagt!)

Die Reichensteuer, von dem Ministerpräsidenten ins Gespräch gebracht, Herr Ministerpräsident. Wobei man sich darüber sehr wundern muss, wie Sie innerhalb von sechs Tagen die Rolle rückwärts geschafft haben, nachdem Sie – wie im "Tagesspiegel" zu lesen war – geschrieben haben, dass Sie gar nichts von der beabsichtigten Steuer für Millionäre halten, Herr Ministerpräsident.

Das war am 20. Juni, nachzulesen im "Tagesspiegel". Herr Ministerpräsident, am 26. Juni erklären Sie: "Besserverdienende müssen aber zur Kasse gebeten werden." – Vielleicht sollten Sie einmal darlegen, wie Sie zu dieser Erkenntnis kommen und weshalb Sie innerhalb von sechs Tagen Ihre Auffassung zu dieser Steuer ändern

Selbst Ihr Finanzminister hat sich zu dieser so genannten "Reichensteuer" geäußert. Herr Mittler, ich hoffe, dass Sie dies heute einmal klarstellen. Herr Minister, Sie

sagen wörtlich – Frau Präsidentin, ich darf mit Ihrer Genehmigung zitieren –: "Es ist für mich ein Schönheitsfehler" – Herr Minister, das haben Sie in Ihrer wohl ausgewogenen Art gesagt –,

(Mertes, SPD: Die man Ihnen nicht nachsagen kann!)

"dass man den Spitzensteuersatz für steuerpflichtige Einkommen von 42 % auf 45 % erhöht", kritisiert der Sozialdemokrat die Reichensteuer-Pläne seiner Partei.

Ihr früherer Staatssekretär, Herr Dr. Sarrazin, zwischenzeitlich Finanzsenator in Berlin, hat sich ebenfalls im "Spiegel" diesbezüglich geäußert. Er sagte, das Ganze könne nur ein kommunikativer Gag sein, den seine Partei vorhabe. Meine Damen und Herren, nur so viel zu dem Thema "Reichensteuer", das von Ihnen ins Gespräch gebracht wird.

(Ramsauer, SPD: Sagen Sie einmal etwas zur Mehrwertsteuer!)

Des Weiteren fordern Sie in Ihrem Wahlmanifest eine höhere Erbschaftsteuer. Sie reden ständig von der Wiedereinführung der Vermögensteuer. Last but not least geht die Vertreterin Ihrer Linken, Frau Nahles, hin und fordert neuerdings die Abschaffung des Ehegattensplittings. Das soll eine sozial ausgewogene Steuerreform sein, meine Damen und Herren? – Sie sind und Sie werden die Steuererhöhungspartei bleiben. Das beweisen Sie wiederum ausdrücklich mit Ihrem Wahlmanifest.

(Beifall der CDU –
Mertes, SPD: Sie können nur laut reden!
Sie werden die Mehrwertsteuer erhöhen!
Genau das werden Sie tun! –
Ramsauer, SPD: Sie werden die
Mehrwertsteuer um zwei oder
um vier Punkte erhöhen!)

- Herr Mertes, ich rede nicht laut. Das sind die Fakten!

(Weitere Zurufe von der SPD)

Verehrte Damen und Herren Sozialdemokraten, ich kann Ihnen an dieser Stelle versichern.

(Mertes, SPD: Versichern Sie uns nichts!)

was in dem Wahlprogramm der CDU stehen wird. Oberstes Ziel wird mehr Beschäftigung und mehr Wachstum in Deutschland sein.

(Beifall der CDU)

Die Belastung mit Steuern und Abgaben muss in der Summe sinken und darf nicht weiter steigen. Dafür werden wir uns einsetzen, meine Damen und Herren.

(Mertes, SPD: Diese Rede werden wir noch einmal brauchen!)

Die Bruttoarbeitskosten in Deutschland müssen von den Lohnnebenkosten entlastet werden. Auch das wird eine Forderung sein, die Sie in unserem Wahlprogramm finden werden.

Wir brauchen ein einfaches, ein klares und ein für jeden nachvollziehbares Steuerrecht. Hochverehrter Herr Mertes, da Sie heute Morgen mit der Wiedergabe von Protokollen oder dem Inhalt von Wahlprogrammen einen Beitrag geliefert haben, ---

(Ramsauer, SPD: Einen guten!)

Der Satz, den Sie heute Morgen zitiert haben und den unser Fraktionsvorsitzender gesagt haben soll: "Das Land leidet wie ein Hund.", ist in unserem Wahlprogramm nicht enthalten.

> (Dr. Altherr, CDU: So ist es! – Mertes, SPD: Dazu haben Sie aber lange gebraucht!)

- Herr Mertes, so gehen Sie mit der Wahrheit um. Sie zitieren etwas, was in unserem Programm nicht steht.

(Beifall der CDU – Glocke der Präsidentin)

Lieber Herr Mertes, das gehört zur Seriosität dazu, und ich muss Ihnen schon diesbezüglich einige Defizite nachsagen.

(Beifall der CDU)

## Vizepräsidentin Frau Hammer:

Liebe Kollegen und Kolleginnen! Ich fände es gut, wenn wir die parlamentarische Debatte so führen würden, dass man einander auch verstehen kann und nicht nur mit Zwischenrufen und Zwischenschreien dieses Parlament belasten würde. Zum Glück ist unsere Zuschauertribüne im Moment noch frei. Ich finde nicht, dass das einen guten Eindruck nach außen macht, wie bei uns vorgegangen wird.

(Beifall der CDU)

Das Wort hat Herr Kollege Creutzmann für die FDP-Fraktion.

## Abg. Creutzmann, FDP:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die FDP hat ein Steuerkonzept vorgelegt, das sich in drei Worten, nämlich niedrig, einfach und gerecht, zusammenfassen lässt.

(Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Vor allen Dingen gerecht!)

Die CDU will die Mehrwertsteuer erhöhen, die SPD möchte Einkünfte von mehr als 500.000 Euro bei Verheirateten mit einer Sondersteuer von 3 % belegen, und die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beantragt eine

Aktuelle Stunde, um die Steuerkonzepte der anderen Parteien kennen zu lernen, weil Sie keine eigenen vorzuweisen haben, Frau Kollegin Thomas.

(Zurufe der Abg. Frau Thomas und Frau Grützmacher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Als einzige Partei hat die FDP einen Gesetzentwurf eines Einkommensteuergesetzes mit 43 Paragraphen – das jetzige Einkommensteuergesetz hat 99 Paragraphen; dort sind aber die a-, b- und c-Paragraphen noch gar nicht eingerechnet – in den Deutschen Bundestag eingebracht, der das Einkommensteuerrecht drastisch vereinfacht.

Wir wollen die Steuererklärung in Zukunft auf einem Blatt Papier haben. Auch das haben wir gezeigt. Dies können Sie im Internet nachlesen. Frau Kollegin Thomas, auf einem Blatt Papier kann in Zukunft die Einkommensteuererklärung gemacht werden.

(Ministerpräsident Beck: Dann wird Herr Jullien arbeitslos!)

Es ist die Strategie der FDP, durch eine solide und zukunftsfeste Finanzpolitik die Grundlagen für Wachstum und Beschäftigung zu schaffen und damit eine nachhaltige Konsolidierung der Staatsfinanzen zu erreichen. Zur Umsetzung unserer Steuerreform sind keine Steuererhöhungen, auch keine Mehrwertsteuererhöhungen, nötig.

Mit dem Berliner Entwurf schaffen wir ein neues Einkommensteuerrecht. Der umständliche Formeltarif wird durch einen einfachen Stufentarif mit den Steuersätzen 15 %, 25 % und 35 % umgewandelt. Das Steuerrecht wird durch einen umfassenden Abbau von steuerlichen Ausnahmen und Vergünstigungen vereinfacht.

(Frau Grützmacher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Zum Beispiel?)

– Nach unserem Konzept sind die ersten 7.500 Euro pro Person steuerfrei. Bei Verheirateten mit zwei Kindern bedeutet dies, bis 30.000 Euro bezahlen diese keine müde Mark Steuern. Dabei greift auch der "dumme" Vorwurf von Frau Thomas nicht, wenn sie sagt, wir schaffen die Steuerzuschläge für die Nachtarbeit ab. Wenn ich keine Steuern mehr bezahle, brauche ich auch keine Freibeträge mehr. Das ist doch alles blödes Zeug!

> (Beifall der FDP und bei der SPD – Böhr, CDU: So ist das! Das müssen Sie aber Herrn Ramsauer sagen!)

Die hohen Steuersätze, die Sie immer wieder als eine Monstranz vor sich her tragen, werden doch von kaum jemandem bezahlt, da dies durch die hohen Abschreibungsmöglichkeiten völlig unterlaufen wird. Das ist doch die Realität.

(Böhr, CDU: Herr Kollege, sagen Sie das Ihrem Koalitionspartner! Sagen Sie das Herrn Ramsauer! – Zuruf der Abg. Frau Grützmacher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  Das sage ich in diesem Parlament, und das gilt für alle, Herr Dr. Böhr.

Das Unternehmensteuerkonzept sieht eine rechtsformneutrale Besteuerung mit einem Zweistufentarif von 15 % und 25 % vor. Auch im unternehmerischen Bereich werden Vergünstigungen wie Sonderabschreibungen beseitigt und das Steuerrecht international wettbewerbsfähig gestaltet.

Nun hören Sie gut zu: Insgesamt werden Bürger und Unternehmer durch das FDP-Steuerkonzept im Umfang von 17 bis 19 Milliarden Euro entlastet. Frau Thomas, Sie haben wieder die Unwahrheit gesagt. Das Entlastungsvolumen beruht auf Rechnungen der Abteilungsleiter "Steuern" des Bundes und der Länder vom Oktober 2004, um jeglichen Zweifel an diesen Zahlen sofort auszuräumen. Wenn Sie uns etwas von 30 Milliarden Euro erzählen, so ist dies definitiv schlicht und einfach falsch.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ich rede von Steuerausfällen!)

Die FDP hat zur Finanzierung dieses Entlastungsvolumens Einsparvorschläge in einer Größenordnung zwischen 34 und 36 Milliarden Euro vorgelegt. Auch dies haben Sie verschwiegen, und das ist im Internet konkret nachzulesen. Somit können die Auswirkungen auf die öffentlichen Haushalte auch in Rheinland-Pfalz mit Null bezeichnet werden. Wenn nur die Hälfte unserer Vorschläge umgesetzt würde, zeigt dies, dass die von der FDP vorgeschlagene Steuerreform solide gegenfinanziert ist. Ich versage es mir, die Finanzierungsmaßnahmen an dieser Stelle im Einzelnen vorzutragen. Sie sind öffentlich und können jederzeit nachgelesen werden. Sie bekommen sie auch durch unsere Fraktion. Frau Thomas, ich kopiere sie Ihnen gern.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ich habe sie, und ich habe sie auch gelesen!)

Die FDP-Bundestagsfraktion hat im Übrigen zu den Haushaltsberatungen 2005 ein liberales Sparbuch vorgelegt, das in über 400 Anträgen Sparvorschläge in Höhe von 12,5 Milliarden Euro beinhaltet. Dies bedeutet, wir haben Flagge gezeigt. Wir machen keine Sprüche wie Sie, sondern wir sagen ganz konkret, wo was einzusparen ist. Man kann deshalb der FDP nicht vorhalten, ihr Steuerkonzept werde nicht solide finanziert.

Warum wollen wir ein niedriges, einfaches und gerechtes Steuersystem? – Wir wollen wieder Wachstum in Deutschland und damit Arbeitsplätze schaffen, Wachstum, das die GRÜNEN mit ihrer Politik be- und verhindern. Gerade die Wachstumsverhinderer BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN machen sich Sorgen um die öffentlichen Haushalte.

(Glocke der Präsidentin)

Das ist schon eine bemerkenswerte Nummer. Ich werde dies nachher noch vertiefen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und des Abg. Böhr, CDU – Frau Grützmacher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Hoffentlich nicht!)

## Vizepräsidentin Frau Hammer:

Das Wort hat Herr Staatsminister Mittler.

## Mittler, Minister der Finanzen:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich eine Vorbemerkung machen:

"Was ist los mit unserem Land? - Im Klartext: Der Verlust wirtschaftlicher Dynamik, die Erstarrung der Gesellschaft, eine unglaubliche mentale Depression – das sind die Stichworte der Krise. Sie bilden einen allgegenwärtigen Dreiklang, aber einen Dreiklang in Moll." – Das ist ein Zitat aus der Ruck-Rede von Roman Herzog, gehalten am 26. April 1997 im 15. Amtsjahr der Regierung Kohl.

(Beifall bei der SPD – Mertes, SPD: Längst vergessen!)

Er sagt weiter: "Der Weg in die von mir skizzierte Gesellschaft beginnt mit dem Nachholen all der Reformen, die bislang liegen geblieben sind."

(Frau Grützmacher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Hört! Hört!)

"Wir müssen endlich die Reformhausaufgaben machen, über die wir schon so lange reden."

(Böhr, CDU: Das habt Ihr ja 1998 sehr heftig begonnen!)

Bei dem Nachholen der Reformen auf den Feldern der Gesundheitspolitik, der Rentenpolitik, des Arbeitsmarktes und vor allen Dingen der Steuern sind wir nun unterwegs.

(Böhr, CDU: Neuerdings!)

Meine Damen und Herren, ich freue mich, dass wir heute noch einmal die Gelegenheit haben, nach langen Monaten der Abstinenz über Finanzen und Finanzpolitik zu reden. Deswegen möchte ich zuerst mit einem sehr aktuellen Ereignis beginnen, da wir seit heute Morgen auch die Einnahmen des ersten Halbjahres auf dem Tisch haben.

In den ersten sechs Monaten dieses Jahres hat das Land Rheinland-Pfalz 113,5 Millionen Euro Steuern mehr als im ersten Halbjahr des vergangenen Jahres eingenommen. Das ist ein Zuwachs von 3 %. Geplant ist für das Gesamtjahr ein Minus von 1,2 % oder von 92 Millionen Euro. Was also die Steuereinnahmenentwicklung unter Einbeziehung des Länderfinanzausgleichs und der Bundesergänzungszuweisungen angeht, ist es eine durchaus positive Entwicklung.

Ich sage es auch, weil die Entwicklung des Landeshaushalts in den vergangen Wochen von der CDU mit Presseerklärungen begleitet wurde. Herr Bracht hat am 6. Juni Folgendes gesagt: Ohne Nachtragshaushalt für die Jahre 2005/2006 läuft der Landeshaushalt völlig aus dem Ruder. – Er weist darauf hin, dass die Steuereinnahmen des Landes bis Ende April um 406 Millionen Euro unter dem Vorjahresbetrag liegen.

Unvermeidlich hat dann natürlich Herr Jullien am 14. Juni Folgendes gesagt – ich zitiere –: "Der im letzten Dezember verabschiedete Landeshaushalt 2005 steht nur noch auf dem Papier. Es ist Zeit, einen Nachtragshaushalt vorzulegen und dabei den Menschen reinen Wein einzuschenken." – Meine Damen und Herren, ich schenke heute reinen Wein ein. Die Herren Jullien und Bracht, die Finanzpolitiker der Union, haben nicht nur eine Fehlprognose abgegeben, sondern sich obendrein auch noch blamiert.

(Beifall bei SPD und FDP – Jullien, CDU: Herr Minister, am Abend werden die Hühner gezählt! – Schmitt, CDU: Wir werden es sehen!)

Ich möchte das auch begründen. Dass wir in den ersten fünf Monaten deutlich weniger Steuereinnahmen als in den ersten fünf Monaten des vergangenen Jahres haben würden, wusste jeder, weil wir nämlich im vergangenen Jahr einen dicken Erbschaftssteuerfall hatten, der zu entsprechend hohen Einnahmen geführt hat und der dann im zweiten Quartal, im Juni des Vorjahres, die Abrechnung nach unten gezogen hat.

Wir haben auch im Haushalts- und Finanzausschuss darauf hingewiesen, dass diese außerordentliche Entwicklung im zweiten Halbjahr, also im Juni, korrigiert werden würde. Jeder, der also etwas von Finanzen versteht, wusste, dass sich dies im Juni korrigieren würde

(Bracht, CDU: Die Hinweise sind aber erst nach der Veröffentlichung eingegangen!)

 Das hätten Sie vorher schon wissen können. Darüber haben wir mehrmals im Haushalts- und Finanzausschuss gesprochen.

(Frau Schmitt, SPD: Mehrmals, das kann man im Protokoll nachlesen!)

Es war auch spätestens mit der Beantwortung der Kleinen Anfrage des Herrn Bracht bekannt, als wir gesagt haben, im Juni werden unsere Steuereinnahmen zwischen 400 und 450 Millionen Euro höher als im Vorjahr liegen. Tatsächlich sind es 482 Millionen Euro mehr gegenüber dem Juni des vorangegangen Jahres. Ich lege nur deswegen Wert auf diese Feststellung, um erneut den Nachweis zu führen, meine Herren: Ein et-

was seriöserer Umgang mit Zahlen und Fakten könnte so verkehrt nicht sein.

(Beifall bei SPD und CDU – Jullien, CDU: Ausgeglichener Haushalt 2006!)

Ich sage nicht, damit ist die Einnahmenseite schon bis zum Jahresende in Ordnung. Wir haben noch ein halbes Jahr vor uns. Aber dieses Zwischenergebnis, das im Juni auch von einer Sonderentwicklung geprägt ist – erheblich schwächer als im vergangenen Jahr –, stimmt uns doch zuversichtlich, dass wir jedenfalls in der Bandbreite dessen liegen, was unsere Schätzung war.

Nun lassen Sie mich ein paar Bemerkungen zur Steuerpolitik machen. Was die Reichensteuer angeht, so steht dies übrigens nicht im Programm der SPD. Das ist eine Erfindung der Presse.

(Lelle, CDU: Ach ja!)

- Ja, das ist eine Erfindung der Presse.

(Zurufe von der CDU)

 Hören Sie doch einmal zu. Ich will Ihnen jetzt etwas sagen. Hören Sie bitte einmal zu.

Ich erinnere mich sehr gut daran, es war im Juli 2000, als wir die Steuerreform gemacht haben. Da hat es eine Gemengelage gegeben, die es notwendig machte, den Spitzensatz auf 42 % abzusenken.

(Ramsauer, SPD: Bundesrat!)

– Im Bundesrat. Dies hat auch mit der rheinlandpfälzischen Landesregierung und dem liberalen Koalitionspartner zu tun. Warum sollte ich das hier nicht sagen? Ich erinnere mich sehr lebhaft an die Gespräche.

Nunmehr bleibt nach dem Vorschlag der SPD – und zwar nicht durchgehend, der Tarif bleibt unverändert – auch über alles, was über die bisherige Schwelle geht, wo der Spitzensteuersatz von 42 % beginnt, dieser zunächst erhalten, und dann beginnt ein Sprung für die steuerpflichtigen Einkommen ab 250.000 bis 500.000 Euro auf 45 %. Sie haben zutreffend zitiert, dass ich gesagt habe, das sei ein Schönheitsfehler, aber mehr auch nicht.

Ich möchte Ihnen einmal sagen, wo wir mit unseren 45 % für Spitzenverdiener dann in Europa angesiedelt sind: Die Österreicher haben 50 %, die Japaner ebenfalls 50 %, die Niederlande 52 %, Finnland 52,2 %, Belgien 54 %, Frankreich 56,1 %, Schweden 56,5 %, Dänemark 59 %. Meine Damen und Herren, das sind alles Länder, die keine außerordentlichen Lasten wie die deutsche Einheit zu finanzieren haben, die in Höhe von 4 % unseres Bruttoinlandsprodukts unsere öffentlichen Haushalte, zwischen 80 und 90 Milliarden Euro, belastet. Das haben sie alles nicht zu leisten. Vor diesem Hintergrund für die wenigen Spitzenverdiener oberhalb von 250.000 bzw. 500.000 Euro "Gott sei bei uns" auszuru-

fen, damit kann man sich doch allenfalls lächerlich machen

(Beifall bei der SPD – Jullien, CDU: Akzeptieren Sie diesen Schönheitsfehler?)

Im Übrigen sind Österreich, die Niederlande, Finnland, Schweden und Dänemark alles Staaten, die uns als Reformvorbilder vorgestellt werden mit Spitzensätzen bis zu 59 %.

Meine Damen und Herren, der Ministerpräsident hat Recht, warten wir den 11. Juli ab.

(Jullien, CDU: Schauen wir einmal!)

– Dann schauen wir einmal. Dann werden interessante Sachen zutage kommen. Das konnte man diese Woche schon in der Bild-Zeitung lesen, wie Stoiber, Koch, Merz und Frau Merkel sich in den vergangenen Monaten noch zur Ökosteuer verhalten haben. Warten wir einmal ab.

(Zuruf von der SPD: Und Böhr!)

Herr Dr. Böhr ohnehin; zu dem komme ich noch. Ich komme insbesondere zu Herrn Bracht, der jetzt die Mühe hat, seinen Internetauftritt noch zu ändern.

Ich zitiere: "Es gibt keine Mehrwertsteuererhöhung". – So Frau Merkel am 19. Mai. Herr Dr. Böhr sagt in einem Interview auf eine Frage der "Mainzer Rheinzeitung": "Die Bürger fürchten aber eine Mehrwertsteuererhöhung, wie sie einige Unionspolitiker schon ankündigen".

Herr Böhr sagt dann, diese sei von der Hoffnung getragen, dass mehr Geld in die öffentlichen Kassen fließe, was aber nicht passieren werde, genau wie es ein Fehler gewesen sei, dass Eichel die Tabaksteuer und die Mineralölsteuer angehoben habe.

An anderer Stelle heißt es: "Es macht überhaupt keinen Sinn, über eine Erhöhung der Mehrwertsteuer nachzudenken". – Also warten wir das ab. Herr Dr. Böhr, ich bin ganz sicher, dass diese Argumentation von Ihnen in Ihrer eigenen Partei folgenlos bleiben wird.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Dr. Altherr, CDU)

Nun haben Sie heute etwas zu den Kapitalgesellschaften gesagt, die dick gefüttert worden seien, Herr Dr. Böhr. Ich mache es Ihnen nicht zum Vorwurf; denn wahrscheinlich wissen Sie es auch nicht besser. Aber wenn es so wäre, dass die Kapitalgesellschaften dick gefüttert worden wären, obwohl man im Sachverständigengutachten nachlesen kann, dass die Personengesellschaften in Deutschland besser, günstiger besteuert werden als Kapitalgesellschaften: ——

Dies ist auch das Ergebnis einer Studie des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung in Mannheim, dass die Kapitalgesellschaften ungünstiger als Personengesellschaften besteuert werden. Ich kann Ihnen die Zahlen nennen. Im Jahr 2000 hatten wir ein Körperschaftssteueraufkommen von 25 Milliarden Euro. Im

vergangenen Jahr hatten wir 13 Milliarden Euro, und zwar mit einem wichtigen Unterschied: Die 25 Milliarden Euro des Jahres 2000 konnten als Vorauszahlungen auf die Einkommensteuer angerechnet werden. Die 13 Milliarden im letzten Jahr und die für das nächste Jahr prognostizierten knapp 17 Milliarden sind Definitivsteuern. Da gibt es nichts anzurechnen, sondern die bleiben in der Logik der Steuerreform des Jahres 2000 definitiv in der Kasse des Fiskus.

Wenn es richtig wäre, was Sie sagen, warum haben dann Angela Merkel und Edmund Stoiber beim Job-Gipfel im März aus gutem Grund dafür plädiert, den Körperschaftsteuersatz von 25 % auf 19 % abzusenken? Warum wohl? Herr Dr. Böhr, ich bin ganz sicher, dass Ihre Betrachtung auch an der Stelle einer seriösen Bewertung nicht Stand hält.

# (Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Jetzt wird gesagt, wir brauchen die höhere Mehrwertsteuer. Ob die Union die Gelegenheit dazu bekommt, das ist noch abzuwarten. Aber dass sie erhöht werden würde, wenn sie die Gelegenheit bekommt, das steht nicht mehr zur Diskussion. Es geht nur noch darum, in welcher Höhe und für welchen Zweck. Da wird gesagt, damit die Lohnkosten gesenkt werden können.

(Zuruf von der CDU: Um eure Schulden zu begleichen!)

Es spricht in der Tat etwas dafür, die Lohnnebenkosten abzusenken.

Meine Damen und Herren, eine Partei, die von 1990 bis zum Ende ihrer Amtszeit die Sozialversicherungsbeiträge von 35,6 % auf 42,1 % wider alle wirtschaftliche Vernunft hochgejagt hat, hat natürlich einen besonderen Grund, darüber nachzudenken, wie man von diesem Gipfel wieder herunterkommt.

(Beifall bei der SPD – Pörksen, SPD: Sehr wahr!)

Ein Teil dessen ist geschafft. Wir haben heute Sozialversicherungsbeiträge, die niedriger liegen, als es 1998 der Fall war.

(Zurufe von der CDU)

Das hängt mit den notwendigen Reformen zusammen, von denen Roman Herzog gesprochen hat. Sie werden noch nasse Füße bekommen, wenn es ernst wird. Das hängt auch mit dem Rentenbeitrag zusammen, der im Jahr 1998 noch 20,3 % betragen hat und nunmehr 19,5 % beträgt.

Meine Damen und Herren, Herr Dr. Böhr, Sie haben heute Morgen während der Rede des Ministerpräsidenten bestritten, dass Sie die Beitragsfreistellung in der Sozialversicherung gefordert hätten. Das lasse ich Ihnen nicht durchgehen. Ich beziehe mich auf die Broschüre "Kirche und Gesellschaft", Nummer 320, herausgegeben von der Katholischen Sozialwissenschaftlichen Zentralstelle Mönchengladbach, erschienen im Jahr 2005. Das Datum steht nicht dabei. Es muss aber im Mai gewesen

sein. Sie haben dort einen großen Aufsatz geschrieben: "Arbeit für alle – kein leeres Versprechen". – Sie beschreiben dort, drei Schritte seien vor allem notwendig, um dieses Ziel zu erreichen, wie Sie sagen. Ich darf Sie daraus zitieren: "Deshalb sollte bis 1.300 Euro im Monat der Lohn frei von Steuern und Abgaben ausgezahlt werden. Die Sozialbeiträge kann gegebenenfalls der Staat übernehmen."

(Itzek, SPD: Er hat nicht mehr gewusst, was er gesagt hat!)

"Für ihn ist das eine lohnende Investition, da er so in den allermeisten Fällen die Kosten der Sozialleistungen einspart und Wachstum ermöglicht, das die Steuereinnahmen steigen lässt." –

Jetzt will ich Ihnen einmal vorrechnen, wie der Ministerpräsident auf die 86 oder 87 Milliarden Euro kommt, die eine Freistellung bis 1.300 Euro verursachen würde. Steuer- und abgabenfrei heißt in der Steuerpolitik, dass der Steuerfreibetrag jährlich 15.600 Euro ausmacht. Das ist eine Verdopplung gegenüber heute, 8.000 Euro mehr. Wir haben in diesem Bereich eine durchschnittliche Steuerbelastung von 17,6 %. Von 8.000 Euro macht das 1.408 Euro pro Lohnsteuerzahler aus. Nun haben wir in der Einkommensteuer rund zehn Millionen Fälle, wo es Alleinveranlagung gibt. 10.000.000 mal 1.408 macht 14 Milliarden aus. Dann haben wir noch 13,4 Millionen Fälle, die zusammen veranlagt werden. Da haben wir es natürlich mit den doppelten Beträgen zu tun. Wir kommen unterm Strich auf Folgendes: 14 plus 37 sind 51 Milliarden Euro Steuerausfälle.

(Vizepräsidentin Frau Grützmacher übernimmt den Vorsitz)

Bei der Sozialversicherung sieht die Rechnung wie folgt aus: 1.300 Euro werden monatlich freigestellt, mal zwölf Monate, sind 15.600, davon 20,3 %, das Ganze mal 26 Millionen Beitragszahler, macht zusammen 86 Milliarden Euro.

(Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

Das gesamte Spiel, von dem Herr Dr. Böhr spricht, kostet den Staat rund 137 Milliarden Euro.

(Dr. Böhr, CDU: So ein Quatsch!)

Seriöse Politik á la Böhr.

(Zuruf des Ministerpräsidenten Beck, des Abg. Jullien, CDU, und weiterer Abgeordneten der CDU)

Nun sagt Herr Böhr in seinem bereits erwähnten Aufsatz unter der Zwischenüberschrift "Einwände und Bedenken"; ich zitiere: "Gegen diese Vorschläge wird immer wieder, meist von den Finanzministern aller Parteien, eingewandt, sie seien nicht bezahlbar, weil die Einnahmenverluste des Staates zu hoch zu veranschlagen sind."

Meine Damen und Herren, die Finanzminister aus allen Parteien wissen wohl, warum sie sich darauf nicht einlassen. Weil sie diese Phantastereien nicht mitzumachen gewillt sind.

(Beifall der SPD – Mertes, SPD: So ist es!)

Das hat noch eine andere Seite. Herr Böhr sagt nämlich, das könne man aus der Sozialhilfe, die der Staat erspart, einsparen.

Meine Damen und Herren, im letzten Jahr, für das die Statistik vorliegt, 2003, hat der gesamte Sozialhilfeaufwand für die Hilfe zum Lebensunterhalt – die Hilfe in besonderen Lebenslagen kann ich nicht sehen; denn das ist die Heimunterbringung –, die Herr Böhr – teilweise jedenfalls – zur Gegenfinanzierung heranziehen will für seine – ich beziehe es jetzt nur auf den Beitragssatz in der Sozialversicherung – 86 Milliarden Euro ein Potenzial von 9,8 Milliarden Euro.

(Pörksen, SPD: Kennt der Adam Riese?)

Meine Damen und Herren, spätestens an dieser Stelle wird deutlich – Herr Böhr, Sie wissen, dass ich Sie persönlich sehr schätze, und ich habe auch Anlass anzunehmen, dass das auf Gegenseitigkeit beruht, ich kann Ihnen nur sagen, ich lese auch manche Aufsätze, die Sie schreiben, gern –, in Bezug auf Finanzpolitik sollten Sie sich wirklich zurückhalten. Da kommt in aller Regel, wenn Sie zur Feder greifen, nichts Vernünftiges heraus. Ich bin sicher, dass auch dieser Vorschlag, den Sie hier gemacht haben, folgenlos bleiben wird. Kein Unionspolitiker – weder im Regierungsamt noch im Parteiamt – wird diesen Vorschlag aufnehmen. Da bin ich ganz sicher.

## (Beifall der SPD)

Aber nun sagt Herr Böhr, es gibt einen Vorschlag von Herrn Professor Kirchhof, den man nur aufgreifen und realisieren müsse, dann kämen die Dinge ins Lot. Ich will das nicht verkürzen, sondern durchaus sagen, dass Professor Kirchhof, den ich persönlich sehr schätze, wichtige Anstöße in Richtung Vereinfachung des Steuerrechts gegeben hat. In der Veranstaltung in der vergangenen Woche hier bei der Commerzbank, als wir gemeinsam miteinander gestritten haben, habe ich dies auch zum Ausdruck gebracht. Allerdings bitte ich Folgendes nicht zu übersehen: Die Steuerabteilungsleiter aller Länder, auch der unionsgeführten Länder, unter Einschluss des FDP-Kollegen in Sachsen-Anhalt, des Kollegen Paqué, haben ermittelt, und die Finanzministerkonferenz hat sich diese Berechnung ausdrücklich zu Eigen gemacht, dass der Vorschlag von Herrn Professor Kirchhof im ersten Jahr zu Steuerausfällen von 42 Milliarden Euro führen würde, im zweiten Jahr zu 31 Milliarden Euro und im dritten Jahr zu 21 Milliarden Euro; alsodegressiv gestaltet.

Professor Kirchhof hat sich gegen diese Berechnung gewehrt. Aber ich will Ihnen ein kleines Beispiel geben, wenn Sie sich hinter den Vorschlag von Herrn Professor Kirchhof stellen: Zwei Familien, beide mit zwei Kindern. In dem einen Fall gibt es ein zu versteuerndes Einkommen von 50.000 Euro Arbeitslohn. Die Steuerbelastung

beträgt heute 7.900 Euro. Nach Professor Kirchhof wären es 4.800 Euro, also eine steuerliche Entlastung von 3.100 Euro.

Nebendran wohnt eine Familie mit ebenfalls zwei Kindern, die 1 Million Euro versteuert. Die bisherige Steuerbelastung betrug 463.000 Euro, künftig 242.000 Euro, eine Ersparnis von 221.000 Euro.

Meine Damen und Herren, ich bin kein Mensch, der neidisch ist. Ich habe weder Sozialneid noch bin ich auf sonst jemanden neidisch. Ich bin froh, dass bei mir alles so ist, wie es ist, ohne selbstgefällig zu sein. Das hat nichts mit Sozialneid zu tun, ich sage nur, wer obere Einkommen in dieser Quantität entlastet, der muss sich fragen, wie er es langfristig mit der Qualität des Sozialstaats und einem gerechten Steuersystem hält.

## (Beifall der SPD)

Ich sage – das habe ich auch in der vergangenen Woche Herrn Professor Kirchhof coram publico gesagt –: Ich glaube nicht, dass die Flattax kommt, und deswegen wird es die Union auch nicht machen, die Union wird den Stufentarif nicht einführen und auch kein Bierdeckelrecht in Bezug auf das Steuerwesen, sondern es wird beim linear-progressiven Tarif bleiben, den ich im Übrigen auch für den gerechteren halte.

Ich komme zum Abschluss und sage, mit der Steuerreform, die wir im Jahr 2000 gemacht haben, haben wir die Steuern nachhaltig gesenkt. Wir hatten im Jahr 2000 noch eine Steuerquote von 23 %. Sie liegt jetzt bei 20 %.

(Itzek, SPD: 19,8!)

Diese Differenz von 3 % bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt macht eine steuerliche Entlastung von 60 Milliarden Euro plus aus, um die Unternehmen, Familien, Arbeitnehmer – alle Steuerzahler – mit einem Einkommensteuertarif entlastet wurden, der wettbewerbsfähig ist, auch im internationalen Vergleich. Die Steuerquote ist so niedrig wie noch nie in Deutschland, in der Alt-EU auch die niedrigste. Nach Hinzukommen der zehn neuen Beitrittsländer hat nur die Slowakei eine Steuerquote, die niedriger ist als die unsrige.

Aber wir haben auch die Abgabenquote gesenkt. Erstmals seit 1990 liegt die Abgabenquote im Jahr 2004 wieder unter 40 %. Vor allen Dingen die Staatsquote wurde gesenkt. Diese hatte im Jahr 1996 den Höchststand mit 49,3 % und im vergangenen Jahr einen Stand von 46,9 % erreicht.

Jetzt wird es darum gehen, das Steuerrecht zu verschlanken und verständlicher zu machen. Vor allen Dingen wird es darum gehen, steuerliche Subventionen abzubauen. Aber wir werden dabei darauf zu achten haben, dass die Symmetrie nicht verloren geht. Wer generell die Abschaffung von steuerlichen Subventionen fordert – ich bin ohnehin misstrauisch als gebranntes Kind aus dem Vermittlungsausschuss, weil dort nämlich von den Subventionsbekämpfern jede einzelne Subvention mit Klauen und Zähnen verteidigt wurde in den

vergangenen Jahren –, und wer beispielhaft für den Abbau steuerlicher Subventionen nur die Zuschläge für Sonntags-, Feiertags- und Nachtarbeit sowie die Pendlerpauschale aufzählt, der ist kein guter Hüter der sozialen Symmetrie.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Itzek, SPD: So ist es!)

Ich weiß auch, dass 5 % der höchsten Einkommensbezieher mehr als 41 % des gesamten Steuerertrags bringen

(Lelle, CDU: Wahlkampfrede! – Itzek, SPD: Wieso denn?)

und die unteren 50 % der Einkommensbezieher nur 8,3 % bringen. Das weiß ich auch. Ich weiß auch, dass derjenige, der nur wenig zahlt, nur gering entlastet werden kann, und der, der überhaupt nichts zahlt, auch nicht entlastet werden kann. Das weiß ich sehr wohl. Aber dennoch gilt es darauf zu achten, dass die soziale Symmetrie bei dem, was steuerpolitisch geschieht, gewahrt bleibt und vor allen Dingen ein Weiteres gewahrt bleibt. Ich wiederhole es immer wieder, wie Gerhard Stoltenberg es einmal formuliert hat: das Gleichgewicht von Etatpolitik, von Haushaltspolitik und Steuerpolitik.

Insoweit bleibt die Diskussion der kommenden Jahre spannend.

Ich danke Ihnen.

(Beifall der SPD und bei der FDP)

## Vizepräsidentin Frau Grützmacher:

Den Fraktionen steht noch eine zusätzliche Redezeit von je fünf Minuten zur Verfügung.

Als Gäste begrüße ich Lehrerinnen und Lehrer der Schillerschule Lahnstein sowie Mitglieder der SPD aus dem Gemeindeverband Edenkoben und Maikammer. Herzlich willkommen im Landtag!

(Beifall im Hause)

Das Wort hat Frau Abgeordnete Thomas.

## Abg. Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Meine Damen und Herren! Ich habe die Debatte um die Steuerpolitik eröffnet. Herr Jullien hat mit Verschuldungsdaten darauf reagiert. Ich möchte dem die eine oder andere Zahl entgegenhalten, weil Sie sich auf die Verschuldung bezogen haben, die sich unter der rotgrünen Bundesregierung so enorm gesteigert habe, nämlich von rund 743 Milliarden Euro im Jahr 1998 auf ca. 860 Milliarden Euro Ende des Jahres 2004. Das ist nicht schön. Das ist eine Steigerung um etwa 15,7 %.

Jetzt will ich Ihnen einmal ein paar Vergleichszahlen nennen. Die Verschuldung in der Ära Kohl stieg von 1983 bis 1998 um etwa 58,5 %.

(Lelle, CDU: Mit Wiedervereinigung! – Ministerpräsident Beck: Genau nicht! – Zuruf des Abg. Lelle – Ministerpräsident Beck: Sie haben keine Ahnung!)

Die Verschuldung des Bundes stieg in der gesamten 16jährigen Ära Kohl – die Damen und Herrn von der FDP waren in weiten Teilen auch daran beteiligt – um etwa 360 %. Herr Jullien, diese Zahlen sollten Sie sich hinter die Ohren schreiben, weil das die Grundlast war, mit der die rotgrüne Bundesregierung gestartet ist.

## (Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie haben nicht nur diesen Schuldenberg hinterlassen. Sie haben außerdem ein unbeackertes Feld hinsichtlich der Sozialabgaben sowie andere notwendiger Reformbereiche in dieser Republik hinterlassen, weil Sie Ihre Hausaufgaben nicht gemacht haben, weil Sie erstickt sind im eigenen Mehltau, der sich über Ihre Regierung gelegt hat, meine Damen und Herren. Daher haben Sie über Staatsverschuldung nicht die große Lippe zu führen, Herr Jullien.

## (Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Unruhe im Hause)

Meine Damen und Herren von der FDP, Sie haben von dem liberalen Sparbuch gesprochen. Das ist schon ein Widerspruch in sich. Ich schaue mir einmal an, wie Sie etwas gegenfinanzieren wollen. Ich greife beispielsweise heraus, wie Sie im Bereich der Bundesagentur für Arbeit vorgehen. In Ihrem Papier zählen Sie die Kostentreiber auf. Das seien die Mittel für die Ich-AGs, Mittel für die berufliche Rehabilitation in Höhe von 2,7 Milliarden Euro, Mittel für Altersteilzeit in Höhe von 1 Milliarde Euro, die Mittel für Berufsausbildungsbeihilfe, mit denen Ausbildungsplätze zusätzlich gefördert werden sollen: das sind Lehrgangskosten für berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen usw.

Im Klartext heißt das – dann sagen Sie das bitte auch –, dass Sie zulasten der Menschen sparen, die mithilfe dieser Mittel und Maßnahmen ihren Weg zurück in die Arbeitswelt finden wollen. Es ist falsch, an diesem Punkt zu sparen. Ich könnte Ihnen eine Reihe von Luftbuchungen vorführen, angefangen von dem Überschlag, über Bürokratieabbau sparen wir ein, oder die Privatisierung von Bundesvermögen in Höhe von rund 5 Milliarden Euro. Das ist ein einmaliger Veräußerungsgewinn, der mitnichten das abdeckt, was Sie mit Ihrer Steuerreform abdecken wollen.

## (Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Insofern werden die Maßnahmen, die Sie beabsichtigen, soziale Ungerechtigkeiten verstärken. Sie werden die öffentlichen Kassen aushöhlen und weiter leeren. Sie werden eine Steuergestaltungsmöglichkeit als Freiheit für Spitzenverdiener und Großunternehmen schaffen. Das werden wir bis zum 18. September diskutieren. Ich

bin davon überzeugt, dass die Wählerinnen und Wähler in Deutschland nicht, wie Bertolt Brecht einmal festgestellt hat, die dümmsten Kälber sind, die ihre Schlächter selbst wählen, sondern dass sie klug und wissend wählen werden.

Ich will noch etwas zu Ihren Vorschlägen zur Unternehmenssteuerreform sagen. Herr Böhr, Sie sollten einmal sagen, wer die großen Kapitalgesellschaften letztlich entlasten will. Das haben Sie als Vorwurf an Rotgrün formuliert. Der Wegfall der Gewerbesteuer, so wie die FDP ihn plant, ist eine Entlastung der Großunternehmen, weil das die einzigen sind, die noch Gewerbesteuer zahlen. Den kleinen und mittleren Unternehmen wird die Gewerbesteuer mittlerweile erstattet. Dann schlagen Sie vor, diese Mittel wieder hineinzuholen, indem Sie den Arbeitnehmern zusätzliche Steuern aufbürden. Nichts anderes heißt doch eine Hebesatzmöglichkeit bei der Einkommenssteuer für die Kommunen. Das ist eine Verlagerung von Unternehmenssteuern auf die Steuerlast der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Genau das wollen wir nicht mitmachen, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In Ihrem Berliner Programm steht darüber hinaus etwas von unbegrenzter Verrechnung von Gewinnen und Verlusten, und zwar unabhängig davon, ob die Konzerne ihre Unternehmen im Inland oder Ausland stehen haben. Weshalb haben wir denn eine Mindeststeuer eingeführt, damit wir von diesen Unternehmen in diesem Land überhaupt noch Steuern einnehmen können und wir ihnen nicht die Türen öffnen zu jeder Steuergestaltungsmöglichkeit? Dabei machen Sie die Türen weit und weiter auf. Sie werden sehen, dass auf diesem Weg nichts mehr hineinkommt. Sie werden auch damit nicht die Wettbewerbsmöglichkeit schaffen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie haben festgestellt, wir hätten kein Steuerkonzept. Ich gebe Ihnen gern den Entwurf unseres Bundestagswahlprogramms. Vielleicht verfolgen Sie die Debatte am Wochenende; denn das kann lehrreich sein. Wir haben einen Grundsatz für die Weiterentwicklung des Steuerrechts und für den Ansatz der Probleme in diesem Land. Das bezieht sich einmal auf die Senkung der Lohnnebenkosten, insbesondere im Niedriglohnbereich, weil genau das der Hebel ist, um weitere Abwanderungen in die Schwarzarbeit zu verhindern. Damit werden wir neue Beschäftigungsmöglichkeiten schaffen.

Für uns gilt außerdem der Satz noch, dass Eigentum verpflichtet. Für Sie gilt der Satz offensichtlich nicht. Unsere Steuervorschläge beinhalten natürlich eine Veränderung bei der Erbschaftssteuer. Sie beinhalten auch die Überprüfung und Neuformulierung einer Vermögenssteuer, um in diesem Bereich Einkommen und Vermögen heranzuziehen zur Finanzierung der Aufgaben des Staates. Ohne diese Möglichkeiten werden wir es nicht schaffen, die notwendige soziale, verkehrliche und sonstige Infrastruktur aufrechtzuerhalten. Ohne diese Mittel rutscht das Land ab in eine soziale Ungleichheit, die wir nicht verantworten wollen und auch nicht mitgestalten werden.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### Vizepräsidentin Frau Grützmacher:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Mertes.

(Pörksen, SPD: Warm anziehen bei der CDU!)

Abg. Mertes, SPD:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Zunächst einmal herzlichen Dank an den Herrn Finanzminister, der einige Dinge seriöserweise aufgeklärt und vorgerechnet hat, über die wir debattiert haben.

Vorhin behauptete der parlamentarische Geschäftsführer der CDU-Fraktion, Herbert Jullien, das von mir gebrachte Zitat, unser Land leide wie ein Hund, hätte es gar nicht gegeben.

(Zuruf des Abg. Jullien, CDU)

 Wir werden das Protokoll einsehen. Sie haben genau das gesagt.

> (Böhr, CDU: Das ist eine Lüge – Jullien, CDU: Jetzt reicht es aber! – Unruhe bei der CDU)

- Nein, das ist keine Lüge.

(Unruhe bei der CDU – Glocke der Präsidentin)

Das ist auf unserer Seite genauso angekommen.

(Unruhe bei der CDU – Glocke der Präsidentin)

 Das sind doch jetzt wirklich Eseleien. Es steht in dem Wahlprogramm drin. Es steht in Ihrer Rede drin.

(Unruhe bei der CDU)

So ist es, und das habe ich gesagt.

(Unruhe bei der CDU – Glocke der Präsidentin)

Ich habe gesagt: Böhr auf dem Landesparteitag: Unser Land leidet wie ein Hund – Sie sagen: Es stand nicht im Wahlprogramm. Wer hat denn das vorgeworfen?

(Unruhe bei der CDU)

Wir haben Ihre Rede genommen. Es ist klar. Es ist ganz eindeutig. Sie wollten das weghaben.

(Jullien, CDU: Das ist nicht wahr! – Unruhe bei der CDU)

Sie bekommen es aber nicht weg, weil Sie es gesagt haben.

(Unruhe bei der CDU)

Ich habe gesagt, Böhr hat auf dem Landesparteitag gesagt, unser Land leidet wie ein Hund. Nun leiden Sie eben wie ein Hund unter diesem Zitat. Sie haben es gebracht. Sie haben es zunächst einmal im Internet veröffentlicht.

(Zuruf des Abg. Jullien, CDU)

Man könnte sagen, im Internet steht "es gilt das gesprochene Wort". Nachher hat er etwas ganz anderes gesagt.

(Böhr, CDU: Natürlich habe ich das gesagt! Das habe ich doch gar nicht bestritten!)

Schauen wir jetzt einmal in die "AZ". Dort steht: "Mit "unser Land leidet wie ein Hund' benutzt Böhr ein etwas gewöhnungsbedürftiges Bild." Der parlamentarische Geschäftsführer, der jetzt mit der Verdrehung kommt, es hätte nicht im Wahlprogramm gestanden, was kein Mensch behauptet hat, ---

(Jullien, CDU: Sie haben das gesagt heute Morgen!)

 Das ist jetzt mein Vorwurf an Sie: Sie sind so unseriös wie kein Zweiter in diesem Hause.

> (Beifall der SPD – Jullien, CDU: Sie sind ein Lügner! Sie sagen die Unwahrheit!)

Sie hätten Ihre Pressestelle fragen können. Sie hätten im Internet nachsehen können. Ihre Unseriosität ist aber Ihr Programm. Wenn Sie glauben, dass wir Ihnen das durchgehen lassen, dann glauben Sie etwas Falsches. Mit Ihnen lassen wir uns so nicht ein.

(Beifall der SPD – Unruhe bei der CDU)

## Vizepräsidentin Frau Grützmacher:

Meine Damen und Herren Abgeordneten, liebe Kolleginnen und Kollegen! Vielleicht wird es jetzt etwas ruhiger, damit wir uns gegenseitig verstehen können.

Das Wort hat Herr Abgeordneter Böhr.

## Abg. Böhr, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! So ist das nun einmal, Ertrinkende schlagen um sich. Dann spritzt es schon einmal ein bisschen.

(Zuruf des Abg. Mertes, SPD)

Ich habe mir eben die ganze Zeit die Frage gestellt, weshalb wir in Deutschland eigentlich Neuwahlen haben.

(Beifall der CDU)

Dies wahrscheinlich deshalb, weil in den vergangenen Jahren paradiesische Zustände in unserem Land herbeigeführt wurden. Wenn ich den Bundeskanzler richtig verstanden habe – da muss er sich allerdings noch mit seinem Fraktionsvorsitzenden verständigen –, haben wir deshalb Neuwahlen in Deutschland, weil er an seiner eigenen Partei und seinen eigenen Genossen gescheitert ist.

(Beifall der CDU – Jullien, CDU: Genau!)

Verehrter Herr Finanzminister, Sie haben den finanzpolitischen Sachverstand beschworen und versucht, den auch ein bisschen gegen meine Vorschläge auszuspielen und ihn für sich reklamiert. Gelegentlich ist man gut beraten, diesen vermeintlichen Sachverstand an seinen Ergebnissen zu messen. Ich stelle fest: Die Ergebnisse dieses finanzpolitischen Sachverstands, nachdem er sieben Jahre lang Tag für Tag Zeit hatte, sich selbst in Deutschland zur Anwendung zu bringen, sind, dass wir einen Pleitenrekord haben, wie es ihn noch nie in unserem Land gegeben hat. Wir haben eine Arbeitslosigkeit, wie es sie noch nie in unserem Land gab.

(Beifall der CDU)

Verehrter Herr Finanzminister, wie haben eine Verschuldung im Bund und im Land Rheinland-Pfalz, wie wir sie uns vor zehn Jahren überhaupt nie hätten vorstellen können.

(Beifall der CDU)

Das ist das Ergebnis Ihres finanzpolitischen Sachverstands. Wir versinken in der Arbeitslosigkeit, und wir haben Pleitenrekorde ein Jahr um das andere. Wir haben sowohl im Bund als auch im Land eine Neuverschuldung, die eine unvorstellbare Größenordnung erreicht hat.

Herr Kollege Mertes, deshalb sage ich heute genauso wir vor sechs Wochen: Dieses Land ist auf den Hund gekommen, und Sie haben es auf den Hund gebracht.

> (Beifall der CDU – Mertes, SPD, deutet auf den Abg. Jullien, CDU: Da sitzt der richtige Hund!)

Herr Kollege Dr. Gölter hat heute Morgen gesagt, das rauscht an der Öffentlichkeit vorbei. Man muss einmal mit den Betroffenen in unserem Land reden. Sie tun das doch auch. Reden Sie einmal mit den mittelständischen Unternehmern, die seit Jahren um ihre Existenz kämpfen und die für solche Debatten wie die jetzige überhaupt kein Verständnis haben. Die fragen: Wo sind denn eure Lösungen?

(Frau Spurzem, SPD: Wo sind sie denn?)

Sie erwarten nicht, dass wir uns Zitate um die Ohren schlagen, sondern die wollen wissen, wie es in Deutschland weitergeht.

(Beifall der CDU)

Wir sind jetzt beim Kapitel "Polemik" angelangt. Wenn mit Polemik begonnen wird, muss ich auch ein bisschen polemisch reagieren. In der Lage, die ich überhaupt nicht drastisch beschrieben habe, sondern die ich mit sehr gesetzten Worten sehr zurückhaltend beschrieben habe.

(Zurufe von der SPD: Oh, oh!)

fällt Ihnen nichts anderes ein als die Neidsteuer, die 1,2 Milliarden Euro bringen soll. Frau Kollegin Thomas, Sie sind auch eine große Freundin dieser Neidsteuer. 1,2 Milliarden Euro! Verehrter Herr sachkundiger Finanzminister, das ist die größte Milchmädchenrechnung aller Zeiten, da die bei unserem Steuerrecht nicht 1,2 Milliarden Euro, sondern exakt null Euro bei all den Gestaltungsspielräumen bringt.

(Beifall der CDU)

Sie lässt die Betroffenen völlig kalt.

(Zuruf des Abg. Ramsauer, SPD)

 Herr Ramsauer, Sie haben eben Ihre Visitenkarte hier abgegeben. Mit so viel finanzpolitischem Sachverstand würde ich mich einmal im Ministerium ein bisschen darüber unterrichten lassen, was Sache ist.

Sie bringt genau 0,0. Mit diesem 0,0 Neidsteueraufkommen wollen Sie Bargeschenke – konservativ geschätzt – in einer Größenordnung von mindestens 15 Milliarden Euro finanzieren. Herr Kollege Mittler, ich muss kein Finanzminister sein, um so viel Sachverstand auf die Waagschale zu bringen.

Das Haus brennt lichterloh. Sie haben sich in Sicherheit gebracht. Was war denn das Spektakel in den vergangenen Wochen im Deutschen Bundestag anders? Sie haben sich in Sicherheit gebracht und rufen jetzt lautstark nach der Feuerwehr. So kann das doch wohl nicht gehen in unserem Land.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, nach dem Kapitel "Polemik" will ich zwei sachliche Bemerkungen machen. Ich bin sehr dankbar für das, was in einer sehr sachlichen – Sachlichkeit hat manchmal etwas mit Sachkunde zu tun – und sachkundigen Weise vom Kollegen Creutzmann vorgetragen wurde. Ich habe nie einen Hehl daraus gemacht, dass das Steuerreformmodell, das die FDP jüngst noch einmal überarbeitet und beschlossen hat, meine große innere Zuneigung und Zustimmung findet. Ich sage das auch mit Blick auf vieles, was in meiner eigenen Partei diskutiert wird.

(Zuruf des Abg. Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Kollege Creutzmann, Sie glauben aber doch nicht im Traum, dass Sie auch nur ein Gramm dieser Vorstellungen mit Ihrem jetzigen Koalitionspartner verwirklichen können. Das glauben Sie doch selbst nicht. Von den anderen will ich gar nicht reden, weil die Partei der GRÜNEN schon vor vielen Jahren ihren finanzpolitischen Sachverstand entsorgt hat. Der hat auch jetzt keine Chance gehabt, noch einmal auf die Landesliste

zu kommen. Er wurde schon vor vier Jahren in die Wüste geschickt und darf seitdem bei der Bertelsmann-Stiftung Studien schreiben. Das ist auch eine sinnvolle Beschäftigung.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Ich halte es für richtig, genau diesen Weg zu gehen. Herr Kollege Ramsauer, damit das einmal klar ist, diesen Weg werden Sie nie gehen. Da hat kein Mensch in Deutschland Hoffnung. Dieser Weg bedeutet, dass ausnahmslos alle Gestaltungsmöglichkeiten entfallen. Da ist doch der eine Satz vom Herrn Kollegen Creutzmann der alles entscheidende. Für jemanden, der überhaupt keine Steuern bezahlt, brauche ich auch keinen Gestaltungstatbestand mehr. Er zahlt doch sowieso keine Steuern. Dann muss ich ihm auch keine Gestaltungsspielräume einräumen.

(Pörksen, SPD: Das ist ein schlauer Satz!)

- Wer war das? Ach, Herr Pörksen. Lieber Herr Pörksen, gestern habe ich eine Agenturmeldung gelesen, bei der ich meinen Augen nicht getraut habe, die von irgendeinem Ihrer Berliner Parteifreunde gekommen ist. Da wurde gegen uns polemisiert, was das gute Recht jeder Partei ist. Da habe ich gelesen, eine Familie mit ein oder zwei Kindern zahlt nach heutigem Steuerrecht schon bis zu einem Jahreseinkommen von meines Wissens 35.000 Euro keinen Cent Steuern. Wenn das so ist – das ist natürlich nicht so –, dann erklären Sie mir bitte einmal, weshalb Sie gegen Steuerreformvorschläge wie von Creutzmann oder Kirchhof so vehement zu Felde ziehen. Dann sind wir uns doch im Prinzip einig.

Deshalb meine letzte Bemerkung. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Defizit des Bundeshaushalts in diesem Jahr beläuft sich auf 50 Milliarden Euro.

(Ramsauer, SPD: Das ist nichts gegen Ihren Vorschlag!)

– Herr Kollege Ramsauer, klar, wenn man beim Multiplizieren das Komma falsch verschiebt, kommt man zu den Ergebnissen, zu denen Sie kommen. Das ist so. Ihre Berechnungsmethoden erleben wir hier seit 15 Jahren von Haushaltsberatung zu Haushaltsberatung. Die sind wirklich fantastisch. Sie malen sich die Welt so, wie Sie sie gern hätten. Es lohnt überhaupt nicht mehr, darauf zu antworten.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

50 Milliarden Defizit ist also das Ergebnis des finanzpolitischen Sachverstands, den der Finanzminister gerade beschrieben hat. Dann hat er den Reformstau in den 90er-Jahren beklagt. Verehrter Herr Kollege Mittler, deshalb haben Sie auch 1998 so beherzt mit diesen Reformen weitergemacht.

(Glocke der Präsidentin)

- Sofort, Frau Präsidentin.

Wenn ich mich recht erinnere, sind diese zaghaften Versuche bei der Gesundheit, bei der Steuer kam man überhaupt nicht sehr weit, aber bei der Rente so ein bisschen – –

(Zuruf von Ministerpräsident Beck)

- Herr Ministerpräsident, diese zaghaften Versuche sind von euch mit einem Federstrich vom Tisch gewischt worden. Vier Jahre später habt ihr euch dann nicht getraut zu sagen, es geht nicht ohne demografischen Faktor. Da haben die GRÜNEN euch aus der Patsche geholfen und haben gesagt, lasst uns das einfach Nachhaltigkeitsfaktor nennen. Dann klingt das nicht so wie das, was die Alten schon einmal gemacht haben. So war es doch.

(Beifall der CDU)

## Vizepräsidentin Frau Grützmacher:

Herr Böhr, Sie müssen zum Schluss kommen.

## Abg. Böhr, CDU:

Frau Präsidentin, ja, ich komme zum Schluss. Ich bin der Meinung, dass wir es nicht packen werden, unsere Probleme zu lösen, wenn wir in den bestehenden Systemen bleiben.

Verehrter Herr Finanzminister, wenn man Beschäftigung in Deutschland haben und in einer Gesellschaft leben will, in der Beschäftigung von vornherein für ein paar Millionen Menschen überhaupt nicht verfügbar ist, werden wir das mit unserem jetzigen Steuerrecht nicht schaffen. Das, was Sie und Ihr Bundesfinanzministerkollege im Moment für die Folgekosten der Unterbeschäftigung in Deutschland ausgeben, —

(Pörksen, SPD: Wo kommen die her?)

- Herr Kollege Pörksen, nach Ihrer Meinung sind die in den letzten Jahren vom blauen Himmel gefallen.
- ist ein Betrag von sage und schreibe etwa 130 Milliarden Euro. Das kostet uns die Unterbeschäftigung. Ich finde, wenn das kein Argument ist, über Neues nachzudenken, weiß ich wirklich nicht, wie schlimm es in diesem Land noch werden muss.

(Beifall der CDU)

## Vizepräsidentin Frau Grützmacher:

Das Wort hat Herr Staatsminister Mittler.

## Mittler, Minister der Finanzen:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Viel interessanter als das, was Herr Kollege Böhr gesagt hat, ist das, was er nicht gesagt hat.

(Böhr, CDU: Herr Mittler, Sie können unbegrenzt reden! Ich habe sieben Minuten! Was Sie machen, ist nicht fair!) – Ich versuche, es kurz zu machen. Ich will fair sein. Ich mache es in Schlagzeilen. Sie sind mit keinem einzigen Wort darauf eingegangen, wie die grandiose Rechnung, bis 1.300 Euro alles steuer- und beitragsfrei zu stellen, mit fiskalischen Auswirkungen in den öffentlichen Haushalten und in den Sozialversicherungssystemen – das ist von mir mit nachvollziehbaren Zahlen, und zwar 137 Milliarden Euro vorgerechnet worden – mit dem Vorhaben, die öffentlichen Haushalte und die Sozialversicherungssysteme zu sanieren, zusammengehen soll.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD – Ramsauer, SPD: So ist das!)

Herr Kollege Böhr, das lohnt sich auch nicht; denn ich bin ganz sicher, dass Ihre Überlegungen über Ihren eigenen Kopf und über den Artikel in der Zeitung, die ihn veröffentlicht, nicht hinaus kommt und nicht zum Gegenstand irgendeiner Beratung auf Bundesebene werden wird.

Was wir Ihnen vorwerfen, hat nichts mit Majestätsbeleidigung zu tun, sondern das ist das negative Bild des Landes, das Sie immer wieder erneut beschreiben und beschwören und das nicht einmal annähernd etwas mit dem Blick derer zu tun hat, die von außen auf unser Land schauen.

Herr Böhr, es stimmt nicht, wenn Sie sagen, das ist die höchste Arbeitslosenzahl, die wir jemals hatten.

(Dr. Altherr, CDU: Was stimmt denn da nicht?)

Das will ich Ihnen vorlesen. Ich lese Ihnen aus dem Sachverständigengutachten 2004/2005, Seite 651
Quelle: Für den Sachverständigenrat, Bundesanstalt für Arbeit – vor. Danach betrug die registrierte Arbeitslosenzahl im Jahr 1997 in Gesamtdeutschland 4.384.000. Im vergangenen Jahr – sie war zwischenzeitlich deutlich gesunken – lag sie darunter, zwar nur um 3.000, sie lag aber tiefer.

(Zuruf des Abg. Dr. Altherr, CDU)

- Brüllen Sie hier nicht herum.

Die 9 Millionen, die Herr Böhr landauf und landab beschwört, und die auch Herr Jullien genannt hat, gibt es in keiner Veröffentlichung.

(Zurufe von der CDU)

Ich räume ein, es gibt eine offene und eine verdeckte Arbeitslosigkeit. Diese wird auch veröffentlicht. Das ist im Sachverständigengutachten nachzulesen. Die offene und die verdeckte Arbeitslosigkeit betrug zusammengerechnet im Jahr 1997 6.315.000. Im Jahr 2003 – für 2004 liegt die Zahl noch nicht vor – lag sie um 300.000 Stellen niedriger.

(Zurufe des Abg. Dr. Altherr und des Abg. Jullien, CDU)

Ich glaube, das, was bei Ihnen am besten funktioniert
ohne intim zu werden –, ist wahrscheinlich die Stimme.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Schauen Sie es sich doch einmal an. Die höchste Jugendarbeitslosenquote hatten wir im Jahr 1997 mit 11,4 %. Sie betrug im letzten Jahr 7,0 %.

Herr Böhr, ich sage das deshalb, weil auch Ihre noch so temperamentvollen Auftritte nicht darüber hinwegtäuschen können, dass immer dann, wenn bei Ihnen Zahlen im Spiel sind, die höchste Alarmstufe geboten ist, weil die Zahlen in aller Regel nicht stimmen.

(Zurufe von der CDU)

Ich will eine letzte Anmerkung machen.

Herr Böhr, ich bin bereit, mit Ihnen eine Wette für den Fall einzugehen, dass

(Jullien, CDU: Dass wir Neuwahlen bekommen!)

wir Neuwahlen bekommen und es im Ergebnis der Neuwahl zu einer unionsgeführten Bundesregierung kommen sollte, in welcher Konstellation auch immer. Darauf schließe ich eine Wette ab. Sie können das Maß bestimmen.

(Zurufe von der CDU)

– Winzersekt. Ich wette, dass unter einer unionsgeführten Regierung die volkswirtschaftliche Steuerquote und auch die Abgabenquote nicht gegenüber dem Wert des Jahres 2005 sinken werden. Hier bin ich ganz sicher. Die Steuererhöhungspläne der Union sind fertig geschneidert. Man muss nur hinschauen, um sie zu sehen.

Vielen Dank.

(Beifall der SPD)

## Vizepräsidentin Frau Grützmacher:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Creutzmann.

## Abg. Creutzmann, FDP:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Dr. Böhr, Sie haben gesagt, die Steuerkonzepte wären mit der SPD nicht zu machen. Ich kann mich nicht erinnern, dass es eine Aussage gibt, bei der nächsten Bundestagswahl mit der SPD eine Koalition einzugehen. Die Aussage der FDP ist, diese mit der CDU einzugehen. Wir sind einmal gespannt – wir hoffen auf Ihre Unterstützung; bei Ihnen gibt es auch die Herz-Jesu-Marxisten –, ob wir mit ihnen eine Steuersenkung hinbekommen.

Sie sagen, das Land ist auf den Hund gekommen. Die Bertelsmann-Stiftung widerlegt das. Das sollten Sie zur Kenntnis nehmen. Sie sollten auch Folgendes zur Kenntnis nehmen, auch wenn es Ihnen weh tut: Auf Unternehmertagen, wie zum Beispiel bei Metall oder der LVU, wird diese Landesregierung permanent gelobt. Wir machen eine sehr gute Politik. Das schlägt sich in allen Indikatoren nieder.

Liebe Frau Thomas, fällt den GRÜNEN etwas ein, muss es eine neue Steuer sein. Sie haben sich als Steuererhöhungspartei geoutet. Das ist in Ordnung. Sie wollen permanent alle Steuern erhöhen, wie zum Beispiel die Erbschaftsteuer und die Vermögensteuer.

(Zuruf der Abg. Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Das haben Sie doch gesagt. Lesen Sie es im Protokoll nach, was Sie gesagt haben! Ich weiß, das Mäntelchen ist die soziale Gerechtigkeit. Das ist in Ordnung. Es sind aber Steuererhöhungen, aus welchen Gründen auch immer. Die SPD wird sich freuen. Ihnen müsste die Schamröte ins Gesicht steigen, wenn Sie uns die Steuerpolitik vorwerfen. Rotgrün hat die Veräußerungsgewinne von Kapitalgesellschaften steuerfrei gestellt. Die Deutsche Bank, die Allianz usw. haben alle keine Steuern auf Veräußerungsgewinne bezahlt. Dem Staat sind dadurch Milliarden entgangen. Das sind die Steuerlöcher, die es heute gibt.

(Zuruf der Abg. Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Ich habe immer behauptet: Hätte eine CDU/FDP-Regierung das gemacht, wären die Gewerkschaften mit den roten Fahnen herausmarschiert. – Wissen Sie, was die Unternehmen noch getan haben? Sie haben vorher noch mit steuerlicher Wirkung ihre Beteiligungen abgeschrieben, damit die steuerfreien Veräußerungsgewinne noch höher geworden sind.

(Böhr, CDU: Genau!)

Frau Thomas, so etwas "Perverses" habe ich nie verstanden. Ich kann Ihnen auch sagen, wer das gemacht hat. Das war Staatssekretär Zitzelsberger, der bei Bayer (Leverkusen) in der Steuerabteilung beschäftigt war. Dieser hat die Steuerreform gemacht.

(Zurufe von der CDU)

Ich habe noch eine abschließende Anmerkung.

Lieber Herr Finanzminister, ich habe das von Herrn Gabriel schon einmal in einer öffentlichen Sitzung gehört. Da wird uns vorgehalten, diese Landesregierung habe den Spitzensteuersatz – damals im Kompromiss – von 45 % auf 42 % gesenkt. Das streitet niemand ab. Nur, sie hat dann auch erreicht, dass viele Verdiener – das ist das, was man immer wieder zeigen muss – dadurch auch niedrige Steuern bezahlt haben, nicht nur die Spitzenverdiener. Das muss man gerechterweise sagen. Wir haben nicht an die Spitzenverdiener gedacht – – –

(Zuruf von der CDU)

 Ich will das nur sagen, dass wir zu dem auch stehen.
 Diese Landesregierung steht zu dem, was sie gemacht hat. Es ging nicht nur um die Spitzenverdiener, es ging auch um die Leute, die Steuern bezahlt haben.

Ich könnte noch viel mehr sagen. Ich weiß nicht, ob der Herr Minister noch etwas sagen will. Damit schließe ich.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

## Vizepräsidentin Frau Grützmacher:

Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Damit ist die Aktuelle Stunde beendet.

Wir kommen jetzt zu Punkt 12 der Tagesordnung:

Entlastung der Landesregierung und des Rechnungshofs für das Haushaltsjahr 2003

#### dazu:

Entlastung der Landesregierung Rheinland-Pfalz für das Haushaltsjahr 2003
Antrag der Landesregierung

- Drucksache 14/3653 -

Entlastung des Rechnungshofs Rheinland-Pfalz für das Haushaltsjahr 2003 Antrag des Rechnungshofs

- Drucksache 14/3735 -

Jahresbericht 2004 Unterrichtung durch den Rechnungshof – Drucksache 14/3830 –

Stellungnahme der Landesregierung zum Jahresbericht 2004 des Rechnungshofs (Drucksache 14/3830)
Unterrichtung durch die Landesregierung

Drucksache 14/4122 –

Beschlussempfehlung und Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses

- Drucksache 14/4243 -

Kommunalbericht 2004

– Teil I Haushaltslage der Gemeinden und Gemeindeverbände –
Unterrichtung durch den Rechnungshof

Drucksache 14/4070 –

Ich erteile dem Berichterstatter, Herrn Abgeordneten Bracht, das Wort.

(Zuruf von der SPD: Der Mann mit der Homepage!)

#### Abg. Bracht, CDU:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es würde mich jetzt natürlich reizen, noch einmal

auf die "Homepage" einzugehen. Es ist natürlich Unsinn, dass erzählt wurde, dass ich nach wie vor zu Unterschriften gegen die Ökosteuer aufrufe, obwohl man das nach wie vor tun könnte. Sie haben tief in den Archiven meiner Homepage gekramt, um Vorgänge aus dem Jahr 2000 herauszubekommen. Das war auch so ein Ding, was hier vorgetragen wurde, wie so vieles, was nicht so korrekt war.

Meine Damen und Herren, ich will jetzt als Vorsitzender der Rechnungsprüfungskommission zu meinem Bericht kommen

Dies ist das letzte Entlastungsverfahren in dieser Wahlperiode. Gestatten Sie mir deshalb einen kurzen Rückblick auf die Entwicklung der Haushaltslage. Darüber haben wir heute Morgen und heute Mittag auch schon ein wenig diskutiert. Ich will deshalb auch nur wenige Zahlen aus dem Bericht des Rechnungshofs hier noch einmal wiederholen.

Meine Damen und Herren, Ende 2001, dem ersten Jahr dieser Wahlperiode, betrug die Verschuldung des Landes 19,7 Milliarden Euro. Ende 2003, dem Jahr, das Gegenstand der diesjährigen Rechnungsprüfung ist, lag die Gesamtverschuldung bei 22,9 Milliarden Euro. Das ist ein Plus in diesen zwei Jahren von 16 %. Wie der Bericht des Rechnungshofs zeigt, stieg die Pro-Kopf-Verschuldung ab 2001 sogar noch rascher an als zuvor. Die Pro-Kopf-Verschuldung betrug 2001 4.852 Euro pro Einwohner. 2003 waren es bereits 5.458 Euro, also 606 Euro mehr.

Meine Damen und Herren, es gibt allerdings eine positive Entwicklung: Bei der Pro-Kopf-Verschuldung hat sich Rheinland-Pfalz zwar verschlechtert, aber relativ gesehen weniger schnell als andere Länder. Lag Rheinland-Pfalz 2001 noch auf dem neunten Platz der Flächenländer, lag es 2003 immerhin auf dem siebten Platz.

Absolut hat sich der Abstand zum Durchschnitt aber weiter vergrößert. 2001 lag das Land in der Pro-Kopf-Verschuldung 1.025 Euro über dem Durchschnitt der westlichen Flächenländer, 2003 waren es 1.076 Euro. Diesen Trend gibt es schon länger. In den zehn Jahren bis 2003 nahm die Verschuldung von Rheinland-Pfalz am Kreditmarkt stärker zu als im Durchschnitt der anderen westlichen Flächenländer. Die Schulden aus Mitteln des Kreditmarkts erhöhten sich in Rheinland-Pfalz von 1993 bis 2003 um 81 %. In derselben Zeit nahmen die Steuern und sonstigen Einnahmen lediglich um 17 % zu, so der Rechnungshof. Von dem Ziel, die Nettoneuverschuldung mittelfristig abzubauen, ist schon lange keine Rede mehr.

Bei der Aufstellung des Landeshaushalts hat die Landesregierung bisher – wie auch immer – mehr Investitionen veranschlagt als neue Kredite. Damit hat sie zumindest formal die Kreditobergrenze der Verfassung eingehalten. Manch anderen Ländern gelingt das nicht. Aber im Vollzug sah es 2003 anders aus: Zum zweiten Mal nach 2002 hat das Land die Kreditobergrenze nicht einhalten können, sondern sie um 316 Millionen Euro überschritten. Das hat sich 2004 fortgesetzt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Zahlen machen deutlich: Der Zustand der Landesfinanzen ist weiterhin Besorgnis erregend, ja – wie die Rechnungshöfe 2004 feststellten – bedrohlich. Darüber war sich die Rechnungsprüfungskommission im Grundsatz einig.

Ich will deshalb die Zahlen an dieser Stelle nicht weiter kommentieren. Lassen Sie mich nur eine Bemerkung machen. Wir müssen hier im Land das Notwendige tun, um die Finanzen wieder in den Griff zu bekommen. Die Beschlussempfehlung, die Ihnen vorliegt, enthält dazu entsprechende Forderungen.

Dass die Ressorts und Verwaltungen in der Vergangenheit nicht immer ausreichend auf Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit geachtet haben, zeigen die zahlreichen Einzelpunkte, die der Rechnungshof bei seinen Prüfungen zu monieren hatte. Lassen Sie mich einige davon nennen, die über den Einzelfall hinaus von allgemeiner Bedeutung sind.

Beginnen möchte ich mit der Bildungspolitik. Bildung ist ein politischer Schwerpunkt. Das Geld fließt – verglichen mit anderen Politikbereichen – vor allem in den Lieblingsprojekten der Landesregierung reichlich. Nun gibt es verschiedene Möglichkeiten, bildungspolitische Ziele zu verfolgen. Man kann es effektiv und effizient machen, also wirtschaftlich tun. Das kann man sogar dann, wenn man viel Geld hat. Manchmal aber können eine üppige Ausstattung und das Gefühl, politisch auf der Sonnenseite zu stehen, auch den Blick auf die wirtschaftlichere Alternative verstellen.

Ein Beispiel sind Personaleinsatz und Organisation an Ganztagsschulen. Die Mittelausstattung für den Ausbau der Ganztagsschulen, die der Landtag bewilligte, war – so die Landesregierung – optimal. Sie war sogar so optimal, dass von den 46,4 Millionen Euro Personalmitteln nur 19 Millionen Euro für die Ganztagsschulen benötigt wurden. Was übrig blieb, floss nach Angaben des Ressorts im Wesentlichen in die allgemeine Lehrerversorgung.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das war im System der Personalkostenbudgetierung durchaus korrekt. Aber die Budgetierung ist eigentlich dafür gedacht, den Mangel zu verwalten, nicht den Überfluss: Weniger Geld und dafür mehr Flexibilität, so war die ursprüngliche Idee. Das Beispiel zeigt, in welchem Umfang die Regierung heutzutage ohne das Parlament Mittel entgegen der Zweckbestimmung des Haushaltsgesetzgebers umschichten kann. Hier wurden immerhin 60 % der veranschlagten Mittel für etwas anderes ausgegeben als vom Parlament bewilligt. In den Budgetberichten zum Jahr 2003 findet sich kein Hinweis auf diese Umschichtung. Das ist weder im Sinn der Haushaltsklarheit und -wahrheit noch des parlamentarischen Budgetrechts. Auch die Begründung des Ministeriums, das Geld sei für einen vernünftigen Zweck ausgegeben worden, genügt nicht. Wir erwarten eigentlich ohnehin, dass die Landesregierung Steuergelder vernünftig verwendet. Nein, meine Damen und Herren, es geht um Transparenz und die Mitwirkung des Parlaments.

Das Mindeste ist, dass das Bildungsministerium die Mittel künftig genauer veranschlagt. Dies mag in der Anfangsphase des Gesamtschulprogramms so noch nicht möglich gewesen sein. Das wollen wir eingestehen. Deshalb frage ich mich, ob wir die parlamentarischen Informations- und Zustimmungsrechte im Rahmen der Budgetierung nicht noch einmal verschärfen sollten.

Meine Damen und Herren, der Rechnungshof hat – neben unwirtschaftlichen Kleinstgruppen von zwei bis vier Schülern – außerdem bemängelt, dass den Lehrkräften auch bei fachfremdem Einsatz in der Nachmittagsbetreuung wie Aufsicht, Betreuung und ausbildungsfremden sonstigen Aufgaben, stets die volle Zeit auf ihr Unterrichtsdeputat angerechnet wird.

Dies kann deshalb unwirtschaftlich sein, weil einerseits kostengünstigere Kräfte diese Aufgaben übernehmen könnten und andererseits nicht in jedem Fall dieselbe Vor- und Nachbereitung erforderlich ist wie bei Fachunterricht.

Die Forderung, den Schulen einen begrenzten Entscheidungsspielraum zu übertragen, wie viel Zeit für das Stundendeputat angerechnet wird, fand in der Rechnungsprüfungskommission allerdings keine Mehrheit und deshalb auch nicht in den Empfehlungen, die Ihnen heute vorliegen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, aus dem Wissenschaftsbereich hat uns erneut der Neubau der Fachhochschule Kaiserslautern beschäftigt. Es geht darum, ob die Zusammenlegung der beiden Hochschulstandorte wirtschaftlich ist.

Ärgerlich ist daran vor allem, dass dieser Restant aus dem Vorjahr bis heute noch nicht erledigt ist. Die Ressorts hinken mit den versprochenen Daten nach, sodass der Rechnungshof seine Prüfung auch nach einem Jahr noch nicht abschließen konnte und dem Landtag somit noch immer eine vernünftige Beurteilungsgrundlage fehlt. Dabei hat es die Landesregierung doch selbst offenbar eilig.

So sollte man weder mit dem Rechnungshof noch mit dem Parlament umgehen.

## (Beifall der CDU)

Wie auch immer die Entscheidung ausfällt, sie muss auch auf einer sorgfältigen Prüfung der Wirtschaftlichkeit beruhen. Hierzu muss die Landesregierung schleunigst die erforderlichen Daten liefern.

Der Rechnungshof prüfte beim Klinikum der Universität Mainz, wie die Bezüge und Beihilfen festgesetzt werden. Es scheint, als hätte er dort eine Pandorabüchse aus Unfähigkeit und Verschwendung geöffnet.

Vor wenigen Jahren meinte das Klinikum, es könne die Personalabrechnung selbst billiger durchführen als die Zentrale Besoldungs- und Versorgungsstelle (ZBV). Ohne Wirtschaftlichkeitsberechnung und ohne Ausschreibung beschaffte es eine kostspielige Software, die mit dem Programm der ZBV nicht kompatibel ist.

Im Ergebnis ist alles deutlich teurer geworden als vorher, schlampig organisiert, und alles wird mit einem aufgeblähten Personalapparat erledigt.

Meine Damen und Herren, das Grundproblem, das dahinter steckt, ist der Rechnungsprüfungskommission schon häufiger begegnet, nämlich die Frage: Wie steuert die Landesregierung ihre verselbstständigten Betriebe und Verwaltungen so, dass sie tatsächlich besser und wirtschaftlicher handeln?

(Lewentz, SPD: Ist das die Meinung der gesamten Kommission? – Frau Schmitt, SPD: Nein!)

Zumindest hat die Landesregierung, die im Aufsichtsrat des Klinikums durchaus prominent vertreten ist, zugesagt, Konsequenzen zu ziehen.

Meine Damen und Herren, der Leistungsvergleich zwischen den Finanzämtern ist die Grundlage eines detaillierten Leistungsauftrags im Haushaltsplan. Deshalb war seine Prüfung besonders interessant.

Es stellte sich unter anderem heraus, dass Daten erhoben wurden, die für die Steuerung der Finanzämter nicht gebraucht wurden, die Daten oft zu alt waren und die Qualität der Steuererklärungen nicht gemessen wurde.

Dieser Befund wäre für die Testphase nicht verwunderlich gewesen, sie ist schließlich dafür da, um solche Unzulänglichkeiten zu erkennen. Verwunderlich war eher die flächendeckende Ausweitung des Leistungsvergleichs auf alle Finanzämter, ohne die Ergebnisse der Testphase auszuwerten.

Meine Damen und Herren, es ist gut, dass der Rechnungshof immer wieder Aspekte der Reform der Mittelbehörden überprüft.

Das hilft bei der Beurteilung, inwieweit es sinnvoll war, die Bezirksregierungen durch Direktionen zu ersetzen. Außerdem werden Fehler bei der Umsetzung der Reform aufgedeckt.

Diesmal ging es um die Zentralabteilungen der beiden Struktur- und Genehmigungsdirektionen.

(Zuruf des Abg. Lewentz, SPD)

Wie schon im letzten Jahr beim Landesuntersuchungsamt, so stellte sich auch diesmal heraus, dass die Zuständigkeit dreier Ministerien und die Bewirtschaftung von Mitteln aus sechs Kapiteln in drei Haushaltsplänen die Arbeit der Behörden deutlich erschwerte.

Dazu kamen Mängel in der Organisation, im Arbeitsablauf und in der EDV. Mehr als ein Fünftel der Stellen kann eingespart werden.

Meine Damen und Herren, die Abrechnung des Neubaus des Kleinen Hauses des Staatstheaters in Mainz droht zu einer unendlichen Geschichte zu werden. Sie beschäftigt die Rechnungsprüfungskommission nun schon im dritten Jahr.

2003 haben wir zur Kenntnis nehmen müssen, dass bei der Auftragsvergabe und -abwicklung zum Teil haarsträubende Fehler gemacht wurden. Jetzt geht es zum wiederholten Mal darum, dass die Stadt Mainz die Vorlage eines prüffähigen Verwendungsnachweises hinauszögert.

Auch nach jahrelangem Hin und Her ist immer noch nicht klar, inwieweit die Zuwendung des Landes ordnungsgemäß verwandt wurde. Die Rechnungsprüfungskommission hätte Ihnen gern vorgeschlagen, dies ausdrücklich zu missbilligen.

Allein es geht heute um die Entlastung der Landesregierung, die für diese Verzögerung nicht verantwortlich ist.

Ich möchte an dieser Stelle dennoch keinen Zweifel daran lassen, dass sich das Land in dieser Sache verschaukelt vorkommen muss. Falls es zu weiteren Verzögerungen seitens der Stadt Mainz kommt, sollte die Landesregierung prüfen, ob sie die Zuwendung widerruft.

Meine Damen und Herren, bei der Prüfung der Landesbeteiligungen ist der Rechnungshof wieder einmal auf eine Gesellschaft gestoßen, bei der sich die Landesbeteiligung nicht mehr lohnt: Die Europäische Akademie für Wissenschaftliche Weiterbildung in Bad Ems.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Die hat sich noch nie gelohnt! Das war eine Schnapsidee!)

- D'accord, nicht und nicht mehr lohnt.

Gegründet, um mit Weiterbildungsveranstaltungen Besucher nach Bad Ems zu locken, hat sie außer einem Schnupperseminar für die Stadt nichts zuwege gebracht. Sicherlich war die Landesbeteiligung an der Gesellschaft gut gemeint, sie war auch nicht besonders groß.

Jetzt aber ist es Zeit auszusteigen. Das zuständige Wirtschaftsministerium hat sich dieser Ansicht angeschlossen.

Meine Damen und Herren, "Bilder sagen mehr als tausend Worte", das stellte der Rechnungshof mit einem Fernsehbericht des SWR unter Beweis, der ein wunderschönes "Haus der Fischerei" zeigte, das aber seit Jahren mehr oder weniger ungenutzt leer steht.

Das Land hat dieses Projekt massiv gefördert, ausgerechnet in dem Ort Oberbillig; der Name war leider nicht Programm.

Die zuständige Behörde hat dabei einen schweren organisatorischen Fehler begangen. Der zuständige Mitarbeiter war nicht nur für die Bewilligung der Zuschüsse und die Prüfung ihrer Verwendung verantwortlich, er war auch Mitglied des Zuwendungsempfängers, des Vereins "Haus der Fischerei Rheinland-Pfalz e. V." und dort zuständig für die Ausschreibungen und Vergaben.

Im Ergebnis bewilligte er sich die Mittel selbst, gab sie aus und kontrollierte, wie er sie verwandte. Dies alles geschah offenbar mit Wissen der Vorgesetzten.

Dass er Zuschüsse ohne Antrag bewilligte und auf Verwendungsnachweise verzichtete, verwundert nicht. Die Zuschüsse sind verbaut, sodass Rückforderungen so gut wie aussichtslos sind.

Darüber hinaus war das Projekt bislang ein ziemlicher Fehlschlag. Letztlich bleibt nur die Hoffnung, dass sich doch noch ein wirtschaftlich tragfähiges Konzept für das Haus findet und sich ein solcher Organisationsfehler nicht wiederholt.

Meine Damen und Herren, hinweisen möchte ich schließlich auf den Kommunalbericht des Rechnungshofs. Er ist diesmal zweigeteilt. Ihnen liegt bislang Teil I zur Haushaltslage der Kommunen vor.

Danach hat der Zuwachs der Gewerbesteuer das negative Finanzierungssaldo der Kommunen zwar sinken lassen, negativ ist es aber weiterhin, und das bereits im 15. Jahr hintereinander.

Ich möchte es bei dieser Auswahl von Feststellungen belassen und alles Weitere der anschließenden Diskussion überlassen.

Meine Damen und Herren, der Rechnungshof hat wieder an vielen Beispielen gezeigt, dass man mit organisatorischen Verbesserungen und konsequenter Führung oft genauso viel erreichen kann wie mit Geld. Dafür schulden wir dem Rechnungshof mit seinem Präsidenten Herrn Hartloff an der Spitze ein ganz herzliches Dankeschön

# (Beifall bei CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Landesregierung greift die Hinweise des Rechnungshofs in vielen Fällen auf, leider – möchte ich anmerken – nicht in allen.

Unabhängig davon wären unsere Beratungen ohne die Unterstützung der Regierungsvertreter und der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Ressorts so nicht möglich gewesen. Dafür möchte ich mich bedanken. Ebenso gilt mein Dank den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Fraktionen und der Landtagsverwaltung, speziell des Stenographischen Dienstes.

Last but not least möchte ich mich am Ende meines letzten Berichtes, den ich in dieser Legislaturperiode als Vorsitzender der Rechnungsprüfungskommission erstatte, ganz besonders herzlich bei meinen Kolleginnen und Kollegen der Rechnungsprüfungskommission und des Haushalts- und Finanzausschusses bedanken. Bei allen grundsätzlichen Meinungsunterschieden ziehen wir in aller Regel an einem Strang, wenn es um die konkreten Fälle von Verschwendung in den Ressorts und den nachgelagerten Behörden geht; denn an einer unwirtschaftlichen Mittelverwendung haben weder die Regierungsfraktionen noch die Opposition ein Interesse. Ich glaube, dies war eine gute Voraussetzung, um für das Parlament und unser Land gut zu arbeiten.

Meine Damen und Herren, der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt Ihnen, die Landesregierung und den Rechnungshof für das Haushaltsjahr 2003 zu entlasten. Bei der Empfehlung, die Landesregierung zu entlasten, hat sich die Vertreterin der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wie schon in den Jahren zuvor enthalten. Im Übrigen haben Rechnungsprüfungskommission und Haushalts- und Finanzausschuss einstimmig votiert. Der Bericht und die Beschlussempfehlungen zu den einzelnen Feststellungen des Rechnungshofs liegen Ihnen schriftlich vor. Ich bitte um Ihre Zustimmung dafür.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall der CDU)

#### Vizepräsidentin Frau Grützmacher:

Vielen Dank an den Berichterstatter.

Ich eröffne nun die Aussprache zu diesem Tagesordnungspunkt. Die Fraktionen haben sich auf eine Redezeit von zehn Minuten verständigt. Für die Fraktion der CDU hat Herr Kollege Baldauf das Wort.

(Pörksen, SPD: Er hört bald auf!)

## Abg. Baldauf, CDU:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herrn Pörksen werde ich den Gefallen, bald aufzuhören, nicht tun,

(Dr. Altherr, CDU: Nur wenn er auch aufhört!)

sondern einiges zu dem Bericht sagen.

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir werden heute der formellen Entlastung zustimmen. Insoweit bestätigt uns auch der Rechnungshofsbericht selbst. Allerdings gibt es unserer Ansicht nach immer auch noch eine zweite Entlastung vorzunehmen, nämlich die politische Entlastung. Dabei können wir Sie leider nicht aus der Verantwortung entlassen. Aus welchen Gründen heraus dies so ist, ist relativ eindeutig dem Bericht zu entnehmen.

Wenn man es sich einfach machen möchte, kann man sich gerade auf das stützen, was der Rechnungshof in den ersten Kapiteln seines Berichts ausführt. Ich möchte es einmal etwas zusammenfassen: Wir haben in dieser Situation seit drei Jahren im Vollzug die Verfassungsgrenze überschritten. Dazu kann man die entsprechenden Zahlen der Schuldenentwicklung des Rechnungshofs heranziehen. Sie zu zitieren, wäre nun etwas viel. Jeder kennt den Bericht. Auf der Zuschauertribüne sitzt im Moment niemand, deshalb erspare ich es mir, nun diese Zahlen vorzulegen. Bisher hat auch keiner widersprochen. Von daher muss ich mir das auch nicht antun.

Insgesamt besteht die Situation – das ist sehr interessant, wird jetzt immer öfter vorkommen und wird sich weiter verdichten, wenn wir auch noch eine Landesentwicklungsgesellschaft haben werden –, dass wir einen immer kleineren Kernhaushalt und immer mehr Randbereiche haben, die dazu führen, dass man den Überblick

nicht mehr behält und man unter dem Strich immer wieder darauf abstellen kann, der Kernhaushalt sei sehr gesund und alles sei sehr gut. Wenn man aber alles zusammenzählt, kommt man auf ganz andere Zahlen. Dabei ist die Verfassungsgrenze insgesamt überschritten, und das wird auch Herr Finanzminister Mittler nicht bestreiten können.

Zu der Entwicklung der Schulden ist viel gesagt worden. Wir haben im Lauf der Plenardebatte auch im Hinblick auf die Bertelsmann-Stiftung eigentlich nur Positives gehört. Das hat mich schon etwas verwundert. Ich habe mir schon überlegt, ob ich vielleicht im falschen Film bin. Dort wurde zum Beispiel nichts zur Pro-Kopf-Verschuldung gesagt, wenngleich es interessant gewesen wäre, gerade sie zu erwähnen. Herr Mertes hält immer so schön Zettel oder entsprechende Graphiken hoch. Das könnte ich jetzt auch tun, und dann sieht man sehr genau, dass die Entwicklung der Pro-Kopf-Verschuldung extrem gestiegen ist und so weit über dem Durchschnitt der Flächenländer liegt, dass ich mich ernsthaft fragen muss, ob wir vorher etwas Falsches, vielleicht nicht das Ganze oder vielleicht auch nur ein Märchen gehört haben. Die Zahlen stammen vom Rechnungshof und nicht von uns.

## (Beifall des Abg. Schmitt, CDU)

Insgesamt können wir uns dem, was explizit in Nummer 3 des Rechnungshofsberichts zur Haushaltslage in diesem Land beschrieben wird, vollumfänglich anschließen. Es ist im Prinzip auch immer wieder dasselbe. Ich verstehe nicht, dass immer wieder ein Vergleich mit allen möglichen anderen Ländern gezogen wird. Ich weiß nicht, wie es Ihnen geht, aber ich schaue zu Hause immer nur auf mein Konto, wie viel Geld ich darauf habe. Dabei interessiert mich, wie viel andere haben, eigentlich nur sekundär. Das wird in diesem Fall nicht getan. Das interessiert eigentlich auch nicht. Die hiesige Regierung ist für das hiesige Land zuständig und nicht dafür, ob Bayern, Baden-Württemberg, Schleswig-Holstein oder Sachsen besser oder schlechter sind. Ich sage es einmal anders herum: Wenn man sich auf solche Zahlen zurückzieht, tut es mir immer schon Leid. Man kann nämlich sagen, es gibt Länder, die vielleicht mit ganz anderen Parametern, die nicht erwähnt werden, noch viel schlechter dastehen, aber in die eigene Kasse schaut man nicht so genau hinein. Das halte ich für grotesk. Das muss ich ganz ehrlich sagen. Schließlich gibt es Minister, die ihr Geld dafür verdienen, uns aus der Schuldenfalle herauszuführen und nicht, um uns hineinzuführen.

## (Beifall der CDU)

Man könnte das mit allen möglichen Worten natürlich noch auf die Spitze treiben. Dies möchte ich jetzt nicht tun. Schließlich wird Herr Kollege Schnabel auch noch etwas zum Kommunalbericht sagen.

Herr Präsident, ich möchte aber in jedem Fall eines nicht unerwähnt lassen: Vielen Dank für die sehr konstruktive Arbeit. Mir ist dieses Mal aufgefallen – schließlich war ich jetzt auch schon ein paar Mal dabei –, dass sehr viele Altfälle bis auf einige, die Herr Kollege Bracht soeben genannt hat, abgearbeitet worden sind. Die Altfälle

nehmen ab, und das spricht für den Rechnungshof. Das spricht für Ihre Arbeit. Das war wieder sehr interessant und sehr konstruktiv. Ich kann Ihnen nur sagen: Machen Sie bitte weiter so. Es führt zum Erfolg, dass wir sehen, dass unsere Zahlen stimmen und die anderen Zahlen doch etwas verkürzt dargestellt werden, Her Mittler.

Vielen Dank.

(Beifall der CDU)

#### Vizepräsidentin Frau Grützmacher:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Schmitt von der SPD-Fraktion.

## Abg. Frau Schmitt, SPD:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wie in jedem Jahr haben die Beratungen in der Rechnungsprüfungskommission und anschließend im Haushalts- und Finanzausschuss in einer sehr ruhigen und sachlichen Atmosphäre stattgefunden. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte an dieser Stelle anmerken und werde dies auch noch einmal bei dem Punkt der Ganztagsschulen verdeutlichen, ich hätte mir diese Sachlichkeit auch in der Berichterstattung gewünscht; denn die Beschlussempfehlung entspricht nicht dem, was vorgetragen wurde. Sie können das der vorliegenden schriftlichen Beschlussempfehlung entnehmen. Das ist etwas anderes.

## (Beifall der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir waren uns auch wie jedes Jahr weitgehend einig, was die Beurteilung der allgemeinen Haushaltslage und ihre voraussichtliche Entwicklung angeht. Wir stimmen der Analyse des Rechnungshofs zu. Die Situation ist weiterhin äußerst angespannt und bleibt es auch in der Zukunft.

Richtig ist aber auch – das war bisher jedes Jahr so –, dass diese Entwicklung in die allgemeine wirtschaftliche Situation einbezogen werden muss. Sie wissen, 2003 – wir reden über dieses Haushaltsjahr – war bereits von schwacher Konjunktur und schwachem Wachstum geprägt. Dennoch war Rheinland-Pfalz letztendlich noch etwas besser als der Bundesdurchschnitt. Aber das hat uns natürlich für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung nichts genutzt.

Vorhin wurde in diesem Parlament deutlich, was wir an bewussten und gewollten Steuerentlastungen haben, dass wir dies aber auch als Einnahmenausfälle zu verzeichnen hatten. Diese Einnahmeneinbrüche – die Zahlen kennen Sie – haben in den Jahren 2001 bis 2004 für dieses Land 2 Milliarden Euro ausgemacht. Dies muss man bei dieser Bewertung berücksichtigen.

Herr Kollege Bracht, ich sage auch dieses Mal wie in jedem Jahr in Richtung der CDU-Fraktion, das, was Sie jedes Jahr mit realitätsnaher Veranschlagung fordern, ist im Grunde genommen eine Besserwisserei.

Ich sage Ihnen noch einmal, wenn Sie ein besseres Instrument als das des Kreises der Steuerschätzer haben, dann lassen Sie uns doch durch Ihre Glaskugel zum Wohl des Landes schauen, Herr Kollege Bracht. Geben Sie sie her.

## (Beifall bei SPD und FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, im Grunde ist das, was der Rechnungshof an Maßnahmenvorschlägen gemacht hat, nicht neu, sondern entspricht dem aus den Vorjahren. Das teilen wir mit der Rechnungsprüfungskommission und dem Haushalts- und Finanzausschuss miteinander.

Was allerdings die konkrete Bewertung dieser allgemeinen Handlungsempfehlungen angeht, sind wir ein ganzes Stück auseinander. Das möchte ich an wenigen Punkten deutlich machen. Ich sage auch, manchmal würde ich mir sogar etwas konkretere Handlungsempfehlungen und Vorschläge wünschen, damit wir uns konkret darüber unterhalten können, was wir denn zum Beispiel mit den Personalausgaben machen. Ich komme jetzt im Einzelnen dazu.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich habe eben schon gesagt, es ist gar keine Frage, die Verschuldung und Kreditaufnahme ist insgesamt zu hoch. Deshalb bleibt die Verringerung der Neuverschuldung zentrales landespolitisches Ziel. Sie wissen aber, dass das kein rheinland-pfälzisches Spezifikum ist. Es betrifft viele Länder. Hier sind wesentliche Zahlen im Vergleich bereits genannt worden.

Herr Bracht hat eben auch eingeräumt, was ich Ihnen jetzt auch sagen möchte, dass wir in den vergangenen Jahren Ergebnisse vorzuweisen haben. Es ist eben so, dass wir uns inzwischen in der Pro-Kopf-Verschuldung im Vergleich der Bundesländer auf einem guten – was heißt guten, es ist natürlich immer noch schlecht –, aber auf einem fünften Rang befinden.

#### (Zuruf des Abg. Bracht, CDU)

Wir setzen die wichtige Forderung des Rechnungshofs nach einer strengeren Ausgabendisziplin um. Ich möchte Ihnen noch einmal deutlich machen, was in den Jahren 2001 bis 2006 an Steigerungsraten vorhanden war. Wir hatten eine Steigerungsrate von 0,7 %. Die Empfehlung des Finanzplanungsrats war 1,3 %. Wir haben also im Grunde das, was der Rechnungshof gefordert hat, noch einmal sehr viel härter und strenger durchgezogen.

# (Zuruf des Abg. Bracht, CDU)

– Natürlich stimmen die Zahlen. Das sind die richtigen Zahlen. Schauen Sie in den aktuellen Doppelhaushalt dieses Landes. Für dieses Jahr sind es minus 0,2 % Ausgabensteigerung, für das nächste plus 0,8 %. Was ist denn das anderes als restriktive Haushaltspolitik? Sagen Sie es doch hier, wenn Sie es wissen.

## (Beifall bei SPD und FDP)

Vor dem Hintergrund muss auch die Entwicklung der Personalausgaben diskutiert werden. Sie wissen, dass wir als einziges Bundesland in Rheinland-Pfalz mit dem Pensionsfonds Vorsorge getroffen haben, gerade, was diesen schwierigen Bereich der steigenden Versorgungsausgaben angeht. Sie wissen, dass all das, was wir an Vorsorge betreiben, natürlich von dem abgerechnet werden müsste, was wir an Verschuldung und Nettokreditaufnahme brauchen.

Ich sage dies auch mit Blick auf die heute Morgen so viel zitierte Bertelsmann-Studie. Die Empfehlung, nach Hessen zu schauen, denn die hätten Einsparungen im Personalkostenbereich gehabt, macht doch eines deutlich: Im Grunde sind diese Quoten gar nicht mehr vergleichbar. Wir wissen, die Hessen haben 2000 und 2001 den kompletten Hochschulbereich ausgegliedert. Das waren minus 5,4 % weniger Personalausgaben, ohne dass auch nur eine einzige Stelle tatsächlich weggefallen ist.

Meine Damen und Herren, ich komme jetzt zur vierten wichtigen Forderung des Rechnungshofs, nämlich die Investitionen gegebenenfalls noch restriktiver, streng nach Prioritäten zu fahren und gegebenenfalls zurückzustellen. Ich sage Ihnen, aus unserer Sicht muss streng nach Prioritäten unterschieden werden, das heißt auch, die Kosten gegen den gesamtwirtschaftlichen Nutzen zu stellen. Heute Morgen hat nicht nur die Bertelsmann-Studie deutlich gemacht, Rheinland-Pfalz hat das Geld nicht zum Fenster heraus geworfen, sondern zum richtigen Zeitpunkt gut investiert.

## (Vereinzelt Beifall bei der FDP)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben heute Morgen schon viel über das gesprochen, was wir an Belastungen zu tragen hatten, also Deutsche Einheit und Konversion. Ich bin davon überzeugt, trotzdem stehen wir nicht nur in den Statistiken besser da, als viele uns das in diesem Haus immer wieder glauben machen wollen. Ich sage Ihnen, es ist richtig, was wir zurzeit im Bereich der Investitionen machen. Ich nenne nur die Schlagworte "Ganztagsschule", "Hochschule", "Zukunftschance Kinder".

Es ist ein schmaler Grad der Abwägung, das gebe ich zu. Aber ich sage Ihnen, trotz dieser Haushaltssituation ist er verantwortbar.

Dazu gehört auch das, was wir für die Kommunen in der gegenwärtigen Situation tun. Ich denke, wer hier sagen kann, wir haben einen besseren Vorschlag, sollte das machen und nicht nur hintenherum meckern und etwas anderes fordern.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich abschließend noch auf die Einzelfeststellungen des Rechnungshofs zur Ganztagsschule eingehen. Wir haben daneben natürlich noch viele andere Einzelprüfungen gehabt. Ich gebe Herrn Kollegen Bracht Recht, sie wurden meistens einvernehmlich besprochen. Ich möchte aber noch einmal deutlich machen, bei der Ganztagsschule sehen wir die Sache anders. Es war richtig, dass wir dieses wichtige Reformprojekt am Anfang mit ordentlichen Mitteln ausgestattet haben. Herr Kollege Bracht, ich hätte Sie gern einmal gesehen, wenn das nicht der

Fall gewesen wäre. Dann hätten Sie hier gestanden und von einer Luftblase gesprochen.

(Beifall bei der SPD – Bracht, CDU: Darum geht es doch gar nicht!)

Es ist nicht so, dass dieses Geld irgendwo versickert. Wir nehmen das Geld und machen eine weitere Antragsrunde. Ich sage Ihnen noch einmal, wir machen das nicht, weil das Projekt Not leidend ist, sondern weil es so erfolgreich und der Bedarf entsprechend groß im Lande ist. Dahin gehen die Mittel. Das war Gegenstand der Beratungen.

Ich möchte Ihnen noch etwas sagen. Ich möchte auch, dass die Schulen ihre Selbstständigkeit behalten. Sie haben ein Budget, mit dem sie eigenverantwortlich umgehen können. Die Hinweise des Rechnungshofs zur sparsamen Mittelbewirtschaftung werden sie dabei unterstützen. Da bin ich mir sicher. Ich habe vorhin deutlich gemacht, genau an dieser Stelle hätte ich mir eine sachlichere Berichterstattung gewünscht. Das, was Sie hier vorgetragen haben, war nicht die Beschlussempfehlung des Ausschusses.

(Bracht, CDU: Das, was Sie jetzt gesagt haben, aber auch nicht!)

Ich möchte Ihnen abschließend noch etwas aus meiner Sicht zu den gegebenen Umständen sagen. Ich denke, dass diese Landesregierung nicht nur im Haushaltsjahr 2003 erfolgreich gewirtschaftet hat und verantwortlich mit den Finanzen umgegangen ist, sondern dass sie das auch unter dem Aspekt der Förderung von Wachstum und Beschäftigung angemessen getan hat. Ich halte fest, ich glaube, dass Rheinland-Pfalz wesentlich besser dasteht, als das hier immer wieder von einigen wider besseres Wissen behauptet wird. Herr Kollege Bracht, ich streite nicht ab, dass es im Bereich der Konsolidierung noch einiges zu tun gibt. Das ist ohne Zweifel keine Frage. Ich sage Ihnen aber auch, für immer währende gleichmäßige Schwarzmalerei gibt es überhaupt keinen Anlass.

(Beifall bei SPD und FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir stimmen deshalb der vorliegenden Beschlussempfehlung zu und bedanken uns ganz herzlich beim Präsidenten des Rechnungshofs sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowohl des Rechnungshofs als auch des Landtags für die Unterstützung und die gute, meistens sachliche und angenehme Zusammenarbeit. Das habe ich ausdrücklich gesagt.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei SPD und FDP)

## Vizepräsidentin Frau Grützmacher:

Ich erteile Frau Abgeordneter Thomas das Wort.

Abg. Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Zum Bericht des Landesrechnungshofs und zur Entlastung möchte ich zu Beginn einiges zur Haushaltssituation des Landes und zur Art des Haushaltsvollzugs und der Finanzsituation des Landes sagen und dann auf zwei oder drei Punkte im Besonderen eingehen, nämlich die Frage der Personalbewirtschaftung, aber auch die Art und die Praxis, wie das Land und die Ressorts mit Landesbeteiligungen umgehen, also Unternehmen, die das Land betreibt.

Vorweg möchte ich sagen, dass wir, wie in den vergangen Jahren auch, der Landesregierung die Entlastung nicht aussprechen werden. Nicht, weil wir sagen, es wurden goldene Löffel geklaut

(Mertes, SPD: Die haben wir doch gar nicht mehr!)

oder es wurden Mittel veruntreut. Herr Mertes, es stimmt, die goldenen Löffel

(Mertes, SPD: Sind aus!)

sind ausgegangen. Wir kritisieren vielmehr insbesondere im Jahr 2003 ihren Haushaltsvollzug. Wir wollen dies politisch nicht entlasten und wollen auch die Finanzierungspfade, die diese Landesregierung eingeht, die immer verschlungener werden, in diesem Zusammenhang nicht absegnen.

Zur Entwicklung des Landeshaushalts bzw. zur Haushaltslage des Landes haben wir heute Vormittag schon an verschiedenen Stellen diskutiert. Deswegen muss ich das nicht mehr in allen Einzelheiten vortragen. Man muss aber schon deutlich machen, dass wir im Jahr 2003 mit den laufenden Ausgaben die laufenden Einnahmen weit überholt haben.

Hier tut sich eine Lücke von 660 Millionen Euro auf, so wie es der Rechnungshof darstellt. Sicherlich hat das etwas mit zurückgehenden Einnahmen, insbesondere aus Steuern, zu tun. Dieses Leck führt dazu, dass man in entsprechend höherem Umfang Kredite aufnehmen muss. Das führte letztendlich auch dazu, dass 2003 im Haushaltsvollzug, wie von uns im ganzen Jahr prognostiziert und oft strittig mit dem Finanzminister diskutiert, die Nettoneuverschuldung deutlich über der Investitionssumme, also den Ausgaben für Investitionen, lag.

Somit haben wir durch die Art des Haushaltsvollzugs eigentlich eine verfassungswidrige Situation herbeigeführt. Ich teile die Auffassung des Landesrechnungshofs, dass ein Haushalt durchaus im Haushaltsvollzug auch verfassungswidrig gefahren wird. Das ist vor allen Dingen so, seitdem ich weiß, dass es die Landesregierung immer wieder schafft, eine Mehrheit im Parlament zu finden, um Haushalte zu verabschieden, die auf dem Papier einmal so aussehen, als ob sie die Verfassungsvorgaben erfüllen. Wenn man sich kundig darin umschaut, kann man aber sehen, dass sie nicht nur knapp, sondern voll daneben im Haushaltsvollzug vorbeilaufen.

Die Empfehlungen des Rechnungshofs sind in allgemeiner Art gehalten. Da gebe ich Frau Schmitt Recht. Keine Fraktion wird davon abgehalten, während der Haushaltsberatungen oder auch während der Rechnungsprüfung die Vorschläge zu konkretisieren. Frau Schmitt, Sie wissen, wir tun das bei den Haushaltsberatungen nicht immer zu Ihrer Begeisterung. Bei der Rechnungsprüfung vermisse ich natürlich Ihre konkreten Vorschläge in diesem Sinn.

Ich will noch zwei Sätze zu der Frage der Finanzierungspfade bzw. Finanzierungswege sagen. Diese Landesregierung ist sehr kreativ, wenn es darum geht, neue Finanzierungspfade und -wege zu finden, um eine normale, transparente und klare Haushaltsfinanzierung zu umgehen. Das war beim ganzen Bereich der privaten Vorfinanzierung so. Dazu gehören diverse Schatten-haushalte, die Sie in der Vergangenheit eingerichtet haben. Dazu gehören die jetzt eingerichteten zusätzlichen Finanzierungen für Kommunen. Sie brüsten sich mit besonderer Kommunalfreundlichkeit. Tatsächlich machen Sie mit dem jetzt aufgelegten und mit entsprechendem Gesetz verabschiedeten Fonds einen zusätzlichen Topf auf, in dem Schulden aufgenommen werden können. Diese entstehen zusätzlich zu dem, was die Kommunen schon an Verschuldung und zusätzlichen Kassenkrediten haben. Sie zahlen es nicht ab, sondern die Kommunen werden es zukünftig ausgleichen müssen. Sie bürden Ihnen damit eine zusätzliche Last auf.

Die Veräußerung von Vermögen, die so genannte "Vermögensoptimierung", ist eine Neuauflage davon. Ich bleibe dabei, dass Sie bis heute diesem Parlament noch nicht nachvollziehbar dargelegt haben, dass dieser Weg ein wirtschaftlicherer Weg als die Kreditfinanzierung ist. Deshalb ist unsere Skepsis nach wie vor sehr groß. Das liegt nicht an uns und unserem Verstand oder Verständnis, sondern diese Maßnahmen tragen nicht dazu bei, unser Vertrauen in Ihre Haushaltsbewirtschaftung und Haushaltsführung zu stärken. Ich glaube das sind zahlreiche Gründe, warum wir Ihnen an dieser Stelle auch die politische Entlastung entsagen.

# (Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

- Herr Pörksen, auf Ihren Zwischenruf habe ich gewartet. Wir haben uns schon öfter über die Reform der Mittelinstanz gestritten. Ich erinnere Sie daran, das war noch vor kurzem, als der so genannte Evaluationsbericht in Kurzfassung diesem Parlament vorgelegt wurde. Ich bin ganz froh, dass der Rechnungshof auch in diese Organisationen und Institutionen der Mittelinstanz, also der Struktur- und Genehmigungsdirektion und der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion, hineinschaut und eine Organisationsprüfung unternimmt und dann der Landesregierung sagt, wo es hapert. Er stellt bei dem Punkt Organisations- und Personalbedarf der Zentralabteilung sehr eindeutig fest, wo in diesen Organisationen noch das einzulösen ist, was die Landesregierung seit ihrem Reformschritt angekündigt hat, nämlich Personalkosten einzusparen. In den Reformschritt ist die Landesregierung sehr mutig und laut rufend hineingelaufen, ich glaube, um sich selbst Mut zu machen.

Durch diese Vielfalt an Zuständigkeiten bezüglich der Fach- und Dienstaufsicht, das "Matching" der verschie-

denen Haushalte in den verschiedenen Ressorts usw. – der Rechnungshof hat es detailliert dargelegt – schaffen sie nicht nur eine Verwirrung, sondern in vielen Fällen eine Doppelbearbeitung. Sie schaffen nicht Einheiten, die eigenständig und eigenverantwortlich in diesem Bereich arbeiten können. Der Rechnungshof hat festgestellt, sie haben in diesen Bereichen auch nicht die Möglichkeiten und Potenziale der Einsparungen ausgeschöpft.

Er schreibt, wenn sie zum Beispiel Fachaufsicht im Bereich des Innenministeriums konzentrieren würden, hätten sie eine viel klarere Organisationsstruktur. Ich kann es mir nicht ganz verkneifen zu sagen, was seitens der Landesregierung vorgetragen wurde, man könne da überhaupt nichts machen. Es gebe jetzt einen Ministerratsbeschluss, der sagen würde, vor Ende 2006 machen wir erst einmal gar nichts. Man kann auch keine detaillierten Entscheidungen und Korrekturen vornehmen. Wir machen einen weiteren Evaluationsschritt. Dann, wenn die Landtagswahl vorbei ist, kommen wir vielleicht zu irgendwelchen Entscheidungen.

Meine Damen und Herren, ich finde, so geht es nicht. Man kann nicht auf der einen Seite den Anspruch eines Verwaltungsreformers und -optimierers nach außen tragen und in Wirklichkeit das Haus unbestellt lassen. Das ist das, was Sie in diesen Organisationen und Behörden tun.

## (Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, um auf einen anderen Bereich zu kommen, reicht mir die Zeit nicht mehr. Herr Bracht hat ihn abgedeckt. Es geht um den Neubau des Kleines Hauses des Staatstheaters Mainz. Für mich ist das nur ein Beispiel bei allen großen Baumaßnahmen, die das Land über Investitionsstock und über sonstige Arten der Zuschüsse mitfinanziert. Sie sind immer sehr bescheiden, wenn es um eine konkrete Abrechnung geht. Das ist vor allen Dingen dann der Fall, wenn diese Baumaßnahmen teurer werden, als Sie es jemals erwartet hatten. Das Kleine Haus sollte ursprünglich 18 Millionen Euro kosten. Sie sind bei über 50 Millionen Euro gelandet. Ich sehe etwas Ähnliches bei dem Bau des Stadions in Kaiserslautern auf uns zukommen. Ich hoffe, Sie schauen genauer darauf. Wir müssen eine Möglichkeit schaffen, dass die Kosten da nicht permanent aus dem Ruder laufen.

## (Vereinzelt Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, ich sage ein Letztes zu den Beteiligungen und zu der unrühmlichen Rolle, die das Wirtschaftsministerium dabei spielt.

## (Zuruf des Staatsministers Bauckhage)

– Herr Bauckhage, Sie höchstpersönlich. Wir haben im Ausschuss mehrfach über diese etwas dubiose Europäische Akademie für wissenschaftliche Weiterbildung in Bad Ems gesprochen. Ich habe Ihnen 2002 schon gesagt, das ist eine völlige Schnapsidee zu glauben, dass sich 50- und 55-jährige Russen oder Frühpensionäre in Bad Ems treffen, um sich in nostalgischen Erinnerungen und Weiterbildungen und mit etwas Wassertreten dort zu erholen. Genau das war das Konzept, auf das Sie gesetzt haben. Das gilt sowohl für die Akademie als für das gemachte und vorgeschobene Gutachten, das zusätzliche Kosten verursachte. Dazu gehört auch die Überlegung, in Bad Ems ein 5-Sterne-Hotel aufzubauen und damit Glanz und neues Gloria in diese Stadt zu bringen.

Mit dem Rheinland-Pfalz-Tag haben Sie mehr zuwege gebracht als mit dieser Akademie und Gesellschaft. Ich habe überhaupt kein Verständnis dafür, wenn Sie heute noch sagen, wir können nicht früher aus dieser Gesellschaft aussteigen; denn dann würde unser Anteil von 7.500 Euro vielleicht draufgehen. Ich sage Ihnen, ziehen Sie sich schleunigst daraus wie aus auch anderen Gesellschaften zurück.

(Glocke des Präsidenten)

Dort machen Sie eigentlich das Geschäft der Privaten, und zwar noch sehr viel schlechter. Dafür werden Sie von uns keine Unterstützung und schon gar keine Entlastung bekommen, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

## Vizepräsidentin Frau Grützmacher:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Morsblech.

#### Abg. Frau Morsblech, FDP:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst möchte ich mich dem Dank meiner Vorrederinnen und Vorredner an die Beteiligten bei der Rechnungsprüfung anschließen. Ich danke allen voran dem Präsidenten des Landesrechnungshofs, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, auch der Landtagsverwaltung, der Landesregierung und meinen Kolleginnen und Kollegen für die konzentrierte gemeinsame Arbeit.

Auch das Haushaltsjahr 2003, das diesmal geprüft wurde, war geprägt durch eine sehr angespannte finanzielle Situation im Landeshaushalt, aber auch in den kommunalen Haushalten. Im Detail sind einige Variablen etwas günstiger ausgefallen als im Haushaltsjahr 2002. Die Investitionsquote lag mit 10,3 % wieder um 0,5 % höher als im Vorjahr.

Das Land Rheinland-Pfalz lag damit an dritter Stelle hinter Bayern und dem Saarland mit seinen Investitionen. Diese Investitionen waren zielgerichtet und wirksam. Darüber konnten wir heute auch schon in diesem Hause sprechen.

Die Nettokreditaufnahme, die Kreditfinanzierungsquote und die Zinssteuerquote fielen im Vergleich zu 2002 auch etwas günstiger aus. Dennoch sind wir uns natürlich bewusst und sehen das auch im Konsens so, dass die Kreditaufnahme und der Schuldenstand des Landes nach wie vor zu hoch sind und eine der großen politischen Aufgaben auch in den kommenden Jahren darin bestehen wird, die öffentliche Haushalte auf allen Ebenen weiter zu konsolidieren und auch das Land dauer-

haft in die Lage zu versetzen, den Haushalt im Interesse kommender Generationen zu sanieren.

Es ist allerdings auch klar, dass es nach wie vor aufgrund der schwachen Konjunkturlage ein deutliches Problem bei den Steuereinnahmen gibt. Auch darauf möchte ich wie meine Kollegen noch einmal hinweisen, problematisch sind vor allem die Steuerschätzungen. Selbst die hiermit betrauten Experten waren in den letzten Jahren nicht in der Lage, die Einnahmen präzise und sicher zu prognostizieren. Im Haushaltsvollzug – auch das ist hier schon gesagt worden, aber auch sehr unterschiedlich bewertet worden – wurde die verfassungsrechtliche Kreditobergrenze überschritten. Das ist ein Faktum. Aber dies ist und muss der Ausnahmefall, in einer Ausnahmesituation besonders unsicherer Zeiten auf der Einnahmenseite bleiben.

Es muss natürlich auch weiterhin alles daran gesetzt werden, auch im Vollzug die Verfassungsgrenze einzuhalten, auch wenn wir uns der Tatsache bewusst sind, dass es bei sehr unsicheren Prognosen in der Einnahmenentwicklung nicht immer garantiert werden kann.

Im laufenden Haushaltsjahr zeigt sich übrigens die Entwicklung bisher sehr positiv. Wir konnten eben auch vom Finanzminister hören, dass es Mehreinnahmen in Höhe von 113,5 Millionen Euro im ersten Halbjahr gibt. Selbst wenn das nicht der Fall gewesen wäre, wäre die Lage derzeit entspannt.

Dieses Land hat mit den regierungstragenden Fraktionen rechtzeitig entscheidende Maßnahmen auf der Ausgabenseite ergriffen. Im Rahmen der Finanzhilfen wurden Einsparungen in Höhe von 60 Millionen Euro im letzten Jahr vorgenommen. Die Personalausgaben wurden durch strukturelle Reformen konsequent begrenzt. Auch der LSV – so haben wir heute gehört – will noch einmal 400 Stellen einsparen. Das ist schon ein Datum.

(Beifall des Abg. Dr. Schmitz, FDP)

Dennoch kann man damit natürlich die Personalausgaben aufgrund anderer Variablen nicht bremsen. Sie haben noch einmal um 1,8 % in dem geprüften Jahr zugenommen. Wir müssen weiter zusätzlich zu den bisherigen Reformschritten und der Effizienzdividende in diesem Bereich Einsparungen treffen. Gleichzeitig wissen wir aber, dass gerade in den Kernbereichen der Personalkosten, nämlich im Bereich der Lehrerinnen und Lehrer, der Polizei, der Hochschulen, kein weiteres Personal abgebaut werden kann, wenn wir als Land unsere notwendigen Aufgaben verantwortungsbewusst wahrnehmen und auch hier die Qualität sichern möchten.

Ohne strukturelle Reformen auf der Bundesebene, die zu einer Belebung der Konjunktur, zu mehr Arbeitsplätzen und damit zu mehr Steuereinnahmen sowie einer deutlichen Entlastung der Sozialhaushalte führen, werden wir unsere Haushalte dauerhaft nicht konsolidieren können. Da stehen wir in einem Ideenwettbewerb, den wir vorhin auch ausführlich hier hören konnten.

Auch für eine Reform der kommunalen Finanzen muss dringend gesorgt werden. Die FDP hat dazu schon lange konkrete Vorschläge im Bund vorgelegt. Für das Land Rheinland-Pfalz muss man allerdings auch betonen, dass die frühzeitige, sehr restriktive Haushaltspolitik nicht nur dazu geführt hat, dass wir die entstehenden Probleme weitestgehend eindämmen konnten, sondern dass wir auch richtige politische Prioritäten bei unseren Sparmaßnahmen trotzdem weiter gesetzt haben.

Wir investieren massiv in Bildung und Ausbildung der jungen Menschen in diesem Land von der Grundschule bis zur Hochschule. Wir investieren in einen attraktiven Standort für junge Familien mit Betreuungsmöglichkeiten, die schon jetzt beispielhaft für die westlichen Flächenländer sind. Wir investieren in eine gut ausgebaute Verkehrsinfrastruktur, einen gesunden Mittelstand und Konversionsprojekte, die Arbeitsplätze schaffen. Heute sind schon mehrfach auch die 10.000 Arbeitsplätze auf dem und rund um den Flughafen Hahn genannt worden.

Wir konnten mit dieser Politik nicht nur verhindern, dass es zu weiteren Konjunkturschwächen und Einnahmeneinbrüchen im Land kommt, wir konnten in dieser Koalition unser Land Rheinland-Pfalz zu einem Aufsteigerland mit hervorragenden Standortbedingungen und einer vergleichsweise sehr guten Arbeitsmarktlage machen. Ich denke, das muss man an dieser Stelle dann auch noch einmal betonen.

# (Beifall der FDP und vereinzelt bei der SPD)

Wir sind gewillt, diese Politik des deutlichen Sparens auf der einen Seite und des Setzens klarer finanzpolitischer Prioritäten fortzuführen. Die Rechnungsprüfung in den Details hat gezeigt, dass die Landesregierung in einigen Bereichen der Förderung von Maßnahmen natürlich auch noch restriktiver vorgehen und genauer kontrollieren und hinsehen muss, sei das im Bereich von Stadtsanierungen, Förderung von Dienstgebäuden, einzelner Konversionsmaßnahmen. Auch Straßenbauprojekten oder Beteiligungen sind natürlich dabei. Aber dazu ist eben auch diese Rechnungsprüfung da. Ich habe da auch die Kooperationsbereitschaft der Landesregierung als sehr groß empfunden.

Schwierige Bereiche haben wir auch diskutiert. Ich nenne hier beispielhaft auch einmal Dinge, die sich dann etwas kniffliger gestalten, wenn man sie von der anderen politischen Seite ansieht, wie längerfristige Erkrankungen beamteter Lehrkräfte. Hier geht es natürlich auf der einen Seite darum, kostenträchtige Ausfälle und frühzeitige Versetzungen in den Ruhestand zu vermeiden. Darum muss es uns auch alle gehen. Auf der anderen Seite muss man aber natürlich auch bei solchen Themen die Qualität unseres Unterrichts und die Motivation der Lehrerinnen und Lehrer in den Blick nehmen, wenn man die Qualität in diesem Bereich sichern möchte. Da kann man dann Themen wie "Lehrergesundheit" vielleicht auch noch einmal präventiv in den Blick nehmen. Das gehört aber nicht in die Rechnungsprüfungskommission.

Es wurde auch erneut eben vom Kollegen Bracht die Mittelkalkulation im Ganztagsschulbereich angesprochen. Hier muss man natürlich im Sinn der Haushaltswahrheit und -klarheit künftig Verbesserungen erzielen.

Es muss allerdings auch klar sein, dass es natürlich notwendig war, um dieses Projekt erfolgreich auf den Weg zu bringen und um es auch nicht so angreifbar zu machen, dass es von Ihnen torpediert werden kann – das muss man hier noch einmal deutlich sagen –, dass man dann die Mittel erst einmal so bemessen muss, dass man Sicherheiten und Spielräume schafft, gerade weil man eben auch noch keine Erfahrungen in Bezug auf die finanziellen Auswirkungen und den Bedarf im Einzelnen hatte.

Meine Damen und Herren, ein verfassungsgemäßer Haushalt, eine Verringerung der Neuverschuldung und eine Konsolidierung auf Dauer muss auch in diesem und in kommenden Haushaltsjahren konsequent unser Ziel sein. Für die FDP-Landtagsfraktion ist dies vorrangig. Wir werden uns den Empfehlungen des Haushalts- und Finanzausschusses anschließen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit, soweit sie vorhanden war.

(Beifall der FDP und bei der SPD)

## Vizepräsidentin Frau Grützmacher:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Schnabel.

#### Abg. Schnabel, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn es einen aktuellen Beitrag für die katastrophale Finanzsituation der Kommunen gibt, dann ist dies der Kommunalbericht 2004. Die Zahlen verdeutlichen ungeschminkt, wie die Landesregierung mit den Gemeinden, Städten und Landkreisen umgeht. Die objektiven Zahlen des Landesrechnungshofs lassen keine Zweifel zu und zeigen die marode Situation der Kommunen deutlich auf. Fast die Hälfte aller Gemeinden und Städte haben einen unausgeglichenen Haushalt. Das gleiche Schicksal haben alle zwölf kreisfreien Städte und fast alle Landkreise.

Nur der Ordnung halber, weil heute so oft ein Vergleich gezogen wurde, 1992 hatten wir 191 unausgeglichene Haushalte.

(Dr. Weiland, CDU: Hört, hört!)

Die Gemeinden und Gemeindeverbände wiesen 2004 im 15. Jahr in Folge einen negativen Finanzierungssaldo aus. Bemerkenswert ist aber auch die Feststellung des Landesrechnungshofs im Hinblick auf Hartz IV. Er geht davon aus, dass die bundesweit prognostizierten jährlichen Entlastungen von 2,5 Milliarden Euro nicht für den Defizitabbau der Kommunen genutzt werden können. Sie kommen also vor Ort nicht an. Die derzeitigen Zahlen und Verwendungen für die Ausgaben aus dem Tagesbetreuungsausbaugesetz lassen für Rheinland-Pfalz als Flächenland ebenfalls nichts anderes erwarten.

Ebenso ernüchternd ist die Aussage in Bezug auf den Beistandspakt und den Stabilisierungsfonds, der den Kommunen bis Ende des Jahres 2006 Verpflichtungen in Höhe von 625 Millionen Euro bringen wird. Das ist also kein Geld, das die Kommunen bekommen, sondern das sie zurückzahlen müssen, zum Teil sogar mit Zinsen. Das sind immerhin mehr als ein Drittel des gesamten Jahresvolumens des kommunalen Finanzausgleichs in Rheinland-Pfalz.

Die Investitionsschlüsselzuweisungen werden schon lange nicht mehr ihrem Namen gerecht; denn 77 % der Zuweisungen werden nicht mehr für ihren eigentlichen Zweck verwandt. Nach wie vor Besorgnis erregend ist der Anstieg im Bereich der Sozialleistungen mit mehr als 10 % auf mittlerweile 1,5 Milliarden Euro.

Meine Damen und Herren, der Rückgang im Bereich der Sachinvestitionen, aber insbesondere bei den Ausgaben für Baumaßnahmen widerspricht dem Grundsatz, dass Kommunen und der Staat sich finanzpolitisch antizyklisch verhalten sollten. Der Schuldenstand ist abermals angestiegen und beträgt mittlerweile insgesamt rund 11,4 Milliarden Euro. Dieser wäre zu vergleichen mit dem Schuldenstand des Jahres 1991. Zur Finanzierung von laufenden Ausgaben und Fehlbeträgen werden immer mehr Kassenkredite herangezogen, die mittlerweile auf einen Betrag von ca. 2,3 Milliarden Euro geklettert sind. Die Kassenkredite haben erstmals den Schuldenstand für Investitionsausgaben überschritten.

Meine Damen und Herren, die Landesregierung kommt ihrer Verpflichtung, die Gemeinden, Städte und Landkreise ordnungsgemäß finanziell auszustatten, nicht nach. Ständige Einnahmen aus dem Finanzausgleichstopf, mehr als eine Milliarde Euro in den vergangenen 14 Jahren, fehlender Wille zum Abbau von Standards und zur Verwaltungsmodernisierung sowie die Nichtanwendung eines echten Konnexitätsprinzips sind verantwortlich dafür, dass die Kommunen in Rheinland-Pfalz am Ende der Tabelle der Flächenländer in unserer Republik liegen.

> (Mertes, SPD: Meine nicht! -Lewentz, SPD: Meine auch nicht!)

Nur die CDU, die Kommunalpartei in Rheinland-Pfalz, bietet den Gemeinden, Landkreisen und Städten die Gewähr, die finanzielle Situation zu verbessern.

(Beifall bei der CDU)

Das hervorragende Abschneiden bei den Urwahlen in den vergangenen Monaten und Jahren zeigt, dass die Bürgerinnen und Bürger dies genauso sehen und sich sicherlich auch am 26. März 2006 genauso entscheiden werden.

Ich bedanke mich.

(Beifall bei der CDU)

## Vizepräsidentin Frau Grützmacher:

Als Gäste begrüße ich Mitglieder des Liederkranzes Beindersheim sowie Mitglieder des CDU-Ortsverbandes Engers. Herzlich willkommen im Landtag!

(Beifall im Hause)

Für die Landesregierung spricht ---

(Staatsminister Mittler: Keiner! -Mertes, SPD: Das ist unser Ding!)

Okay, das ist klar.

Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Damit ist die Debatte über diesen Tagesordnungspunkt beendet. Wir kommen nun zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung und den Bericht des Haushaltsund Finanzausschusses - Drucksache 14/4243 -. Über den Punkt I.3. werden wir gesondert abstimmen, weil eine gesonderte Abstimmung erbeten wurde, sodass wir zunächst über die Punkte I.1., I.2. und I.4. abstimmen. Wer diesen Punkten seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um ein Handzeichen! - Damit sind diese Punkte einstimmig angenommen worden.

Wir stimmen nun über den Punkt I.3. ab. Wer diesem Punkt seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um ein Handzeichen! - Gegenstimmen? - Damit ist dieser Punkt der Beschlussempfehlung mit den Stimmen der SPD, der CDU und der FDP gegen die Stimmen des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen.

Damit sind der Landesregierung und dem Rechnungshof für das Jahr 2003 die Entlastung erteilt.

Ich rufe Punkt 13 der Tagesordnung auf:

...tes Landesgesetz zur Änderung des Gerichtsorganisationsgesetzes Gesetzentwurf der Landesregierung - Drucksache 14/4207 -**Erste Beratung** 

Die Fraktionen sind übereingekommen, diesen Gesetzentwurf ohne Aussprache direkt an den Rechtsausschuss zu überweisen. Ich sehe keine Gegenstimmen. Dann ist das so beschlossen.

Ich rufe Punkt 14 der Tagesordnung auf:

Bericht über die Umsetzung des Landesgesetzes zur Herstellung gleichwertiger Lebensbedingungen für Menschen mit Behinderungen gemäß § 13 des Landesgesetzes zur Gleichstellung behinderter Menschen (LGG-BehM) Besprechung des Berichts der Landesregierung (Drucksache 14/3739) auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 14/3860 -

Die Fraktionen haben sich auf eine Redezeit von jeweils zehn Minuten verständigt. Das Wort hat Herr Abgeordneter Marz.

# Abg. Marz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es ist ungefähr eineinhalb Jahre her, dass das Landesgesetz zur Herstellung gleichwertiger Lebensbedingungen für Menschen mit Behinderungen vom Landtag verabschiedet wurde. Der entsprechende Bericht ist Anlass, eine vorläufige Bilanz zu ziehen. Ich sage absichtlich "vorläufig", weil der Zeitraum natürlich relativ kurz ist.

Ich stelle zunächst einmal fest, dass im Bereich der Barrierefreiheit für Behinderte und im Bereich der Versuche, Gleichstellung herzustellen, einiges getan wird. Ich möchte das auch gar nicht in Abrede stellen. Sie werden es mir aber nachsehen, dass ich in einigen Bereichen den Finger auf Wunden legen will, bei denen ich keine wesentlichen Fortschritte sehe und bei denen ich denke, dass noch einiges getan werden muss.

Bei der Beteiligung von Behinderten in den Kommunen ist das Landesgesetz nach meiner Auffassung zu kurz gesprungen. Die Entwicklung der vergangenen Jahre zeigt, dass es in diesem Bereich keine wesentlichen Fortschritte gegeben hat. Ich bin niemand, der unbedingt einem Beirat- oder Beauftragtenunwesen in allen Bereichen das Wort reden will. Es muss nicht überall Festlegungen geben. Mir kommt es darauf an, dass die Betroffenen in diesem Bereich beteiligt werden und man ihre Kompetenzen nutzt. Das hat sich in der Praxis als sehr hilfreich, sogar als Kosten sparend herausgestellt. Leider geschieht das in diesem Land längst noch nicht in ausreichendem Maß.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Darüber hinaus stellt sich heraus, dass die Tatsache, dass man das Arbeitsstättengesetz im Zusammenhang mit der Behindertengleichstellung nicht ausreichend anfassen wollte, nun Konsequenzen hat. Zunächst einmal ist festzustellen, dass es im Bereich der Landesbediensteten einen Rückgang der Beschäftigtenquote gibt. Dieser bewirkt, dass im Landesdienst im Durchschnitt noch weniger behinderte Menschen beschäftigt sind als bei den öffentlichen Arbeitgebern in Rheinland-Pfalz insgesamt. In der privaten Wirtschaft liegt das Ganze um noch einmal zwei Prozentpunkte darunter, nämlich bei etwa 3,2 %.

Ein weiterer Punkt ist die Frage der Integration Behinderter im Bereich der Kindertagesstätten und Schulen. Hierbei hat es zweifellos einige gute Ansätze gegeben. Allerdings wird das, was man in diesem Bereich tun könnte und tun müsste, längst nicht getan. In dieser Hinsicht ist Rheinland-Pfalz ein gutes Stück hinter anderen Bundesländern zurück.

Es hat sich auch gezeigt, dass die Tatsache, dass man mit der Landesbauordnung in diesem Zusammenhang zu vorsichtig umgegangen ist, nicht dazu geführt hat, dass Punkte, die durch sie geregelt werden, entsprechende Verbesserungen erfahren.

Dasselbe gilt für den Bereich des öffentlichen Verkehrs. Hier sind wir in Rheinland-Pfalz zum Teil mit Standards gesegnet, die einer fortschrittlichen Integrationspolitik und einer Politik der Barrierefreiheit unwürdig sind. Stellen Sie sich vor, dass beispielsweise der Bahnhof in Bad Kreuznach – abgesehen davon wie er sonst aussieht – alles andere als behindertengerecht und barrierefrei ausgebaut ist. Das halte ich gerade vor dem Hintergrund dieses Ortes für einen Skandal.

Erlauben Sie mir, auch aus meiner Heimatstadt Trier zu berichten. Wenn Sie im Trierer Bahnhof beispielsweise mit einem Rollstuhl auf den ersten Bahnsteig kommen, werden Sie mit Freude feststellen, dass dort ein Aufzug installiert worden ist. Dieser Aufzug führt Sie in die Tiefe in die Fußgängerunterführung, die zum zweiten Bahnsteig führt. Wenn Sie mit diesem Aufzug herunterfahren, stellen sie fest, dass es auf der anderen Seite keine Entsprechung gibt. Auf der anderen Seite gibt es nur einen Treppenaufzug, von dem niemand weiß, wie er bedient wird. Wenn jemand herunterfährt - das kann übrigens auch jemand mit einem Kinderwagen oder einem großen Koffer sein -, stellt er fest, dass er auf der anderen Seite nicht hochkommt. Er muss dann wieder zurück, um einen Bahnmenschen zu suchen, der ihm unter Umständen diesen Aufzug aufschließt.

Das ist keine Barrierefreiheit, sondern das ist stümperhaft und schlecht geplant. Das ist übrigens seit Jahren schlecht geplant. Das zeigt, dass wir in diesem Bereich noch einen erheblichen Nachholbedarf haben.

Das Gleiche gilt natürlich in Anbetracht der Arbeitsmarktsituation – wir wissen, dass sie im Allgemeinen sehr schwierig ist – auch für behinderte Menschen. Es geht natürlich nicht, dass in Zeiten, in denen es behinderte Menschen besonders schwer haben, in den Arbeitsmarkt integriert zu werden, die entsprechenden Mittel für unterstützende Maßnahmen im Landeshaushalt zurückgefahren werden.

Das ist die eine Seite oder ein Teil der einen Seite, die sich mit der Integration von Behinderten bzw. mit der Herstellung gleichwertiger Lebensbedingungen für Behinderte beschäftigt. Zu dieser einen Seite, die ich nicht überbewerten will, da ich weiß, dass man durch Gesetze Benachteiligungen und Diskriminierungen nicht gänzlich verhindern kann – das wäre eine Staatsgläubigkeit, der ich nicht anhänge –, kann man einen Beitrag leisten. Wir müssen als Staat, als öffentliche Hand die Beiträge so konseguent wie möglich leisten, die wir leisten können.

Wir müssen Diskriminierung deshalb gesetzgeberisch sozusagen in die Zange nehmen. Die Herstellung von gleichwertigen Lebensbedingungen und der Abbau von Barrieren sind der eine Teil der Zange. Es gibt einen anderen Teil der Zange, das ist eine konsequente Antidiskriminierungsgesetzgebung, die – soweit das geht – verhindern soll, dass Menschen wegen bestimmter Merkmale – ein solches Merkmal kann Behinderung sein – im öffentlichen Raum, aber auch im privaten Raum diskriminiert werden.

Der Deutsche Bundestag hat eine Antidiskriminierungsgesetzgebung verabschiedet, die auf dieser Seite auch den Beitrag leisten soll, dass Diskriminierung abgebaut werden kann. Wir wollen nicht in einem Land leben – ich gehe davon aus, das gilt für Sie alle –, in dem Menschen wegen bestimmter Merkmale, zum Beispiel wegen Behinderung, diskriminiert werden. Der Deutsche Bundestag hat dieses Gesetz verabschiedet. Es ist durch den Bundesrat nicht zustimmungspflichtig.

Nun stehen wir vor der Frage, ob der Bundestag demnächst aufgelöst wird. Wir wissen nicht, ob das so sein wird. Wenn das so sein wird, bestünde trotzdem noch die Gefahr ---

(Glocke der Präsidentin)

Mir wird noch eine Minute angezeigt.

## Vizepräsidentin Frau Grützmacher:

Ein Kollege möchte eine Zwischenfrage stellen.

## Abg. Marz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Frau Präsidentin, dann müssen Sie mir das sagen. Das kann ich am Ton der Glocke noch nicht erkennen.

## Vizepräsidentin Frau Grützmacher:

Herr Abgeordneter Marz, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Schmitz?

## Abg. Marz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Selbstverständlich. Das kann Herrn Kollegen Dr. Schmitz nur helfen. Bitte schön.

## Abg. Dr. Schmitz, FDP:

So ist es. Herr Kollege Marz, ich brauche Hilfe und bitte Sie dringend um Aufklärung über die Mittel, die – so wie Sie ausgeführt haben – für Integrationsmaßnahmen zurückgeführt werden.

#### Abg. Marz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Kollege Dr. Schmitz, wenn Sie sich den Zahlenteil des Berichts ansehen – mir stehen jetzt leider nur noch 59 Sekunden zur Verfügung –, werden Sie sehen, dass die Mittel in einem erheblichen Umfang im Hinblick auf Eingliederungsmaßnahmen usw. zurückgegangen sind. Das hat auch dazu geführt, dass die "Fälle", die erreicht worden sind, deutlich zurückgegangen sind. Sie sind nachher auch noch an der Reihe und können dann versuchen, das Gegenteil zu beweisen. Ich hoffe, das hat Ihnen weitergeholfen, und ich bin sehr froh, dass Sie von mir keine ärztliche Hilfe verlangt haben. Dann hätte ich es nämlich schwer gehabt.

(Zuruf des Abg. Billen, CDU)

Zurück zum Antidiskriminierungsgesetz. Dieses Antidiskriminierungsgesetz ist nicht zustimmungspflichtig durch den Bundesrat. Allerdings wird der Bundesrat nach Ankündigung der unionsgeführten Länder von seiner Möglichkeit der Verzögerung Gebrauch machen.

Heute lese ich meines Wissens in der "Rheinpfalz", was die Landesregierung Rheinland-Pfalz macht. Sie enthält sich der Stimme.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Peinlich!)

Sie enthält sich der Stimme! Das ist in diesem Zusammenhang sehr peinlich. Ich kann natürlich das, was die Union macht, nicht teilen, aber es ist wenigstens aus ihrer Sicht konsequent, weil sie schon immer gegen eine konsequente Antidiskriminierungspolitik war.

(Zuruf des Abg. Billen, CDU)

Liebe Frau Ministerin Dreyer, sich in einer solchen Frage zu enthalten, ist feige. Das ist ein Wegducken vor den Problemen.

(Beifall des Abg. Billen, CDU)

Das bedeutet, dass Sie die Probleme, die Sie in dieser Koalition zwischen dem gelben und dem roten Koalitionspartner haben, auf den Rücken derjenigen abwälzen,

(Glocke der Präsidentin)

die von Diskriminierung betroffen sind.

(Creutzmann, FDP: Sie reden wie in einer Märchenstunde!)

Ich wiederhole, das ist feige.

Herzlichen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

## Vizepräsidentin Frau Grützmacher:

Ich erteile der Frau Abgeordneten Leppla das Wort.

## Abg. Frau Leppla, SPD:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Im Gegensatz zu Herrn Marz sehe ich das Glas als halb voll an; denn der rheinland-pfälzische Landtag hat in seiner Sitzung am 2. Dezember 2002 als erstes Bundesland ein Landesgesetz zur Herstellung gleichwertiger Lebensbedingungen für Menschen mit Behinderungen beschlossen. Insofern sind wir doch nicht so rückständig, wie Sie das meinen.

Das darauf folgende Jahr wurde damals vom Rat der Europäischen Union zum "Europäischen Jahr für Menschen mit Behinderungen" erklärt. Das Motto "Nichts über uns ohne uns" und die Leitsätze "Teilhabe verwirklichen", "Gleichstellung durchsetzen", "Selbstbestimmung ermöglichen" passten genau zu dem Paradigmenwechsel in unserer Politik, den wir mit dieser Gesetzgebung unterstützen wollten.

Wir haben zu dem Gesetz einen Bericht gefordert, der alle zwei Jahre erscheinen soll. Diesen Bericht besprechen wir heute. In ihm steht, dass viele Aktivitäten zu diesem Thema stattfanden. Es gab Regionalkonferenzen in Mainz, Koblenz, Trier und Kaiserslautern mit der Frau Ministerin. Der Ministerpräsident verlieh erstmals einen Preis für die Umsetzung, Teilhabe, Gleichstellung und Selbstbestimmung behinderter Menschen.

Das Jahr der Menschen mit Behinderungen endete mit einem Fest in Mainz, dessen Motto "Gleich weiter" zum Ausdruck brachte, dass der begonnene Umsetzungsprozess zur Herstellung gleichwertiger Lebensbedingungen für behinderte Menschen kontinuierlich fortgesetzt wird

Einige der Ziele, die dieses Landesgesetz verfolgt, sind ähnlich der der Psychiatriereform. Hilfe und Umsetzung für die Behinderten dort zu erbringen, wo sie leben, Dezentralisierung, ambulant vor stationär. In Rheinland-Pfalz beteiligen sich alle Ministerien, nicht nur das MASFG, an der Bewältigung dieser großen gesellschaftlichen Aufgabe.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Ich darf Ihnen nun einige Beispiele nennen. Fangen wir mit den Kleinsten an. In Rheinland-Pfalz besteht ein dichtes Netz an therapeutischer und diagnostischer Infrastruktur für Kinder. Mit der Vernetzung dieses Angebots nimmt Rheinland-Pfalz bundesweit eine Sonderstellung ein.

(Vizepräsident Itzek übernimmt den Vorsitz)

Es gibt sozialpädiatrische Zentren mit angegliederten Frühförderstellen. Bekannt sind uns allen die Angebote in Frankenthal, Neuwied und Trier für die Frühförderung von gehörlosen und schwerhörigen und auch sehbehinderten Kindern.

In den Bildungs- und Erziehungsempfehlungen für Kitas verpflichten sich alle Träger zur Zusammenarbeit mit allen Fachdiensten, und zwar auch mit denen im gesundheitlichen Bereich.

So besuchen heute etwa 1.900 Kinder mit Handicap einen Regelkindergarten.

Das Landesgleichstellungsgesetz unterstützt auch das Schulgesetz dahin gehend, dass der Unterricht von behinderten Kindern keine Entscheidung, sondern eine Verpflichtung der Schulen ist.

Auch bei den Prüfungsordnungen aller Ausbildungsbereiche wurden Regelungen getroffen, die behindertengerechte Ausgleiche ermöglichen; denn auch für behinderte Menschen gilt: Je besser die Ausbildung, desto größer die Chancen auf dem Arbeitsmarkt. – Auch hier ist das Ziel für uns, Arbeitsplätze zu erhalten und zu schaffen.

Das Land hat deshalb seit 1990 mit rund 26 Millionen Euro Landessonderprogramme zur Förderung der Beschäftigung behinderter Menschen zur Verfügung gestellt. Die flächendeckende Einrichtung der Integrati-

onsfachdienste im Jahr 1999 hat wesentlich dazu beigetragen, dass die Anzahl arbeitsloser schwerbehinderter Menschen nachhaltig gesenkt wurde. Das war in dem Bericht nachzulesen.

Bundesweit liegen wir damit zusammen mit dem Saarland an der Spitze. Unstrittig ist, dass auch dies noch verbesserungswürdig ist. Wegen des Erfolgs dieser Einrichtung haben wir diese bestehenden Kooperationsund Finanzstrukturen auch 2005 nicht verändert.

Die drei überregional eingerichteten Berufsbildungswerke bieten Möglichkeiten der qualifizierten Erstausbildung. Bauliche Veränderungen mit finanzieller Unterstützung des Landes gab es in den drei Berufsförderwerken in Mainz, Trier und Vallendar, Einrichtungen zur beruflichen Qualifizierung erwachsener behinderter Menschen.

Eine weitere Möglichkeit, um den behinderten Menschen den Einstieg und auch den Wiedereinstieg in den beruflichen Alltag zu ermöglichen, ist die Arbeit in einem Integrationsbetrieb. Diese betriebliche Sonderform wird dem ersten Arbeitsmarkt zugerechnet, obwohl sie eine finanzielle Förderung erhält. Das ist eine Förderung, die jedem anderen Betrieb auch zusteht, der behinderte Menschen beschäftigt.

Die SPD-Landtagsfraktion hatte im Juli 2004 eine Anhörung "Aufgabe und Zukunft der Integrationsbetriebe" durchgeführt mit dem Ergebnis, dass es unser Ziel ist, langfristig die Zahl der Betriebe und der Arbeitsplätze in diesen Betrieben deutlich zu steigern und Beschäftigten in den Werkstätten einen Wechsel in den ersten Arbeitsmarkt zu ermöglichen.

Mehr als 12.000 Menschen mit besonders schwerer Behinderung erhalten Beschäftigung und Betreuung in den Werkstätten. Jeder von uns weiß von diesem gut ausgebauten Netz an Werkstätten. Nun sollen verstärkt Bereiche in den Werkstätten unterstützt werden, die einen Übergang zum Integrationsbetrieb vollziehen können.

Ein weiterer Schwerpunkt der rheinland-pfälzischen Behindertenpolitik ist, "Hilfe vor Ort" zu geben, das heißt, die vorhandenen individuellen Bedarfsangebote auf- und auszubauen. Dazu gibt es seit 1994 verbindliche Hilfeplanverfahren und -konferenzen in allen 36 kommunalen Gebietskörperschaften in Rheinland-Pfalz. Dies ist bundesweit einmalig.

So gibt es seit 1998 das "Persönliche Budget", das seit 2004 flächendeckend in Rheinland-Pfalz eingeführt wurde. Auch dies ist bundesweit einmalig. Es wurde als Modell in das SGB IX trägerübergreifend aufgenommen. Das "Persönliche Budget" ermöglicht erstmals Heimplatzberechtigten ein eigenständiges Wohnen. Das Land beteiligt sich an den Kosten der ambulanten Eingliederungshilfe. Wie bei allen Reformen im Gesundheitsbereich gilt es, ambulant vor stationär umzusetzen.

In Rheinland-Pfalz leben mehr als 10.000 Menschen in stationären Einrichtungen. Mit dem "Persönlichen Budget" können wir den Menschen in diesen Einrichtungen etwas helfen.

Deshalb haben die Kommunen, die Liga der freien Wohlfahrtsverbände und die Selbsthilfeorganisationen eine Zielvereinbarung getroffen, die den Aufbau von ambulanten Strukturen festlegt. Für uns ist es eine Selbstverständlichkeit, dass hierbei die vielfältige Arbeit der ehrenamtlichen Tätigkeit vonseiten des Landes unterstützt wird.

Bereits vor der Verabschiedung unseres Landesgesetzes hat der Ministerrat Ende 2002 die Einrichtung von ressortübergreifenden Projektgruppen beschlossen, deren Aufgabe die Umsetzung des Gesetzes ist. Diese Arbeitsgemeinschaften erarbeiten Verbesserungen für behinderte Menschen in den Bereichen Verwaltung, Mobilität, Bauen, integrative Erziehung und Kultur.

Ich habe bereits einige Beispiele genannt. Ein ganz aktuelles Beispiel ist die Einrichtung eines Notfall-Faxes, das der Öffentlichkeit am 29. Juni 2005 vorgestellt wurde. In Zusammenarbeit mit dem Landesverband der Gehörlosen und dem Deutschen Schwerhörigenbund wurde für die Menschen die Möglichkeit geschaffen, im Notfall einen Notruf abzusenden.

Die deutsche Gebärdensprache ist durch das Landesgesetz gesetzlich anerkannt. Auch das Integrationsamt hat weitere Voraussetzungen geschaffen, dass Hörbehinderte barrierefrei Kontakt aufnehmen können.

Im Bereich der touristischen Entwicklung gibt es Modelle, wie zum Beispiel "Reisen ohne Grenzen" in Rheinhessen.

Barrierefreiheit zu schaffen, ist eine große Herausforderung, aber nicht nur im Baubereich. Im LBB-Haushalt stehen für den barrierefreien Ausbau in den Jahren 2005 und 2006 jeweils 700.000 Euro zur Verfügung. In Zusammenarbeit mit 18 Behindertenbeauftragten, zehn Behindertenbeiräten und den vielen Selbsthilfegruppen im Land werden Spielplätze, Sportstätten, Freizeitanlagen, Arbeits-, Ausbildungs- und Wohnbereiche, aber auch die Verkehrssituation sach- und fachgerecht gestaltet.

Hier zeigt sich, wie wichtig die Vernetzung der verschiedenen Interessengruppen ist.

Ich denke, ich habe aufgezeigt, wie viel seit der Einführung des Gesetzes bereits geschehen ist. Ich freue mich auf den nächsten Bericht in 2006, der uns über die Umsetzung unserer Forderungen unterrichten wird, wie

- den Aufbau weiterer Integrationsbetriebe verbunden mit der Weiterentwicklung der Werkstätten,
- der Umsetzung des Mainzer Bündnisses für ein selbstbestimmtes Leben,
- über ein erfolgreiches, trägerübergreifendes "Persönliches Budget",
- die Umsetzung der Zielvereinbarung "Wohnen",
- den Abschluss weiterer Zielvereinbarungen zwischen Wirtschaftsunternehmen und Behindertenverbänden.
- die Unterstützung der Behindertenbeauftragten und Behindertenbeiräte,

- die Ergebnisse des Modellprojekts des Amts für soziale Angelegenheiten in weiteren Verwaltungsbereichen,
- den Aufbau eines Kompetenzzentrums für Barrierefreiheit im Internet und
- den Aufbau einer Arbeitsgruppe, die sich um die Barrierefreiheit im Schienen-Personen-Nahverkehr kümmert

Es ist alles im Gang. Es handelt sich um eine fortwährende und fortlaufende Arbeit. Parallel dazu wird die verstärkte Öffentlichkeitsarbeit einhergehen, damit der Paradigmenwechsel in der Politik für behinderte Menschen in Rheinland-Pfalz noch stärker bekannt wird und die Behinderten sagen können: In Rheinland-Pfalz kann ich trotz meiner Einschränkungen ein selbstbestimmtes Leben führen.

Vielen Dank.

(Beifall der SPD und der FDP)

#### Vizepräsident Itzek:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Thelen.

## Abg. Frau Thelen, CDU:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir haben den Bericht, den wir im Gesetz gewünscht haben, zwei Jahre, nachdem das Gesetz auch mit unseren Stimmen verabschiedet worden ist, zur Aussprache vorliegen. Wir hatten darum gebeten, uns einen Bericht über die Fortschritte vorzulegen, um die Wirksamkeit des Gesetzes überprüfen zu können.

Wir sind uns in den Zielen des Gesetzes einig. Frau Leppla hat es vorgetragen. Sie sind sehr gut zusammengefasst vom Europäischen Rat wiedergegeben worden.

Wir wollen die Teilnahme behinderter Menschen an dem Leben in der Gesellschaft verwirklichen, die Gleichstellung durchsetzen und die Selbstbestimmung ermöglichen. Hierzu waren auch auf Landesebene noch eine Vielzahl von Regelungen notwendig, um die ganzen Facetten des Lebens auch behinderter Menschen anzusprechen, bei denen wir die Notwendigkeit gesehen haben und auch nach wie vor sehen, dass sich Veränderungen ergeben, um barrierefrei leben zu können und an dem Leben auch nicht behinderter Menschen teilzuhaben.

Allerdings waren wir in der Formulierung auch der Ziele vorsichtig, was die Verbindlichkeit der Einhaltung, der Umsetzung und der Fristsetzung angeht, weil wir gemeinsam der Auffassung waren, dass wir alles, was wir erreichen wollen, nicht von heute auf morgen erreichen können. Es muss auch alles finanziert werden. Die Gesellschaft muss in der Lage sein, auch die nötige Zeit zu haben, um die Dinge umzusetzen.

So schwierig die Situation auf Bahnhöfen ist – Herr Marz hat dies zu Recht dargelegt; ich könnte noch eine Reihe von Beispielen aus der Region Koblenz anführen –, so schwierig ist es auch, die Dinge vor Ort umzusetzen. Ich erinnere an die vielen kleinen schönen Altstädte mit den wunderbaren Lokalen, die wir in Rheinland-Pfalz haben. Es ist schön, dass sich langsam in den Köpfen der Gastronomen festsetzt, dass auch sie etwas tun sollten und, wo es geht, sicherlich auch etwas tun werden. Es ist schwer, in der Altstadt und in den Weinlokalen ohne weiteres Barrierefreiheit herzustellen.

Wir fordern auch heute noch von den Menschen, die mit Handicap leben müssen und sich Barrieren gegenüber sehen, ein Stück Geduld. Wir müssen auch um ein Stück Verständnis werben. Ich glaube, der gute Wille ist bei allen vorhanden. Das zeigt sich auch an dem, was an Fortschritten durch die Landesregierung festgestellt werden konnte.

Anzumerken ist, dass erst ab Seite 16 die konkreten Aussagen zur Umsetzung des Gesetzes stehen und man bis dahin nicht das eigene Licht unter den Scheffel stellt sowie weitschweifig deutlich macht, was schon alles im behindertenpolitischen Bereich geschehen ist. Ich möchte an dieser Stelle im Gegensatz zu anderen Themen sagen, dass es tatsächlich Sinn macht, dass die behindertenpolitischen Maßnahmen, die durch das Gesetz angestoßen worden sind, in einen Gesamtzusammenhang gestellt werden.

Es gibt nach wie vor kritische Punkte, die wir auch weiterhin mit Skepsis begleiten werden. Ich erinnere an unsere grundsätzliche Auseinandersetzung zu der Frage, wie viel stationäre Hilfe wir in Zukunft noch für behinderte Menschen brauchen werden und in welchem Maß wir tatsächlich behinderte Menschen in eine weitgehende Selbstständigkeit entlassen und ihnen mit ambulanter Hilfe zur Seite stehen können? Da gibt es unterschiedliche Auffassungen, aber nachdem auch der aus unserer Sicht letzte Behindertenverband, der große Skepsis geäußert hat - die Lebenshilfe -, mittlerweile auch der Auffassung ist, dass auch für ihre in ihrem Verband angeschlossenen behinderten Menschen durchaus weitere Möglichkeiten gegeben sind, als dies bislang genutzt wird, wollen wir dem sicherlich nicht im Weg stehen.

Wichtig ist für uns in jedem Fall, dass die Bedürfnisse des behinderten Menschen immer im Mittelpunkt stehen müssen. Wir müssen aufpassen, dass wir nicht Integration so weit übertreiben, dass wir Menschen in eine vermeintliche Selbstständigkeit entlassen, der sie aber in Tat und Wahrheit nicht gewachsen sind, also nicht Integration in ambulante Strukturen mit aller Gewalt unter Missachtung der tatsächlichen Bedürfnisse der behinderten Menschen.

## (Beifall bei der CDU)

Das will keiner, aber es gibt Entwicklungen zum Beispiel im Bereich der Förderschulen, wo uns von Schulleitern, Lehrern Fälle angetragen werden, die von dort zum Teil sehr kritisch gesehen werden und wo man Sorge hat, dass in den Regelschulen zumindest unter bisherigen Bedingungen die Fördermöglichkeiten noch nicht so ausgebildet sind, dass tatsächlich integrativ ohne Vernachlässigung der besonderen Förderbedürfnisse dieser

behinderten Kinder die Förderung optimal für diese erfolgen kann. Ich sage dann, lieber mit einem Stück Bedacht, aber so, dass es wirklich zugunsten der betroffenen Menschen geschieht.

Ich will bei dieser Gelegenheit anlässlich dieser Debatte auf eine Entwicklung aufmerksam machen, wo ich gerade Sie, Frau Dreyer, um ein Stück Unterstützung zusammen mit Ihrer Kollegin Ahnen bitte. Wir erleben zurzeit, dass Fördermaßnahmen, die in den letzten Jahren noch von der Bundesagentur gerade für Abgänger von Förderschulen mit dem Schwerpunkt Lernen, zum Teil aber auch dem Schwerpunkt Verhaltensbehinderung und selbst psychisch und geistig Behinderten diese Fördermaßnahmen nicht mehr angeboten werden. Für die jungen Menschen bleibt heute als einziger Schritt die so genannten Berufsvorbereitungsjahre der berufsbildenden Schulen.

## (Zuruf von der SPD)

Das heißt, für viele der Kinder bleibt die einzige Alternative, sich in die Berufsvorbereitungsjahre bei den berufsbildenden Schulen anzumelden, um überhaupt noch eine Chance zu haben. Dort sitzen sie mit anderen Kindern zusammen, wo sie einfach nach Aussage der Lehrer in den berufsbildenden Schulen nicht dazugehören, hoffnungslos untergehen und wo auch die Schule sich überhaupt nicht aufgrund ihrer Ausstattung in der Lage sieht, diesen Kindern tatsächlich die Förderung angedeihen lassen zu können, die nötig ist. Das ist also meines Erachtens eine Fehlentwicklung, ein überhaupt nicht abgestimmtes Vorgehen, offensichtlich auch ein sehr schnelles Vorgehen der Bundesagentur für Arbeit, was das Land auch als Träger der Bildungspolitik vor die Situation stellt, neue Maßnahmen vielleicht ergreifen zu müssen, die einfach eine adäquate Beschulung dieser Kinder ermöglicht und ihnen wirklich noch Chancen gibt. Wenn sie nach diesem Jahr wirklich aus der Schule kommen, geht es ihnen schlechter als zu Beginn dieses Jahres. Das wäre völlig falsch verstandene Integrationspolitik. Ich glaube, es würde uns gut anstehen, wenn wir das in Rheinland-Pfalz schaffen würden, einen Teil dieser Kinder wieder in andere Maßnahmen zu bekommen, die ihnen einfach adäguater gerecht werden können.

## (Beifall bei der CDU)

Hierum bitte ich Sie bei dieser Gelegenheit und bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

#### Vizepräsident Itzek:

Meine Damen und Herren, ich möchte Gäste im rheinland-pfälzischen Landtag begrüßen, und zwar Mitglieder des GMV Blasorchesters des Gesang- und Musikvereins, Volkschor Lambsheim e. V. und Mitglieder der FDP aus Frankenthal. Herzlich willkommen!

#### (Beifall im Hause)

Für die FDP-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Dr. Schmitz das Wort.

## Abg. Dr. Schmitz, FDP:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte mich zunächst einmal bei meinen Vorrednern mit gewissen Einschränkungen, auf die ich noch komme, für den angemessen Ton bedanken, dass diese Kesselflickerstimmung, die zum Teil das Plenum gestern und heute geprägt hat, bei diesem Tagesordnungspunkt nicht aufgegriffen wurde.

(Billen, CDU: Das werden Sie jetzt ändern!)

- Herr Billen, da sind wir beide doch etwas anders gestrickt.

Ich würde auch gern sofort auf den Wunsch der Kollegin Thelen eingehen, dass man diesen Kindern, ähnlich wie in der Vergangenheit, die Chance gibt, vernünftig weiterzumachen. Das setze ich in Zusammenhang – das ist aber auch der einzige kritische Punkt – zu dem, was Herr Kollege Marz gesagt hat, sinkende Mittel für Integration. Da muss Kollege Marz schon einmal bereit sein, genauer in die Zahlen zu schauen. Diese sinkenden Mittel sind in der Tat sinkende Mittel der BA, für die sie Verantwortung trägt und nicht die Landesregierung. Von daher will ich das erwähnt haben, um nicht den Ton hereinzubringen, den wir alle vermeiden wollen.

Meine Damen und Herren, ich steige so ein wie die meisten anderen. Wir haben als erstes Bundesland nach der Verabschiedung des Bundesgleichstellungsgesetzes für behinderte Menschen ein eigenes Landesgesetz zur Herstellung gleichwertiger Lebensbedingungen auf den Weg gebracht, und dies – auch das möchte ich in Erinnerung rufen – mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der CDU. Die BÜNDNISGRÜNEN standen schmollend im Abseits. Dort scheinen sie sich – so habe ich das verstanden – noch recht wohl zu fühlen.

Ziel des Landesgesetzes sind uneingeschränkte Teilhabe, die völlige Gleichstellung und das Recht auf Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderungen in den grundlegenden Lebensbereichen. Diese Umsetzung ist auf gutem Weg. Jetzt kann man in vielen Einzelbeispielen das Gefühl erwecken, dass dem nicht so sei. Dagegen sprechen aber die harten Zahlen. Das Gesetz und seine Umsetzung sind bisher gut. Das zeigt der Bericht der Landesregierung, den wir heute besprechen.

Ich erinnere daran: Wir wollten weg vom Fürsorgeprinzip, wir wollten hin zum Bürgerrechtsgedanken. Wenn auch sprachlich zwischen Behinderten und Menschen mit Behinderung kein großer Unterschied besteht, so sind inhaltlich doch Welten dazwischen. In diesem sprachlichen Unterschied kommt zum Ausdruck, dass wir Menschen mit Behinderungen nicht mehr tendenziell als hilflose Objekte ansehen, die auf gesellschaftliche Zuwendungen angewiesen sind. Diese Philosophie längst vergangener Zeiten entspricht nicht dem Selbstverständnis dieser Menschen. Es entspricht nicht dem Wunsch dieser Menschen. Die FDP hat auf die Integration von Menschen mit Behinderung immer großen Wert gelegt, vor allem auch auf die Integration in den Arbeitsmarkt. Das ist eine Schlüsselfrage bei der Bespre-

chung dieser Probleme. Auch in diesem Bereich zeigt der Bericht der Landesregierung große Erfolge.

Das passt dann auch nicht zu diesen kritischen Positionen, die vorgetragen wurden, dass gesagt wurde: Das wird abgebaut, das klappt nicht und dann sind die Quoten zurückgegangen. – Es verwundert schon beim Vortrag, bei dem alles nach unten geredet wird, dass wir gemeinsam mit dem Saarland bei der Beschäftigung von Menschen mit Behinderung bundesweit an der Spitze liegen. Darauf können wir stolz sein. Darauf kann die Landesregierung stolz sein, insbesondere Frau Ministerin Dreyer und der Beauftragte für Behinderte, Herr Staatssekretär Auernheimer. Darauf können auch die die Koalition tragenden Fraktionen stolz sein.

(Rösch, SPD: Deshalb haben wir darauf hingewiesen!)

- Sehr richtig, Herr Kollege Rösch.

Meine Damen und Herren, es gibt für uns auch gemeinsam das Anliegen, die Zahl der Integrationsbetriebe und Abteilungen weiter zu erhöhen. Ich darf in diesem Zusammenhang auch ausdrücklich um die verstärkte Mitarbeit der freien Wirtschaft in diesem Zusammenhang werben.

Menschen mit Behinderungen sind vielfach hoch qualifizierte Mitarbeiter, die Gleiches oder mehr als Kollegen auf demselben Arbeitsplatz leisten können. Da liegen die Ressourcen, die man nutzen sollte. Das sind keine Opfer und Quälereien für diese Firmen, sondern Chancen.

(Beifall bei der SPD)

Einen kleinen Hinweis auf die Problematik von Integrationsbetrieben, die nicht in der freien Wirtschaft angesiedelt sind. Wir brauchen diese frei gemeinnützigen und staatlich angeleiteten Integrationsbetriebe. Wir kommen davon nicht weg, wenn wir entsprechende Zahlen vorweisen wollen. Aber wir müssen uns auch darüber im Klaren sein, dass ein neu zu gründender Integrationsbetrieb ein sehr viel höheres Maß von Erstinvestitions- und von Overheadkosten beansprucht als der Nutzen von Integrationsabteilungen beispielsweise in bestehenden Betrieben.

Wenn wir begrenzte Ressourcen haben, glaube ich, sind die am besten eingesetzt, wenn man die Kooperationsbereitschaft zwischen Staat, Trägern und der freien Wirtschaft herstellt.

Meine Damen und Herren, ich danke der Landesregierung ausdrücklich für die Sensibilität, die sie im Bereich von Konkurrenzverhalten von Integrationsbetrieben und Unternehmen der freien Wirtschaft gezeigt hat.

Es ist oft nicht einfach, Ängste um Konkurrenz durch Integrationsbetriebe rechtzeitig aufzunehmen und darauf so früh einzugehen, dass man klar macht, dass niemand Angst haben muss und sowohl die Landesregierung als auch beispielsweise die Industrie- und Handelskammern und die Vertreter der Wirtschaft darauf achten, dass es nicht zu unlauterem Wettbewerb kommt.

Meine Damen und Herren, ein weiterer Punkt ist das Wohnen für Menschen mit Behinderungen. Auch da zeigt sich Selbstbestimmung.

Das Sozialministerium hat unter dem Titel "Wohnen, wo ich will" eine Expertise zur Stärkung gemeindenaher Wohn- und Unterstützungsformen für behinderte Menschen erstellt, in der die Lebenssituation der derzeit etwas mehr als 10.000 Menschen mit Behinderungen in stationären Einrichtungen in Rheinland-Pfalz analysiert wurde.

Für uns ist klar, diese Expertise lässt perspektivisch nur den Schluss zu, dass das Leben in Heimen für Menschen mit Behinderungen immer mehr zur Ausnahme werden soll.

Die Philosophie liberaler Behindertenpolitik ist, dass Menschen mit Behinderungen selbst bestimmen sollen, wo und wie sie leben möchten.

In diesem Zusammenhang unterstützen wir auch die Entscheidung, Investitionszuschüsse für stationäre Einrichtungen zu stoppen und stärker den Aufbau gemeindenaher Wohnformen zu stützen. Frau Kollegin Thelen erwähnte, dass dies inzwischen auch von den Verbänden als richtig anerkannt wird.

Kurz – aufgrund der abgelaufenen Zeit – will ich noch auf das Projekt "Selbstbestimmen – Hilfe nach Maß" für behinderte Menschen eingehen, in dessen Konzeptmittelpunkt das persönliche Budget steht, eine sozialpolitische Innovation, für die auch Rheinland-Pfalz in guter sozialpolitischer Tradition, was Innovationen angeht, eine Vorreiterrolle eingenommen hat.

Menschen mit Behinderungen können in diesem System als einzelne Individuen Leistungen und Hilfen einkaufen, die sie benötigen, dort, wo der Jeweilige es für nötig erachtet. Wir stehen voll hinter diesem individuellen Hilfebedarf von Menschen mit Behinderungen an diesen an ihnen individuell ausgerichtetem persönlichen Budget, weil es den Paradigmenwechsel in der Gesamtbetrachtung deutlich macht.

Meine Damen und Herren, in der Bewertung des vorgelegten Berichts bin ich mit meinen Vorrednerinnen und Vorrednern insgesamt, bis auf die Einschränkung des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, einig, dass in Rheinland-Pfalz der Abbau von Barrieren im umfassenden Sinn, also sowohl im Bereich des barrierefreien Bauens als auch beispielsweise im Bereich des Personennahverkehrs oder im Bereich des Behindertentourismus, mit großem Erfolg betrieben wird.

Die rheinland-pfälzische Landesregierung hat bei der Herstellung gleichwertiger Lebensbedingungen für Menschen mit Behinderungen durch dieses Gesetz und auch im Umsetzen dieses Gesetzes Großartiges geleistet.

(Beifall der SPD)

Das kommt nicht nur im Bericht selbst zum Ausdruck, sondern das ist auch die Bewertung der Interessensvertreter von Menschen mit Behinderungen und der entsprechenden Verbände. Bei Herrn Dr. Auernheimer habe ich mich schon einmal ausdrücklich dafür bedankt.

Es gilt auch der Arbeit des Landesbeirates für die Belange behinderter Menschen und all den kommunalen Behindertenbeiräten und -beauftragten Dank zu sagen, die sich für die gleichen Ziele einsetzen.

Meine Damen und Herren, in diesem Sinn danke ich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall der FDP und der SPD)

#### Vizepräsident Itzek:

Frau Ministerin Dreyer, Sie haben das Wort.

# Frau Dreyer, Ministerin für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Herren, meine sehr verehrten Damen Abgeordneten! Ich bedanke mich zunächst ganz herzlich beim Parlament, dass wir heute die Gelegenheit haben, über diesen wichtigen Bericht, wie ich finde, zu diskutieren. Ich bedanke mich auch für die Diskussion.

Selbstbestimmt zu leben für jeden Menschen unserer Gesellschaft und das in jeder Lebenslage, ist Ziel und Anliegen der Landesregierung. Der Landesbeauftragte und ich tragen dieses Ziel mit voller Überzeugung und mit viel Power, möchte ich sagen; denn es ist wirklich unser Anliegen, dieses Thema in diesem Land weiterzubringen.

Ich denke, man kann sagen, dass das Signal, das damals vom Parlament mit dem ersten Landesgleichstellungsgesetz nach dem Bundesgesetz ausgegangen ist, deutliche Wirkung in der ganzen Bundesrepublik gezeigt hat. Inzwischen haben alle Bundesländer entsprechende Gleichstellungsgesetze verabschiedet, viele davon nach rheinland-pfälzischem Vorbild.

Ich denke, es ist gut, dass das Parlament sich zwei Jahre später mit der Umsetzung befasst. Es ist in der Tat, wie Herr Abgeordneter Marz sagte, ein vorläufiger Bericht; denn wir sind mitten in der Umsetzung und haben für die Zukunft vor, noch mit großen Schritten voranzugehen.

(Beifall der SPD und der FDP)

Ich möchte ebenfalls einige Teilbereiche des Berichts aufgreifen, zunächst einmal das Thema "Teilhabe am Arbeitsleben". Das liegt uns ganz besonders am Herzen.

Die Arbeitsmarktsituation ist eine sehr schwierige, die Integration behinderter Menschen ist zurzeit nicht einfach. Aber es ist schon dargestellt worden, dass wir insgesamt trotzdem relativ erfolgreich sind.

Heute ist der Tag des Benchmarks. Es ist in der Tat so, dass wir zusammen mit dem Saarland in diesem Bereich führend sind.

Ich verschweige nicht, dass es wirklich eine Sysiphusarbeit ist, jeden einzelnen behinderten Menschen im Arbeitsmarkt etablieren zu können, weil die Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt zurzeit sehr groß ist und es immer auch ein Stück "good will" seitens der Arbeitgeber und Arbeitgeberinnen bedarf.

Es ist bedauerlich, dass es sich noch nicht bei den Arbeitgebern und Arbeitgeberinnen herumgesprochen hat, dass es so etwas wie ein Selbstverständnis der Einstellung behinderter Menschen gegenüber geben könnte.

Das Land hat inzwischen in seiner Behindertenquote nachgezogen. Wir sind sehr froh darüber. In meinem Ministerium haben wir inzwischen fast 18 % behinderter Menschen beschäftigt.

Ich käme niemals mehr auf die Idee – früher vielleicht aufgrund meiner Unwissenheit –, danach zu differenzieren, ob jemand behindert ist oder nicht behindert ist. Ich schaue mir die Menschen an, was sie können, was sie bereit sind einzusetzen.

Ich habe die Konsequenz und die Erkenntnis gefunden, auch in meiner praktischen Arbeit, dass das sehr wohl mit behinderten und mit nicht behinderten Menschen geht.

Es gibt in beiden Gruppen – wenn ich das einmal so sagen darf – Menschen, die besonders engagiert und weniger engagiert sind.

Wir werden weiter an diesem Ziel arbeiten, das auch im Land tatsächlich weitergeben als Botschaft, Arbeitgeber und Arbeitgeberinnen auf unsere Seite zu bringen und unterschiedliche Instrumente einsetzen, um die Beschäftigung von behinderten Menschen auch weiter zu fördern.

Es ist für uns nicht ganz nachvollziehbar, wo wir Landesmittel gekürzt haben sollen. Diesbezüglich wären wir für einen Hinweis dankbar. Aus meiner Sicht bestehen alle Sonderprogramme zur Förderung der Beschäftigung behinderter Menschen seitens des Landes nach wie vor in gleicher Höhe.

Wir kämpfen mit dem Problem, das Frau Abgeordnete Thelen angesprochen hat, nämlich mit den Fördermaßnahmen seitens der Bundesagentur für Arbeit. Wir sind im permanenten Gespräch mit der Agentur.

Es ist Aufgabe der jeweiligen Agentur vor Ort, sich mit dem Thema zu beschäftigen. Wir kommen nur winzige Schritte voran. Wir haben diesbezüglich noch Arbeit in Zukunft, glaube ich.

Ich bin an der Stelle nicht bereit, dass wir als Land wieder einspringen, Frau Abgeordnete Thelen. Wenn wir überall einspringen, wo die Agenturen zurzeit Geld zurückfahren, dann werden wir nicht mehr glücklich.

Wir müssen unsere Energie darauf setzen, dass die Agenturen wieder in die Fördermaßnahmen einsteigen, um den Kindern und den Jugendlichen die entsprechende Unterstützung für die Zukunft sicherzustellen.

(Beifall der SPD und der FDP)

Ich möchte noch einmal ganz kurz auf das Thema "Integrationsbetriebe" eingehen, obwohl das einhellig für gut befunden wird. Es ist nun einmal einer der Kernbestandteile beim Thema "Teilhabe am Arbeitsleben".

Wir haben eine stetige Zunahme an Arbeitsplätzen in Integrationsbetrieben. Wir haben auch hohe Ziele.

Wir haben zurzeit knapp über 300 Arbeitsplätze und wollen bis zum Jahr 2010 mindestens 2.000 Arbeitsplätze haben, wissend, dass in jedem neuen Integrationsbetrieb, der entsteht, immer nur zwei oder drei Arbeitsplätze in der Regel für behinderte Menschen geschaffen werden.

Es ist also schon ein großes Ziel. Aber ich bin von dieser Form der Arbeit für behinderte Menschen im ersten Arbeitsmarkt sehr überzeugt, weil ich viele dieser Betriebe inzwischen von innen gesehen habe. Jüngst hat in Mainz-Weisenau ein CAP-Markt eröffnet. Vielleicht haben Sie es in der Zeitung gelesen. Dies ist ein Supermarkt, der als Integrationsbetrieb geführt wird. Er hat eine Lücke gefüllt, da viele ältere Bewohnerinnen und Bewohner gar keine Möglichkeit mehr hatten, einkaufen zu gehen. Nun haben wir dort wieder ein paar Arbeitsplätze für behinderte Menschen geschaffen. Es muss die Zielrichtung für die Zukunft sein, in diesem Bereich noch stärker zu animieren. Wir haben derzeit immer noch nur eine Handvoll aufgeschlossener Träger, die das tun. Es ist unser Ziel, weiter zu animieren, sodass wir auch im Bereich der Wirtschaft Integrationsbetriebe und Integrationsabteilungen schaffen können.

Zur Teilhabe am Leben in der Gesellschaft möchte ich gern ein kleines Beispiel vorausschicken, das mir der Landesbehindertenbeauftragte erzählt hat. Beim letzten Treffen der Heimbeiräte mit den Landesbehindertenbeauftragten kam eine Frau, die voller Stolz erzählt hat, dass sie nun, nachdem sie 20 Jahre im Heim gelebt hat, in eine eigene Wohnung einzieht. Sie erzählte von ihren Erlebnissen und davon, wie glücklich sie darüber ist und neue Freiheiten erlebt. Sie spült sogar gern Geschirr - das können wir uns gar nicht vorstellen -, aber in der Einrichtung durfte sie das nie, weil sie angeblich so viel Geschirr zerschlagen hat. Ich nenne dieses Beispiel, um deutlich zu machen, dass es eben nicht stimmt, dass Menschen, die fünf, zehn oder 20 Jahre lang in einem Wohnheim gelebt haben, nicht in der Lage wären, eigenständiger zu wohnen, wenn wir ihnen die richtigen Rahmenbedingungen und die Unterstützung dafür geben.

## (Beifall der SPD und der FDP)

Deshalb wird es mein ewiges Plädoyer bleiben, dass es ein dickes Brett ist, das wir bohren: weg von der Einrichtungsorientierung, hin zu individueller Unterstützung, hin zu mehr Selbstbestimmung, zu mehr Freiheit in der Entscheidung. – Das ist die Zielrichtung, die wir gehen. Ich gebe Ihnen Recht, die meisten Einrichtungsträger geben uns inzwischen zwar Recht, aber dennoch

braucht man keine Angst zu haben, dass sie in ihren Aktivitäten zu offensiv wären. Wir haben noch viel zu tun, und ich denke, wir müssen alle daran arbeiten, dass wir dieses Ziel erreichen werden.

Ich möchte noch zwei Sätze zum Thema "Barrierefreiheit" sagen. Es ärgert mich, wenn Bahnhöfe nicht barrierefrei gestaltet sind oder wenn ich sehe, dass in den Kommunen Dinge umgebaut werden und dort das Know-how fehlt oder die Kreativität fehlt, um die Einrichtungen jeweils sofort barrierefrei auszugestalten. Nach wie vor ist es häufig ein Tauziehen, um die Entscheidungsträger davon zu überzeugen, einen barrierefreien Weg zu gehen und dabei vor allem auch die Kompetenz der behinderten Menschen einzubeziehen, um relativ lockere Lösungen zu finden, die häufig gar nicht so kostenintensiv sind, wie man glaubt, um eine Umbauoder eine Neubaumaßnahme zu nutzen, um Barrierefreiheit herzustellen.

Wenn Sie den Bad Kreuznacher Bahnhof nennen, kann ich nur sagen, als ich dort Bürgermeisterin war, habe ich versucht, etwas zu tun. Es ist ehrlich gesagt eine relative Schande, dass man in einer Stadt, in der so viele behinderte Menschen leben, nicht in der Lage ist, zusammen mit der Bahn AG ein Konzept zu entwickeln, um diesen Bahnhof barrierefrei zu gestalten. Ich sage sehr deutlich, man muss offensiv vor Ort Druck auf die Entscheidungsträger ausüben, um dabei ein Stück weiterzukommen.

Herr Kollege Marz hat einen weiteren Punkt angesprochen: Es war eine große Debatte, als wir das Gesetz auf den Weg gebracht haben, ob die Behindertenbeauftragten und -beiräte als Verpflichtung oder als freiwillige Aufforderung an die Kommunen mit aufgenommen werden sollen. Wir haben uns für den freiwilligen Weg entschieden, und ich stehe immer noch dahinter. Wir haben in der Zeit, seitdem das Gesetz verabschiedet ist, immerhin eine Verdopplung der Anzahl der Beauftragten erreicht. Allerdings sind es nach wie vor nicht viele, wenn man es in der Gesamtschau betrachtet. Das heißt, auch diesbezüglich müssen wir weiter im Gespräch mit den Kommunen bleiben, dass sie die entsprechenden Beiräte und Beauftragten berufen und auch verstehen, dass es darum geht, das Know-how zu nutzen. Es geht nicht um eine zusätzliche Belastung aus dem Gesetz, sondern darum, Kompetenzen zu nutzen, um fortschrittliche Politik in ihren Städten und Kommunen zu machen.

Ich möchte zum Ende meiner Rede einen kurzen Ausblick geben. Es sind viele konkrete Schritte im Bericht genannt worden. Ich nenne noch einmal, dass wir mit viel Energie die Integrationsbetriebe voranbringen werden. Wir werden eine Zielvereinbarung zur künftigen Entwicklung der Werkstätten entwickeln, und wir werden versuchen, diese Zielvereinbarung "Wohnen" umzusetzen, die mit allen Partnern entwickelt worden ist.

Das Arbeitgebermodell soll möglichst flächendeckend in Rheinland-Pfalz eingeführt werden. Wir sind auch gespannt auf unser Bundesmodellprojekt in der Region Trier, Trier-Saarburg mit 50 Budgetteilnehmern und -teilnehmerinnen, die erstmals ein trägerübergreifendes Budget in Anspruch nehmen werden. Ich denke, auch in diesem Bereich wird deutlich, dass wir im Bereich der Behindertenpolitik tatsächlich so etwas sind wie eine

Zukunftswerkstatt in Rheinland-Pfalz und dabei auch immer wieder neue Wege ausprobieren, um zu sehen, wie wir weiterkommen, um ein selbstbestimmtes Leben tatsächlich auch umzusetzen.

Ich möchte einen letzten Punkt ansprechen. Wir haben eine Zielvereinbarung zwischen den Wirtschaftsunternehmen und den Verbänden behinderter Menschen verabschiedet. Der Landesbehindertenbeauftragte hat moderierend daran teilgenommen. Die Zielvereinbarung wurde mit dem Handelshof in Gensingen geschlossen. Wir sind sehr stolz darauf und befinden uns auch mit anderen Unternehmen im Gespräch. Wir hoffen darauf, dass wir noch mehr Wirtschaftsunternehmen finden werden, um entsprechende Zielvereinbarungen zur Barrierefreiheit herstellen zu können. Wir dienen damit nicht nur den behinderten Menschen, wir dienen damit auch den Menschen in einer älter werdenden Gesellschaft; denn auch für die Oma und für den Opa, für den älteren Menschen ist es schön, wenn er sich einigermaßen gut zwischen den Regalen bewegen kann und auch lesen kann, was auf der jeweilige Preisliste steht.

Herzlichen Dank.

(Beifall der SPD und der FDP)

## Vizepräsident Itzek:

Vielen Dank, Frau Staatsministerin. Damit ist Punkt 14 der Tagesordnung erledigt, es sei denn, es besteht der Wunsch, diesen Punkt weiterhin im Fachausschuss zu beraten. – Das ist nicht der Fall.

Ich rufe die Punkte 15 und 16 der Tagesordnung auf:

Neue Energie und Arbeit für Rheinland-Pfalz

– Masterplan 2005 bis 2010 für erneuerbare
Energien – Energieeinsparung –
Energieeffizienz

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

– Drucksache 14/4045 –

Energie sichern – Klima schützen – Arbeitsplätze schaffen Antrag (Alternativantrag) der Fraktionen der SPD und FDP

Drucksache 14/4191 –

Die Fraktionen haben eine Redezeit von zehn Minuten vereinbart.

Herr Dr. Braun hat für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

## Abg. Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wie der Titel unseres Antrags schon sagt, zielen wir darauf ab, neue Arbeitsplätze in Rheinland-Pfalz zu schaffen. Ich glaube, dies ist ein Thema, das uns in der Politik immer wieder beschäftigen muss oder beschäftigen sollte. Wir zielen nicht nur darauf ab, neue Arbeitsplätze in Rheinland-Pfalz zu schaffen, sondern wir zielen

auch darauf ab, zukunftsfähige Arbeitsplätze in Rheinland-Pfalz zu schaffen, die die Umwelt entlasten und uns für die Zukunft unabhängig von Importen machen, die aber gleichzeitig auch eine Wertschöpfung in Rheinland-Pfalz belassen, die nicht nur bei neuen Industrien liegt, sondern die auch in der Landwirtschaft liegt. Ich denke, dies sind ideale Voraussetzungen.

Wenn man solche Voraussetzungen sieht, muss man zugreifen, handeln und auch diese Arbeitsplätze schaffen, die möglich sind und die in Rheinland-Pfalz besonders gut entstehen können, meine Damen und Herren.

#### (Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben von anderer Seite oder auch von Regierungsseite schon des Öfteren gehört, dass die Regierung die erneuerbaren Energien in Rheinland-Pfalz massiv und stark unterstützen will. Aber in letzter Zeit scheint der Schwung ein wenig verloren gegangen zu sein. Das, was wir in den letzten Jahren diskutiert haben, die großen Hoffnungen, die großen Versprechungen, scheinen momentan so nicht einzutreten. Alle Projekte verzögern sich doch so sehr, dass ich glaube, es muss in diesem Bereich neuen Schwung geben. Es muss eine koordinierte Handlung geben, und es muss eine Zielsetzung geben, die klar macht, wohin wir in Rheinland-Pfalz wollen, wie wir diese neuen Arbeitsplätze schaffen, welche Anzahl dieser Arbeitsplätze wir schaffen wollen und wie wir die erneuerbaren Energien ausbauen, meine Damen und Herren.

# (Staatsminister Bauckhage: Das ist Planwirtschaft!)

Wir haben deswegen diesen Masterplan vorgelegt. Ein Masterplan ist ein Plan, der alle Möglichkeiten zusammenfasst, der die Ziele beschreibt und daraus ableitend auch Wege beschreiben kann. Voraussetzung ist Energieeinsparung. Energieeinsparung ist die billigste, die sicherste und die beste Energiequelle. Wir haben Ziele gesetzt, dass wir in den verschiedenen Bereichen der erneuerbaren Energien vorwärts kommen, meine Damen und Herren.

Wir haben verschiedene erneuerbare Energien, die für Rheinland-Pfalz wirklich positiv sind und in Rheinland-Pfalz besonders gut vorangebracht werden können, anders als beispielsweise in anderen Bundesländern. Darunter fällt vor allem die Biomasse. Rheinland-Pfalz ist ein ländlich strukturiertes, ein bäuerlich strukturiertes Land. Die Biomasseverwertung in einem sehr waldreichen Land wie Rheinland-Pfalz ist ein idealer ökonomischer und ökologischer Fall. Deswegen wollen wir die Verstromung von Biomasse. Darunter fällt natürlich das Holz, fallen aber auch die Restprodukte aus der Landwirtschaft. Darunter fallen auch Energiepflanzen, die bewusst dafür angebaut werden, Treibstoffe, um Strom zu gewinnen. Wir wollen diese Biomasseverwertung in den nächsten fünf Jahren verdreifachen.

Meine Damen und Herren, es gibt eine Studie, die das Land in Auftrag gegeben hat. Diese Studie sagt ganz klar, das ist innerhalb von zwei bis drei Jahren möglich, und zwar technisch, aber auch strukturell. Deswegen sagen wir, gerade in diesem Bereich der Stromerzeugung aus Biomasse können wir Arbeitsplätze in der Landwirtschaft stabilisieren, aber auch in der Technik und im Handwerk neue Arbeitsplätze schaffen und die Wertschöpfung in Rheinland-Pfalz erhöhen.

## (Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Immer wieder wird in Rheinland-Pfalz, aber nicht nur hier, darüber diskutiert, wie es mit dem Ausbau der Windkraft weitergeht. Natürlich gehört auch die Windkraft zu einem dieser Bausteine der erneuerbaren Energien. Ich möchte noch einmal sagen, es ist nicht so, dass wir die Windkraft wollen, weil sich die Windkrafträder so schön drehen. Die Windkraft ist vielmehr die kostengünstigste erneuerbare Energie, die wir haben. Sie können Strom aus Windkraftwerken zwischen fünf und neun Cent erzeugen. Das schaffen Sie mit keiner anderen Art. Das schaffen wir im Moment noch nicht einmal mit der Wasserkraft. Die Biomasse wird etwa das Doppelte oder gar das Dreifache kosten. Die Geothermie, die in manchen Fraktionen große Hoffnung erweckt, wird auch das Doppelte kosten. Kostengünstig ist also auf jeden Fall die Windkraft. Deshalb haben wir festgehalten, in begrenztem Ausmaß müssen wir auch in Rheinland-Pfalz die Windkraft ausbauen, damit wir die Wertschöpfung erhalten können, damit wir dann auch im Land Rheinland-Pfalz Produktion erstellen können, damit wir im Land Rheinland-Pfalz Strom aus erneuerbaren Energien möglichst schnell und möglichst kostengünstig gewinnen können.

## (Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Solarenergie ist im Moment ohnehin ein Selbstläufer. Ich glaube, dazu muss man nicht viel sagen. Dennoch ist es wichtig zu betonen, dass die Solarenergie, gerade die Stromgewinnung aus Sonne, momentan noch eine sehr teure Art der Stromerzeugung ist, dass sie aber weltweit eine große Zukunft hat. Ähnlich wie bei der Windkraft sind wir im Moment Weltmeister im Zuwachs bei Solarenergie und Solarstrom. Wir haben Japan im letzten Jahr überholt. Das heißt, wir sind auch Weltmarktführer in der Herstellung. Diese Herstellung bringt tausende von Arbeitsplätzen in Deutschland.

Ich sage besonders dem Wirtschaftsminister, wir müssen aufpassen, dass Produktionsstandorte auch in Rheinland-Pfalz existieren. Das kann man nur, wenn man ein positives Investitionsklima für die erneuerbaren Energien schafft.

(Zurufe der Abg. Frau Mohr und des Abg. Schwarz, SPD)

Jetzt kommen die Zwischenrufe. Wir haben zum Beispiel RWE-Schott. Sie produzieren in Bayern.

(Schwarz, SPD: Wo sehen Sie das Problem?)

Ich sage, es wäre schön, wenn wir einen Standort in Rheinland-Pfalz hätten. Sie produzieren aber die Solaranlagen in Bayern. Ich sage deswegen, auch Rheinland-Pfalz braucht ein Standbein in dieser Industrie. Rheinland-Pfalz braucht auch ein Standbein in dieser Industrie

beispielsweise bei der Windkraft. Da haben wir eines, müssen aber noch weiter zulegen.

Langfristig kann auch die Geothermie in Rheinland-Pfalz eine tragende Säule für die erneuerbaren Energien bilden. Ich betone aber noch einmal, dass dies langfristig der Fall ist.

Wir waren mit dem Umweltausschuss in Larderello in Italien und haben uns dort ein großes Geothermiekraftwerk angeschaut, das in der neusten Bauphase jetzt 60 Megawatt dazugebaut hat. Es ist nicht ganz so einfach; denn die Bedingungen dort sind natürlich viel besser als hier. Wir haben dort heißes Wasser direkt unter der Erdoberfläche. Dennoch hat man dort Entstehungskosten von mehr als fünf Cent pro Kilowatt.

In Rheinland-Pfalz werden wir erst einmal die Probebohrungen abwarten müssen. Wir freuen uns natürlich, wenn es schnell gelingt. Wir glauben aber, realistisch in den nächsten Jahren wahrscheinlich nicht mehr als fünf bis sechs Geothermiekraftwerke in Rheinland-Pfalz erfolgreich ans Netz bringen zu können. Das heißt nicht, dass es nicht mehr Bohrungen geben kann und es nicht auch von der Erkundungsphase her ausgeweitet wird. Aber ein solches Werk ans Netz zu bringen, ist gar nicht so leicht.

Es gibt in Deutschland nur ein einziges Geothermiekraftwerk, das Strom erzeugt. Es erzeugt 200 Kilowatt. Es liegt in Mecklenburg-Vorpommern. Wenn wir in unserem Plan von 25 Megawatt in Rheinland-Pfalz sprechen, dann ist das schon ein ehrgeiziges Ziel. Ich sage aber auch an die Adresse der CDU, es ist ein ehrgeiziges Ziel, es ersetzt aber nicht einmal 50 Windkraftwerke. Das ist das Problem, das wir dann im Endeffekt haben.

Wir müssen für die Zeit bis in zehn bis 20 Jahren, bis die Geothermie läuft, natürlich die anderen erneuerbaren Energien stärker fördern. Wie wollen wir das erreichen? Ich denke, das ist auch der Unterschied in unserem Plan zur Regierung.

Wir wollen mehr Geld in die Förderung investieren, aber natürlich nicht in die Förderung der Anlagen, sondern in die Förderung der Beratung. Die Menschen brauchen Beratung. Durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz, das unumstritten ist - ich sage das jetzt so deutlich -, wird natürlich Investitionskraft und werden Gelder frei. Wir müssen das aber natürlich auch entsprechend vermarkten. Man muss es entsprechend lenken. Das heißt, wir brauchen verstärkte Beratung bei den Kommunen. Wir brauchen eine richtige Energieagentur. Sie haben in Ihrem Antrag auch geschrieben, die große Hoffnung lautet seit langem schon die EnergieOffensive Rheinland-Pfalz. Es tut mir leid, dass es nicht besser läuft. Aber schauen Sie sich einmal an, was dort geschieht. Damit können wir keine Offensive gewinnen, damit können wir nicht einmal in die Offensive kommen.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das ist auch keine Offensive!)

Wir brauchen deswegen auch verstärkt Finanzmittel für die Beratung.

Ich möchte betonen, wir brauchen allerdings auch noch einmal verstärkt Anstrengungen beim Energieeinsparen und bei der Energieeffizienz. Beispielsweise hat die BASF vor kurzem ein neues Gaskraftwerk für die Grundlast eingeweiht. Das ist der richtige Weg. Natürlich brauchen wir das. Es ist das zweite Gaskraftwerk der BASF. In Mainz steht ein ähnliches Gaskraftwerk. Es gibt die Diskussion über ein weiteres Kraftwerk in Mainz. Ob es nun Kohle oder Gas werden wird, weiß man noch nicht so genau. Natürlich wäre uns ein Gaskraftwerk lieber, weil es weniger CO<sub>2</sub>-Emissionen hat und deswegen für den Klimaschutz besser ist.

Wir haben im Moment aber auch eine Effizienzoffensive bei den Großkraftwerken.

(Glocke des Präsidenten)

Es ist wichtig, dass wir die Investitionen auch da nach Rheinland-Pfalz holen und die Wertschöpfung in Rheinland-Pfalz belassen.

Ich glaube, mit unserem Masterplan kommen wir viele Schritte weiter und können viele Arbeitsplätze schaffen und erhalten.

Danke schön.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### Vizepräsident Itzek:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Mohr.

## Abg. Frau Mohr, SPD:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zusammen mit der FDP-Fraktion haben wir einen Alternativantrag zu diesem so genannten Masterplan von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gestellt.

Herr Dr. Braun, ich meine, wir beide brauchen hier keine Glaubenskenntnisse zu führen. Dazu sind die Ziele, die wir vor Augen haben, nämlich nachhaltige und klimaschonende Energiepolitik im Sinne des Kyoto-Protokolls zu betreiben, in vielen Bereichen zu übereinstimmend. Wo wir uns allerdings unterscheiden, was manchmal sehr deutlich ist, ist die Gewichtung der einzelnen Punkte: In meinen Augen bewerten Sie die Schaffung von Arbeitsplätzen als zu hoch.

So ziemlich jeder weiß heute, offensichtlich außer dem US-amerikanischen Präsidenten George Bush, der sich heute im Zusammenhang mit diesem Thema beim G-8-Gipfel wieder als beratungsresistent gezeigt hat, dass der Klimawandel zum überwiegenden Teil durch die Industrialisierung durch den wirtschaftenden Menschen gemacht ist. Dass wir dadurch Verantwortung auf uns geladen haben, müsste jedem bewusst sein, der wirtschaftlich handelt. Weltweit müssen wir dadurch einen Handlungsbedarf ableiten.

Wenn wir auch in Zukunft noch eine sichere und leistungsfähige Energieversorgung haben wollen, wenn uns

daran gelegen ist, den Klimawandel zu verlangsamen und wenn wir das Risiko von atomaren Unfällen und Abfällen ausschließen wollen – das wollen wir als SPD sowie 80 % der Bevölkerung, was auch die Umfragen ergeben haben –, so sind wir gefordert, mehr sauberen Strom auch hier in Rheinland-Pfalz zu produzieren.

## (Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Dieses Ziel haben wir uns gesteckt. Dieses Ziel werden wir verfolgen. Aber man muss auch erkennen, dass fromme Wünsche zur Nachhaltigkeit, wie Sie sie oft äußern, noch kein sinnvolles Energiekonzept per se sind, Herr Dr. Braun. Das gilt auch für diesen vorgelegten Antrag.

## (Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Die Herausforderung in der Energiepolitik liegt in einer sinnvollen Symbiose, bei der Versorgungssicherheit und Versorgungsqualität sowie Wirtschaftlichkeit und Umweltverantwortung zusammengebracht werden müssen. Das müssen wir vor Augen haben. Rheinland-Pfalz hat dazu als bedeutender Wirtschaftsstandort eine besondere Verpflichtung. Als deutlichen Schwerpunkt sehen wir dabei neben der Schonung der Lebensgrundlagen unseres Landes die sichere und gute Energieversorgung von Industrie und Gewerbe und unserer Bevölkerung als Grundlage für wirtschaftliches Wachstum, aber auch als Grundlage zur Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen. Aus diesem Grund fordern wir die Landesregierung auf, den von ihr eingeschlagenen Weg konsequent fortzusetzen.

## (Beifall bei SPD und FDP)

Man kann sich fragen, wohin die Reise geht. Die Faktenlage ist ziemlich deutlich. Weniger als 2 % des Primärenergieverbrauchs unseres Landes basiert auf eigenen Quellen. 98 % beziehen wir aus anderen Bundesländern. Rheinland-Pfalz ist ein abhängiges Energieimportland. So erfolgt auch die Wertschöpfung zum größten Teil in anderen Bundesländern, außer den Dienstleistungen, die unsere Energieversorungsunternehmen erbringen.

Wir alle wissen, dass der Energiemarkt ein bedeutender Wirtschaftsbereich mit Milliardenumsätzen und hohen Gewinnen ist. Schon im Interesse unserer regionalen Wirtschaftsentwicklung muss die Wertschöpfung im eigenen Land gefördert werden. Deshalb ist der konsequente Ausbau der Nutzung eigener Energieressourcen – da haben wir schwerpunktmäßig nur diese erneuerbaren Energien –, die Erhöhung der eigenen Stromerzeugung, aber auch der Einsatz und der Ausbau effizienter Technologien zur Energiegewinnung in Zusammenarbeit mit unseren Universitäten, unseren Fachhochschulen sowie unseren Institutionen zur Stärkung unserer Wirtschaftskraft wichtig. Nur so sichern wir Arbeitsplätze und bleiben als Wirtschaftsstandort zukunftsfähig, Herr Dr. Braun.

## (Beifall des Abg. Schwarz, SPD)

Diese Forderungen können sowohl im ländlichen Raum durch die Errichtung dezentraler Anlagen erfüllt werden

 ich nenne als Beispiele Energieerzeugungsanlagen für Biomasse, Wind, Solarstrom sowie Wasserkraft – als auch bei den Großverbrauchern.

Die BASF in Ludwigshafen ist dieser Forderung nachgekommen. Sie hatte mit ihrem neuen Gasturbinenkraftwerk, das vor kurzem eingeweiht wurde, einen richtigen Weg eingeschlagen. So werden auf dem Werksgelände der BASF künftig 90 % der benötigten Strommenge erzeugt. Der Energienutzungsgrad liegt bei 90 %. Das wäre in meinen Augen sehr hoch. Ich habe es in der Zeitung gelesen. Ich kann es kaum glauben. Über diese effiziente Technik werden jährlich 500.000 Tonnen CO<sub>2</sub> weniger ausgestoßen.

Sie sehen, Ihre Vorwürfe, Rheinland-Pfalz würde die Zeit verschlafen und im Energiebereich nichts tun, sind schlichtweg falsch.

# (Zuruf des Abg. Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich kenne Ihre Argumente das sei die BASF. Das Land ist über Genehmigungsverfahren beteiligt. Die Genehmigungsverfahren sind in sehr kurzer Zeit durchgezogen worden. Rheinland-Pfalz stellt sich bei diesem Thema nicht ins Abseits, wie Sie es gern behaupten.

Ich darf in diesem Zusammenhang auf unsere Anträge aus den vergangenen Jahren hinweisen, in denen wir immer wieder von einem Energiemix sprechen. Ich darf in diesem Zusammenhang auch auf unsere Anhörung hinweisen, die wir am 11. März dieses Jahres mit dem Thema "Energieregion Rheinland-Pfalz – Chancen und Möglichkeiten der erneuerbaren Energie im Rahmen eines Energiemixes" gemacht hatten. Diese Anhörung ist auf großen Anklang bei Vertretern von Organisationen, Verbänden, Kommunen und den lokalen Energieversorgern gestoßen. Es waren auch Betriebe dabei, die reges Interesse an dieser Anhörung zeigten.

Die Auswertung der Ergebnisse hat unsere Position bestätigt. Zum Schutz des Klimas und der Ökosysteme müssen Emissionen vermieden werden. Das ist außer Frage. Aber dies muss in Einklang damit stehen, dass der Sicherheit und Qualität der Energieversorgung die höchste Priorität eingeräumt werden muss. Sonst schütten wir das Kind mit dem Bade aus.

Das ist unter anderem möglich, indem wir vermehrt unsere Einsparpotenziale ausschöpfen, vermehrt auf Energieeffizienz und neue Technologien setzen und den Einsatz von dezentral vorhandenen regenerativen Energieträgern fördern. Auch hier hat das Land gehandelt.

Der LBB hat mittlerweile einen Energiebericht all seiner Liegenschaften herausgegeben und wird, wie es im Rahmen seiner Möglichkeiten ist, nach und nach eine Energieoptimierung in seinen Gebäuden durchführen. Dabei muss man etwas Geduld haben; denn diese Gebäude stammen meistens aus der Jahrhundertwende und haben einen hohen Sanierungsbedarf.

Ich möchte noch ganz kurz auf den Besuch des Umweltausschusses in Larderello eingehen. Dieser hat deutlich gezeigt, dass die Geothermie eine sehr kost-

spielige Option für uns sein wird. Wir unterstützen die Intention der Landesregierung, den Oberrheingraben zu einer Referenzregion zu machen. Aber es braucht seine Zeit, bis wir hier eine Effizienz im Rahmen der Stromerzeugung erreichen können.

Herr Dr. Braun, ich teile nicht Ihre Auffassung. Ich glaube, Sie haben in Ihrem Antrag von 25 Megawatt gesprochen, die 2010 erreicht werden können. Das ist in meinen Augen Utopie. Sowohl die Exploration als auch die Ausnutzung der Energie in Form von Stromausbeute wird noch große Probleme bereiten.

Sie wissen, dass wir in Speyer Erdöl und keine Geothermie angetroffen haben. Diese Dinge werden uns wahrscheinlich in nächster Zeit noch öfter überraschen.

Wir haben im Land große Potenziale im Bereich der Biomasse. Das ist außer Frage. Wir werden diesen Weg der Ausnutzung und des Einsatzes dieser Biomasse konsequent weitergehen. Wir haben seit letzter Zeit ein sehr gutes Beispiel vor Augen. In Kapiteltal auf der ehemaligen Mülldeponie ist ein Biomassekraftwerk eingeweiht worden. Dieses Biomassekraftwerk hat eine Leistung von 3,3 Megawatt und ist ein wichtiger Baustein im Rahmen der rheinland-pfälzischen Energie- und Umweltpolitik.

Der Drive ist nicht draußen, wie Sie es behauptet haben, sondern der Drive ist noch drin. Ich meine, wir machen so weiter, wie wir es bisher gemacht haben.

(Glocke des Präsidenten)

Ich bedanke mich bei unseren beiden Ministerien für die gute Zusammenarbeit. Ich beantrage, beide Anträge an den Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr und mitberatend an den Umweltausschuss zu überweisen.

Danke schön.

(Beifall bei SPD und FDP)

## Vizepräsident Itzek:

Meine Damen und Herren, ich möchte zwei Besuchergruppen im Mainzer Landtag begrüßen, einmal Mitglieder des SPD-Ortsvereins Boppard und Mitglieder der Frauen-Union, Bezirksverband Rheinhessen-Pfalz. Herzlich willkommen in diesem Hause!

(Beifall im Hause)

Herr Kollege Licht hat das Wort.

## Abg. Licht, CDU:

Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Die weltweite Entwicklung des Energiemarkts und das Wirtschaftswachstum, das wir brauchen, um unsere Volkswirtschaft am Leben zu erhalten, ist heute in der Debatte noch einmal deutlich gemacht worden. Die stetige Nachfrage nach Energie geht in Korrespondenz mit dem notwendigen Klimaschutz einher. Das zwingt alles zu

einer konsequenten und nachhaltigen, aber ideologiefreien Energiepolitik.

Meine Damen und Herren, Herr Kollege Dr. Braun, wenn Sie von "Arbeitsplätze schaffen" gesprochen haben, es ist Ihnen sicher hier am Pult dabei entgangen, Sie haben eben nur von "Arbeitsplätze schaffen" gesprochen. Ich weiß, dass Sie es so nicht meinen. Es geht natürlich auch darum, dass man in diesem ganzen Konzept Arbeitsplätze erhalten muss.

(Marz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Hat er gesagt!)

 Ich sage es nur einmal, nicht um es Ihnen vorzuwerfen, Sie haben es einfach nur vergessen.

(Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Nein, ich habe es gesagt!)

Ich betone es deswegen, weil wir gerade aktuell in diesem Bereich über die hohen Energiekosten in der Bundesrepublik auch diskutieren müssen, die auch damit korrespondieren, dass viele Investitionen in erneuerbare Energien die Energiekosten auch verteuert haben.

Meine Damen und Herren, deswegen muss man das im Kontext sehen. Wir müssen schon verantwortungsvoll mit der Entwicklung umgehen.

Meine Damen, meine Herren, ich begrüße die Anträge, ohne jetzt in allen Einzelheiten mit jedem Punkt einverstanden zu sein. Da kennen Sie mich. Sie wissen, dass die CDU-Fraktion das auch nicht kann, aber es sorgt ganz einfach für weitere Transparenz im Thema.

Meine Damen und Herren, Ausbau erneuerbarer Energien: Dazu sagen wir auch Ja.

Verstärkte Energieeinsparung: Dazu sagen wir, die CDU-Fraktion, gleichfalls Ja.

Erhöhung der Energieeffizienz: Ein klares Ja, meine Damen, meine Herren. Darum deutlich dies hier auch noch einmal so untermauert.

(Frau Mohr, SPD: Schließen Sie sich doch unserem Antrag an!)

– Wissen Sie, wir kommen gleich in Einzelheiten zu den Punkten, wo wir in den Teilen einfach Nein sagen müssen, weil es nach unserer Meinung verantwortungsvoller ist, in den Teilen Nein zu sagen.

Ich denke auch, dass in jeden Antrag der Hinweis auf Kyoto gehört. Ich will das jetzt gar nicht mehr vertiefen, was die Bundesregierung dazu gesagt hat. Wir haben in zahlreichen Anträgen, Debatten, Aktuellen Stunden und Anfragen immer wieder gemeinsam darauf hingewiesen.

Auch Ziele der EU – Steigerung der Anteile an erneuerbaren Energien von 6 % auf 12 % –, dies alles verpflichtet jedes einzelne Bundesland im Rahmen seiner Möglichkeiten. Dass dabei auch eine Debatte in Finnland beispielsweise in einer anderen Form über Atomstrom ganz neu und ganz aktuell entbrannt ist, überrascht viele

gar nicht, die sich wirklich ideologiefrei mit der ganzen Entwicklung beschäftigen.

Meine Damen und Herren, das ist für Rheinland-Pfalz – ich sage das auch in diesem Punkt, weil es in den letzten Tagen noch einmal so ein bisschen hier und da gespielt wurde – keine Frage, keine Rede. Eigene Forderung aus der Debatte um Atomstrom war – das habe ich damals hier immer wieder vorgetragen – konsequente Entwicklung der erneuerbaren Energien. Wenn wir in einem Zeitpunkt wirklich Bilanz ziehen können, welche Möglichkeiten wir haben, wo denn der Ersatz insgesamt herzuleiten ist, wo dann grundlastfähige Energie denn entsteht oder neu entstehen soll, wenn wir das wirklich einmal in aller Breite geprüft haben, dann kann auch eine Debatte über Atomstrom, wenn wir uns weltweit ausrichten, überhaupt nicht vom Tisch gefegt werden.

Frau Kollegin Mohr, das gilt erst recht, wenn Sie sagen, wir sind Stromimportland und dabei auf die Bundesländer verweisen. Nebenan liegt Frankreich. Frankreich gehört meines Wissens immer noch nicht zur Bundesrepublik Deutschland.

(Mohr, SPD: Wir produzieren Überfluss in Deutschland!)

Das heißt, dort ist eine große Stromquelle auch für Rheinland-Pfalz.

Also eine konsequente Entwicklung, aber keine blinde Entwicklung. Wir brauchen einen Energiediskurs. Das habe ich immer wieder gesagt. Das war auch meine Forderung. Darum sage ich noch einmal, diese Anträge begrüße ich in der weiteren Debattenentwicklung.

Unser Antrag zur Geothermie ist eine rheinlandpfälzische Antwort. Wir haben nie gesagt, das sei die rheinland-pfälzische Antwort. Wir haben immer betont, das ist eine rheinland-pfälzische Antwort. Diese wollen wir in diesem Zusammenhang auch weiterentwickeln, meine Damen und Herren.

(Beifall der CDU)

Dieser Antrag und auch Ihre Anträge dienen dazu, uns im Thema weiterzubringen. Zur Grundlage gehören:

Eine breite Energiepotenzialanalyse. Das ist in Teilen auch das, was im Antrag der GRÜNEN steht.

(Frau Mohr, SPD: Das geht doch gar nicht!)

- Frau Kollegin, das geht doch gar nicht? - Wenn ich wissen will, wo ich einmal lande, dann muss ich doch erst einmal analysieren, wovon ich auszugehen habe.

(Beifall bei der CDU – Frau Mohr, SPD: Das geht auch nicht!)

Sonst plane ich blind. In dem Punkt muss ich Herrn Dr. Braun völlig Recht geben. Wenn Sie nicht wissen, wohin Sie wollen, dann weiß ich auch nicht, wie ich den Weg beschreibe. Das kann nicht sein. Ich bin überzeugt davon, dass die Ministerin und der Minister da auch eine

völlig andere Auffassung haben. Ich würde sonst erheblich an ihnen beiden zweifeln, wenn Sie nicht wissen, wo sie hin wollen.

(Creutzmann, FDP: Wir wissen das immer!)

 Die FDP weiß es immer. Frau Kollegin, Sie müssten das dann noch sagen, ob Sie es auch immer wissen.

Dazu gehört auch ein Szenario der Machbarkeit – völlig klar –, die verstärkte Nutzung von Energieeinsparung – was ist bei uns noch alles möglich –, die Überarbeitung von Richtlinien, die Landesplanung – ich denke auch hier an eine Überarbeitung – und auch von Förderprogrammen. Ich meine, auch das ist richtig und deutlich hervorzuheben.

In Letzterem muss die politische Zielsetzung eines Masterplans "Energie Rheinland-Pfalz" seinen Niederschlag finden. Ob man den Masterplan nennt oder wie auch immer, darüber bin ich völlig frei. Das können wir so machen. Es muss nur eine Zielplanung sein, bei der wir von einer Grundlage ausgehen, bei der wir auch mit der Bevölkerung abgestimmtes Handeln vorweisen.

(Beifall der CDU)

Dabei bin ich dann bei einem Punkt: Sie, die Landesregierung, planen in einem Landesentwicklungsplan IV einen weiteren Ausbau der Windenergie. Das halte ich für falsch. Ich sage es ganz einfach. Ich halte es für falsch.

(Beifall der CDU)

Ich halte es auch deswegen für falsch, weil es auch nicht so ginge, wie es der Kollege Dr. Braun vorgetragen hat.

(Dr. Weiland, CDU: Wegen dem Vogelschutz!)

 Das wäre ein Punkt. Über Fledermäuse in diesem Zusammenhang will ich jetzt gar nicht reden.

(Unruhe im Hause – Glocke des Präsidenten)

Wenn Herr Kollege Dr. Braun sagt, er könnte sich vorstellen, es beim Ausbau auf 300 Windräder plus X zu begrenzen, dann geht das in der jetzigen Landesplanung überhaupt nicht. Das wissen Sie so gut wie ich. Solange wir kein Konzept auf diesem Tisch haben, werde ich konsequent Nein zum weiteren Ausbau der Windenergie in Rheinland-Pfalz sagen.

(Beifall der CDU)

Meine Damen und Herren, ich werde auch deswegen konsequent Nein sagen, weil ich die wenigen finanziellen Ressourcen, die wir in Rheinland-Pfalz haben, um in Förderung usw. hineinzugehen, nicht blind irgendwo verschleudern möchte. Darum sage ich, ich möchte, dass wir in Rheinland-Pfalz einen Schwerpunkt in der Geothermie setzen.

Meine Damen und Herren, wir haben in den letzten 20 Jahren in vielen Bereichen enorme Entwicklungssprünge gemacht. Ich weiß, dass man in diesem Teil ein hohes Potenzial in Rheinland-Pfalz hat. Es zu nutzen, auszubauen und nach vorn zu bringen, erfordert mehr Anstrengung als das, was bisher die Landesregierung bereit ist zu tun.

Meine Damen und Herren, sehen Sie sich einmal genau die Dinge an. Wir könnten dort wesentlich mehr leisten. Wir sollten es auch tun.

Meine Damen und Herren, zur gleichen Debatte gehört natürlich auch das Thema "Arbeitsplätze". Wir haben in einem Gespräch mit der Handwerkskammer beispielsweise von dort die Zahl gehört, dass ca. 7.500 in Rheinland-Pfalz in dem Bereich erneuerbare Energien, Nachhaltigkeit geschaffen worden sind. Das ist in der Tat eine Zahl. Die gilt es festzuhalten, wenn ich mir vorstelle, dass ich in der Altbausubstanz noch wesentlich mehr tun kann, dass ich in den Bereichen, in denen wir noch investieren können, mir noch das eine oder andere vorstelle.

Zu dem – ich will es stichwortartig machen –, was die GRÜNEN in ihrem Antrag vorgelegt haben, wozu sie auch einiges auflisten, will ich folgendermaßen Stellung nehmen:

Zur Biomasse sagen wir Ja. Dort ist einiges auch mit der Landwirtschaft zu bewerkstelligen.

Ich denke, zur Solarenergie muss man vielleicht eher "na ja" sagen, weil es sehr teuer ist, weil es die Volkswirtschaft einiges kostet.

(Glocke des Präsidenten)

- Ich komme gleich zum Schluss.

Windkraft nein.

Tiefen-Geothermie ja.

Wasserkraft: Auch hier haben wir in Rheinland-Pfalz wesentlich mehr Potenzial. Wir müssten uns dem nur noch einmal öffnen. Wir haben mehr Möglichkeiten.

Alternative Treibstoffe ja. Ich denke, es gibt über die strittigen Punkte hinaus viele Gemeinsamkeiten auf diesem Gebiet.

(Glocke des Präsidenten)

Lassen Sie uns die wenigstens nutzen und angehen. Dann haben wir schon gemeinsam für die Bevölkerung in Rheinland-Pfalz etwas getan.

(Beifall der CDU)

## Vizepräsident Itzek:

Ich erteile Herrn Kollegen Creutzmann das Wort.

## Abg. Creutzmann, FDP:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Dr. Braun, die FDP sagt Ja zu mehr Energieeffizienz, sie sagt Ja zu mehr Energieeinsparung, sie sagt Ja zu regenerativen Energien, aber sie sagt nicht zu dem Ja, was Sie vorschlagen. Das werde ich begründen.

Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zeigt erneut, wie man durch interventionistische Politik glaubt, die Menschheit beglücken zu können. Wenn Sie die Verdopplung der Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energien in Rheinland-Pfalz von 2005 bis 2010 fordern, so müssen Sie sich fragen lassen, wie Sie dieses Ziel in einem freien Markt und ohne Zwang erreichen wollen.

Die Energiebesteuerung in Deutschland belastet die deutsche Wirtschaft mit 61 Milliarden Euro und verteuert damit den Standort Deutschland dramatisch. Das Ergebnis ist der Verlust von tausenden von Arbeitsplätzen aufgrund hoher Energiepreise.

Allein in Hamburg sind zurzeit bei drei Unternehmen insgesamt 3.230 Arbeitsplätze gefährdet. In der Hansestadt sind die Stromtarife für das produzierende Gewerbe von 2000 bis 2004 um etwa 43 % gestiegen. Dies betrifft vor allem die zwölf Großverbraucher, die vom Hamburger Aluminiumwerk, den Hamburger Stahlwerken und der Norddeutschen Affinerie angeführt werden.

(Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Zwei Prozent durch EEG!)

Experten befürchten bei der Schließung des Aluminiumwerks einen Dominoeffekt in Form der Stilllegung weiterer Werke.

Die grüne Energiepolitik in Deutschland vertreibt deutsche Unternehmen und vernichtet tausende von Arbeitsplätzen.

(Beifall des Abg. Dr. Geisen, FDP)

Dazu der Vorstandsvorsitzende eines großen deutschen Unternehmens in einem Interview gegenüber der "WELT": "Nehmen Sie die Energiepolitik. Es ist eine Katastrophe, wenn Norsk Hydro wichtige deutsche Aluminiumstandorte dicht macht, weil die Energiepreise bei uns so hoch sind. Dann hat das verheerende Konsequenzen.

(Frau Grützmacher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Es soll alles so bleiben wie es ist!)

Wir können davon träumen, dass wir in 20 Jahren mit Blick auf den Umweltschutz die fortschrittlichste Energieproduktion der Welt haben. Die Realität aber wird sein, dass wir dahin gar nicht mehr kommen. Wenn wir so weitermachen, werden wir diese Energie gar nicht mehr brauchen, weil die Industrie abgewandert ist."

Carl Christian von Weizsäcker führte am 6. November 2004 aus: "Deutschland leistet sich das volkswirtschaftlich unvernünftige Wohlstandshobby einer milliardenschweren Förderung der erneuerbaren Energien. Durch

den weiteren Ausbau der Windkraftanlagen wird die Wahrscheinlichkeit großflächiger Versorgungsausfälle zunehmen. So heißt es in einer Studie, die das Weizsäcker-Institut unter Beteiligung des Bundesumwelt- und Bundeswirtschaftsministeriums im Auftrag der Deutschen Energieagentur angefertigt hat."

Einer der Teilnehmer der heute anwesenden Besuchergruppen erzählte mir, dass die BASF in Schwarzheide ein hochmodernes Kraftwerk gebaut hat und jetzt hat schließen müssen wegen der Einspeisung der Windenergie.

(Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das ist doch dummes Zeug!)

Da fragt man sich wirklich, wie solch eine Energiepolitik zu solch unsinnigen Ergebnissen führen kann.

(Beifall des Abg. Dr. Geisen, FDP)

Grüne Energiepolitik hat nicht nur dazu geführt, dass der Industriestandort Deutschland schweren Schaden genommen hat, sondern durch die hohen Steuern und Abgaben auf Energie wurde auch der private Konsum eingeschränkt. Private Haushalte haben aufgrund des Anstiegs des Strompreises der vergangenen Jahre pro Jahr etwa 600 Euro weniger für den Konsum zur Verfügung. Die grüne Energiepolitik schadet nicht nur der deutschen Wirtschaft. Sie schwächt darüber hinaus die Binnennachfrage und sorgt damit für weitere Arbeitsplatzverluste.

Herr Kollege Dr. Braun, das überzogene Setzen auf regenerative Energien ist ebenso falsch, wie es die ausschließliche Favorisierung fossiler Energien wäre. Ein breit gefächerter Energiemix ist in vieler Hinsicht die günstigste und vor allem akzeptable Lösung.

(Beifall des Abg. Dr. Geisen, FDP, und des Abg. Licht, CDU)

Energie muss bezahlbar bleiben, um die Umweltbelastung auf einem möglichst niedrigen Niveau zu halten. Der aktuelle EU-Strompreisvergleich zum 1. Juli 2004 zeigt, dass die deutschen Industriestrompreise nach Italien die höchsten innerhalb der Europäischen Union sind. Trotz mehr Wettbewerb steigen die Energiekosten. Ursache für die gestiegenen Preise sind nicht nur die höheren Kosten – – –

(Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das stimmt doch nicht!)

 In meinem Bild stimmt schon alles, Herr Kollege Dr. Braun. Hören Sie zu. Ich erkläre Ihnen das.

Ursache für die gestiegenen Preise sind nicht nur die höheren Kosten für Erdöl und die Erwartung steigender Rohstoffpreise gewesen, sondern auch der Handel von Emissionsrechten für Kraftwerke beginnt sich auf die Strompreise auszuwirken. Die Preise für die CO<sub>2</sub>-Zertifizierung, deren Handel vor einigen Monaten aufgenommen wurde, haben sich im vergangenen Zeitraum deutlich erhöht. Während zu Beginn des Verkaufs der Zertifikate etwa 6,50 Euro pro Tonne Kohlendioxid auf-

zubringen waren, sind die Preise – Stand von gestern – auf eine neue Rekordmarke von 25 Euro je Tonne gestiegen.

Was jetzt dringender denn je erforderlich ist, ist eine Änderung in der Energiepolitik. Dabei muss die Orientierung an den bewährten Zielen Wettbewerbsfähigkeit, Preisgünstigkeit, Versorgungssicherheit und Umweltverträglichkeit wesentlicher Bestandteil bei der Gestaltung der Energiepolitik werden. Eine dauerhafte wirtschaftsund umweltgerechte Energiepolitik dient der Sicherung und Stärkung des Wirtschaftstandorts Deutschland. Auch aus arbeitsmarktpolitischen Gründen muss Deutschland auf Dauer ein attraktiver Energieproduktionsstandort bleiben. Wettbewerbsverzerrende politische Lasten auf Energiepreise müssen nachhaltig abgebaut werden

Herr Kollege Dr. Braun, Sie haben vor kurzem eine Veranstaltung in Frankenthal verpasst. Neben dem Ministerpräsidenten hat auch Herr Schmoldt gesprochen. Herr Schmoldt hat die gleiche Auffassung vertreten, die ich von diesem Podium aus vertrete. Deshalb muss sich die Politik aktiv für eine dauerhaft sichere Energieversorgung und wettbewerbsfähige Energiepreise einsetzen, damit die energieintensiven Industriezweige am Standort Deutschland nachhaltig konkurrenzfähig produzieren und investieren können.

Der kumulative Einsatz von Emissionshandel, Ökosteuer und Förderung erneuerbarer Energien mündet in ein Interventionsgeflecht, das die Energiekosten in die Höhe treibt, Investoren ihrer Planungssicherheit beraubt und Investitionen sowie die Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen behindert.

(Frau Grützmacher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Mein Gott! Wer redet denn Deutschland schlecht?)

Deshalb ist eine massive Veränderung des Energieträgermixes unumgänglich. Wenn der Energiemix weiter interventionistisch verengt wird und sich die Rahmenbedingungen für einen funktionsfähigen Wettbewerb auf den Energiemärkten nicht deutlich verbessern, wird sich das Problem hoher Energiekosten in Deutschland weiter verstärken

Im Zusammenwirken mit der aktuellen Energie- und Rohstoffnachfrage durch die boomenden Märkte in Asien sowie mit externen politischen Risiken, insbesondere im Nahen und Mittleren Osten, führt dies zu gesamtwirtschaftlichen Effekten, die letztlich zu Produktionsverlagerungen beitragen, die im Abbau von Arbeitsplätzen am Standort Deutschland münden. Weder zusätzliche Einsparmaßnahmen noch ein weiterer massiver Ausbau der erneuerbaren Energien können allein eine sichere, preiswerte und umweltfreundliche Deckung des Energiebedarfs gewährleisten. Was ist notwendig?

1. Es müssen Bedingungen für einen fairen und funktionierenden Wettbewerb auf den deutschen und europäischen Energiemärkten und für eine effektive Netzöffnung, Missbrauchskontrolle und die Sicherstellung transparenter Nutzungsentgelte geschaffen werden.

# (Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Dirigismus!)

- 2. Wir brauchen eine Beschleunigung der Planungs- und Genehmigungsverfahren für Netz und Leitungen, da allein im Kraftwerkbereich Erneuerungsbedarf aktuell bei 40.000 Megawatt Leistung liegt.
- 3. Wir brauchen eine Ausrichtung eines breiten Energiemixes am Ordnungsprinzip Markt mit dem Ziel einer kostengünstigen und sicheren Energieversorgung unter Nutzung aller verfügbaren Optionen.
- 4. Die Förderung erneuerbarer Energien muss am technologisch-wirtschaftlichen Potenzial und am Prinzip der Effizienz ausgerichtet werden. Windenergieanlagen auf der Nordsee sind in Ordnung, da mit ihnen hohe Effizienzen verbunden sind, aber nicht bei uns in der Vorderpfalz, wo der Wind nicht weht, meine Damen und Herren. Das ist das Entscheidende. Sie muss auch auf das Prinzip der Effizienz ausgerichtet werden. Dies bedeutet kürzere Förderlaufzeiten und eine stärkere Degressivität der Fördersätze.
- 5. Die Umsetzung der EU-Energiesteuerrichtlinie muss ohne zusätzliche Belastungen für die Unternehmen erfolgen.

(Glocke des Präsidenten)

6. Die Kostenbelastung durch den Emissionshandel muss verhindert werden.

Da ich am Ende meiner Rede bin, kann ich nur sagen: Herr Kollege Dr. Braun, die Koalition lehnt Ihren Antrag ab. Die Koalition hat den richtigen Antrag gestellt, dem wir natürlich zustimmen.

Vielen Dank.

(Beifall der FDP und der SPD)

## Vizepräsident Itzek:

Ich erteile Herrn Staatsminister Bauckhage das Wort.

# Bauckhage, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Dr. Braun, wenn man Ihren Antrag liest, ist das eine Lehrstunde in Planwirtschaft. So einfach kann man es sich nicht machen. Das zeigt auch die innere Haltung, die Sie zu diesen Problemen haben. Klar ist, wenn man regenerative Energien will, die nicht wettbewerbsfähig sind – das gilt für alle –, muss man natürlicherweise einen vernünftigen Mix staatlich begleiten. Das muss natürlich auch degressiv gestaltet sein.

(Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Wie viele Millionen haben Sie für die Bauern ausgegeben für diesen Bereich?)

Frau Kollegin Mohr, ich bin stark dafür, den Import zu reduzieren. Man muss aber wissen, wenn man von 98 % auf 90 % kommen will, bedeutet das eine erhebliche Ausweitung der Nutzung der Windkraft.

(Frau Mohr, SPD: Nein!)

 Oder wir bauen ein neues Kraftwerk in Rheinland-Pfalz. Das bedeutet eine erhebliche Ausweitung der Windkraft, weil mit allen anderen Energiekompensationen werden Sie keine erheblich andere prozentuale Situation erreichen.

Ich will dazu auch noch etwas zum Besten geben. Kürzlich ging ich irgendwo mit meinen zwei Dackeln spazieren. Da hätte ich am liebsten Schäferhunde bei mir gehabt. Da kam ich in ein Dörfchen. In diesem Dörfchen kamen zu Weihnachten auf einmal mengenweise Bewohner aus den Häusern und waren zornig, weil dort Windkraftanlagen standen. Man muss sehen, dass auch noch die Akzeptanz der Bevölkerung gegeben sein muss.

(Schwarz, SPD: Deine zwei Dackel haben sich gefreut?)

- Die haben mich dann gerettet.

Wer hat denn die Privilegierung im Bundesbaugesetz geschaffen? Die ist nicht abgeschafft worden, sondern die haben wir beide seinerzeit gemeinsam geschaffen.

(Licht, CDU: Jede Zeit hat seine Gesetze!)

 Herr Licht, mit dem Problem haben wir aber jetzt zu tun. Das geht so weit, dass selbst zu Weihnachten nicht mehr alle Bürger friedlich sind. Da müssen die schon emotional und sachlich sehr aufgeheizt sein.

(Zurufe von der CDU)

Ich begrüße es, dass mir die beiden Anträge Gelegenheit bieten, zur Energiepolitik Stellung zu nehmen.

Rheinland-Pfalz nimmt mit einem Anteil der erneuerbaren Energien an der heimischen Stromerzeugung von fast 25 % einen Spitzenplatz ein. Die Landesregierung steht uneingeschränkt hinter den Zielsetzungen der Europäischen Union und Deutschlands, die CO<sub>2</sub>-Emissionen nach dem Kyoto-Protokoll um 21 % zu senken. Deutschland ist dabei mit einer Reduzierung um knapp 19 % zwischen den Jahren 1990 und 2000 bereits auf gutem Weg.

# (Vizepräsidentin Frau Hammer übernimmt den Vorsitz)

Ich will jetzt auch sofort noch etwas zum Emissionsrechtehandel sagen. Da sieht man sehr deutlich, dass man aus Monopolstrukturen kommt. Es ist unglaublich, was man sich dort derzeit erlaubt. Das belegt eigentlich, dass es dringend an der Zeit ist, dass die Regulierungsbehörde mit Zähnen ausgestattet wird, damit sie dieser Sache ein Ende bereiten kann. Das, was da passiert, ist eine Sache, die man sich zweimal überlegen muss. Herr Creutzmann hat das bereit erwähnt.

Rheinland-Pfalz hat die energetisch bedingten CO<sub>2</sub>-Emissionen allein zwischen 1998 und 2000 um über 7 % reduziert.

Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN enthält wieder nur alten Wein in neuen Schläuchen. Herr Kollege Licht hat völlig Recht. Man muss schon wissen, wo man hin will. Wir wissen, wo wir hin wollen. Das habe ich auch gerade noch einmal formuliert.

(Vereinzelt Beifall bei der FDP)

Zunächst muss man eine klare Analyse machen. Wenn man eine klare Analyse hat, ist es ratsam zu sehen, wie man aufbauend auf der Analyse Energiepolitik gestalten kann. Das ist die Frage.

Zielsetzungen von jeder verantwortungsvollen Energiepolitik sind Versorgungssicherheit, Preiswürdigkeit und Umweltverträglichkeit. Ich könnte auch sagen Umweltverträglichkeit, Versorgungssicherheit und Preiswürdigkeit.

> (Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das hat schon seinen Grund, weshalb Sie das andersherum sagen!)

 Frau Thomas, es ist völlig klar, dass die Umweltverträglichkeit eine zentrale Rolle spielen muss.

Aufgabe der Politik ist es, diese unterschiedlichen Ziele in ein Gleichgewicht zu bringen. Ich betone ganz bewusst den Begriff "Gleichgewicht".

Wirtschaftsstaatssekretär Abramowitsch hat vor wenigen Tagen bei der Einweihung des neuen Gas- und Dampf-Kraftwerks der BASF in Ludwigshafen festgestellt, dass sich das Zieldreieck auf Bundesebene nicht mehr in der Balance befindet. Ich stimme in diesem Punkt ausdrücklich mit ihm überein. Der Umweltschutz hat in der Tat die anderen beiden Ziele Preiswürdigkeit und Versorgungssicherheit ein Stück überlagert.

Die heimische Wirtschaft steht in vielen Bereichen in Konkurrenz zu anderen Wirtschaftsstandorten. Ein wichtiger Standortfaktor sind zweifellos die Energiepreise.

Gestatten Sie mir einen kleinen Einschub. Es war hoch interessant, als bei Opel die Verhandlungen stattfanden, wo weiter produziert wird, nämlich ob in Trollhättan, in Rüsselsheim, in Bochum oder auch in Kaiserslautern. Da könnten wir jetzt auch ein wenig über Wirtschaftsförderung reden. Mein Kollege Clement hat vorgeschlagen, wir sollten versuchen, einen Rabatt bei den Energiepreisen zu erreichen, weil die Energiepreise in Schweden um 17 % günstiger sind als in Deutschland. Ich sage das nur nachrichtlich, damit wir wissen, dass man dann, wenn man über Arbeitsplätze redet, komplett über alles reden muss.

(Zuruf der Abg. Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Tatsache war, dass mein Kollege Clement öffentlich erklärt hat, dass wir einen Rabatt bei den Energiepreisen geben müssten. Ich sage das nur deshalb, damit man

sieht, in welch schwieriger Situation man sich im Leben befindet, wenn es darum geht, den Industrie- und Wirtschaftsstandort Deutschland entsprechend zu belichten.

Die heimische Wirtschaft steht in vielen Bereichen in Konkurrenz zu anderen Standorten. Ein wichtiger Standortfaktor sind die Energiepreise. Bei stromintensiven Branchen, wie Chemie, Zement oder Papier, kann der Anteil der Stromkosten bei über einem Drittel der Gesamtkosten liegen.

Die mehrfachen Ankündigungen von Werksschließungen wegen überhöhter Energiepreise, etwa der Hamburger Aluminium-Werke, müssen normalerweise nachdenklich stimmen. Auch die Hamburger Aluminium-Werke gehen aber nicht so ohne weiteres aus Hamburg heraus, da das eine Menge Investitionen an anderer Stelle bedeutet.

Ganz neutral und ohne Wertung will ich auch sagen, was der Vorstandsvorsitzende der BASF, Jürgen Hambrecht, in einem Zeitungsinterview gesagt hat, nämlich er hat das als Katastrophe bezeichnet. Das sollte uns an die wirtschaftlichen Realitäten erinnern.

Der allzu sorglose Umgang mit energiepolitischen Instrumenten kann unserer Wirtschaft schweren Schaden zufügen. EEG, KWK-Gesetz und auch die Ökosteuer sind allesamt Gesetze, die eine zusätzliche Belastung bedeuten. Ich will damit nicht sagen, dass man das alles nicht braucht, aber das bedeutet eine zusätzliche Belastung. Eingangs sagte ich bereits, wenn man will, dass regenerative Energien am Markt wettbewerbsfähig sein sollen, muss man sie staatlich begleiten. Man muss nur sehen, wo der Punkt ist, ab dem der Pendel umschlägt. Diese Belastungen sind nicht gleichmäßig, sondern sie treffen den Mittelstand gerade in Rheinland-Pfalz natürlicherweise im Besonderen.

Es stellt sich auch die Frage, inwieweit die Einspeisevergütungen des Erneuerbare-Energien-Gesetzes in allen Bereichen noch in dieser Form angemessen sind. Es stellt sich die Frage, ob nicht das Instrument des Emissionshandels effektiver ist, um mit weniger Kosten den Klimaschutz zu erreichen. Es stellt sich aber auch die schwierige Frage, wer mit den Emissionen handelt.

Für mich steht fest, dass die verschiedenen Instrumente im Hinblick auf die Erreichung der drei Ziele Versorgungssicherheit, Umweltverträglichkeit und Preiswürdigkeit derzeit nicht hinreichend aufeinander abgestimmt sind.

Noch eine Bemerkung zu den von der Fraktion BÜND-NIS 90/DIE GRÜNEN genannten angeblichen Beschäftigungseffekten.

Herr Dr. Braun, ich wäre da sehr vorsichtig. Nach meiner Kenntnis hat es in Deutschland in den vergangenen Jahren vier größere Studien zu dem Thema "Beschäftigungseffekte durch erneuerbare Energien" gegeben. In drei von diesen vier Studien werden die Beschäftigungseffekte per Saldo schon mittelfristig als deutlich negativ bis bestenfalls beschäftigungsneutral beurteilt. Auftraggeber der drei Studien war zweimal das Bundeswirtschaftsministerium und einmal die Hans-Böckler-

Stiftung. Ich sage das nur nachrichtlich, damit wir sehen, wie die Situation ist.

Die Gesetze der Logik besagen, dass die höheren strombezogenen Abgaben zu einer Verringerung des Budgets für Konsumausgaben führen, was wiederum problematisch erscheint.

Aus alledem folgt auch, dass Energiepolitik zu den klassischen Feldern der Wirtschafts- und Technologiepolitik zählt, bei deren Umsetzung alle beteiligten Ressorts eng und konstruktiv zusammenarbeiten.

Ich komme nun zu den konkreten Leitlinien und Maßnahmen der Landesregierung, die sich auch im Antrag der Fraktionen der FDP und SPD widerspiegeln. Die über 6.000 Einzelmaßnahmen, die wir allein als Wirtschaftsministerium seit 1990 mit einem Volumen von rund 30 Millionen Euro gefördert haben, verfolgen ein klares Ziel, nämlich eine Energieversorgung, die sicher, umweltgerecht und preisgünstig ist.

Angesichts der derzeitigen Höhe der Einspeisevergütungen sind solche Anlagen ohne weiteres wirtschaftlich zu betreiben und bedürfen nicht einer zusätzlichen Förderung aus Landesmitteln. Man kann lang über die Grundsätze streiten.

(Zurufe von der CDU)

- Ich sage noch etwas dazu. Bleiben Sie einmal ruhig.

Die Landesregierung unterstützt die Solartechnik im Hinblick auf die Exportchancen der rheinland-pfälzischen Wirtschaft auf andere Weise. Wir leisten durch Flächenbereitstellung und Koordination zwischen Investoren und Eigentümern einen sehr effektiven Beitrag.

Das Gleiche gilt für die Förderung von Windkraftanlagen, die durch einen massiven Ausbau zudem erhebliche technische Probleme aufwerfen und kostspielige Investitionen in die Netz-Infrastruktur erfordern.

Die Studie der Deutschen Energie Agentur DENA, an der die gesamte Windbranche mitgewirkt hat, belegt eindrucksvoll das ganze Ausmaß des technischen Problems. Daraus nur ein Beispiel: Wenn wir in Deutschland mit bis zu 36 Gigawatt Windenergie schon im Jahr 2015 rechnen müssen, aber nur mit höchstens 6 % davon dauerhaft rechnen können, müssen wir weiterhin 94 % der riesigen Energiemenge durch konventionelle Kraftwerktechnik parallel vorhalten. Das ist auch ein Fakt, den man zur Kenntnis nehmen muss. Dies ist schon bemerkenswert.

Meine Damen und Herren, um knappe Steuergelder verantwortungsvoll einzusetzen, fördert die Landesregierung in erster Linie Pilot- und Demonstrationsanlagen anstelle von breiten Flächenprogrammen. Die Landesregierung stellt zukunftsträchtige Technologien in den Mittelpunkt, die grundlastfähig sind und große Potenziale aufweisen. Dies sind insbesondere die Biomasse, die Tiefen-Geothermie und die Brennstoffzelle. Dabei messen wir der Ausschöpfung regionaler Ressourcen verständlicherweise besondere Bedeutung zu.

Im Rahmen des Energiekonzepts meines Hauses habe ich einen Aktionsplan zu der energetischen Nutzung von Biomasse in der Landwirtschaft aufgelegt. Ich will nicht zuletzt auch neue Einkommensperspektiven für unsere landwirtschaftlichen Betriebe erschließen.

Der erste Baustein des Aktionsplans ist neben den bestehenden Fördermöglichkeiten ein neues Förderprogramm für Pilot- und Demonstrationsvorhaben für die sinnvolle Verwertung von Reststoffen aus der Agrarproduktion.

Mein Haus wird insgesamt bis zu fünf Pilotprojekte ausloben und hat dafür bis zu einer halben Million Euro zur Verfügung gestellt. Der nächste Baustein unseres Aktionsplans "Biomasse" ist eine Informationskampagne, die wir gemeinsam mit der Landwirtschaftskammer und den rheinland-pfälzischen Bauernverbänden durchführen werden. Den dritten Baustein bildet die "Initiative zur energetischen Holznutzung in kommunalen Einrichtungen" als Pilotprojekt für Qualitätsmanagement im Holzbereich.

Mein Haus fördert in Ziel-2-Gebieten die Errichtung von bestimmten Anlagen, die am Qualitätsmanagement für Holzwerke teilnehmen. Wir eröffnen der Land- und Forstwirtschaft sowie den Holz verarbeitenden Betrieben damit eine neue Perspektive und tragen dazu bei, dass die regionale Wertschöpfung erhöht wird.

Darüber hinaus entwickeln wir die Nutzung der Tiefen-Geothermie weiter. Das ist eine schwierige Angelegenheit. Dies ist sehr teuer, aber gleichzeitig sehr effizient. Wir verfolgen damit den Ansatz, die Kapitalbeschaffung in der Erkundungsphase im Hinblick auf die Realisierungsrisiken der innovativen Technologie zu erleichtern.

So haben wir etwa zwei Projekte in Speyer und Landau in Höhe von rund 1 Million Euro unterstützt. Ich verweise auch auf das Förderprogramm der ISB in Höhe von 40 Millionen Euro für Investitionen in Technologie und Energie, das auch für diesen Bereich Anwendung finden kann.

Meine Damen und Herren, die Brennstoffzelle ist ein wichtiges Handlungsfeld der rheinland-pfälzischen Energiepolitik. Ich habe daher die "Initiative Brennstoffzelle Rheinland-Pfalz" ins Leben gerufen.

Zentrales Element ist die Realisierung eines Technologieprojekts am Umweltcampus Birkenfeld als Plattform für die rheinland-pfälzische Wirtschaft.

Ziel ist die Entwicklung eines Energiesystems "Made in Rheinland-Pfalz", das alle wesentlichen Komponenten eines Brennstoffzellensystems demonstriert und sich anschließend durch die Partnerfirmen als Energiesystem vermarkten lässt.

Mit dem Programm "Neue Technologien, Umwelt und Förderung der interdisziplinären Forschung" fördert das Ministerium für Wissenschaft, Weiterbildung, Forschung und Kultur Projekte und Kompetenzzentren an den rheinland-pfälzischen Hochschulen.

Im Rahmen dieses Förderprogramms wurde das Kompetenzzentrum für rationelle und regenerative Energienutzung an der Fachhochschule Bingen gefördert. Das Kompetenzzentrum arbeitet eng mit kleinen und mittleren Unternehmen sowie der Industrie zusammen.

Meine Damen und Herren, die Landesregierung unterstützt neben den erneuerbaren Energien vorrangig Maßnahmen der Energieeinsparung und zur Steigerung der Energieeffizienz. Ich glaube, das ist der richtige Weg. Dafür braucht man keine Planwirtschaft, sondern muss auf den richtigen Mix und die richtigen wirkungsvollen Instrumente setzen. So muss zum einen die Förderung degressiv verlaufen. Zum anderen darf man die Wirtschaftlichkeit nicht ganz aus dem Auge verlieren. Auch der Umweltschutz muss hoch bewertet werden.

Ich danke Ihnen.

(Beifall der FDP und der SPD)

## Vizepräsidentin Frau Hammer:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Es wurde beantragt, die Anträge – Drucksachen 14/4045/4191 – an den Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr – federführend – und an den Ausschuss für Umwelt und Forsten zu überweisen. Gibt es Widerspruch? – Das ist nicht der Fall.

Meine Damen und Herren, die **Punkte 17** bis **22** der Tagesordnung werden auf die nächste Sitzung verschoben.

Damit sind wir am Ende unserer heutigen Tagesordnung. Ich lade Sie zu der 99. Plenarsitzung am 14. September 2005 ein. Ich wünsche allen eine erholsame Sommerpause.

Die Sitzung ist geschlossen.

Ende der Sitzung: 17:36 Uhr.